



Niedersachsen-Monitor 2025



Niedersachsen

Zeichenerklärung

- k Zahlenwert von Null verschieden, jedoch so nah an Null, dass auf Null gerundet.
- 0 Genau Null oder ggf. zur Sicherstellung der statistischen Geheimhaltung auf Null geändert.
- t Angabe fällt erst später an.
- u Keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug. Im Fall einer Stichprobenerhebung ggf. nicht in der Stichprobe enthalten.
- g Zahlenwert unbekannt oder geheim.
- x Keine sinnvolle Aussage möglich.

Zeichen an einer Zahl:

- u Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist.
- f Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweist.
- p Vorläufige Zahl
- r Berichtigte Zahl
- s Geschätzte Zahl
- e Endgültige Zahl

Verwendete Abkürzungen/weitere Erläuterungen:

davon oder dav. = Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet
darunter oder dar. = Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt

Änderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen.

Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen.

Soweit nicht anders vermerkt, gelten alle Angaben für das Gebiet des Landes Niedersachsen.

Qualität

Sollte dem LSN nach Veröffentlichung dieser Publikation ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter:

www.statistik.niedersachsen.de > Veröffentlichungen > Sonstige Veröffentlichungen > Niedersachsen-Monitor.

Information und Beratung

Auskünfte zu dieser Veröffentlichung unter:

nina.rybarczyk@statistik.niedersachsen.de

Tel.: 0511 9898-3111

Auskünfte aus allen Bereichen der amtlichen Statistik unter:

Tel.: 0511 9898-1132, -1134

E-Mail: auskunft@statistik.niedersachsen.de

Internet: www.statistik.niedersachsen.de

Herausgeber

Landesamt für Statistik Niedersachsen

Postfach 91 07 64

30427 Hannover

Preis: 17,00 €

Erscheinungsweise: jährlich

Erschienen im Dezember 2025

ISSN 1432-5756



PDF-Version und XLSX-Dateien (Tabellen) unter:

www.statistik.niedersachsen.de

> Veröffentlichungen > Sonstige Veröffentlichungen

> Niedersachsen-Monitor

© Landesamt für Statistik Niedersachsen, Hannover 2025.

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Einführung.....	5
Wichtige Ergebnisse.....	6
Aktuelle Entwicklungen im Jahr 2025	10
Bevölkerung.....	11
Familie und Beruf.....	21
Erwerbstätigkeit.....	33
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen.....	43
Finanzen	61
Schulische und berufliche Qualifikation	73
Wissenschaft und Kultur	81
Umwelt und Energie	93
Soziales, Sicherheit.....	107
Gleichstellung von Frauen und Männern.....	119
 Kartenansicht:	
Deutschland und seine Länder	123

Redaktion:

Der Niedersachsen-Monitor 2025 entstand unter der redaktionellen Leitung von Nina Rybarczyk. Die Texte wurden erstellt von Jenny Gentz, Franziska Große, Karina Krampf, Dominik Kroll, Arne Lehmann, Anett Loth, Uwe Mahnecke, Nina Rybarczyk, Rita Skorka, Andreas Woisch und Katja Zielinsky.

Über den hier gebotenen Bund-Länder-Vergleich hinaus stehen im thematisch gegliederten Internetangebot des LSN viele weitere Daten und Analysen für Niedersachsen bereit: www.statistik.niedersachsen.de

Einführung

Der Niedersachsen-Monitor zeigt die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens im Bund-Länder-Vergleich. Er erscheint mit dieser Ausgabe zum 28. Mal. Eine Indikatoren-Übersicht sowie eine Zusammenstellung wichtiger Ergebnisse ergänzen die Texte und Tabellen.

Grundsätzliche Hinweise:

Der Niedersachsen-Monitor umfasst 10 Themenfelder mit Analysen und Grafiken. Die Entwicklung und Positionierung Niedersachsens wird überwiegend am Bundestrend gemessen und beurteilt. Die Daten der anderen Länder dienen dazu, Strukturen und Entwicklungen des Landes vergleichend darzustellen und zu untersuchen.

Die 75 Tabellen enthalten hochverdichtete statistische Informationen für die 16 Länder sowie für Deutschland insgesamt. Die Daten basieren auf zumeist von der amtlichen Statistik erarbeiteten, öffentlich zugänglichen Informationen. Soweit möglich handelt es sich um endgültige Ergebnisse.

- Die Tabellen zeigen den aktuellen für alle Länder vorliegenden Wert – bei Redaktionsschluss war das in dieser Ausgabe meist 2024, sonst 2023 oder früher – sowie das Vorjahresergebnis und einen Wert, der 5 Jahre zurückliegt. Dies ermöglicht einen kurz- und einen mittelfristigen Vergleich. Es wird davon abgewichen, wenn keine jährlichen Daten vorliegen oder methodische Brüche einen mittelfristigen Vergleich unmöglich machen.
- Die absoluten Zahlen werden ergänzt durch Veränderungsraten, Quoten und Beziehungszahlen. Mit diesen Indikatoren werden die Daten für die Länder und im Zeitablauf vergleichbar. Zahlenwerte in den Tabellen sind ggf. gerundet; die grafische Darstellung erfolgt ohne Rundung. Bei Beziehungszahlen je Einwohnerinnen und Einwohner wird – wenn nicht anders angegeben – der Bevölkerungsstand vom 30.6. des betrachteten Jahres zugrunde gelegt.

Am Ende der Kapitel verweisen Informationen auf Quellen sowie Fundstellen für weiterführende Informationen für Deutschland und seine 16 Länder.

Für Niedersachsen wird darüber hinaus in vielen Fällen u. a. auf weiterführende Produkte des Landesamtes für Statistik Niedersachsen (LSN) mit tieferer Regionalisierung hingewiesen, wie z. B. [Statistische Berichte](#), die [LSN-Online-Regionaldatenbank](#), [Statistisch gesehen – Das Online-Magazin des LSN](#) sowie das im Auftrag der Niedersächsischen Staatskanzlei bereitgestellte [Online-Regionalmonitoring Niedersachsen](#).

Sonstige Hinweise:

- Mit Stichtag 15. Mai 2022 wurde in Deutschland der Zensus 2022 durchgeführt, der die amtliche Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 ablöst und als neue Grundlage für die Fortschreibung dient. Sofern in den Tabellen nicht anders angegeben, basieren die Bevölkerungszahlen ab dem 30.6.2022 auf der Grundlage des Zensus 2022, Bevölkerungszahlen bis zum 31.5.2022 basieren auf der Grundlage des Zensus 2011. Ein Vergleich der Bevölkerungszahlen ab dem 30.6.2022 mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt aussagefähig. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der [Themenseite Bevölkerung](#) des Landesamtes für Statistik Niedersachsen.
- Die Tabelle 25 wurde überarbeitet und enthält erstmalig Daten aus dem Statistischen Unternehmensregister zu kleinen und mittleren Unternehmen nach der Definition der KMU-Statistik.
- Informationen zur methodischen Neugestaltung des Mikrozensus ab 2020, zu den Auswirkungen der Neugestaltung und der Corona-Krise auf die Ergebnisse der Jahre 2020 und 2021 finden Sie auf der [Informationsseite des Statistischen Bundesamtes](#).

Wichtige Ergebnisse

Bevölkerung

Geringer Rückgang der Bevölkerungszahl

- Die Bevölkerungszahl Niedersachsens lag Ende 2024 bei knapp 8,0 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vergleich zum Jahr 2023 entsprach das einem geringen Rückgang von rund 3.650 bzw. 0,05 % (Deutschland: rund +121.000 Personen, +0,1 %).
- Die Zahl der Geburten sank 2024 in Niedersachsen im Vergleich zu 2023 nochmals um rund 1.500 Kinder auf etwa 65.646 Lebendgeborene (-2,3 %; Deutschland: -2,3 %).
- Das Geburtendefizit je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner (-4,7 Personen) überstieg 2024 den Wanderungsgewinn (+4,3 Personen). Dies führte zu einer negativen Bevölkerungsbilanz und resultierte in einem Rückgang der Bevölkerungszahl.

Familie und Beruf

Mehr ganztagsbetreute 3- bis unter 6-Jährige – bundesweit höchster Teilzeitannteil

- Die Zahl der ganztagsbetreuten Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren stieg in Niedersachsen innerhalb von 5 Jahren um 22,5 %.
- Mehr als jede vierte erwerbstätige Person (26,6 %) arbeitete 2024 in Teilzeit (Deutschland: 23,6 %).
- Die Zahl der Eheschließungen sank 2024 um 5,0 % (Deutschland: -3,3 %).

Erwerbstätigkeit

Mehr Erwerbstätige – höhere Arbeitslosenquote

- Mehr Erwerbstätige mit Wohnort in Niedersachsen: 2024 arbeiteten rund 16.000 Personen bzw. 0,4 % mehr als im Vorjahr (Deutschland: +0,5 %).
- Zugleich stieg die Arbeitslosenquote in Niedersachsen 2024 um 0,2 Prozentpunkte auf 5,9 % (Deutschland: +0,3 Prozentpunkte auf 6,0 %).

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

Wirtschaftsleistung wächst leicht – Zahl der Übernachtungen fast wieder auf dem Vor-Corona-Niveau

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg 2024 in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr real um 0,4 % (Deutschland: -0,2 %).
- Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2024 pro Kopf rund 89.800 Euro und lag damit bei 96,2 % des Bundesdurchschnitts.
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, stieg 2024 marginal um 0,1 % auf rund 4,25 Mio. Personen (Deutschland: +0,2 %).
- Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) sank die Bruttowertschöpfung (BWS) in Niedersachsen 2024 um real 0,9 % (Bundesdurchschnitt -3,0 %).
- Die Zahl der Gästeübernachtungen stieg in Niedersachsen im Jahr 2024 um 1,0 % (Deutschland: +1,8 %) und hatte damit fast wieder das Vor-Corona-Niveau erreicht.

Verdienste steigen, bleiben aber unter dem Bundesdurchschnitt

- Das verfügbare Einkommen pro Kopf lag 2023 in Niedersachsen bei rund 27.500 Euro, ein Plus von 5,7 % gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: rund 28.500 Euro; +6,0 %).
- Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) der Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen stiegen 2024 gegenüber dem Vorjahr um 6,1 % (Deutschland +5,2 %).

Finanzen

Einnahmen steigen marginal – deutliche Steigerung der Ausgaben

- Die Einnahmen des Landes und der Kommunen stiegen 2024 in Niedersachsen leicht um 0,8 % gegenüber dem Vorjahr auf 8.473 Euro pro Kopf (Deutschland: +3,5 % auf 9.145 Euro pro Kopf). Die Ausgaben in Niedersachsen stiegen wie auch im Bundesdurchschnitt um 8,3 % auf 8.906 Euro pro Kopf (Deutschland: 9.660 Euro pro Kopf).
- Die Personalausgaben stiegen in Niedersachsen im Jahr 2024 überdurchschnittlich stark um 9,6 % auf 3.562 Euro pro Kopf an (Bundesdurchschnitt: 3.660 Euro pro Kopf).
- Im Jahr 2024 betrug der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushaltes in Niedersachsen -3.472 Mio. Euro. 2023 bestand noch ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 1.405 Mio. Euro.
- Der Schuldenstand pro Kopf belief sich Ende 2024 in Niedersachsen auf 9.483 Euro und lag damit erneut über dem bundesweiten Durchschnitt von 9.314 Euro pro Kopf.

Schulische und berufliche Qualifikation

Weniger berufliche Abschlussprüfungen – weniger Hochschulabschlüsse

- Die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger lag 2024 in Niedersachsen mit 14,0 % (Bundesdurchschnitt: 12,5 %) noch deutlich über der Zielmarke von 9,5 %.

- In der beruflichen Bildung in Niedersachsen sank 2024 gegenüber 2019 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung um 13,1 % (Deutschland: -11,5 %) und bei den Aufstiegsfortbildungen um 19,2 % (Deutschland: -11,3 %).
- Die Studienanfängerquote stieg 2023 in Niedersachsen leicht (+1,6 Prozentpunkte), lag aber mit 37,2 % weiterhin deutlich unter der bundesweiten Quote von 58,0 %.
- Die Studierendenzahl in Niedersachsen ging erneut zurück, im Jahr 2023 um -3,0 % (Deutschland: -1,8 %).
- Die Zahl der Absolvierenden eines Erststudiums sank um 6,0 % (Deutschland: -1,3 %).

Wissenschaft und Kultur

Mehr Strom aus erneuerbaren Energien – Flächenverbrauch weiterhin zu hoch

- Das durchschnittliche Pro-Kopf-Aufkommen an Haushaltsabfällen übertraf das deutschlandweite Aufkommen um 45 kg.
- Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in Niedersachsen kletterte 2022 auf 61,6 % (+10 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr). Aus erneuerbaren Energien wurden im Vergleich zum Vorjahr 5,0 % mehr Strom erzeugt.
- Der Anteil reiner Elektro-Pkw am Pkw-Bestand insgesamt betrug Ende 2024 in Niedersachsen 3,5 % und war damit etwas höher als im Bundesdurchschnitt (3,3 %).
- Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2020 bis 2023 bei 5,8 ha pro Tag und damit über dem ab 2030 angestrebten Ziel von 4 ha pro Tag.

Umwelt und Energie

Armutsgefährdungsquote kaum verändert – weniger Verunglückte im Straßenverkehr

- Die Armutsgefährdungsquote Niedersachsens lag 2024 mit 16,6 % geringfügig über dem Vorjahreswert (+0,2 Prozentpunkte).
- Im Dezember 2024 lebten in Niedersachsen rund 546.400 Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, ein Rückgang um 3,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat (Deutschland: -0,6 % auf 5,69 Mio.).
- Die Zahl der Pflegebedürftigen stieg in Niedersachsen von 2021 zu 2023 um 14,8 % auf 623.000 Personen (Deutschland: +14,7 % auf 5,7 Mio.).
- Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr ging in Niedersachsen 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 % zurück auf rund 41.400 (Deutschland: -0,4 % auf knapp 367.800).

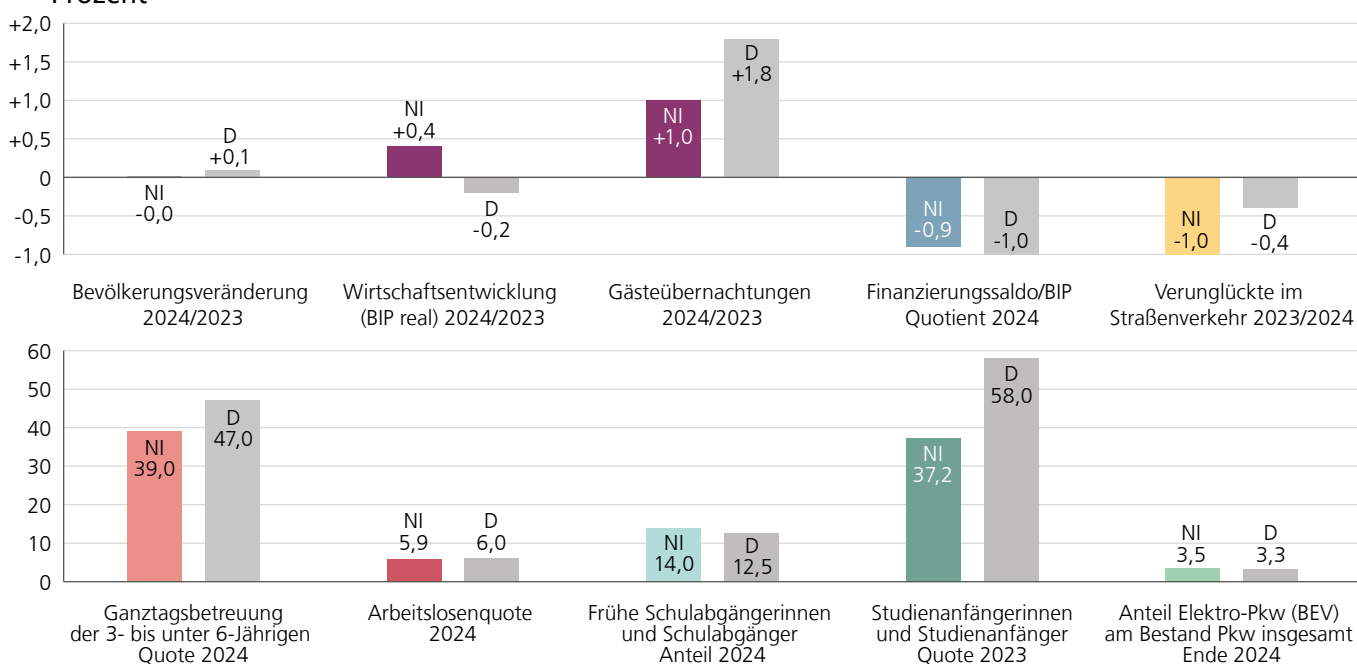
Soziales, Sicherheit

Frauen: Anteil in Minijobs gesunken – Elterngeldbezug deutlich länger

- Der Frauenanteil bei Personen mit Minijobs lag in Niedersachsen zum 30.6.2024 bei 59,1 % (Deutschland: 58,9 %) und damit 2,8 Prozentpunkte niedriger als 2019.
- Die durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes der Mütter für 2022 geborene Kinder war mit 14,3 Monaten deutlich länger als die der Väter mit 3,2 Monaten (Deutschland: 14,0 bzw. 3,3 Monate).

Gleichstellung von Frauen und Männern

Veränderungen, Quoten und Anteile in Niedersachsen im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland – Prozent



Zusammenstellung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr./Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland
			Wert	Verändrg. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ 1 ■ = höchster Wert	höchster Wert	niedrigster Wert	Wert
Bevölkerung								
T1 Bevölkerungsstand	2024	Anzahl	8.004.489	↘	4 ■■■■	18.034.454	704.881	83.577.140
Anteil der Ausländer/-innen	2024	%	11,6	↗	10 ■■■■■■■■	22,8	6,3	14,8
T1a Anteil der 65-Jährigen und Älteren	2024	%	23,2	↗	9 ■■■■■■■■	28,5	18,0	22,7
T2 Lebendgeborene	2024	Anzahl	65.646	↘	4 ■■■■	152.688	6.251	677.117
Lebendgeborene je 1.000 Einwohner/-innen	2024	Anzahl	8,2	↘	8 ■■■■■■■■	9,4	5,6	8,1
Geburtenüberschuss/-defizit je 1.000 Einwohner/-innen	2024	Anzahl	-4,7	↘	9 ■■■■■■■■	-0,6	-10,2	-4,0
T3 Wanderungssaldo insgesamt	2024	Anzahl	+34.446	↘	4 ■■■■	+83.872	+4.352	+430.183
Wanderungssaldo insgesamt je 1.000 Einwohner/-innen	2024	Anzahl	+4,3	↘	14 ■■■■■■■■■■	+8,9	+2,1	+5,1
T4 Eingebürgerte	2024	Anzahl	23.380	↗	5 ■■■■	68.705	1.840	292.020
Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	2024	%	8,6	↘	9 ■■■■■■■■	19,4	4,7	12,4
Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential	2024	%	6,2	↗	7 ■■■■■■	9,3	3,9	5,1
Familie und Beruf ³⁾								
T5 Betreuungsquote unter 3-Jährige	2024	%	36,2	↗	9 ■■■■■■■■	60,3	30,0	37,4
Ganztagsbetreuungsquote unter 3-Jährige	2024	%	14,8	↗	13 ■■■■■■■■■■	53,9	10,9	20,0
Personalschlüssel	2024	Anzahl	3,4	↘	14 ■■■■■■■■■■	5,5	2,9	3,8
T6 Ganztagsbetreuungsquote 3- bis unter 6-Jährige	2024	%	39,0	↘	13 ■■■■■■■■■■	91,9	23,3	47,0
T8 Erwerbstätige (Wohnort) in Teilzeitarbeit – Frauenanteil	2024	%	75,6	↘	4 ■■■■	78,2	58,9	74,2
T9 Alleinerziehende – Frauenanteil	2024	%	81,0	↘	14 ■■■■■■■■■■	87,8	79,5	82,4
T10 Eheschließungen je 10.000 Einwohner/-innen	2024	Anzahl	44,8	↘	3 ■■■	54,4	28,6	41,8
T11 Ehescheidungen je 10.000 Einwohner/-innen	2024	Anzahl	16,4	↘	3 ■■■	17,0	13,6	15,5
T12 Haushalte mit Internetzugang	2024	%	91,1	↗	10 ■■■■■■■■	94,8	88,8	92,6
Erwerbstätigkeit								
T13 Erwerbstätige (Wohnort) – Selbstständigenquote	2024	%	7,6	→	10 ■■■■■■■■	11,9	6,5	8,3
Erwerbstätige – Anteil mit akademischem Abschluss	2024	%	22,6	↗	11 ■■■■■■■■	42,2	16,6	25,7
T14 Erwerbstätigenquote der Frauen	2024	%	74,1	↗	9 ■■■■■■■■	77,2	66,8	74,1
Erwerbstätigenquote der Männer	2024	%	80,9	↗	4 ■■■■	84,0	75,2	80,8
T15 Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) insg. (30.6.)	2024	Anzahl	3.139.939	↗	4 ■■■■	7.326.630	345.317	34.837.102
Sozialvers.-pfl. Beschäftigte (Arbeitsort) – Frauenanteil	2024	%	46,2	↗	11 ■■■■■■■■	50,4	44,3	46,4
T16 Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte (30.6.)	2024	Anzahl	446.296	↘	4 ■■■■	1.021.894	38.644	4.250.468
Ausschl. geringf. entlohnte Beschäftigte – Frauenanteil	2024	%	59,1	↘	6 ■■■■■■	61,9	51,1	58,9
T17 Arbeitslosenquote (ziv. Erwerbspers., Jahresdurchschnitt)	2024	%	5,9	↗	11 ■■■■■■■■	11,1	3,7	6,0
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	2024	%	7,4	→	11 ■■■■■■■■	14,0	4,8	7,6
T18 Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Männer	2024	%	6,0	↗	12 ■■■■■■■■	10,2	3,7	5,9
Arbeitslosenquote von Jugendlichen – Frauen	2024	%	4,6	↗	12 ■■■■■■■■	8,0	2,7	4,5
Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen								
T19 Veränderung Bruttoinlandsprodukt insgesamt (real)	2024/23	%	+0,4	↘	6 ■■■■■■	+1,7	-1,9	-0,2
T20 Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt (ETR)	2024	in 1.000	4.246,6	↗	4 ■■■■	9.843,3	444,6	46.081,0
T21 BWS – Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2024	%	2,4	↗	3 ■■■	3,3	0,0	0,9
T22 BWS – Anteil im Produzierenden Gewerbe	2024	%	31,5	↘	4 ■■■■	38,1	13,3	28,5
T23 BWS – Anteil der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche	2024	%	66,1	↗	13 ■■■■■■■■■■	86,7	61,4	70,6
T24 Unternehmensinsolvenzen je 10.000 Unternehmen	2024	Anzahl	66,4	↗	8 ■■■■■■■■	127,1	40,6	69,8
T25 Umsatz – Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen	2023	%	31,1	↘	10 ■■■■■■■■	54,5	15,5	28,0
T28 Gästeübernachtungen je Einwohner/-in	2024	Anzahl	5,8	↗	6 ■■■■■■	20,9	3,0	5,9
T29 Verfügbares Einkommen je Einwohner/-in	2023	Euro	27.536	↗	8 ■■■■■■■■	31.525	25.094	28.452
T30 Verdienstabstand von Frauen zu Männern	2024	%	15	↘	8 ■■■■■■	19	2	16
T31 Investitionen Verarb. Gewerbe/Bergbau je tätiger Person	2023	Euro	11.490	↗	10 ■■■■■■■■	18.279	9.760	11.586
T32 BWS – Anteil der Gesundheitswirtschaft	2024	%	10,1	↗	14 ■■■■■■■■■■	13,6	9,5	10,9
T33 Export – Anteil an der deutschen Ausfuhr	2024	%	8,5	↗	4 ■■■■	20,2	0,8	100
T34 Import – Anteil an der deutschen Einfuhr	2024	%	9,7	↘	4 ■■■■	21,7	0,7	100
Finanzen (Länder, Gemeinden, -verbände, Sozialvers.)								
T35 Einnahmen je Einwohner/-in	2024	Euro	8.473	↗	13 ■■■■■■■■	14.732	8.269	9.145
Steuereinnahmequote	2024	%	68	↘	4 ■■■■	72,3	56,7	66,7
T36 Kassenmäßige Steuereinnahmen je Einwohner/-in	2024	Euro	5.760	↘	10 ■■■■■■■■	8.347	5.094	6.096
T37 Ausgaben je Einwohner/-in	2024	Euro	8.906	↗	12 ■■■■■■■■	16.343	8.229	9.660
T38 Personalausgaben je Einwohner/-in	2024	Euro	3.562	↗	8 ■■■■■■■■	4.899	3.220	3.660
Personalausgabenquote	2024	%	40	↗	3 ■■■	42,8	30,0	37,9
T39 Zinsausgaben an den Kreditmarkt je Einwohner/-in	2024	Euro	140	↗	10 ■■■■■■■■	738	40	175
T40 Finanzierungssaldo je Einwohner/-in	2024	Euro	-433	↘	6 ■■■■■■	+161	-1.885	-515
T41 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich je Einw.	2024	Euro	9.483	↗	9 ■■■■■■■■	33.934	2.374	9.314
T42 Finanzkraftausgleich (FKA) u. BEZ der Länder je Einw.	2024	Euro	280	↘	9 ■■■■■■■■	2.007	-740	128

Zusammenstellung wichtiger Indikatoren

Tabellen-Nr./Indikator	Jahr	Einheit	Niedersachsen			Alle Länder		Deutschland
			Wert	Verändrg. ¹⁾ ggü. Vorjahr	Position unter 16 Länder ²⁾ 1 ■ = höchster Wert	höchster Wert	niedrigster Wert	Wert
Schulische und berufliche Qualifikation								
T43 Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2023	Anzahl	5.895	↗	4 ■■■■	11.835	682	55.711
Anteil Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss	2023	%	7,6	↗	9 ■■■■■■	12,6	5,3	7,2
T44 Frühe Schulabgänger/-innen (18 bis unter 25 Jahre)	2024	%	14,0 ▾		5 ■■■■	17,6	9,3	12,5
T45 Schulentlassene mit Hochschulreife (ABS, BBS)	2023	Anzahl	28.929 ▾		4 ■■■■	78.805	2.550	306.299
Abiturientenquote	2023	%	35,4 ▾		10 ■■■■■■	54,1	30,0	38,5
Studienberechtigtenquote	2023	%	47,4 ▾		7 ■■■■■	58,1	35,5	47,2
T47 Duale Berufsausbildung – bestandene Abschlussprüfungen	2024	Anzahl	35.448 ▾		4 ■■■■	75.543	3.633	339.213
T48 Berufliche Fortbildung – bestandene Abschlussprüfungen	2024	Anzahl	7.056 ▾		4 ■■■■	19.299	753	80.088
Wissenschaft und Kultur								
T49 Studienanfänger/-innen (1. Semester; am Studienort)	2023	Anzahl	30.546	↗	6 ■■■■	105.947	5.530	481.962
Anteil Studienanfängerinnen	2023	%	53,7	↗	5 ■■■■	61,6	49,4	52,4
Studienanfängerquote (an Geb.jahrgänge; Studienort)	2023	%	37,2	↗	15 ■■■■■■■■	110,2	35,9	58,0
T50 Studierende im Wintersemester	2023	Anzahl	190.674 ▾		6 ■■■■	717.963	30.450	2.868.311
Studierende im Wintersemester – Frauenanteil	2023	%	51,3	↗	8 ■■■■■■	60,4	48,3	50,9
Studierende – Anteil Bildungsausländer/-innen	2023	%	11,2	↗	12 ■■■■■■■■	21,0	7,1	13,2
T51 Absolventen (Erststudium)	2023	Anzahl	21.950 ▾		5 ■■■■	67.626	3.699	297.223
Absolventen (Erststudium) – Frauenanteil	2023	%	55,4 ▾		6 ■■■■	61,9	50,8	54,3
T52 Bestandene Promotionen	2023	Anzahl	2.171 ▾		4 ■■■■	5.521	71	26.570
Bestandene Promotionen – Frauenanteil	2023	%	46,3	↗	8 ■■■■■■	51,5	28,2	46,3
T53 Professuren an Hochschulen	2023	Anzahl	3.776 ▾		6 ■■■■	10.704	522	51.873
Professuren – Frauenanteil	2023	%	30,1	↗	6 ■■■■	36,0	23,4	28,8
T54 Ausgaben (Grundmittel) der Hochschulen je Studierenden	2022	Euro	11.040 ↘		3 ■■■	11.367	3.048	8.858
T55 Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einw.	2023	Euro	1.264	↗	8 ■■■■■■	3.222	512	1.586
T56 Öffentliche Ausgaben für Kultur (Grundmittel) je Einw.	2021	Euro	110 ↘		13 ■■■■■■■■	282	98	213
Umwelt und Energie ³⁾								
T57 Wasserverbrauch (Haush., Kleingew.) je versorgt. Einw.	2022	Liter/Tag	134 (((▾)))		3 ■■■	136	96	126
T58 Aufkommen an Haushaltsabfällen je Einwohner/-in	2023	kg	485 ▾		2 ■■	489	364	440
HH.abfälle – getrennte Wertstoffe je Einwohner/-in	2023	kg	145 ▾		3 ■■■	175	98	134
T59 Primärenergieverbrauch (PEV)	2022	Mio. kWh	329.507 ▾		3 ■■■	905.969	52.265	3.243.056
Anteil erneuerbarer Energien am PEV	2022	%	24,7	↗	3 ■■■	40,1	6,1	17,5
T60 Stromerzeugung	2022	Mio. kWh	79.131 ▾		2 ■■	137.066	2.657	571.900
Anteil Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	2022	%	61,6	↗	3 ■■■	87,4	6,2	44,5
T61 Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus PEV je Einw.	2022	t	7,1 ▾		6 ■■■■	17,7	3,5	7,5
T62 Elektro-Pkw (PEV) – Anteil an Pkw-Neuzulassungen	2024	%	13,7 ↘		7 ■■■■	16,5	8,4	13,5
T63 Waldzustand – deutliche Kronenverlichtung	2024	%	25	↗	13 ■■■■■■■■	53	25	35
T64 Siedlungs- und Verkehrsfläche	2023	km²	6.819	↗	3 ■■■	8.703	238	50.838
Flächenverbrauch – Siedlungs- und Verkehrsfläche	2020-23	ha/Tag	5,4 ▾		5 ■■■■	12,4	-0,4	75,4
T65 Ökologisch bewirtschaftete Fläche	2024	1.000 ha	146,8 (((↗)))		5 ■■■■	423,0	0,3	1.852,7
Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche	2024	%	5,7 →		16 ■■■■■■■■	33,3	5,7	11,2
Soziales, Sicherheit								
T66 Armutsgefährdungsquote	2024	%	16,6	↗	8 ■■■■■■	19,7	13,0	x
Armutsgefährdungsquote – Alleinerziehende	2024	%	40,9 ▾		7 ■■■■■■	45,9	28,8	x
Armutsgefährdungsquote – Erwerbslose	2024	%	48,4 ▾		9 ■■■■■■	59,4	44,2	x
T67 SGB II-BG – Personen je 100 Einw. bis Regelaltersgrenze	2024	Anzahl	8,7 ▾		9 ■■■■■■	17,6	4,5	8,7
SGB II-Bedarfsgem. – Anteil Minderjährige an Bevölkerung	2024	%	13,1 ▾		10 ■■■■■■	28,8	6,9	13,0
T68 Mindestsicherungsquote	2023	%	8,9 →		8 ■■■■■■	17,6	5,1	8,6
T69 Verbraucherinsolvenzen je 10.000 Einwohner/-innen	2024	Anzahl	13,2	↗	2 ■■	16,5	4,9	8,5
T70 Pflegebedürftige – Anteil an der Bevölkerung	2023	%	7,8 ((↗))		7 ■■■■	9,5	4,8	6,8
T71 Schutzmaßnahmen je 10.000 Kinder und Jugendliche	2023	Anzahl	47	↗	13 ■■■■■■■■	130	25	53
T72 Schwangerschaftsabbrüche je 1.000 Lebendgeborene	2024	Anzahl	133 →		13 ■■■■■■■■	286	110	157
T73 Straftaten je 100.000 Einwohner/-innen	2024	Anzahl	6.609 ▾		11 ■■■■■■	14.998	4.726	6.995
Wohnungseinbruchdiebstahl je 100.000 Einw.	2024	Anzahl	90 ▾		8 ■■■■■■	233	27	94
T74 Straßenverkehr – Verunglückte je 100.000 Einw.	2024	Anzahl	517 ▾		2 ■■	527	364	440

1) Wert-Veränderung: → gleicher Wert, ↗ Anstieg (nicht bewertet), ↘ Rückgang (nicht bewertet), ↗/↘ positiv bewertet, ↗/↘ negativ bewertet, (↘) eingeschränkt vergleichbar, ((↘)) 2-jähriger Vergleich, (((↘))) 3-jähriger Vergleich.

2) Ungewertete Position des Wertes für Niedersachsen im Ländervergleich: 1 = höchster Wert, 16 = niedrigster Wert; dabei ist zu beachten, dass je nach Indikator ein niedriger oder ein hoher Wert positiv bewertet sein kann, d. h. der höchste Wert kann der schlechteste sein und der niedrigste der beste. Die Positionierung berücksichtigt bei Dezimalzahlen alle Nachkommastellen.

3) Bei den Indikatoren zu T12 sowie T59, T61, T63 sind die Position sowie der höchste und niedrigste Wert unter den verfügbaren Länderwerten ausgewiesen.

Aktuelle Entwicklungen im Jahr 2025

Im 1. Halbjahr 2025 stagnierte die Wirtschaft wie schon im Jahr 2024. Die schwache Konjunktur wirkte sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosigkeit stieg, wenn auch nur minimal. Der Anstieg der Erwerbstätigenzahlen im 1. Quartal verlangsamte sich.

- Das **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) Niedersachsens nahm im 1. Halbjahr 2025 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2024 um 1,0 % zu. Bundesweit blieb die Wirtschaftsleistung unverändert. Die Hälfte der 16 Länder verzeichneten ein reales Wirtschaftswachstum. In Bremen (+2,9 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+2,0 %) war der reale BIP-Anstieg am stärksten.
- Die **Arbeitslosenquote** lag im Juni 2025 in Niedersachsen bei 6,0 % und damit 0,3 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor (Deutschland: 6,2 %; +0,4 Prozentpunkte).
- Die **Unterbeschäftigungsquote** (ohne Kurzarbeit) sank in Niedersachsen im Juni 2025 gegenüber dem Vorjahresmonat marginal um 0,1 Prozentpunkte auf 7,2 % und blieb in Deutschland unverändert bei 7,5 %.
- Die **Erwerbstätigenzahlen** im 1. Quartal sanken in Niedersachsen 2025 gegenüber 2024 um 0,2 % auf rund 4,2 Mio. (Deutschland: -0,1 %; 45,8 Mio.).
- Die **„bekämpfte Armut“**, gemessen am Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften an der Bevölkerung bis zur Regelaltersgrenze, berechnete sich im Mai 2025 in Niedersachsen und Deutschland auf 8,6 %. Damit lag die SGB II-Quote in Niedersachsen etwas unter dem Niveau vom Mai des Vorjahres (-0,4 Prozentpunkte; Deutschland: -0,3 Prozentpunkte).

Aktuelle Entwicklungen 2025

Land	Veränderung des BIP (real) – vorläufige Ergebnisse ¹⁾	Erwerbstätige ²⁾ (am Arbeitsort)	Veränderung der Zahl der Erwerbs- tätigen	Arbeits- losenquote ³⁾	Veränderung der Arbeits- losenquote	Unter- beschäfti- gungsquote (ohne Kurzarbeit) ⁴⁾	SGB II- Quote ⁵⁾	Veränderung der SGB II-Quote
	1. Hj 2025/ 1. Hj 2024	1. Vj 2025	1. Vj 2025/ 1. Vj 2024	Juni 2025	Juni 2025/ Juni 2024	Juni 2025	Mai 2025	Mai 2025/ Mai 2024
	%	in 1.000	%		Prozentpunkte	%		Prozentpunkte
Baden-Württemberg	-0,8	6.399	-0,2	4,5	+0,4	5,5	5,7	-0,1
Bayern	-0,4	7.850	+0,0	3,9	+0,4	4,8	4,5	-0,1
Berlin	+1,3	2.183	-0,2	10,2	+0,7	12,1	15,4	-0,4
Brandenburg	-1,0	1.135	-0,3	6,3	+0,4	7,4	7,8	-0,3
Bremen	+2,9	443	-0,0	11,5	+0,6	13,9	17,4	-0,6
Hamburg	+1,1	1.361	+0,6	8,3	+0,5	10,1	12,5	-0,4
Hessen	0	3.613	+0,1	5,7	+0,3	7,0	8,5	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	+2,0	744	-0,3	7,8	+0,3	9,3	9,7	-0,3
Niedersachsen	+1,0	4.216	-0,2	6,0	+0,3	7,2	8,6	-0,4
Nordrhein-Westfalen	-0,2	9.808	-0,0	7,8	+0,4	9,4	11,3	-0,3
Rheinland-Pfalz	+0,1	2.047	-0,4	5,4	+0,2	6,6	7,2	-0,2
Saarland	-1,9	518	-1,0	7,4	+0,5	9,2	10,8	-0,2
Sachsen	+0,1	2.046	-0,6	6,8	+0,4	8,1	8,5	-0,3
Sachsen-Anhalt	-0,3	980	-0,5	7,9	+0,5	9,8	10,9	-0,5
Schleswig-Holstein	-0,2	1.472	+0,1	5,7	+0,2	7,1	8,7	-0,3
Thüringen	+0,6	1.005	-0,9	6,3	+0,2	7,7	7,8	-0,4
Deutschland	0	45.819	-0,1	6,2	+0,4	7,5	8,6	-0,3

1) Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL), Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2025 – vorläufige Ergebnisse.

2) Quelle: Erwerbstätigenrechnung der Länder, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Mai 2025.

3) Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosenquoten – Zeitreihe, August 2025.

4) Vorläufig; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Juli 2025.

5) Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (mit und ohne Leistungsanspruch) je Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 0 bis unter Regelaltersgrenze am 31.12.2024; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Tabellen, Eckwerte der Grundsicherung SGB II (Zeitreihe Monatszahlen ab 2007), Nürnberg, August 2025.

Bevölkerung

Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse des Zensus 2022 am 25. Juni 2024 erfolgte die Umstellung der Bevölkerungsfortschreibung auf diese neue Ausgangsbasis: Die Bevölkerungszahlen Niedersachsens auf Basis des Zensus 2022 zum Stichtag 15. Mai 2022 wurden daher sukzessive umgestellt und veröffentlicht. Die vorgestellten Zahlen basieren auf den Ergebnissen des Zensus 2022 und sind daher nur eingeschränkt mit den Zahlen auf Basis des Zensus 2011 vergleichbar.

- Die Bevölkerungszahl Niedersachsens lag Ende 2024 bei knapp 8,0 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vergleich zum Jahr 2023 entsprach dies einem geringen Rückgang von rund 3.650 bzw. 0,05 % (Deutschland: rund +121.000 Personen, +0,1 %).
- Die Zahl der Geburten sank 2024 in Niedersachsen im Vergleich zu 2023 nochmals um rund 1.500 Kinder auf etwa 65.646 Lebendgeborene (-2,3 %; Deutschland: -2,3 %).
- Das Geburtendefizit je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner (-4,7 Personen) überstieg 2024 den Wanderungsgewinn (+4,3 Personen). Dies führte zu einer negativen Bevölkerungsbilanz und resultierte in einem Rückgang der Bevölkerungszahl.

Wichtige Ergebnisse

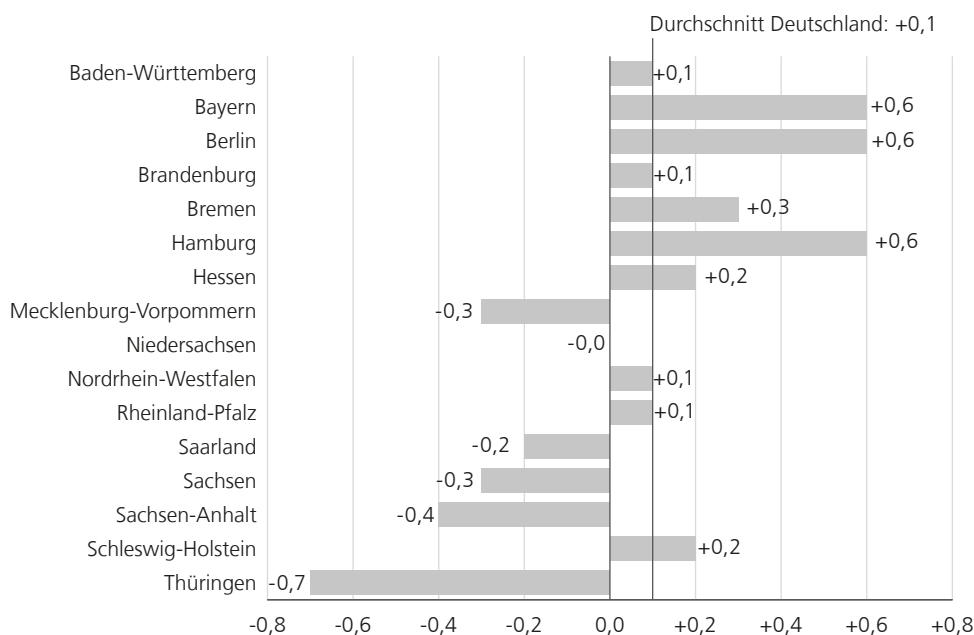
Geringer Rückgang der Bevölkerungszahl

Die Bevölkerungszahl Niedersachsens lag Ende 2024 bei knapp 8,0 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einem geringen Rückgang von rund 3.650 Personen bzw. 0,05 %. In Deutschland lebten zum Jahresende 2024 insgesamt knapp 83,6 Mio. Menschen. Gegenüber 2023 stieg die Bevölkerungszahl in Deutschland um rund 121.000 Personen bzw. um 0,1 % an, mit Blick auf das Vorjahr 2022 (+338.000 bzw. +0,4 %) entspricht dies einem vergleichsweise geringen Bevölkerungswachstum.

Die größten Bevölkerungszuwächse verzeichneten Bayern, Berlin und Hamburg mit jeweils +0,6 %. Verluste gab es neben Niedersachsen in 5 weiteren Ländern – am stärksten in Thüringen (-0,7 %), Sachsen-Anhalt (-0,4 %) und Sachsen (-0,3 %).

Bevölkerungszahl T1

Veränderung der Bevölkerung 2024 gegenüber 2023 (jeweils 31.12.) – Prozent



Anteil Ältere T1a

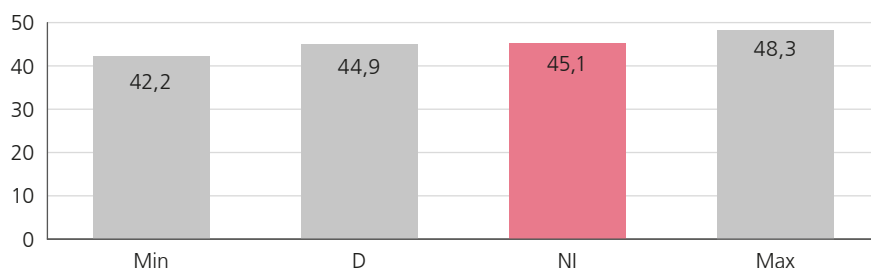
Anteil älterer Menschen und Durchschnittsalter leicht gestiegen

Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter ist in Niedersachsen und Deutschland im Jahr 2024 um jeweils 0,3 Prozentpunkte gestiegen und lag in Niedersachsen bei 23,2 % (Deutschland: 22,7 %).

Durchschnittsalter T1a

Auch das Durchschnittsalter erhöhte sich 2024 in Niedersachsen und in Deutschland jeweils um 0,1 Jahre. Die Niedersachsen (45,1 Jahre) waren dabei im Schnitt etwas älter als die Bevölkerung im restlichen Bundesgebiet (44,9 Jahre). Mit durchschnittlich 42,2 Jahren waren die Menschen in Hamburg im Ländervergleich am „jüngsten“ und in Sachsen-Anhalt mit 48,3 Jahren am „ältesten“.

Durchschnittsalter 2024 – Jahre

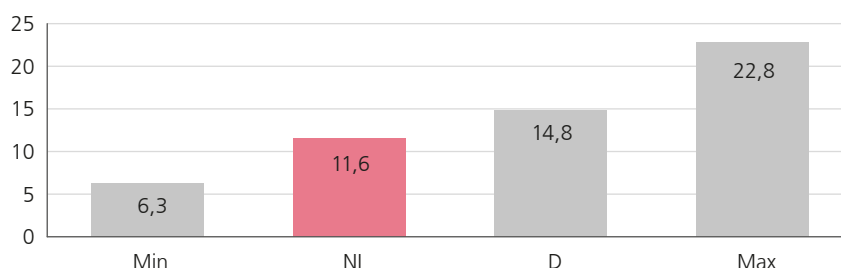


Anteil ausländische Bevölkerung T1

Anteil der ausländischen Bevölkerung in allen Ländern gestiegen

Ende 2024 lebten in Niedersachsen laut Bevölkerungsfortschreibung rund 932.000 Ausländerinnen und Ausländer, was einem Zuwachs von 1,6 % (+14.890 Personen) im Vergleich zum Vorjahr entspricht (Deutschland: +2,3 %). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ist der Anteil ausländischer Personen 2024 gegenüber 2023 um 0,2 Prozentpunkte auf 11,6 % gestiegen. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist im Jahr 2024 in allen Ländern gestiegen. Die höchsten Bevölkerungsanteile ausländischer Personen wiesen wie bereits im Jahr zuvor die Stadtstaaten Bremen (22,8 %), Berlin (22,5 %) und Hamburg (19,3 %) auf. In Mecklenburg-Vorpommern war der Ausländeranteil mit 6,3 % am niedrigsten.

Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung 2024 – Prozent



Geburten T2

Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen auf Vorjahresniveau

Im Jahr 2024 kamen in Niedersachsen insgesamt 65.646 Kinder lebend zur Welt. Das waren 2,3 % beziehungsweise 1.516 weniger als im Jahr zuvor. Bundesweit verringerte sich die Zahl der Lebendgeburten ebenfalls um 2,3 %.

Geburtenüberschuss/-defizit T2

Gleichzeitig starben in Niedersachsen 103.134 Menschen und damit 1,8 % weniger als im Jahr zuvor. Mit rund 37.500 Personen lag die Differenz zwischen den Geburten und Sterbefällen 2024 damit nur geringfügig unter dem historischen Hoch des Vorjahres (37.900). Je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner betrug damit das Geburtendefizit in Niedersachsen -4,7 Personen (Deutschland: -4,0 Personen). Das höchste Geburtendefizit verzeichnete erneut Sachsen-Anhalt (-10,2) und das niedrigste Hamburg (-0,6).

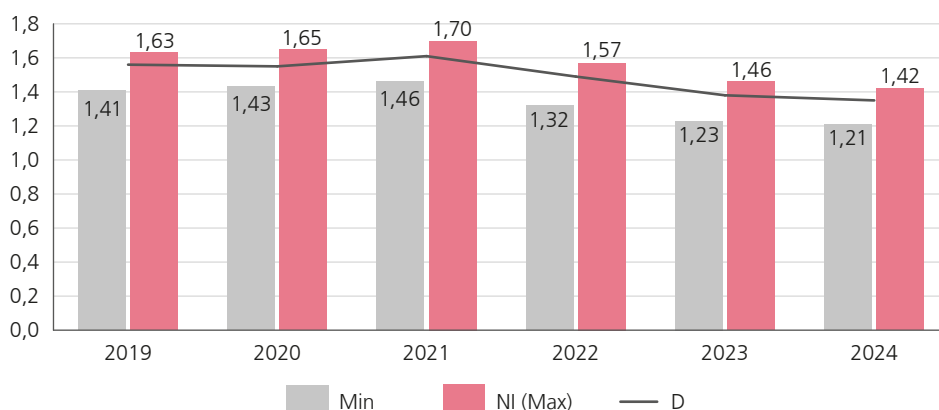
Höchste Zahl an Geburten je Frau (Geburtenziffer) im Ländervergleich

Geburtenziffer
T2

Die zusammengefasste Geburtenziffer wird zur Beschreibung des aktuellen Geburtenverhaltens herangezogen. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekäme, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen von 15 bis 49 Jahren im betrachteten Jahr.

Die Geburtenziffer ging 2024 gegenüber dem Vorjahr in allen Ländern zurück, in Niedersachsen von 1,46 auf 1,42 Kinder je Frau im Alter von 15 bis 49 Jahren. Niedersachsen wies damit bundesweit dennoch weiterhin die höchste zusammengefasste Geburtenziffer auf; der Bundesdurchschnitt betrug 1,35 Kinder (2023: 1,38). Die niedrigsten Werte gab es in Berlin (1,21) und Sachsen (1,22).

■ Zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) für Frauen (Altersjahre 15 bis 49) 2019 bis 2024 – Anzahl



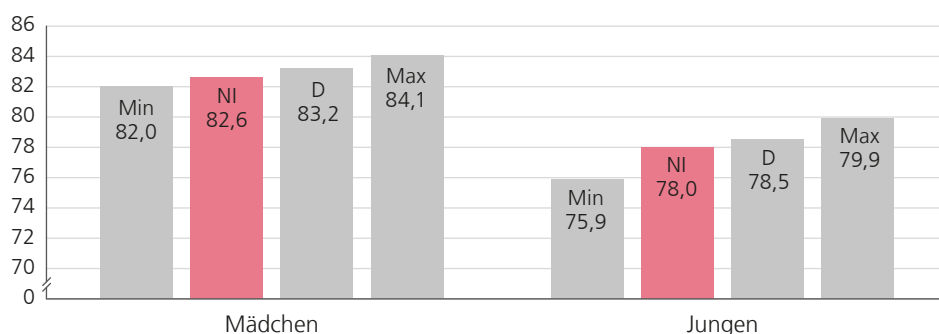
Leichter Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt

Lebenserwartung
T1a

Die (Perioden-)Sterbetafeln zeigen modellhaft auf, wie unter den derzeitigen Sterblichkeitsverhältnissen eine fiktive Grundgesamtheit von 100.000 lebend geborenen Mädchen bzw. Jungen im Zeitablauf verstirbt. Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte, die vom individuellen Sterberisiko einer Person je nach gesundheitlicher Konstitution und persönlichen Lebensverhältnissen über- oder unterschritten werden können. Die Angabe zur Lebenserwartung Neugeborener gibt an, wie lange sie den aktuellen Lebensverhältnissen entsprechend durchschnittlich leben würden.

Nach den Ergebnissen der Sterbetafel 2022/2024 lag die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt in Niedersachsen im Jahr 2024 für Jungen bei 78,0 Jahren und für Mädchen bei 82,6 Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Lebenserwartung für Jungen um 0,20 Jahre und für Mädchen um 0,04 Jahre. Im Ländervergleich lag die Lebenserwartung von Neugeborenen in Niedersachsen sowohl für Jungen als auch für Mädchen unter dem Bundeswert (Jungen: 78,5 Jahre; Mädchen: 83,2 Jahre). Wie in den Jahren zuvor verzeichnete Baden-Württemberg die höchste Lebenserwartung beider Geschlechter bei Geburt (Jungen: 79,9 Jahre; Mädchen: 84,1 Jahre). In Sachsen-Anhalt geborene Jungen (75,9 Jahre) und im Saarland geborene Mädchen (82,0 Jahre) hatten die jeweils niedrigste Lebenserwartung.

■ Lebenserwartung bei Geburt 2024 – Jahre



Deutlicher Rückgang beim Wanderungsgewinn

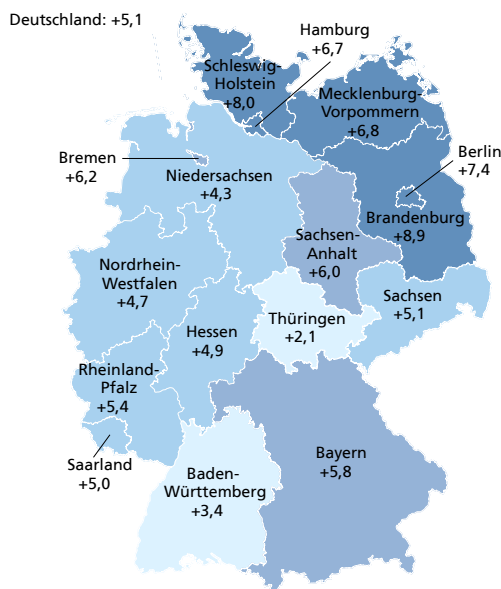
Alle Länder wiesen im Jahr 2024 weiterhin einen positiven Wanderungssaldo auf, konnten also Wanderungsgewinne erzielen. Im Vergleich der Vorjahre jedoch in deutlich geringerem Umfang. Während die Nettozuwanderung in Deutschland 2023 knapp 663.000 Personen betrug, verringerte sich diese 2024 um 35,1 % auf rund 430.000 Personen.

Im Jahr 2024 sind rund 34.450 Personen mehr nach Niedersachsen zugezogen als aus Niedersachsen fortgezogen. Dieser Wanderungsgewinn resultiert nahezu ausschließlich aus der Zuwanderung aus dem Ausland (über die Grenzen des Bundesgebietes) und betrug rund 33.650 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr (2023: 62.420 Personen) hat sich dieser um 46,1 % deutlich reduziert. Lediglich Baden-Württemberg (-54,0 %) verzeichnete einen höheren Rückgang des Wanderungssaldos mit dem Ausland. Berlin (-15,5 %) wies im Vergleich der Länder den geringsten Verlust beim Wanderungssaldo mit dem Ausland auf.

Den größten Wanderungsüberschuss innerhalb des Bundesgebietes, also zwischen den einzelnen Ländern, verzeichnete im Jahr 2024 Brandenburg mit einem positiven Saldo von gut 12.000 Personen, gefolgt von Bayern (+9.500 Personen) und Schleswig-Holstein (+9.000 Personen). Niedersachsen konnte nach 2023 mit einem leicht negativen Saldo (-268 Personen) im vergangenen Jahr einen geringen positiven Saldo erzielen (+792 Personen). Berlin (-15.000 Personen) sowie Thüringen (-5.500 Personen) hatten die größten Wanderungsverluste innerhalb des Bundesgebiets.

Der Rückgang des Wanderungssaldos 2024 gegenüber 2023 lässt sich auch an der Entwicklung des Wanderungsgewinns je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner ablesen. Im Jahr 2023 betrug dieser für Deutschland insgesamt 7,9 Personen und verringerte sich 2024 auf 5,1 Personen. Für Niedersachsen lag dieser Wert im Jahr 2024 mit 4,3 Personen unter dem Bundeswert. Im Ländervergleich verzeichnete Thüringen (+2,1) den geringsten und Brandenburg (+8,9) den höchsten Wert.

■ Wanderungssaldo insgesamt je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 2024 – Anzahl



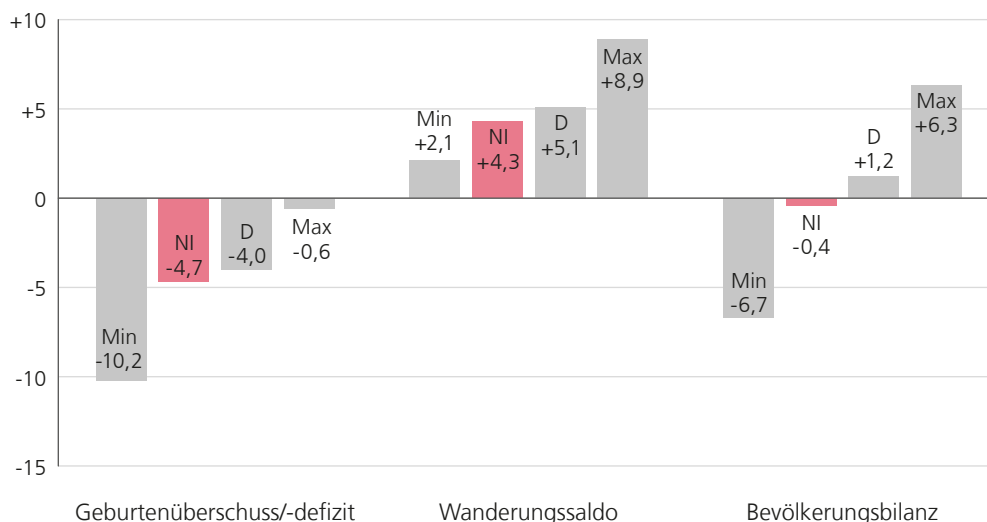
Geburtendefizit übersteigt Wanderungssaldo

Im Jahr 2024 überstieg das Geburtendefizit in Niedersachsen erstmalig seit 2012 den Wanderungssaldo. Dadurch fiel die Bevölkerungsbilanz insgesamt negativ aus und es kam zu einem geringfügigen Rückgang der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr. Je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner verlor Niedersachsen 2024 somit 0,4 Personen.

Die Bevölkerungsbilanz zeigt den Anstieg bzw. Rückgang der Bevölkerungszahl innerhalb eines Zeitraumes und eines bestimmten Gebietes an und ist das Gesamtergebnis von natürlicher (Geburten und Sterbefälle) und räumlicher Bevölkerungsbewegung (Wanderungen).

Neben Niedersachsen verzeichneten 5 weitere Länder eine negative Bevölkerungsbilanz: Thüringen (-6,7), Sachsen-Anhalt (-4,1), Sachsen (-2,9), Mecklenburg-Vorpommern (-2,6) und das Saarland (-1,8). In den anderen Ländern konnten die Geburtendefizite durch die positiven Wanderungssalden kompensiert werden. Berlin wies mit einer Bevölkerungsbilanz je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner von 6,3 den höchsten Wert auf.

■ Geburtendefizit, Wanderungssaldo und Bevölkerungsbilanz je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 2024 – Anzahl



Zahl der Eingebürgerten auf dem Höchststand

Eingebürgerte sind Personen, denen auf Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde. Sie werden zu deutschen Bürgerinnen und Bürgern und verfügen damit über alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Ausländische Staatsangehörige haben einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Ein Absehen von der Erfüllung einzelner Voraussetzungen ist z. B. bei Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, Ehegatten und Kindern der einzubürgernden Person sowie Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen möglich. Sofern ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht und einige Mindestanforderungen erfüllt sind, kann die Einbürgerungsbehörde der Einbürgerung zustimmen (sogenannte Ermessenseinbürgerung).

Im Jahr 2024 wurden in Niedersachsen 23.380 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert, so viele wie noch nie seit dem Jahr 2000. Gegenüber dem Jahr 2023 ist das ein Anstieg um 38,6 %. Bundesweit haben nahezu 300.000 Ausländerinnen und Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erworben und damit sogar 45,9 % mehr als im Vorjahr.

Lediglich 12,4 % der im Jahr 2024 eingebürgerten Personen in Deutschland kamen aus Staaten der Europäischen Union. In Niedersachsen lag der Anteil mit 8,6 % deutlich unter dem Bundesschnitt. Am höchsten war der Anteil der eingebürgerten Personen aus den EU-Staaten in Hessen (19,4 %) und am niedrigsten in Bremen (4,7 %). In allen Ländern hat sich der Anteil der Einbürgerungen aus EU-Staaten in den letzten Jahren kontinuierlich reduziert.

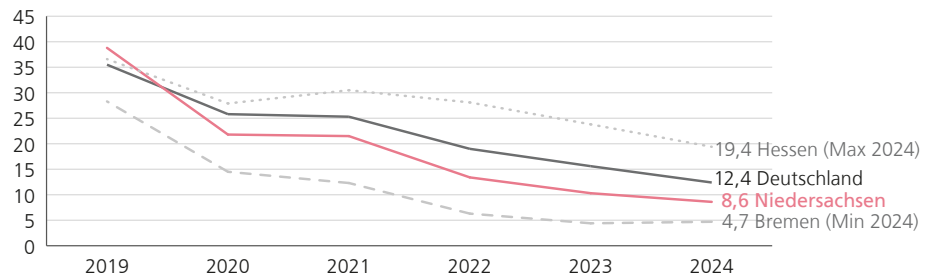
Der Indikator ausgeschöpftes Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Zahl der Einbürgerungen auf die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr. Das aEP ist ein internationaler Indikator vor allem für eine erfolgreiche rechtliche Integration.

In Niedersachsen lag das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential 2024 bei 6,2 % und damit wieder über dem bundesweiten Durchschnitt von 5,1 %. In den Ländern Thüringen (9,3 %), Sachsen-Anhalt (8,8 %) und Brandenburg (8,3 %) war die Quote am höchsten.

Einbürgerungen T4

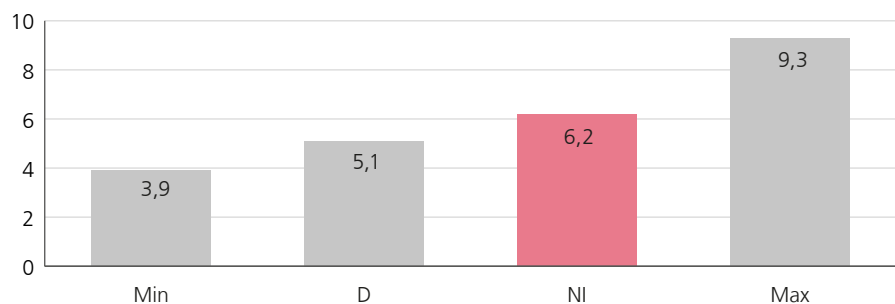
Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential T4

■ Anteil Einbürgerungen aus EU-Staaten an allen Einbürgerungen 2019 bis 2024 – Prozent



Dagegen wurde in Baden-Württemberg (3,9 %) und Hessen (4,3 %) ein deutlich geringerer Anteil der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 10 Jahren eingebürgert.

■ Ausgeschöpftes Einbürgerungspotential 2024 – Prozent



Informationen:

Bevölkerungszahlen, Geburten und Sterbefälle, Zu- und Fortzüge:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 12 Bevölkerung: [12411 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 12 Bevölkerung: [12612 Statistik der Geburten/12613 Statistik der Sterbefälle/12621 Sterbetafeln](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 12 Bevölkerung: [12711 Wanderungsstatistik](#)
- LSN: Datenangebote > [LSN-Online-Datenbank](#) > Direkt zur Datenbank > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 124 Bevölkerungsstand, -vorausberechnung/126 Natürliche Bevölkerungsbewegungen/127 Wanderungen
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Bevölkerung
- Statistisch gesehen – Das Online-Magazin des LSN: [Zensus 2022 in Niedersachsen – Hintergründe zur Ermittlung der Einwohnerzahlen](#) (12.9.2024)

Ausländerinnen und Ausländer aus dem Ausländerzentralregister:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 12 Bevölkerung: [12521 Ausländerstatistik](#)
- LSN: Datenangebote > [LSN-Online-Datenbank](#) > Direkt zur Datenbank > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 125 Einbürgerungen, Ausländer > 12521 Ausländerstatistik (Ausländerzentralregister)

Einbürgerungen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 12 Bevölkerung: [12511 Einbürgerungsstatistik](#)
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Themen > Integration > Zugewanderte und Kursteilnehmende > [Einbürgerung](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Integration > Migration und Integration > Übersicht > [Monitoring](#)
- LSN: Datenangebote > Monitorings und Analysen > [Integrationsmonitoring Niedersachsen](#)
- LSN: Datenangebote > [LSN-Online-Datenbank](#) > Direkt zur Datenbank > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 125 Einbürgerungen, Ausländer > 12511 Einbürgerungsstatistik

Autorin: Anett Loth

Tabellen Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte 31.12. (Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2022)¹⁾

Land	Einwohner/-innen am 31.12.			Länderanteil	Anteil der Ausländer/ -innen	Anteil EU-Aus- länder/ -innen AZR an Ausländer/ -innen AZR ²⁾	Einwohner/ -innen je km² ³⁾	Veränderung der Zahl der Einwohner/-innen			
	2019	2023	2024					2024		2024/2019	2024/2023
	Anzahl							%		Anzahl	%
Baden-Württemberg	11.100.394	11.230.740	11.245.898	13,5	18,2	41,5	315	+1,3	+0,1		
Bayern	13.124.737	13.176.426	13.248.928	15,9	15,6	43,3	188	+0,9	+0,6		
Berlin	3.669.491	3.662.381	3.685.265	4,4	22,5	29,6	4.136	+0,4	+0,6		
Brandenburg	2.521.893	2.554.464	2.556.747	3,1	7,2	28,8	86	+1,4	+0,1		
Bremen	681.202	702.655	704.881	0,8	22,8	23,8	1.680	+3,5	+0,3		
Hamburg	1.847.253	1.851.596	1.862.565	2,2	19,3	24,9	2.467	+0,8	+0,6		
Hessen	6.288.080	6.267.546	6.280.793	7,5	18,4	37,1	297	-0,1	+0,2		
Mecklenburg-Vorpommern	1.608.138	1.578.041	1.573.597	1,9	6,3	29,2	68	-2,1	-0,3		
Niedersachsen	7.993.608	8.008.135	8.004.489	9,6	11,6	34,5	168	+0,1	-0,0		
Nordrhein-Westfalen	17.947.221	18.017.520	18.034.454	21,6	15,8	33,1	529	+0,5	+0,1		
Rheinland-Pfalz	4.093.903	4.125.163	4.129.569	4,9	13,9	40,3	208	+0,9	+0,1		
Saarland	986.887	1.014.047	1.012.141	1,2	15,1	38,9	394	+2,6	-0,2		
Sachsen	4.071.971	4.054.689	4.042.422	4,8	8,1	27,1	219	-0,7	-0,3		
Sachsen-Anhalt	2.194.782	2.144.570	2.135.597	2,6	7,6	24,4	104	-2,7	-0,4		
Schleswig-Holstein	2.903.773	2.953.202	2.959.517	3,5	10,3	29,8	187	+1,9	+0,2		
Thüringen	2.133.378	2.114.870	2.100.277	2,5	8,3	28,7	130	-1,6	-0,7		
Deutschland	83.166.711	83.456.045	83.577.140	100	14,8	35,9	234	+0,5	+0,1		

1) Bis 2021: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, ab 2022: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2022.
2) Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer am 31.12.2024 nach dem Ausländerzentralregister (AZR) war bundesweit 13,5 % höher als die Zahl nach der Bevölkerungsfortschreibung.
3) Bodenfläche insgesamt am 31.12.2023.
Quelle EU-Ausländerinnen und -Ausländer: Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2024

1a. Bevölkerungsstand – Alter 31.12.¹⁾

Land	Anteil der unter 18- Jährigen	Anteil der 18- bis unter 65-Jährigen	Anteil der 65-Jährigen und Älteren	Anteil der Frauen ²⁾ 15 bis unter 50 Jahre an der weiblichen Bevölkerung	Jugend- quotient ³⁾	Alten- quotient ⁴⁾	Durch- schnitts- alter	Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt	
								Frauen ²⁾	Männer ²⁾
								nach Sterbetafel 2022/2024	
								Jahre	
Baden-Württemberg	17,3	61,2	21,5	40,9	32,7	36,4	44,0	84,1	79,9
Bayern	16,9	61,6	21,6	40,8	31,5	36,2	44,3	83,7	79,3
Berlin	16,5	64,3	19,2	46,4	29,4	30,7	42,8	83,3	78,4
Brandenburg	16,1	57,4	26,5	35,1	32,0	47,6	47,5	83,4	77,7
Bremen	17,3	61,9	20,8	42,8	32,4	34,8	43,1	82,1	76,7
Hamburg	17,0	65,0	18,0	46,9	30,0	28,6	42,2	83,1	78,4
Hessen	17,0	61,3	21,7	40,9	32,0	36,5	44,3	83,3	78,9
Mecklenburg-Vorpommern	15,2	56,7	28,0	34,6	31,0	51,0	48,1	82,8	76,5
Niedersachsen	16,8	60,0	23,2	38,7	32,5	40,0	45,1	82,6	78,0
Nordrhein-Westfalen	17,0	61,0	22,0	40,1	32,1	37,4	44,5	82,6	78,1
Rheinland-Pfalz	16,7	60,0	23,3	38,7	32,1	40,1	45,1	83,0	78,6
Saarland	15,4	59,2	25,4	37,5	30,1	44,3	46,4	82,0	77,4
Sachsen	16,0	56,9	27,2	36,6	32,3	49,3	47,1	84,0	78,0
Sachsen-Anhalt	15,0	56,6	28,5	33,9	30,5	51,9	48,3	82,3	75,9
Schleswig-Holstein	16,3	59,7	24,0	38,0	31,6	41,5	45,8	82,8	78,3
Thüringen	15,3	56,7	28,0	34,6	31,1	51,1	47,9	83,1	77,4
Deutschland	16,7	60,5	22,7	39,8	31,8	38,8	44,9	83,2	78,5

1) Bis 2021: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, ab 2022: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2022.
2) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.
3) Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.
4) Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

2. Lebendgeborene

Land	Lebendgeborene			Lebendgeborene je 1.000 Einwohner/-innen 31.12.		Geburten- überschuss/ -defizit ¹⁾ je 1.000 Ein- wohner/ -innen 31.12.	Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen		Zusammen- gefasste Geburten- ziffer (TFR) ²⁾ Frauen
	2019	2023	2024	2019	2024		2024/2019	2024/2023	2024
	Anzahl						%		Anzahl
Baden-Württemberg	108.985	98.419	97.507	9,8	8,7	-1,9	-10,5	-0,9	1,39
Bayern	128.227	116.505	114.365	9,8	8,6	-2,2	-10,8	-1,8	1,39
Berlin	39.503	34.120	33.749	10,8	9,2	-1,1	-14,6	-1,1	1,21
Brandenburg	19.329	15.885	15.154	7,7	5,9	-7,9	-21,6	-4,6	1,34
Bremen	7.149	6.615	6.251	10,5	8,9	-3,0	-12,6	-5,5	1,34
Hamburg	20.940	18.264	17.553	11,3	9,4	-0,6	-16,2	-3,9	1,23
Hessen	60.062	53.685	53.089	9,6	8,5	-2,9	-11,6	-1,1	1,37
Mecklenburg-Vorpommern	12.630	9.671	9.157	7,9	5,8	-9,4	-27,5	-5,3	1,30
Niedersachsen	73.286	67.162	65.646	9,2	8,2	-4,7	-10,4	-2,3	1,42
Nordrhein-Westfalen	170.391	155.515	152.688	9,5	8,5	-3,8	-10,4	-1,8	1,38
Rheinland-Pfalz	37.173	34.493	33.606	9,1	8,1	-4,3	-9,6	-2,6	1,40
Saarland	8.006	7.769	7.566	8,1	7,5	-6,9	-5,5	-2,6	1,32
Sachsen	34.491	26.194	24.697	8,5	6,1	-8,0	-28,4	-5,7	1,22
Sachsen-Anhalt	16.618	13.550	12.526	7,6	5,9	-10,2	-24,6	-7,6	1,31
Schleswig-Holstein	24.653	22.190	21.760	8,5	7,4	-5,8	-11,7	-1,9	1,31
Thüringen	16.647	12.952	11.803	7,8	5,6	-8,9	-29,1	-8,9	1,24
Deutschland	778.090	692.989	677.117	9,4	8,1	-4,0	-13,0	-2,3	1,35

1) Anzahl der Lebendgeborenen minus Anzahl der Gestorbenen.

2) Total fertility rate (TFR) ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern für die Altersjahre 15 bis 49. Eine altersspezifische Geburtenziffer zeigt die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Zahl aller Frauen dieses Alters.

3. Wanderungssaldo

Land	Wanderungssaldo insgesamt ¹⁾ (Zuzüge minus Fortzüge)			Davon		Wanderungssaldo insgesamt je 1.000 Einwohner/-innen 31.12.			Veränderung des Wanderungssaldos insgesamt	
				über die Grenzen des Bundes- gebietes	innerhalb des Bundes- gebietes					
	2019	2023	2024	2024	2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023	
	Anzahl									
Baden-Württemberg	+37.782	+83.621	+37.680	+40.515	-2.835	+3,4	+7,4	+3,4	-102	-45.941
Bayern	+58.548	+99.124	+77.384	+67.844	+9.540	+4,5	+7,5	+5,8	+18.836	-21.740
Berlin	+23.231	+32.765	+27.107	+41.862	-14.755	+6,3	+8,9	+7,4	+3.876	-5.658
Brandenburg	+22.914	+29.786	+22.629	+10.184	+12.445	+9,1	+11,7	+8,9	-285	-7.157
Bremen	-774	+8.886	+4.352	+7.324	-2.972	-1,1	+12,6	+6,2	+5.126	-4.534
Hamburg	+5.003	+19.887	+12.465	+14.884	-2.419	+2,7	+10,7	+6,7	+7.462	-7.422
Hessen	+28.517	+49.095	+30.688	+35.702	-5.014	+4,5	+7,8	+4,9	+2.171	-18.407
Mecklenburg-Vorpommern	+8.043	+16.090	+10.705	+7.259	+3.446	+5,0	+10,2	+6,8	+2.662	-5.385
Niedersachsen	+35.029	+62.152	+34.446	+33.654	+792	+4,4	+7,8	+4,3	-583	-27.706
Nordrhein-Westfalen	+47.256	+122.376	+83.872	+88.846	-4.974	+2,6	+6,8	+4,7	+36.616	-38.504
Rheinland-Pfalz	+20.416	+32.885	+22.140	+21.028	+1.112	+5,0	+8,0	+5,4	+1.724	-10.745
Saarland	+2.162	+8.818	+5.104	+5.468	-364	+2,2	+8,7	+5,0	+2.942	-3.714
Sachsen	+15.612	+36.231	+20.636	+18.017	+2.619	+3,8	+8,9	+5,1	+5.024	-15.595
Sachsen-Anhalt	+2.428	+16.096	+12.882	+12.890	-8	+1,1	+7,5	+6,0	+10.454	-3.214
Schleswig-Holstein	+17.521	+31.144	+23.578	+14.620	+8.958	+6,0	+10,5	+8,0	+6.057	-7.566
Thüringen	+3.372	+14.008	+4.515	+10.086	-5.571	+1,6	+6,6	+2,1	+1.143	-9.493
Deutschland	+327.060	+662.964	+430.183	+430.183	x	+3,9	+7,9	+5,1	+103.123	-232.781

1) Einschließlich „unbekanntes Ausland“ sowie einschließlich Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

4. Einbürgerungen

Land	Eingebürgerte ¹⁾			Anteil Eingebürgerte aus EU-Staaten	Eingebürgerte je 1.000 Ausländer/-innen 31.12.		Ausgeschöpftes Einbürgerungs- potential ²⁾	Veränderung der Zahl der Eingebürgerten			
	2019	2023	2024		2024	2019		2024	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl				%	Anzahl		%			
Baden-Württemberg	19.110	22.745	37.805	17,2	10	17	3,9	+97,8	+66,2		
Bayern	20.975	36.105	54.520	17,0	11	23	5,7	+159,9	+51,0		
Berlin	6.830	9.040	21.810	8,4	8	22	5,2	+219,3	+141,3		
Brandenburg	1.040	2.490	3.770	11,9	8	18	8,3	+262,5	+51,4		
Bremen	1.785	4.580	4.640	4,7	13	29	7,6	+159,9	+1,3		
Hamburg	5.840	7.540	9.600	9,1	18	25	5,7	+64,4	+27,3		
Hessen	13.780	15.115	24.915	19,4	12	18	4,3	+80,8	+64,8		
Mecklenburg-Vorpommern	535	1.625	1.840	7,6	7	15	7,7	+243,9	+13,2		
Niedersachsen	10.930	16.870	23.380	8,6	13	21	6,2	+113,9	+38,6		
Nordrhein-Westfalen	30.680	51.185	68.705	9,8	11	21	4,8	+123,9	+34,2		
Rheinland-Pfalz	6.065	10.825	12.265	12,8	12	20	5,3	+102,2	+13,3		
Saarland	1.035	2.350	2.785	6,6	8	17	4,5	+169,1	+18,5		
Sachsen	2.090	2.605	4.410	10,5	10	12	6,2	+111,0	+69,3		
Sachsen-Anhalt	710	2.095	2.815	5,2	6	15	8,8	+296,5	+34,4		
Schleswig-Holstein	3.425	6.915	8.590	8,1	13	24	7,8	+150,8	+24,2		
Thüringen	790	1.605	2.640	5,7	7	14	9,3	+234,2	+64,5		
Deutschland	128.905	200.095	292.020	12,4	11	21	5,1	+126,5	+45,9		

1) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 5 gerundet. Angaben für Deutschland einschließlich Einbürgerungen im Ausland lebender Personen (2019: 3.280 Personen, 2023: 6.415 Personen, 2024: 7.530 Personen).

2) Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential (aEP) bezieht die Einbürgerungen im Inland auf die seit mindestens 10 Jahre im Inland lebende ausländische Bevölkerung zum 31.12. des Vorjahres.

Quelle Ausländerinnen und Ausländer: Ausländerzentralregister, Stand zum 31.12.2024

Familie und Beruf

- Die Zahl der ganztagsbetreuten Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren stieg in Niedersachsen innerhalb von 5 Jahren um 22,5 %.
- Mehr als jede vierte erwerbstätige Person (26,6 %) arbeitete 2024 in Teilzeit (Deutschland: 23,6 %).
- Die Zahl der Eheschließungen sank 2024 um 5,0 % (Deutschland: -3,3 %).
- 91,1 % aller niedersächsischen Privathaushalte verfügten 2024 über einen Internetzugang mit einer festen und/oder mobilen Verbindung (Deutschland: 92,6 %).

Wichtige Ergebnisse

Das Thema Familie und Beruf steht seit längerem im öffentlichen Fokus. Die Ausgestaltung der Rechtsanspruchsnorm des § 24 SGB VIII hat sich über die Jahre etappenweise verändert. Nach § 24 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII hat ein Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder oder in Kindertagespflege. Ein Kind, das das dritte Lebensjahr vollendet hat, hat nach § 24 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII bis zum Schuleintritt Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder. Je nach beruflicher Situation und persönlichen Lebensumständen sind Eltern auf eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder angewiesen. Im Oktober 2021 ist das Ganztagsförderungsgesetz in Kraft getreten. Kinder, die ab dem Schuljahr 2026/27 eingeschult werden, haben bis zum Beginn der fünften Klassenstufe einen Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder. Der Anspruch besteht an Werktagen im Umfang von 8 Stunden täglich.

Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen: Betreuungsquoten steigen in Niedersachsen

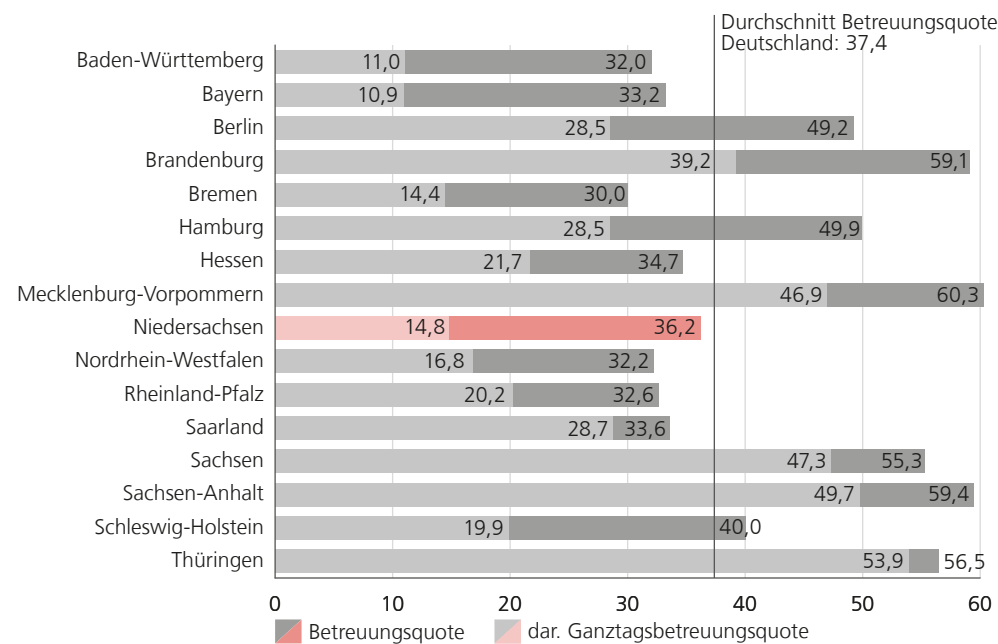
Kindertagesbetreuung der unter 3-Jährigen T5

Die Betreuungsquote zeigt den Anteil der betreuten Kinder einer Altersgruppe an der gleichaltrigen Bevölkerung. Bei der Ganztagsbetreuung besteht eine vertraglich vereinbarte Betreuungszeit von mehr als 7 Stunden an 5 Tagen in der Woche.

In Niedersachsen wurden zum Stichtag am 1. März 2024 insgesamt rund 80.000 Kinder unter 3 Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder öffentlich geförderten Kindertagespflege betreut. Gegenüber dem Vorjahr blieb damit die Zahl fast unverändert (+100 Kinder; +0,1 %), während die Zahl im Bundesdurchschnitt um 1,0 % zurückgegangen ist. Die höchsten prozentualen Zuwächse verzeichneten Schleswig-Holstein und Hessen (beide +0,8 %). Besonders stark sank die Zahl der betreuten Kinder in den ostdeutschen Flächenländern Sachsen (-6,7 %), Thüringen (-6,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (-5,7 %).

Betreuungsquote und darunter Ganztagsbetreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren 2024 – Prozent

Ganztagsbetreuung der unter 3-Jährigen T5



Jedoch wiesen diese Länder die höchsten Anteile von betreuten Kindern in öffentlich geförderten Kindertagesstätten oder Kindertagespflege an allen Kindern in der Bevölkerung im gleichen Alter auf (zwischen 55,3 % und 60,3 %).

In Niedersachsen betrug 2024 die Betreuungsquote unter 3-Jähriger 36,2 %. Gleichzeitig war dies nach Hamburg (49,9 %) die zweithöchste Betreuungsquote unter den westdeutschen Ländern (Deutschland insgesamt: 37,4 %).

Vergleichsweise wenige Kinder werden in Niedersachsen hingegen ganztags betreut. Die Ganztagsbetreuungsquote der unter 3-Jährigen lag 2024 bei 14,8 % (Deutschland: 20,0 %). Wie bereits in den Vorjahren war dies nach Bayern (10,9 %), Baden-Württemberg (11,0 %) und Bremen (14,4 %) die viertniedrigste Ganztagsbetreuungsquote. Die höchste Quote wies Thüringen mit 53,9 % auf.

Personal-Kind-Schlüssel bei unter 3-Jährigen

T5

In Gruppen mit Kindern unter 3 Jahren betreute eine Vollzeitkraft 3 bis 4 Kinder

Das von Fachexperten geforderte Betreuungsverhältnis von maximal 3 Kindern unter 3 Jahren je pädagogischer Vollzeitstelle (Personal-Kind-Schlüssel 3,0) erreichte 2024 nur Baden-Württemberg. In Niedersachsen ergaben sich rechnerisch 3,4 Kinder je vollzeittätiger Person. Damit lag Niedersachsen näher am empfohlenen Personal-Kind-Schlüssel als der Bundesdurchschnitt (3,8 Kinder je pädagogischer Vollzeitstelle).

Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen

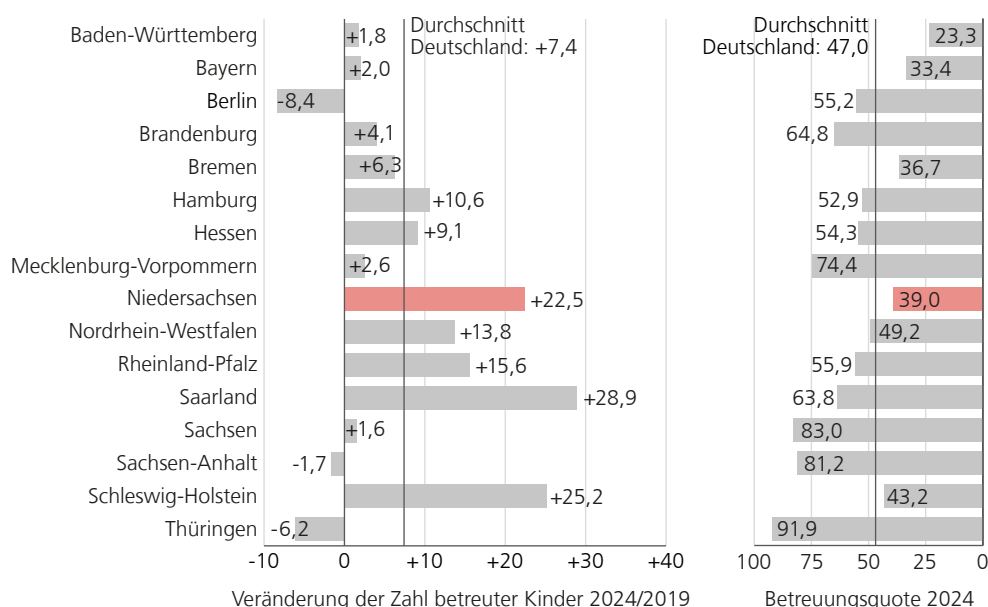
T6

Ganztagsbetreuung der 3- bis unter 6-Jährigen gesunken

In Niedersachsen wurden 2024 insgesamt fast 93.400 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren mit mehr als 7 Stunden Betreuung pro Betreuungstag gezählt. Damit wurden in dieser Altersgruppe in Niedersachsen 2024 knapp 500 Kinder (-0,5 %) weniger ganztags betreut als noch ein Jahr zuvor. Diese Entwicklung lag etwa im Bundesdurchschnitt von -0,6 %.

Im mittelfristigen Ländervergleich 2024 gegenüber 2019 wies Niedersachsen mit einem Plus von 22,5 % zwar den dritthöchsten Wert in der Veränderung der Ganztagsbetreuung auf. Dennoch erreichte das Land 2024 auch bei den 3- bis unter 6-Jährigen mit 39,0 % nur die viertniedrigste Ganztagsbetreuungsquote nach Baden-Württemberg (23,3 %), Bayern (33,4 %) und Bremen (36,7 %). Im Bundesdurchschnitt lag die Quote 2024 bei 47,0 %. Die höchste Ganztagsbetreuungsquote wies Thüringen auf, wo mehr als 9 von 10 Kindern (91,9 %) im Alter von 3 bis unter 6 Jahren ganztags betreut wurden.

Veränderung der Zahl der ganztägig betreuten 3- bis unter 6-jährigen Kinder 2024 gegenüber 2019 sowie Betreuungsquote 2024 – Prozent

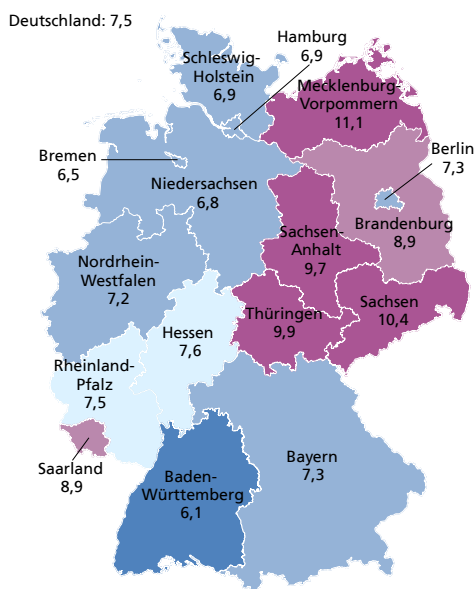


In Gruppen mit Kindern ab 3 Jahren betreute eine Vollzeitkraft 6,8 Kinder

Das Betreuungsverhältnis in Gruppen mit Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt lag 2024 in Niedersachsen rechnerisch bei 6,8 Kindern je pädagogischer Vollzeitstelle (Personal-Kind-Schlüssel). Im Ländervergleich erreichte nur Baden-Württemberg (6,1) einen niedrigeren Schlüssel. Im bundesweiten Durchschnitt wurde ein Personal-Kind-Schlüssel von 7,5 für diese Altersgruppe errechnet.

Personal-Kind-Schlüssel
bei ab 3-Jährigen
T6

Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen: Personal-Kind-Schlüssel 2024 – Zahl der Kinder je Betreuungsperson



Elterngeldbezug: Niedersachsen mit moderatem Rückgang und stabiler Väterbeteiligung

Elterngeldbezug
T7

Eine weitere staatliche Maßnahme zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Weiterentwicklung des Elterngeldes. Seit 2015 gibt es das Basis-Elterngeld und das ElterngeldPlus.

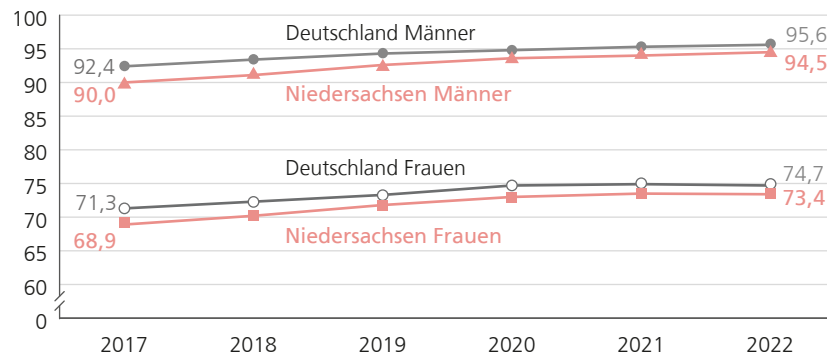
- Das Basis-Elterngeld entspricht bei Erwerbstätigen etwa zwei Dritteln des Nettogehaltes vor der Geburt (voller Satz: maximal 1.800 Euro monatlich) und kann für mindestens 2 bis zu grundsätzlich 14 Monate bezogen werden. Eltern besonders früh geborener Kinder, die ab dem 1. September 2021 geboren sind, bekommen bis zu 4 Basiselterngeld-Monate mehr, die auch in ElterngeldPlus Monate umgewandelt werden können. Elterngeld wird ausgezahlt, um das fehlende Einkommen während der Betreuungszeit des Kindes auszugleichen.
- ElterngeldPlus (halber Satz: maximal 900 Euro monatlich) kann auch noch nach dem 14. Lebensmonat bezogen werden, solange es grundsätzlich ab dem 15. Lebensmonat in aufeinanderfolgenden Lebensmonaten von mindestens einem Elternteil ohne Unterbrechung bezogen wird. Ausnahmen gelten auch hier für Eltern besonders früh geborener Kinder.
- Für Geburten ab dem 1. September 2021 endet der Bezug spätestens mit Ablauf des 32. Lebensmonats.

Die Väterbeteiligung bezeichnet den prozentualen Anteil der Kinder, für die (mindestens) ein männlicher Leistungsbeziehender Elterngeld bezogen hat, an allen im betrachteten Zeitraum geborenen Kindern, für die (mindestens) ein Elterngeldbezug gemeldet wurde.

Der Leistungsbezug von Elterngeld für 2022 geborene Kinder endete bis März 2025 in Niedersachsen für 98.360 Eltern. Gegenüber 2020 (für 2017 geborene Kinder) stieg die Zahl der beendeten Bezüge um 2,8 % (Bundesdurchschnitt: -1,8 %). Die Väterbeteiligung stieg in Niedersachsen in diesem Zeitraum um 7,2 Prozentpunkte und lag 2025 bei 45,6 % (Bundesdurchschnitt: 46,3 %). In 5 der 16 Länder nahm mehr als die Hälfte der Väter zeitweise Elterngeld in Anspruch. In Sachsen war der Väteranteil 2025 mit 55,4 % am höchsten. Die niedrigste Väterbeteiligung am Elterngeldbezug verzeichneten das Saarland (34,8 %) und Bremen (35,0 %).

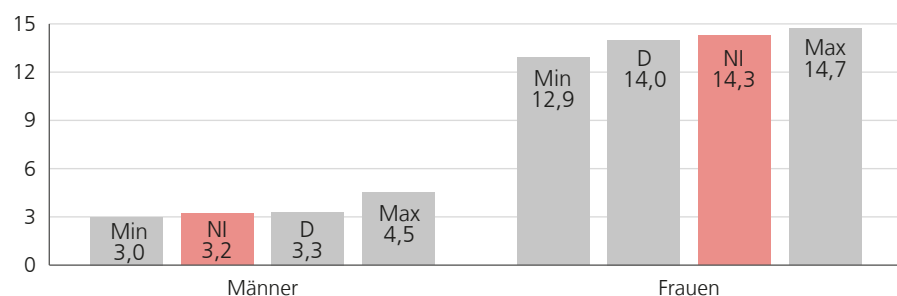
Der Anteil der Mütter und Väter von Neugeborenen, die vor der Geburt erwerbstätig waren, stieg bundesweit und auch in Niedersachsen weiter an. Unter denjenigen, die im Jahr 2022 Eltern wurden, waren in Niedersachsen 73,4 % der weiblichen Leistungsbeziehenden vor der Geburt des Kindes erwerbstätig (Deutschland: 74,7 %); bei den Männern waren es 94,5 % (Deutschland: 95,6 %).

■ **Elterngeld: Anteil der Beziehenden, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren, nach Geschlecht für 2017 bis 2022 geborene Kinder – Prozent**



Die Bezugsdauer von Elterngeld beträgt mindestens 2 Monate. Für Geburten ab September 2021 endet die maximale Bezugsdauer mit Ablauf des 32. Lebensmonats. Die durchschnittliche Bezugsdauer für Mütter von 2022 geborenen Kindern lag in Niedersachsen bei 14,3 Monaten und damit deutlich über der Bezugsdauer der Väter mit 3,2 Monaten. Die durchschnittliche Bezugsdauer der Väter entsprach damit in etwa dem Bundesdurchschnitt von 3,3 Monaten. Vergleichsweise kurz nahmen Väter in Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg Elterngeld in Anspruch mit jeweils 3,0 Monaten. Die längsten bezahlten Auszeiten für ihre Kinder erhielten Väter in den Stadtstaaten Berlin (4,5) und Bremen (4,1).

■ **Durchschnittliche Bezugsdauer von Elterngeld durch Männer und Frauen für 2022 geborene Kinder (bis März 2025) – Monate**



Teilzeitbeschäftigung

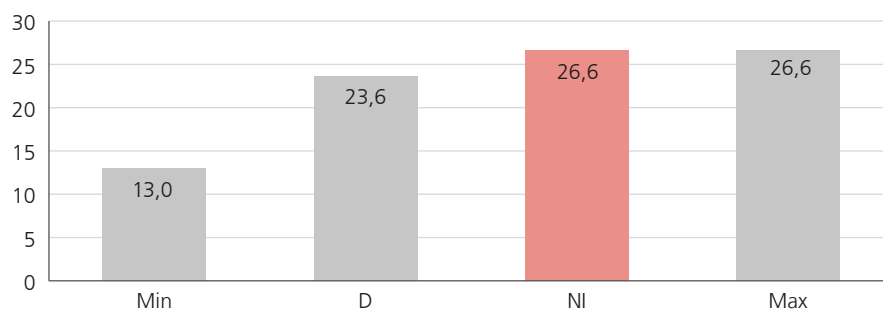
T8

Bundesweit höchster Teilzeitanteil

Als Teilzeitbeschäftigte wurden bis zum Jahr 2019 im Mikrozensus alle Personen gezählt, die bis zu 31 Stunden pro Woche arbeiten, ab 2020 sind es bis zu 29 Wochenstunden (jeweils ohne Auszubildende). Auf einen Vergleich der Daten ab 2020 mit den Vorjahren wird aufgrund der umfassenden methodischen Umstellung der Datenbasis Mikrozensus und der eingeschränkten Vergleichbarkeit verzichtet.

In Niedersachsen arbeiteten 2024 nach den Erstergebnissen des Mikrozensus rund 1,04 Mio. Erwerbstätige in Teilzeit. Der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag bei 26,6 %. Dies stellte den höchsten Wert unter allen Ländern dar (Deutschland: 23,6 %). Die niedrigsten Anteile verzeichneten die ostdeutschen Flächenländer (13,0 % bis 14,3 %), gefolgt von den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, in denen etwa jede fünfte erwerbstätige Person in Teilzeit arbeitete (20,6 % bzw. 20,9 %). In den übrigen Ländern war es dagegen etwa jede vierte Person.

■ Anteil Erwerbstätige in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen 2024 – Prozent



Teilzeitarbeit ist weiterhin überwiegend von Frauen geprägt. In Niedersachsen waren 2024 3 von 4 Teilzeitarbeitskräften Frauen (75,6 %). In Berlin arbeitete dagegen ein vergleichsweise hoher Anteil an Männern in Teilzeit. Hier betrug der Anteil der Frauen in Teilzeit 58,9 %, Bayern hatte mit 78,2 % den höchsten Frauenanteil unter den Teilzeitkräften (Deutschland: 74,2 %).

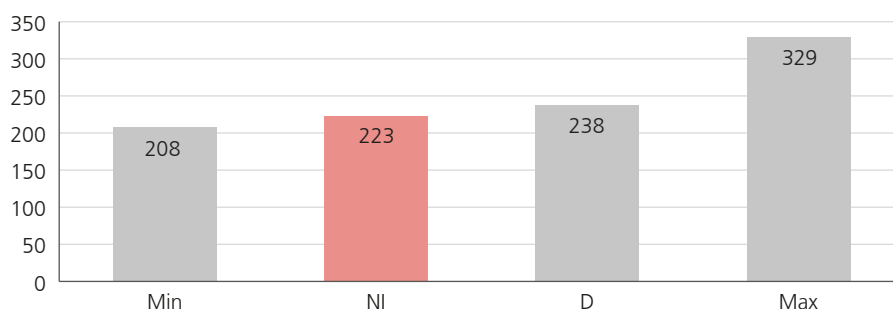
4 von 5 Alleinerziehenden sind Frauen

Alleinerziehende
T9

Die Zahl der Alleinerziehenden belief sich 2024 nach Erstergebnissen des Mikrozensus in Niedersachsen auf rund 249.000 Personen. Deutschlandweit waren 2,81 Mio. Personen alleinerziehend. Damit sank ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr in Niedersachsen um 2,7 %. Bundesweit gab es ein leichtes Plus von 0,2 %.

Etwa 4 von 5 Alleinerziehenden waren 2024 in Niedersachsen Frauen (81,0 %). Nur in Brandenburg (79,5 %) und Thüringen (80,4 %) war der Wert niedriger (Deutschland: 82,4 %). Am höchsten war der Anteil der Frauen an allen Alleinerziehenden in Hamburg (87,8 %).

■ Alleinerziehende je 1.000 Familien 2024 – Anzahl



Mehr als jede fünfte Familie in Niedersachsen war 2024 eine Alleinerziehenden-Familie (22,3 %). Berlin (32,9 %) und Hamburg (29,9 %) verzeichneten die höchsten Anteile, Bayern (20,8 %) und Baden-Württemberg (20,9 %) die niedrigsten (Deutschland: 23,8 %).

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung kamen 2024 in Niedersachsen 31 Alleinerziehende auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Ländervergleich hatte wiederum Berlin (45) den höchsten Wert und Bayern (30) den niedrigsten (Deutschland: 34). Im Rahmen des Mikrozensus umfasst eine Familie alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, darunter Ehepaare, nichteheliche gegen- und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie Alleinerziehende mit ledigen Kindern (ohne Altersbegrenzung) im Haushalt, einschließlich Stief-, Pflege- und Adoptivkindern.

Zahl der Eheschließungen weiter rückläufig

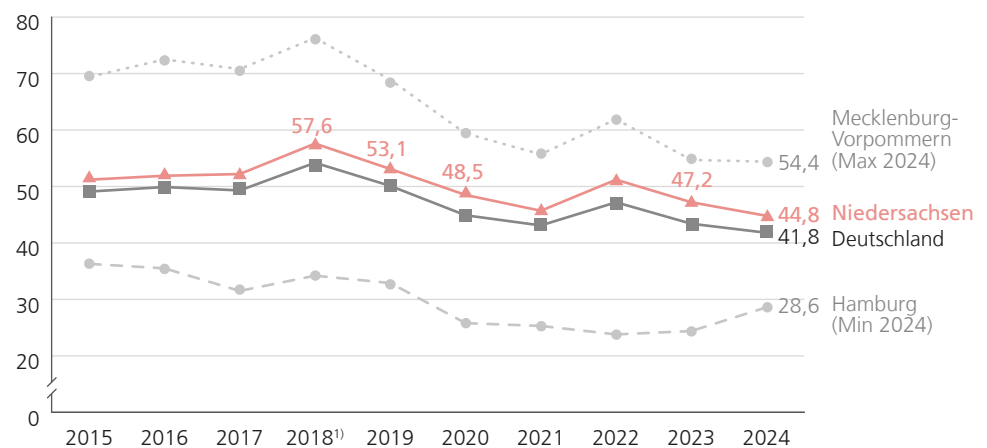
Eheschließungen
T10

Mit 35.860 Eheschließungen haben 2024 in Niedersachsen 5,0 % weniger Paare geheiratet als im Vorjahr. Zwar kam es 2022 teilweise zu Nachholeffekten aufgrund der coronabe-

dingten Einschränkungen in den Vorjahren, tendenziell ist die Zahl der Eheschließungen jedoch seit Jahren rückläufig. Mit Ausnahme Hamburgs (+18,2 %) sank die Zahl 2024 in allen Ländern (Deutschland: -3,3 %).

Bezogen auf 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Niedersachsen 2024 rechnerisch 44,8 Ehen geschlossen (Deutschland: 41,8). Auch diese Zahlen waren – wie die Gesamtzahl – niedriger als im Vorjahr und mittelfristig gegenüber 2019 (2019: 53,1). Die wenigsten Ehen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden 2024 in den 3 Stadtstaaten mit Werten zwischen 28,6 und 32,7 geschlossen. In Mecklenburg-Vorpommern (54,4) und Schleswig-Holstein (51,0) mit seinen touristisch beliebten Reisezielen, die auch gern als Ort der Eheschließung von Paaren aus anderen Ländern gewählt werden, wurden die meisten Ehen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner geschlossen.

■ Eheschließungen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner 2015 bis 2024 – Anzahl



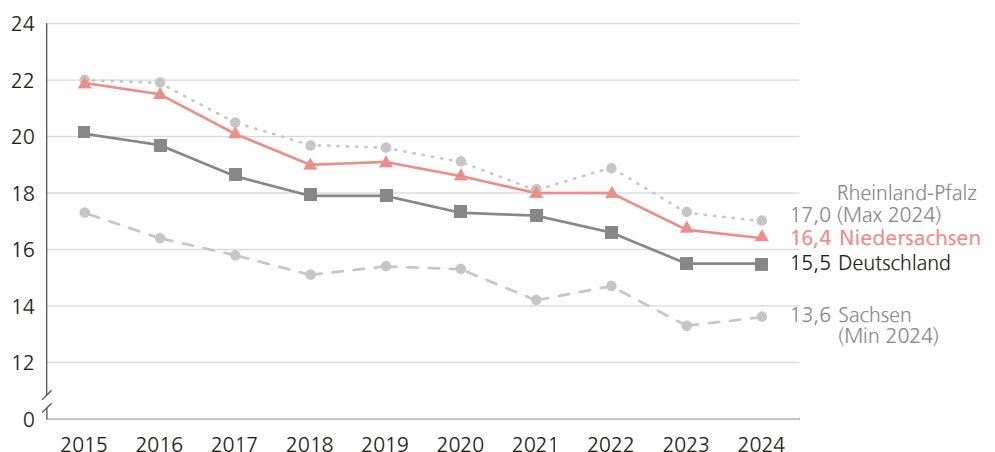
1) Einschließlich Eheschließungen zwischen Personen gleichen Geschlechts aus dem 4. Quartal 2017 (geänderte Gesetzeslage ab 1. Oktober 2017).

Ehescheidungen T11

Erneut weniger Ehescheidungen

Insgesamt wurden 2024 in Niedersachsen 13.174 Ehen durch richterliche Entscheidung geschieden. Dies ist ein Rückgang gegenüber 2023 um 1,2 % (Deutschland: +0,3 %), der den Trend der Vorjahre bestätigt. Im mittelfristigen Vergleich zu 2019 sank die Zahl der Ehescheidungen noch deutlicher um 13,8 %, was nahezu dem Bundeswert entsprach (-13,2 %). Auf 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 2024 in Niedersachsen rechnerisch 16,4 Scheidungen (Bundesdurchschnitt: 15,5). In Sachsen (13,6) wurden bezogen auf die Bevölkerungszahl die wenigsten Ehen geschieden und in Rheinland-Pfalz (17,0) die meisten.

■ Ehescheidungen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner 2015 bis 2024 – Anzahl



Bei etwas mehr als jeder zweiten Scheidung in Deutschland waren 2024 minderjährige Kinder betroffen (50,8 %). In Niedersachsen betrug der Anteil 53,4 %, nach Sachsen-Anhalt (55,8 %) und Mecklenburg-Vorpommern (53,8 %) der dritthöchste Wert. Im mittelfristigen Vergleich zu 2019 nahm der Anteil von Paaren mit minderjährigen Kindern in Niedersachsen (-0,7 Prozentpunkte) leicht ab (Deutschland: +0,7 Prozentpunkte).

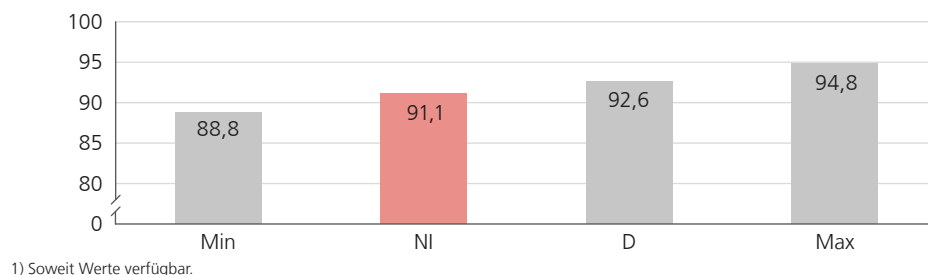
Unterdurchschnittlicher Anteil privater Haushalte mit Internetzugang

Internetzugang
T12

Die amtliche Erhebung über Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wurde bis zum Erhebungsjahr 2020 als eigenständige freiwillige Haushaltsbefragung durchgeführt. Seit 2021 ist die Erhebung als zufallsbasierte Unterstichprobe in den Mikrozensus integriert, die Auskunft ist zum Teil verpflichtend und zum Teil freiwillig. Aufgrund der Integration in den Mikrozensus und der damit einhergehenden Anpassung des Stichprobendesigns ist die Repräsentativität der IKT-Erhebung gestiegen. Einheitliche Definitionen und methodische Mindeststandards erlauben eine EU-weite Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die Mikrozensus-Unterstichprobe zur Internetnutzung dient dazu, ein europaweit vergleichbares Bild der Ausstattung und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten zu erstellen.

91,1 % aller niedersächsischen Privathaushalte verfügten 2024 über einen Internetzugang mit einer festen und/oder mobilen Verbindung. Damit lag Niedersachsen unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 92,6 %. Im Ländervergleich hatten Rheinland-Pfalz (94,8 %), Hamburg (94,7 %) und Bayern (94,6 %) die höchsten Anteile an privaten Haushalten mit Internetzugang, während Sachsen-Anhalt (88,8 %), Thüringen (89,0 %) und Brandenburg (90,1 %) die niedrigsten Anteile aufwiesen. Für Bremen und das Saarland lagen keine Ergebnisse vor.

Anteil der privaten Haushalte mit Internetzugang insgesamt 2024¹⁾ – Prozent

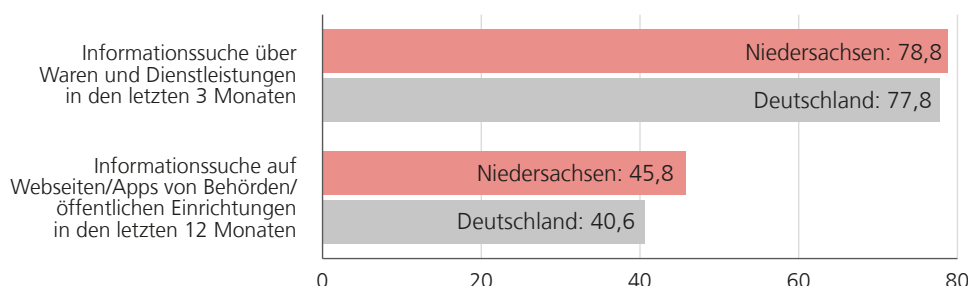


Knapp 4 von 5 Nutzenden informierten sich im Internet über Waren und Dienstleistungen

Internetnutzung für
Informationssuche
T12

78,8 % aller Personen in niedersächsischen Privathaushalten, die 2024 das Internet nutzten, suchten in den 3 Monaten vor der Befragung im Internet nach Informationen über Waren und Dienstleistungen (Deutschland 77,8 %). Innerhalb eines Jahres informierte sich fast die Hälfte (45,8 %) aller niedersächsischen Internetnutzenden auf Webseiten oder Apps von Behörden beziehungsweise öffentlichen Einrichtungen (Deutschland: 40,6 %).

Internetnutzung für Informationssuchende zu privaten Zwecken – Anteil der Personen in privaten Haushalten 2024 – Prozent



Dazu zählen die Suche nach Informationen, die bei Behörden und öffentlichen Einrichtungen über die eigene Person gespeichert sind, sowie der Zugriff auf Informationen aus öffentlichen Datenbanken oder Registern, wie zum Beispiel öffentliche Bibliotheken. Hinzu kommt der Abruf von Informationen über Dienstleistungen dieser Einrichtungen.

Aufgrund der Integration der IKT-Erhebung in den Mikrozensus und den damit einhergehenden Veränderungen der Methodik und der Stichprobe sowie den Auswirkungen der Corona-Pandemie sind Vergleiche zu den Vorjahresergebnissen nur sehr eingeschränkt möglich und werden aus diesem Grund nicht vorgenommen.

Informationen:

Kinderbetreuung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Soziales > Kindertagesbetreuung > Karten: [Karten zur Statistik der Kindertagesbetreuung](#)
- Regionaldatenbank Deutschland (Regionalstatistik.de): 2 Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit, Rechtspflege > 22 Öffentliche Sozialleistungen > 225 Kinder- und Jugendhilfe: [22543 Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Soziales > Betreuung und Pflege
- Niedersächsisches Vorschrifteninformationssystem (NI-VORIS): Inhaltsverzeichnis > Rechtsvorschriften > Niedersachsen > N > Nk > NKiTg-NI, [Niedersächsisches Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege, § 7 Abs. 4](#)
- Gesetze im Netz: Gesetze/Verordnungen > S > SGB 8 > [Sozialgesetzbuch, Achtes Buch \(VIII\), Kinder- und Jugendhilfe, § 24](#)

Personal-Kind-Schlüssel:

- Bertelsmann Stiftung: Unsere Programme > Bildung und Next Generation > Frühkindliche Bildung > [Publikationen](#) > [Qualitätsausbau in KiTas – 7 Fragen und Antworten zur Personalausstattung – Status Quo, Handlungsbedarfe und Empfehlungen](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt > Soziales > Kindertagesbetreuung > Tabellen > Beschäftigte in der Kindertagesbetreuung > [Personal-Kind-Schlüssel in Tageseinrichtungen nach Gruppenformen und Ländern](#) > 01. März 2024

Elterngeldstatistik:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Soziales > [Elterngeld: Publikationen](#) > Elterngeld, beendete Leistungsbezüge, jährlich

Familien und Erwerbstätigkeit nach Familientypen (Mikrozensus):

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Bevölkerung > [Haushalte und Familien: Publikationen](#) > Statistischer Bericht
- LSN: Themen > Haushalte und Familien – Mikrozensus und weitere Haushaltsbefragungen > [Privathaushalte in Niedersachsen – Mikrozensus](#)

Eheschließungen:

- Regionaldatenbank Deutschland (Regionalstatistik.de): 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung > 126 Natürliche Bevölkerungsbewegungen: [12611 Statistik der Eheschließungen](#)
- LSN: Datenangebote > [LSN-Online-Datenbank](#) > Direkt zur Datenbank > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 126 Natürliche Bevölkerungsbewegungen > 12611 Statistik der Eheschließungen

Ehescheidungen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 12 Bevölkerung: [12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen](#)
- LSN: Datenangebote > [LSN-Online-Datenbank](#) > Direkt zur Datenbank > 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 12 Bevölkerung, Fläche > 126 Natürliche Bevölkerungsbewegungen > 12631 Statistik rechtskräftiger Urteile in Ehesachen (Ehescheidungen)

Internetzugang und Internetnutzung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Einkommen, Konsum und Lebensbedingungen > [IT-Nutzung: Publikationen](#) > Private Haushalte in der Informationsgesellschaft (IKT)
- LSN: Themen > Haushalte und Familien – Mikrozensus und weitere Haushaltsbefragungen > [Privathaushalte in Niedersachsen – Mikrozensus](#)
- Statistisch gesehen – Das Online-Magazin des LSN: [Internetnutzung und Online-Einkäufe in Niedersachsen 2022](#) (30.6.2023)

Autorinnen und Autor: Jenny Gentz, Rita Skorka, Andreas Woisch

Tabellen Familie und Beruf

5. Kindertagesbetreuung von unter 3-Jährigen

Land	Betreute Kinder ¹⁾			Betreuungsquote ²⁾			Ganztags- betreuungs- quote	Personal- Kind- Schlüssel ³⁾	Veränderung der Zahl der betreuten Kinder	
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024		2024/2019	2024/2023
	Anzahl			%			%	Anzahl	%	
Baden-Württemberg	96.465	102.765	103.149	29,5	31,0	32,0	11,0	2,9	+6,9	+0,4
Bayern	109.549	125.377	126.807	28,5	31,8	33,2	10,9	3,6	+15,8	+1,1
Berlin	51.951	53.231	52.373	43,8	47,6	49,2	28,5	4,9	+0,8	-1,6
Brandenburg	36.529	34.278	32.926	56,9	57,6	59,1	39,2	4,8	-9,9	-3,9
Bremen	5.851	6.209	5.957	28,4	30,7	30,0	14,4	3,1	+1,8	-4,1
Hamburg	28.699	29.301	28.107	46,6	50,3	49,9	28,5	4,1	-2,1	-4,1
Hessen	57.749	60.377	60.877	31,4	33,3	34,7	21,7	3,6	+5,4	+0,8
Mecklenburg-Vorpommern	22.825	21.481	20.257	56,9	59,2	60,3	46,9	5,4	-11,3	-5,7
Niedersachsen	72.011	79.908	80.003	32,1	34,9	36,2	14,8	3,4	+11,1	+0,1
Nordrhein-Westfalen	147.171	161.026	161.871	28,2	31,0	32,2	16,8	3,7	+10,0	+0,5
Rheinland-Pfalz	35.933	36.742	36.843	31,3	31,4	32,6	20,2	3,5	+2,5	+0,3
Saarland	7.415	8.363	8.282	29,9	33,4	33,6	28,7	3,7	+11,7	-1,0
Sachsen	58.186	53.288	49.700	52,3	54,7	55,3	47,3	5,4	-14,6	-6,7
Sachsen-Anhalt	31.488	28.651	27.049	58,2	59,0	59,4	49,7	5,5	-14,1	-5,6
Schleswig-Holstein	26.860	29.380	29.622	34,8	38,3	40,0	19,9	3,6	+10,3	+0,8
Thüringen	29.745	26.207	24.598	54,6	55,8	56,5	53,9	5,2	-17,3	-6,1
Deutschland	818.427	856.584	848.421	34,3	36,4	37,4	20,0	3,8	+3,7	-1,0

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen. Stichtag: 1.3.
2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.
3) Gruppen mit Kindern unter 3 Jahren; der Personal-Kind-Schlüssel gibt an, wie viele Kinder rechnerisch pro Person betreut werden bzw. wie viele Betreuungsstunden pro Arbeitsstunde des pädagogischen Personals (ohne Einrichtungsleitungen) anfallen. Berücksichtigt werden alle Kindertageseinrichtungen (inklusive Horten und Kitas ohne feste Gruppenstruktur).

6. Ganztägige Kindertagesbetreuung von 3- bis unter 6-Jährigen

Land	Ganztätig betreute Kinder ¹⁾			Ganztagsbetreuungsquote ²⁾			Personal- Kind- Schlüssel ³⁾	Veränderung der Zahl der ganztätig betreuten Kinder	
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl			%			Anzahl	%	
Baden-Württemberg	77.928	80.376	79.339	25,2	23,6	23,3	6,1	+1,8	-1,3
Bayern	130.793	135.779	133.348	36,1	34,2	33,4	7,3	+2,0	-1,8
Berlin	67.628	63.445	61.928	61,8	55,6	55,2	7,3	-8,4	-2,4
Brandenburg	42.905	44.495	44.673	64,6	63,0	64,8	8,9	+4,1	+0,4
Bremen	7.359	8.234	7.822	38,8	39,0	36,7	6,5	+6,3	-5,0
Hamburg	27.596	30.216	30.527	50,1	51,5	52,9	6,9	+10,6	+1,0
Hessen	93.756	101.542	102.297	53,6	53,6	54,3	7,6	+9,1	+0,7
Mecklenburg-Vorpommern	29.920	31.213	30.707	71,7	74,1	74,4	11,1	+2,6	-1,6
Niedersachsen	76.217	93.874	93.393	35,2	39,2	39,0	6,8	+22,5	-0,5
Nordrhein-Westfalen	233.084	265.156	265.229	47,1	49,0	49,2	7,2	+13,8	+0,0
Rheinland-Pfalz	58.806	66.779	67.991	53,4	54,8	55,9	7,5	+15,6	+1,8
Saarland	12.896	15.541	16.618	54,6	59,8	63,8	8,9	+28,9	+6,9
Sachsen	88.909	92.433	90.356	82,5	82,0	83,0	10,4	+1,6	-2,2
Sachsen-Anhalt	45.032	45.191	44.262	81,6	80,7	81,2	9,7	-1,7	-2,1
Schleswig-Holstein	28.187	35.049	35.288	37,1	42,8	43,2	6,9	+25,2	+0,7
Thüringen	52.124	50.133	48.890	92,3	91,0	91,9	9,9	-6,2	-2,5
Deutschland	1.073.140	1.159.456	1.152.668	47,0	47,0	47,0	7,5	+7,4	-0,6

1) Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, sowie in Kindertageseinrichtungen, die mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag betreut werden. Stichtag: 1.3.
2) Die Betreuungsquote bezieht sich auf 100 Kinder gleichen Alters am 31.12. des jeweiligen Vorjahres.
3) Gruppen mit Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt; der Personal-Kind-Schlüssel gibt an, wie viele Kinder rechnerisch pro Person betreut werden bzw. wie viele Betreuungsstunden pro Arbeitsstunde des pädagogischen Personals (ohne Einrichtungsleitungen) anfallen. Berücksichtigt werden alle Kindertageseinrichtungen (inklusive Horten und Kitas ohne feste Gruppenstruktur).

7. Elterngeld – Beendete Leistungsbezüge

Land	Beendete Leistungsbezüge Elterngeld – insgesamt			Veränderung der Zahl beendeter Bezüge – insgesamt	Väterbeteiligung ¹⁾ am Elterngeldbezug		Anteil der Beziehenden, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren		Durchschnittliche Bezugsdauer ²⁾					
	für 2017 geb. Kinder	für 2021 geb. Kinder	für 2022 geb. Kinder		2017 geb. Kinder	für 2022 geborene Kinder								
						bis März 2020	bis März 2024	bis März 2025	2025/2020	bis März 2020	bis März 2025			
											Anzahl		%	
Baden-Württemberg	146.730	163.902	150.496	+2,6	43,7	50,4	96,6	76,6	3,0	14,1				
Bayern	176.321	196.920	182.465	+3,5	47,7	53,8	96,5	78,5	3,0	14,0				
Berlin	53.430	52.855	46.776	-12,5	43,8	45,5	92,6	69,3	4,5	12,9				
Brandenburg	27.994	27.197	24.762	-11,5	44,9	50,2	95,6	80,4	3,2	12,9				
Bremen	8.558	8.862	8.300	-3,0	33,4	35,0	91,0	57,1	4,1	13,6				
Hamburg	27.974	28.484	25.231	-9,8	42,5	46,3	95,7	73,1	3,8	13,1				
Hessen	76.868	80.811	75.049	-2,4	37,3	42,2	95,2	72,2	3,5	13,9				
Mecklenburg-Vorpommern	16.881	16.244	14.536	-13,9	36,5	42,7	94,6	78,6	3,2	12,9				
Niedersachsen	95.641	105.785	98.360	+2,8	38,4	45,6	94,5	73,4	3,2	14,3				
Nordrhein-Westfalen	210.286	228.395	213.852	+1,7	33,4	40,6	95,5	72,2	3,6	14,2				
Rheinland-Pfalz	46.970	50.896	47.184	+0,5	35,0	42,0	94,8	72,3	3,2	14,7				
Saarland	10.075	10.790	9.968	-1,1	28,4	34,8	94,8	68,0	3,3	14,0				
Sachsen	53.621	48.968	43.996	-18,0	51,9	55,4	96,2	80,2	3,2	13,7				
Sachsen-Anhalt	22.890	21.548	19.338	-15,5	36,8	42,2	95,2	73,9	3,2	13,2				
Schleswig-Holstein	31.069	33.276	31.514	+1,4	34,6	41,5	94,8	76,3	3,6	14,2				
Thüringen	25.397	22.649	20.341	-19,9	47,6	51,5	95,3	79,3	3,0	14,0				
Deutschland	1.030.705	1.097.582	1.012.168	-1,8	40,4	46,3	95,6	74,7	3,3	14,0				

1) Die Väterbeteiligung bezeichnet den prozentualen Anteil der Kinder, für die (mindestens) ein männlicher Leistungsbezieher Elterngeld bezogen hat, an allen im betrachteten Zeitraum geborenen Kindern, für die (mindestens) ein Elterngeldbezug gemeldet wurde. Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet (ab Geburtsjahr 2018).

2) Mit der Einführung des ElterngeldPlus im Jahr 2015 können Elterngeldbezüge für ein Elternteil bis zu 32 Monate andauern (für beide Elternteile maximal bis zu 36 Monaten). Elterngeldbezüge können mehrfach zwischen den Elternteilen wechseln.

8. Erwerbstätige (am Wohnort)¹⁾ in Teilzeitarbeit²⁾

Land	Erwerbstätige in Teilzeitarbeit insgesamt			Darunter Frauenanteil ³⁾ an Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt			Anteil der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit an allen Erwerbstätigen	Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Teilzeitarbeit insgesamt	
	2019	2023	2024 ⁴⁾	2019	2023	2024		2024/2019 ⁵⁾	2024/2023
	Anzahl in 1.000			%					
Baden-Württemberg	1.692	1.465	1.491	78,9	77,5	77,0	25,7	x	+1,8
Bayern	1.928	1.707	1.709	81,2	78,5	78,2	24,7	x	+0,1
Berlin	488	371	378	62,2	59,8	58,9	20,6	x	+1,9
Brandenburg	268	169	170	75,1	64,0	63,1	14,1	x	+0,8
Bremen	101	85	83	69,7	67,8	69,6	25,6	x	-2,8
Hamburg	257	191	199	72,3	68,4	70,3	20,9	x	+4,2
Hessen	940	765	769	76,1	73,3	72,7	24,8	x	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	175	105	97	72,7	66,1	64,1	13,7	x	-7,4
Niedersachsen	1.202	1.030	1.043	78,8	76,3	75,6	26,6	x	+1,2
Nordrhein-Westfalen	2.574	2.208	2.221	77,5	74,2	74,7	25,7	x	+0,6
Rheinland-Pfalz	621	532	542	78,9	77,0	77,3	26,5	x	+1,9
Saarland	138	124	114	78,7	75,6	74,9	24,4	x	-8,6
Sachsen	446	262	271	72,5	67,1	66,5	14,3	x	+3,5
Sachsen-Anhalt	215	122	127	74,5	67,4	66,3	13,0	x	+3,5
Schleswig-Holstein	437	367	368	76,4	72,9	72,0	25,7	x	+0,4
Thüringen	230	138	134	74,1	66,1	67,6	13,8	x	-3,0
Deutschland	11.710	9.642	9.715	77,2	74,3	74,2	23,6	x	+0,8

1) Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte).

2) Ohne Auszubildende; Teilzeit ab 2020 definiert als bis 29 geleistete Arbeitsstunden pro Woche, bis 2019 als bis zu 31 geleistete Arbeitsstunden pro Woche.

3) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

4) Erstergebnis 2024 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

5) 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung sowie neue Teilzeit-Definiton, daher ist ein Vergleich mit den Vorjahren bis 2019 nicht sinnvoll.

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

9. Alleinerziehende

Land	Alleinerziehende			Darunter Frauen ¹⁾			Allein- erziehende je 1.000 Familien	Allein- erziehende je 1.000 Ein- wohner/-innen	Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2019	2023	2024 ²⁾	2019	2023	2024			2024/2019 ³⁾	2024/2023
	Anzahl in 1.000			%			Anzahl		%	
Baden-Württemberg	315	361	345	83,7	82,1	82,0	209	31	+9,6	-4,3
Bayern	373	397	401	83,9	82,0	81,5	208	30	+7,4	+0,9
Berlin	148	159	166	86,0	82,9	82,3	329	45	+12,4	+4,3
Brandenburg	88	102	107	85,1	80,9	79,5	289	43	+21,8	+4,6
Bremen	24	28	27	80,5	85,7	86,5	291	39	+13,3	-2,7
Hamburg	71	74	78	86,2	84,2	87,8	299	43	+10,1	+5,1
Hessen	197	207	216	84,1	83,2	83,2	238	35	+9,4	+4,1
Mecklenburg-Vorpommern	55	55	60	85,1	85,1	81,5	294	39	+10,4	+9,3
Niedersachsen	240	256	249	84,2	81,2	81,0	223	31	+3,8	-2,7
Nordrhein-Westfalen	561	594	583	85,2	83,9	82,6	228	33	+4,1	-1,7
Rheinland-Pfalz	123	140	138	81,2	84,7	84,3	227	34	+11,6	-2,1
Saarland	34	41	42	83,6	82,5	86,9	289	42	+24,9	+1,6
Sachsen	136	139	144	84,4	81,9	83,0	276	36	+5,7	+3,2
Sachsen-Anhalt	79	76	80	86,8	83,3	81,9	292	38	+0,6	+4,8
Schleswig-Holstein	88	97	100	84,6	82,6	82,4	247	34	+13,0	+3,1
Thüringen	75	81	79	82,2	80,9	80,4	276	38	+5,3	-2,8
Deutschland	2.606	2.809	2.814	84,4	82,8	82,4	238	34	+8,0	+0,2

1) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

2) Erstergebnis 2024 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.

3) 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung, dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren bis 2019 eingeschränkt.

Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

10. Eheschließungen

Land	Eheschließungen insgesamt			Eheschließungen je 10.000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	54.613	47.849	46.700	49,3	42,7	41,5	-14,5	-2,4
Bayern	68.501	60.549	58.693	52,3	46,1	44,5	-14,3	-3,1
Berlin	14.602	11.429	11.243	40,0	31,3	30,6	-23,0	-1,6
Brandenburg	14.203	11.895	10.920	56,4	46,7	42,7	-23,1	-8,2
Bremen	3.117	2.347	2.296	45,6	33,6	32,7	-26,3	-2,2
Hamburg	6.065	4.499	5.320	32,9	24,4	28,6	-12,3	+18,2
Hessen	30.152	26.388	25.685	48,0	42,2	40,9	-14,8	-2,7
Mecklenburg-Vorpommern	11.084	8.633	8.569	68,9	54,7	54,4	-22,7	-0,7
Niedersachsen	42.418	37.762	35.860	53,1	47,2	44,8	-15,5	-5,0
Nordrhein-Westfalen	89.476	79.261	77.247	49,9	44,1	42,9	-13,7	-2,5
Rheinland-Pfalz	20.826	18.634	17.676	50,9	45,3	42,8	-15,1	-5,1
Saarland	4.804	4.309	4.160	48,6	42,6	41,1	-13,4	-3,5
Sachsen	18.302	15.206	14.512	44,9	37,5	35,9	-20,7	-4,6
Sachsen-Anhalt	10.217	8.469	7.901	46,4	39,5	36,9	-22,7	-6,7
Schleswig-Holstein	18.602	16.112	15.073	64,1	54,7	51,0	-19,0	-6,4
Thüringen	9.342	7.637	7.361	43,7	36,1	34,9	-21,2	-3,6
Deutschland	416.324	360.979	349.216	50,1	43,4	41,8	-16,1	-3,3

11. Ehescheidungen

Land	Ehescheidungen insgesamt			Darunter von Paaren mit minderjährigen Kindern ¹⁾	Ehescheidungen je 10.000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2019	2023	2024		2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl		%		Anzahl		%		
Baden-Württemberg	18.956	15.761	16.591	50,0	17,1	14,1	14,8	-12,5	+5,3
Bayern	22.317	19.727	20.264	50,7	17,0	15,0	15,3	-9,2	+2,7
Berlin	5.898	5.388	5.220	46,0	16,1	14,8	14,2	-11,5	-3,1
Brandenburg	4.424	3.802	3.784	46,8	17,6	14,9	14,8	-14,5	-0,5
Bremen	1.106	1.083	1.068	49,1	16,2	15,5	15,2	-3,4	-1,4
Hamburg	3.079	2.619	2.613	44,3	16,7	14,2	14,1	-15,1	-0,2
Hessen	12.021	10.170	9.615	53,1	19,2	16,3	15,3	-20,0	-5,5
Mecklenburg-Vorpommern	2.837	2.485	2.436	53,8	17,6	15,8	15,5	-14,1	-2,0
Niedersachsen	15.275	13.333	13.174	53,4	19,1	16,7	16,4	-13,8	-1,2
Nordrhein-Westfalen	33.800	29.116	29.578	51,1	18,9	16,2	16,4	-12,5	+1,6
Rheinland-Pfalz	8.008	7.105	7.004	48,2	19,6	17,3	17,0	-12,5	-1,4
Saarland	1.985	1.638	1.514	52,4	20,1	16,2	14,9	-23,7	-7,6
Sachsen	6.283	5.392	5.524	52,6	15,4	13,3	13,6	-12,1	+2,4
Sachsen-Anhalt	3.546	3.152	3.029	55,8	16,1	14,7	14,2	-14,6	-3,9
Schleswig-Holstein	6.010	5.092	4.984	49,7	20,7	17,3	16,9	-17,1	-2,1
Thüringen	3.465	3.145	2.939	50,6	16,2	14,9	13,9	-15,2	-6,6
Deutschland	149.010	129.008	129.337	50,8	17,9	15,5	15,5	-13,2	+0,3

1) Paare, die zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Scheidung mindestens ein gemeinsames minderjähriges Kind hatten.

12. Internetzugang und Internetnutzung in privaten Haushalten¹⁾

Land	Anteil der Haushalte mit Internetzugang (feste und/oder mobile Breitbandverbindung)			Hochgerechnete		Internetnutzung (alle Personen)	Informationssuche zu privaten Zwecken ²⁾		Veränderung Anteil der Haushalte mit Internetzugang insgesamt	
				Haushalte	Personen		über Waren und Dienstleistungen in den letzten 3 Monaten	auf Webseiten/ Apps von Behörden/öffentlichen Einrichtungen ³⁾ in den letzten 12 Monaten		
	2019 ⁴⁾	2023	2024	2024					2024/2019	2024/2023
	%			Anzahl in 1.000			%		Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	x	92,3	93,8	4.754	8.408	97,2	81,3	48,4	x	+1,5
Bayern	x	91,5	94,6	5.735	9.976	93,9	77,8	35,1	x	+3,1
Berlin	x	91,5	94,3	1.783	2.822	96,1	77,6	38,3	x	+2,7
Brandenburg	x	91,6	90,1	1.085	1.866	93,8	74,2	38,1	x	-1,5
Bremen	x	u	u	u	506u	89,2u	u	u	x	u
Hamburg	x	94,4	94,7	903	1.432	98,0	74,1	41,9	x	+0,3
Hessen	x	93,7	92,6	2.742	4.725	96,2	79,1	39,9	x	-1,1
Mecklenburg-Vorpommern	x	90,4	90,4	733	1.198	95,7	78,2	34,4	x	-0,1
Niedersachsen	x	90,7	91,1	3.140	5.970	96,1	78,8	45,8	x	+0,4
Nordrhein-Westfalen	x	92,6	91,9	7.595	13.388	95,9	78,0	39,5	x	-0,7
Rheinland-Pfalz	x	93,4	94,8	1.739	3.089	97,1	79,3	45,7	x	+1,5
Saarland	x	u	u	u	740u	98,1u	73,5u	u	x	u
Sachsen	x	92,3	91,2	1.803	2.917	95,2	73,6	40,9	x	-1,1
Sachsen-Anhalt	x	87,8	88,8	960	1.581	91,7	73,6	37,5	x	+1,0
Schleswig-Holstein	x	85,9	92,5	1.262	2.156	94,6	76,5	40,2	x	+6,6
Thüringen	x	89,5	89,0	912	1.544	93,3	71,8	30,4	x	-0,5
Deutschland	x	91,7	92,6	36.191	62.318	95,6	77,8	40,6	x	+1,0

1) Private Haushalte am Hauptwohnsitz (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Die Erhebung „Internet- und Kommunikationstechnologien“ (IKT) wird seit dem Erhebungsjahr 2020 als zufällige Unterstichprobe des Mikrozensus durchgeführt. Der Mikrozensus befragt jährlich 1 % der Bevölkerung, für die IKT-Unterstichprobe gilt ein Auswahlatz von bis zu 3,5 %.

2) Die spezifischen Fragen zur Internetnutzung beantworten nur Personen im Alter von 16 bis unter 75 Jahren (auf freiwilliger Basis).

3) Suche nach Informationen über die eigene Person, Zugriff auf Informationen aus öffentlichen Datenbanken oder Registern (z. B. öffentliche Bibliotheken, Kataster-/Unternehmensregister) sowie Abruf von Informationen über Dienstleistungen (z. B. über Gesetze, Öffnungszeiten) und Geldleistungen/Ansprüchen.

4) 2020 (und 2021) umfassende methodische Umstellung der Erhebung; Ergebnisse der IKT-Erhebung bis zum Erhebungsjahr 2021 werden an dieser Stelle nicht dargestellt, da die Vergleichbarkeit der Ergebnisse ab 2022 mit den Vorjahren nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Quelle: Mikrozensus 2023 und 2024

Erwerbstätigkeit

Der Arbeitsmarkt zeigte sich 2024 trotz abgeschwächter wirtschaftlicher Entwicklung und schwacher Konjunktur weitgehend stabil und mit einem weiterhin hohen Bedarf an Arbeitskräften. In Niedersachsen waren mehr Personen erwerbstätig, aber auch die Zahl der Arbeitsuchenden stieg.

- Mehr Erwerbstätige mit Wohnort in Niedersachsen: 2024 arbeiteten rund 16.000 Personen bzw. 0,4 % mehr als im Vorjahr (Deutschland: +0,5 %).
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in Niedersachsen 2024 gegenüber dem Vorjahr um 0,4 %, die Zahl der Minijobs sank um 1,0 % (Deutschland: +0,4 % bzw. -0,4 %).
- Zugleich stieg die Arbeitslosenquote in Niedersachsen 2024 um 0,2 Prozentpunkte auf 5,9 % (Deutschland: +0,3 Prozentpunkte auf 6,0 %).

Wichtige Ergebnisse

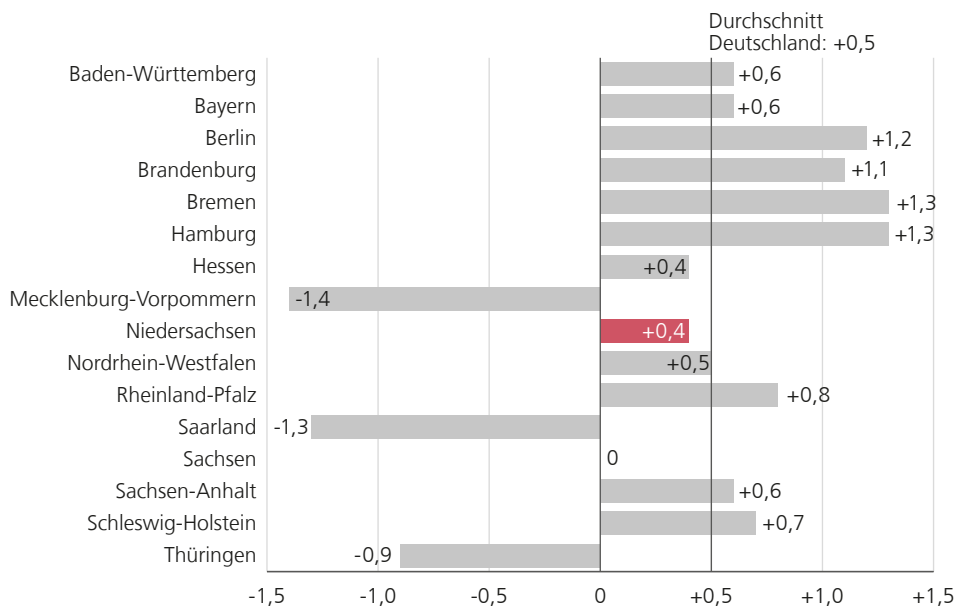
Weiterhin steigende Zahl an Erwerbstätigen in Niedersachsen

Die Ergebnisse zu den Erwerbstätigen am Wohnort (T13, T14) auf Basis des Mikrozensus 2024 (Erstergebnisse) und 2023 (Endergebnisse) sind aufgrund einer umfassenden methodischen Umstellung der Erhebung 2020 nur eingeschränkt vergleichbar mit den Vorjahren bis 2019. Als Erwerbstätige gelten Personen (15 Jahre und älter), die mindestens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen oder selbstständig ein Gewerbe, einen freien Beruf, ein Handwerk oder eine Landwirtschaft betreiben.

Erwerbstätige (Wohnort) T13

Im Jahr 2024 waren knapp 4,1 Mio. Personen in Niedersachsen erwerbstätig (Erstergebnisse des Mikrozensus 2024). Damit war die Zahl der (am Wohnort gezählten) Erwerbstätigen um rund 16.000 Personen bzw. 0,4 % höher als im Vorjahr und um rund 66.000 Personen bzw. 1,6 % höher als im Jahr 2019. Insgesamt gab es 2024 in Deutschland rund 42,7 Mio. Erwerbstätige, das waren 0,5 % mehr als im Vorjahr und 0,8 % mehr als 2019. Der Frauenanteil an den Erwerbstätigen lag 2024 in Niedersachsen bei 46,9 % und im bundesweiten Durchschnitt bei 47,0 %.

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort 2024 gegenüber 2023 – Prozent



Quote der Selbstständigen unter dem Bundesdurchschnitt

Selbstständige T13

Der Anteil der selbstständig Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen lag nach den Erstergebnissen des Mikrozensus 2024 in Niedersachsen bei 7,6 % (Frauen: 5,2 %, Männer:

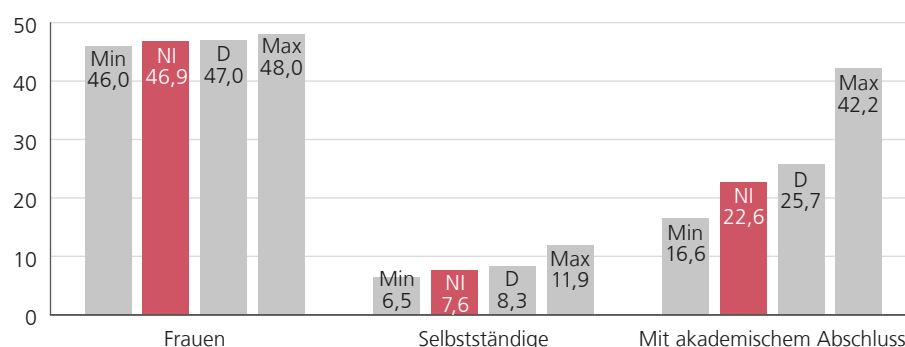
9,7 %) und damit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 8,3 %. Im Ländervergleich wies Bremen mit 6,5 % die niedrigste und Berlin mit 11,9 % die höchste Quote auf. Im 5-Jahres-Vergleich zu 2019 sank die Selbstständigenquote in Niedersachsen um 0,8 Prozentpunkte und bundesweit um 1,0 Prozentpunkte. Dieses Bild zeichnet sich auch in den anderen Ländern ab.

Hochqualifizierte T13

Anteil der Hochqualifizierten unter bundesweitem Durchschnitt

Im Jahr 2024 hatten in Niedersachsen 22,6 % der Erwerbstätigen einen akademischen Abschluss, d. h. einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss oder eine Promotion. Dieser Anteil stieg gegenüber 2019 mittelfristig um 3,9 Prozentpunkte. In Deutschland lag der Anteil der Hochqualifizierten 2024 bei 25,7 % und damit 3,6 Prozentpunkte über dem Anteil von 2019. Grundsätzlich steigt der Anteil Hochqualifizierter vor allem durch den Eintritt junger Erwerbstätiger in den Arbeitsmarkt, die zumeist ein höheres Qualifikationsniveau aufweisen als die älteren bzw. aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Beschäftigten.

■ Anteile an allen Erwerbstätigen 2024 – Frauen, Selbstständige, Personen mit akademischem Abschluss – Prozent



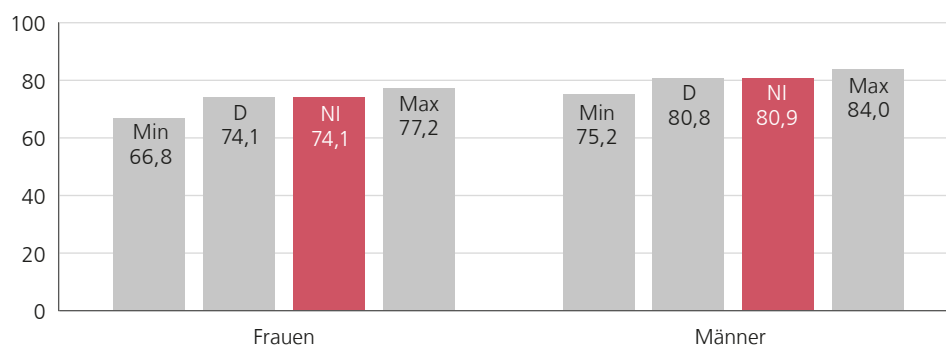
Erwerbstätigenquoten T14

Abstand der geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten verringert

Für die Berechnung der Erwerbstätigenquote wird die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zur gleichaltrigen Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt.

Etwa 3 von 4 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) waren 2024 in Deutschland und Niedersachsen erwerbstätig. In Niedersachsen lag die Erwerbstätigenquote der Frauen mit 74,1 % etwa 2,2 Prozentpunkte höher als 2019. Die Erwerbstätigenquote der Männer stieg im selben Zeitraum um 0,9 Prozentpunkte und war 2024 mit 80,9 % deutlich höher. Damit unterschieden sich die geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten in Niedersachsen im Jahr 2024 um 6,8 Prozentpunkte. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Unterschied um 0,4 Prozentpunkte gesunken. Der mittelfristige Vergleich zeigt einen Rückgang um 1,3 Prozentpunkte gegenüber 2019.

■ Erwerbstätigenquoten der Frauen und Männer (15 bis unter 65 Jahre) 2024 – Prozent



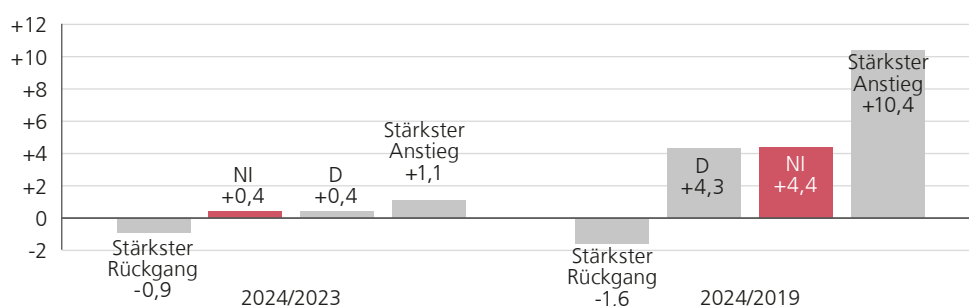
In Deutschland insgesamt stiegen die Erwerbstätigenquoten 2024 gegenüber 2019 etwas weniger als in Niedersachsen, bei den Frauen um 1,3 Prozentpunkte auf 74,1 % und bei den Männern um 0,3 Prozentpunkte auf 80,8 %. Der bundesweite Unterschied zwischen den geschlechterspezifischen Erwerbstätigenquoten war 2024 mit 6,7 Prozentpunkten etwas niedriger als in Niedersachsen. Im Ländervergleich verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern mit lediglich 2,3 Prozentpunkten den geringsten Niveauunterschied. Die größten Unterschiede gab es in Bremen und im Saarland (8,4 und 8,0 Prozentpunkte).

Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten leicht gestiegen

Beschäftigte
(Arbeitsort) T15

Die Zahl der (am Arbeitsort gezählten) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Niedersachsen lag am 30.6.2024 bei 3,14 Mio. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl um etwa 12.600 Beschäftigte bzw. 0,4 %. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in 9 Ländern; die stärksten Anstiege verzeichneten Hamburg (+1,1 %) und Hessen (+0,8 %). In insgesamt 7 Ländern gab es rückläufige Tendenzen, wobei Thüringen (-0,9 %) den stärksten Rückgang, gefolgt von Sachsen-Anhalt (-0,7 %), verzeichnete. Im bundesweiten Durchschnitt stieg die Zahl 2024 um 0,4 % auf knapp 34,84 Mio. Personen, das waren rund 128.000 Personen mehr als im Vorjahr.

■ Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (am Arbeitsort) 2024 gegenüber 2023 und 2019 – Prozent



Der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist im Zeitraum Juni 2023 bis Juni 2024 in Niedersachsen marginal um 0,1 Prozentpunkte auf 46,2 % gestiegen und blieb damit weiter leicht unter dem Deutschlandwert (+0,1 Prozentpunkte auf 46,4 %). Während der Frauenanteil in Mecklenburg-Vorpommern (50,4 %) und Berlin (48,8 %) nahezu ausgeglichen war, lagen die niedrigsten Frauenanteile bei 44,3 % in Bremen und 45,6 % in Baden-Württemberg.

Zahl der Minijobs in Niedersachsen leicht gesunken

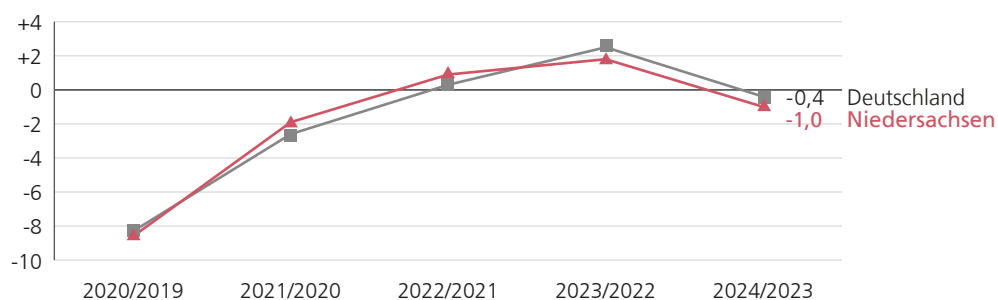
Minijobs
T16

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das aus dem sogenannten Minijob erzielte monatliche Arbeitsentgelt die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet. Diese Entgeltgrenze beträgt seit dem 1.1.2024 538 Euro. Vom 1.10.2023 bis zum 31.12.2023 lag die Grenze bei 520 Euro (davor 450 Euro). Die geringfügig entlohnnten Beschäftigten werden hier ohne Beschäftigte im Nebenjob ausgewiesen. Kurzfristig Beschäftigte fallen bei dieser Betrachtung nicht unter die geringfügig entlohnnten Beschäftigten.

Am 30.6.2024 gingen in Niedersachsen knapp 446.300 Personen ausschließlich einer geringfügig entlohnnten Beschäftigung nach, das waren gut 4.000 bzw. 1,0 % weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Minijobs veränderte sich 2024 in allen Ländern nur leicht. Den stärksten Anstieg verzeichneten Sachsen-Anhalt und Thüringen (jeweils +1,4 %), den stärksten Rückgang Bremen (-2,1 %). Im bundesweiten Durchschnitt betrug der Rückgang 0,4 %.

Im 5-Jahres-Vergleich 2024 gegenüber 2019 sank die Zahl der Minijobs in allen Ländern merklich – bundesweit gab es einen Rückgang um 8,5 % und in Niedersachsen um 8,8 %. Die stärksten Rückgänge gab es mittelfristig im Saarland (-11,9 %) und in Nordrhein-Westfalen (-11,6 %), die geringsten Rückgänge in Hamburg (-4,2 %) und Berlin (-5,3 %).

■ Veränderung der Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten (am Arbeitsort) 2019 bis 2024 jeweils gegenüber dem Vorjahr – Prozent



In Niedersachsen kamen 2024 etwa 14 ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Bundesweit lag dieser Quotient bei 12, wobei die Spanne im Ländervergleich von 8 (Berlin) bis 15 (Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein) reichte.

Im Vergleich 2024 gegenüber 2019 ging der Anteil der Frauen an allen ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten in allen Ländern, bis auf Berlin (0,0 Prozentpunkte), zurück. Den stärksten Rückgang verzeichneten das Saarland (-3,6 Prozentpunkte) und Rheinland-Pfalz (-3,1 Prozentpunkte). In Niedersachsen betrug der Rückgang in diesem Zeitraum 2,8 Prozentpunkte. Im Juni 2024 lag der Frauenanteil bei den Minijobs in Niedersachsen mit 59,1 % leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (58,9 %). Der Anteil in den Ländern reichte von 51,1 % in Mecklenburg-Vorpommern bis 61,9 % in Bayern.

Arbeitslosenquoten

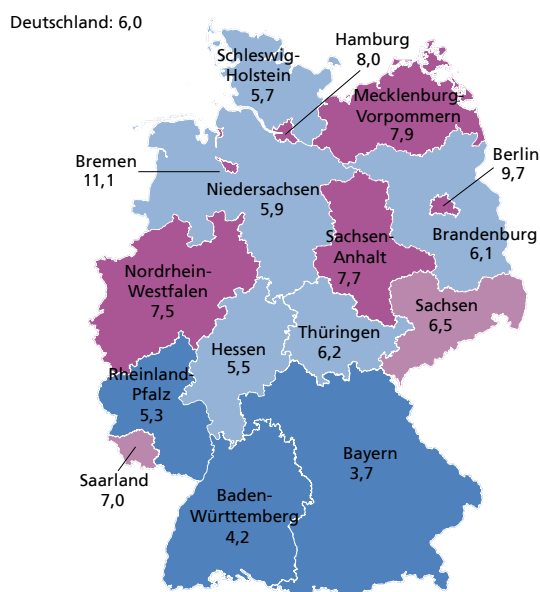
T17

Arbeitslosenquote in allen Ländern gestiegen

Bei der Arbeitslosenquote wird die Zahl der Arbeitslosen in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt ausgewiesen. Erwerbspersonen sind die Summe der Erwerbstätigen und Arbeitslosen.

In Niedersachsen waren 2024 im Jahresdurchschnitt rund 263.000 Personen arbeitslos gemeldet. Der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um 4,5 % gegenüber dem Vorjahr fiel niedriger aus als im bundesweiten Durchschnitt (+6,8 %).

■ Arbeitslosenquote 2024 – Prozent



Die Arbeitslosenquote stieg 2024 in allen Ländern. Der Anstieg in Niedersachsen um 0,2 Prozentpunkte auf 5,9 % lag etwas unter dem Bundesdurchschnitt (+0,3 Prozentpunkte auf 6,0 %). Im mittelfristigen Vergleich 2024 gegenüber 2019 ist die Arbeitslosenquote in Niedersachsen um 0,9 Prozentpunkte angestiegen (Deutschland: +1,0 Prozentpunkte). Im Ländervergleich war die Arbeitslosenquote 2024 in Bremen (11,1 %) und Berlin (9,7 %) am höchsten und in Bayern (3,7 %) und Baden-Württemberg (4,2 %) am niedrigsten.

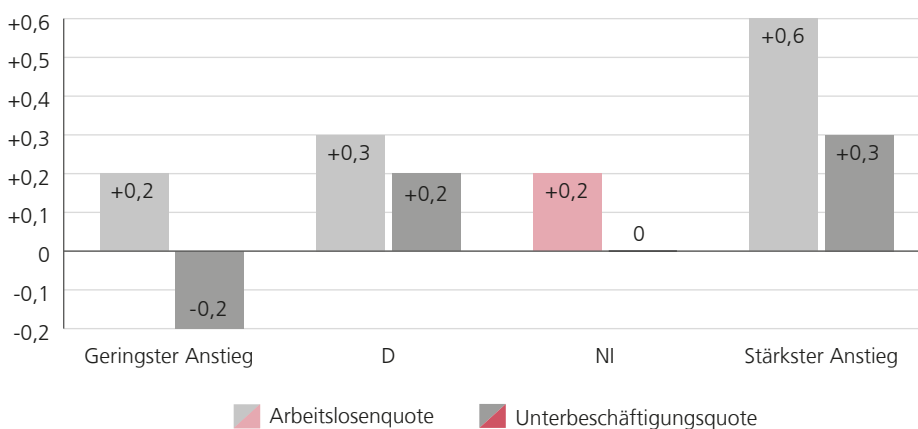
Arbeitslosenquote stärker gestiegen als Unterbeschäftigungsquote

Unterbeschäftigungs-
quote
T17

Einige Personengruppen werden in der Arbeitslosenstatistik nicht als arbeitslos gezählt, obwohl sie in der Regel trotzdem ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis suchen (z. B. Teilnehmende an einer Trainingsmaßnahme). Ein möglichst umfassendes Bild über das tatsächliche Ausmaß an fehlender Beschäftigung liefert ergänzend zur Arbeitslosenquote die von der Bundesagentur für Arbeit berechnete Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit). Als unterbeschäftigt gelten zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch Personen, die im Sinne des SGB III nicht als arbeitslos gezählt werden, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder sich in einem arbeitsmarktpolitischen Sonderstatus befinden. Die Unterbeschäftigungsquote ist somit höher als die Arbeitslosenquote.

In Niedersachsen blieb die Unterbeschäftigungsquote 2024 unverändert bei 7,4 % (Deutschland: +0,2 Prozentpunkte auf 7,6 %). Die Differenz zur Arbeitslosenquote in Niedersachsen sank gegenüber dem Vorjahr auf 1,5 Prozentpunkte (Deutschland: 1,6 Prozentpunkte). Insgesamt stieg die Arbeitslosenquote 2024 in 13 Ländern etwas stärker an als die Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit). In Baden-Württemberg, Bayern und Hessen verzeichneten beide Quoten einen Anstieg von jeweils 0,3 Prozentpunkten.

Veränderung der Arbeitslosenquote und der Unterbeschäftigungsquote 2024 gegenüber 2023 – Prozentpunkte



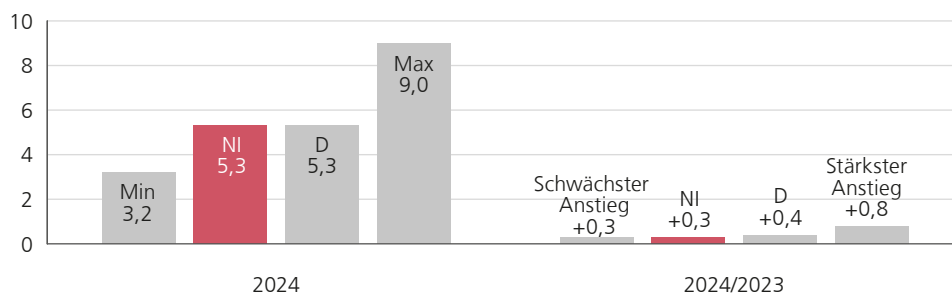
Auch Jugendarbeitslosigkeit deutlich gestiegen

Jugendarbeitslosigkeit
T18

Im Jahresdurchschnitt 2024 waren in Niedersachsen fast 25.900 Menschen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, dies waren 6,9 % mehr als im Vorjahr (Deutschland: +10,6 %). Die Zahl der erwerbsfähigen Jugendlichen, denen der Einstieg in die Arbeitswelt nicht gelang, stieg 2024 in allen Ländern. Den höchsten Anstieg verzeichnete das Saarland mit 18,5 %, gefolgt von Rheinland-Pfalz (+15,8 %) und Baden-Württemberg (+15,3 %).

Die Arbeitslosenquote unter den jungen Erwachsenen in Niedersachsen stieg 2024 gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 5,3 %, war damit jedoch noch niedriger als die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen (5,9 %). Im Bundesdurchschnitt stieg die Jugendarbeitslosigkeit um 0,4 Prozentpunkte auf ebenfalls 5,3 %. Im Ländervergleich reichten die Quoten von unter 4 % in Bayern und Baden-Württemberg bis über 8 % in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen-Anhalt.

■ **Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen (Jahresdurchschnitt) 2024**
– Prozent sowie Veränderung gegenüber 2023 – Prozentpunkte



Die Arbeitslosenquoten der männlichen 15- bis unter 25-Jährigen waren 2024 in allen Ländern höher als die der weiblichen, die Unterschiede reichten von 1,0 bis 2,6 Prozentpunkten. In Niedersachsen und Deutschland lag die Differenz jeweils bei 1,4 Prozentpunkten.

Informationen:

Erwerbstätigkeit:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 12 Bevölkerung: [12211 Mikrozensus](#)
- LSN: Themen > Haushalte und Familien – Mikrozensus und weitere Haushaltsbefragungen > Privathaushalte in Niedersachsen – Mikrozensus > Tabellen: [Bevölkerung und Erwerbstätige in Niedersachsen](#)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:

- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Fachstatistiken > Beschäftigung > Produkte > Beschäftigte > Tabellen: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen nach Arbeits- und Wohnort – Quartalszahlen > [Deutschland, Länder und Kreise](#)
- Regionaldatenbank Deutschland (Regionalstatistik.de): 1 Gebiet, Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wahlen > 13 Arbeitsmarkt > 131 Beschäftigte: [13111 Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Arbeit und Beschäftigung > Beschäftigte
- Institut für Arbeit und Berufsforschung (IAB): Publikationen > IAB-Publikationen > IAB-Kurzbericht > [IAB-Prognose 2024: Die Beschäftigung steigt, aber die Arbeitslosigkeit auch](#) (IAB-Kurzbericht 6/2024, Nürnberg)

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte:

- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Fachstatistiken > Beschäftigung > Produkte > Beschäftigte > Tabellen: [Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Arbeits- und Wohnort – Deutschland, Länder, Kreise und Gemeinden \(Jahreszahlen\)](#)

Arbeitslosigkeit:

- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Fachstatistiken > Arbeitsuche, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung > Produkte > [Arbeitslose nach Rechtskreisen, Deutschland, West/Ost, Länder und Agenturen für Arbeit \(Jahreszahlen\)](#)
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Fachstatistiken > Arbeitsuche, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung > Produkte > [Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Deutschland, West/Ost und Länder \(Monatszahlen\)](#)
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik > Statistiken > Themen im Fokus > Migration > [Migration und Arbeitsmarkt](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Arbeit und Beschäftigung > Arbeitslosigkeit

Autorin: Nina Rybarczyk

Tabellen Erwerbstätigkeit

13. Erwerbstätige¹⁾ (am Wohnort)

Land	Erwerbstätige insgesamt			Darunter				Veränderung Erwerbstätige insgesamt	
				Frauenanteil ²⁾	Selbst- ständigen- quote	mit akademischem Abschluss ³⁾			
	Anteil an Erwerbstätigen		Veränderung des Anteils						
	2019	2023				2024 ⁴⁾		2024/2019 ⁵⁾	
	Anzahl in 1.000			%		Prozentpunkte	%		
Baden-Württemberg	5.987	6.011	6.047	46,8	7,6	27,0	+4,1	+1,0	+0,6
Bayern	7.076	7.126	7.165	46,8	8,7	26,2	+3,9	+1,3	+0,6
Berlin	1.868	1.854	1.876	47,4	11,9	42,2	+2,2	+0,4	+1,2
Brandenburg	1.244	1.230	1.243	47,1	8,7	21,6	+2,4	-0,1	+1,1
Bremen	332	330	335	46,0	6,5	26,6	+2,0	+0,7	+1,3
Hamburg	979	970	983	47,9	9,7	38,1	+4,9	+0,3	+1,3
Hessen	3.220	3.198	3.212	46,9	8,7	28,6	+3,6	-0,3	+0,4
Mecklenburg-Vorpommern	761	750	739	48,0	7,4	18,8	+2,4	-2,8	-1,4
Niedersachsen	4.017	4.067	4.083	46,9	7,6	22,6	+3,9	+1,6	+0,4
Nordrhein-Westfalen	8.807	8.949	8.996	46,9	7,9	24,7	+3,8	+2,1	+0,5
Rheinland-Pfalz	2.090	2.112	2.128	47,0	7,9	22,8	+3,1	+1,8	+0,8
Saarland	478	493	487	46,5	7,6	19,9	+1,5	+1,7	-1,3
Sachsen	1.985	1.953	1.953	47,3	8,2	24,3	+4,2	-1,6	0
Sachsen-Anhalt	1.027	992	998	47,1	6,6	16,6	+2,3	-2,8	+0,6
Schleswig-Holstein	1.465	1.479	1.489	47,1	9,2	23,0	+4,3	+1,6	+0,7
Thüringen	1.042	1.014	1.005	46,5	7,6	19,4	+1,8	-3,6	-0,9
Deutschland	42.379	42.527	42.739	47,0	8,3	25,7	+3,6	+0,8	+0,5

1) Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte); als Erwerbstätige gelten Personen (15 Jahre und älter), die mindestens 1 Stunde gegen Entgelt einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.
2) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.
3) Hochschul- und Fachhochschulabschluss (Bachelor-, Master- und Diplom) sowie Promotion (ab 2021 inklusive Abschlüssen an Berufsakademien).
4) Erstergebnis 2024 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
5) 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung, dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren bis 2019 eingeschränkt.
Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

14. Erwerbstätigenquoten¹⁾

Land	Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Erwerbstätigenquote der Männer (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung der Erwerbstätigenquote			
							Frauen	Männer	Frauen	Männer
	2019	2023	2024 ²⁾	2019	2023	2024 ²⁾	2024/2019 ³⁾		2024/2023	
	%						Prozentpunkte			
Baden-Württemberg	74,8	75,5	76,2	83,3	83,2	83,1	+1,4	-0,2	+0,6	k
Bayern	75,8	76,9	77,2	83,9	84,2	84,0	+1,4	+0,1	+0,2	-0,2
Berlin	71,8	70,7	71,0	78,0	77,2	76,7	-0,7	-1,2	+0,3	-0,4
Brandenburg	76,6	74,8	75,2	79,4	79,5	80,9	-1,4	+1,5	+0,4	+1,4
Bremen	67,8	66,3	66,8	75,7	75,2	75,2	-1,0	-0,5	+0,5	0
Hamburg	74,3	72,7	72,9	79,6	78,7	78,2	-1,4	-1,4	+0,2	-0,5
Hessen	71,4	72,8	72,7	80,5	80,1	80,2	+1,2	-0,3	-0,1	+0,1
Mecklenburg-Vorpommern	73,3	75,2	75,0	76,5	78,0	77,3	+1,7	+0,8	-0,2	-0,7
Niedersachsen	71,9	73,6	74,1	80,0	80,8	80,9	+2,2	+0,9	+0,5	+0,1
Nordrhein-Westfalen	69,0	70,8	71,5	78,0	78,9	79,0	+2,5	+1,0	+0,8	+0,1
Rheinland-Pfalz	71,8	74,2	74,8	81,0	81,3	81,6	+3,0	+0,6	+0,6	+0,3
Saarland	69,4	70,1	70,2	77,7	79,4	78,2	+0,8	+0,5	+0,1	-1,2
Sachsen	76,7	76,4	76,8	80,7	81,7	80,3	+0,2	-0,4	+0,4	-1,4
Sachsen-Anhalt	74,0	74,3	74,4	77,4	78,1	78,6	+0,4	+1,2	+0,1	+0,5
Schleswig-Holstein	73,3	73,5	73,1	81,4	79,9	80,4	-0,2	-1,0	-0,4	+0,5
Thüringen	76,1	75,0	74,6	79,0	80,7	79,9	-1,4	+1,0	-0,4	-0,8
Deutschland	72,8	73,7	74,1	80,5	80,8	80,8	+1,3	+0,3	+0,4	-0,1

1) Bevölkerung in Privathaushalten (ohne Gemeinschaftsunterkünfte). Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.
2) Erstergebnis 2024 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
3) 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung, dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren bis 2019 eingeschränkt.
Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

15. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen ¹⁾	Anteil der Frauen			Veränderung sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	
	2019	2023	2024		2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	4.748.861	4.909.317	4.925.299	2.243.532	45,0	45,4	45,6	+3,7	+0,3
Bayern	5.702.850	5.925.202	5.959.550	2.747.807	45,7	46,0	46,1	+4,5	+0,6
Berlin	1.527.912	1.680.089	1.686.597	823.110	49,5	48,8	48,8	+10,4	+0,4
Brandenburg	854.164	883.289	881.641	418.392	48,1	47,5	47,5	+3,2	-0,2
Bremen	334.267	344.880	345.317	152.823	44,0	44,2	44,3	+3,3	+0,1
Hamburg	996.031	1.061.826	1.073.152	497.146	46,4	46,3	46,3	+7,7	+1,1
Hessen	2.630.864	2.739.060	2.761.767	1.261.366	45,3	45,6	45,7	+5,0	+0,8
Mecklenburg-Vorpommern	578.848	581.066	577.322	290.701	50,5	50,3	50,4	-0,3	-0,6
Niedersachsen	3.007.560	3.127.367	3.139.939	1.451.391	45,8	46,1	46,2	+4,4	+0,4
Nordrhein-Westfalen	6.976.079	7.281.274	7.326.630	3.357.640	45,2	45,7	45,8	+5,0	+0,6
Rheinland-Pfalz	1.435.337	1.486.831	1.485.875	697.326	46,4	46,7	46,9	+3,5	-0,1
Saarland	391.368	392.438	390.229	180.570	45,5	46,2	46,3	-0,3	-0,6
Sachsen	1.617.162	1.643.696	1.637.894	782.683	48,4	47,8	47,8	+1,3	-0,4
Sachsen-Anhalt	799.399	799.075	793.259	384.361	49,0	48,6	48,5	-0,8	-0,7
Schleswig-Holstein	1.000.213	1.052.392	1.058.498	508.028	47,7	47,8	48,0	+5,8	+0,6
Thüringen	804.770	799.544	791.968	378.815	48,2	47,8	47,8	-1,6	-0,9
Deutschland ²⁾	33.407.262	34.709.056	34.837.102	16.176.455	46,2	46,3	46,4	+4,3	+0,4

1) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.
2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen), Nürnberg, Datenstand Juni 2024; eigene Berechnungen

16. Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (ohne Beschäftigte im Nebenjob) insgesamt (30.6.)			Darunter Frauen ¹⁾	Anteil der Frauen			Veränderung ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte insgesamt	
	2019	2023	2024		2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	669.163	620.458	617.329	373.028	62,8	60,9	60,4	-7,7	-0,5
Bayern	743.142	692.061	692.631	428.505	64,7	62,6	61,9	-6,8	+0,1
Berlin	139.906	131.384	132.472	71.127	53,7	54,1	53,7	-5,3	+0,8
Brandenburg	88.718	82.342	83.359	43.466	53,7	52,2	52,1	-6,0	+1,2
Bremen	43.288	39.465	38.644	21.849	57,8	56,5	56,5	-10,7	-2,1
Hamburg	99.747	94.513	95.551	54.560	58,7	57,8	57,1	-4,2	+1,1
Hessen	363.020	335.526	336.662	199.115	61,5	59,8	59,1	-7,3	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	61.949	57.829	58.317	29.811	51,4	51,2	51,1	-5,9	+0,8
Niedersachsen	489.497	450.645	446.296	263.588	61,9	59,7	59,1	-8,8	-1,0
Nordrhein-Westfalen	1.156.143	1.036.237	1.021.894	609.631	62,2	60,2	59,7	-11,6	-1,4
Rheinland-Pfalz	250.302	229.050	227.455	135.861	62,8	60,5	59,7	-9,1	-0,7
Saarland	64.109	56.800	56.454	32.706	61,5	58,8	57,9	-11,9	-0,6
Sachsen	153.568	143.227	145.082	77.241	54,0	53,5	53,2	-5,5	+1,3
Sachsen-Anhalt	73.758	67.887	68.811	36.334	54,4	52,9	52,8	-6,7	+1,4
Schleswig-Holstein	169.027	154.556	153.832	86.821	58,7	57,1	56,4	-9,0	-0,5
Thüringen	79.495	73.311	74.302	39.346	53,7	53,0	53,0	-6,5	+1,4
Deutschland ²⁾	4.645.857	4.266.141	4.250.468	2.503.770	61,3	59,5	58,9	-8,5	-0,4

1) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.
2) Einschließlich Beschäftigten, die keinem Land zuzuordnen waren, sowie ohne Angabe des Landes.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Tabellen, Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Zeitreihe Quartalszahlen), Nürnberg, Juli 2025; eigene Berechnungen

17. Arbeitslose und Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose			Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen			Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2019	2023	2024	2019	2023	2024		2024/2019	2024/2023
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	196.950	245.466	269.990	3,2	3,9	4,2	5,5	+37,1	+10,0
Bayern	211.965	257.096	285.234	2,8	3,4	3,7	4,8	+34,6	+10,9
Berlin	152.565	187.930	203.242	7,8	9,1	9,7	11,9	+33,2	+8,1
Brandenburg	76.888	78.996	82.795	5,8	5,9	6,1	7,5	+7,7	+4,8
Bremen	35.702	39.050	41.116	9,9	10,6	11,1	14,0	+15,2	+5,3
Hamburg	64.774	80.806	88.471	6,1	7,4	8,0	10,1	+36,6	+9,5
Hessen	149.812	181.344	194.912	4,4	5,2	5,5	7,1	+30,1	+7,5
Mecklenburg-Vorpommern	58.485	63.191	64.944	7,1	7,7	7,9	9,7	+11,0	+2,8
Niedersachsen	218.123	251.873	263.090	5,0	5,7	5,9	7,4	+20,6	+4,5
Nordrhein-Westfalen	635.486	710.175	749.712	6,5	7,2	7,5	9,4	+18,0	+5,6
Rheinland-Pfalz	97.717	110.716	120.552	4,3	4,9	5,3	6,7	+23,4	+8,9
Saarland	32.854	35.598	37.241	6,2	6,8	7,0	9,2	+13,4	+4,6
Sachsen	116.051	131.069	139.751	5,5	6,2	6,5	8,1	+20,4	+6,6
Sachsen-Anhalt	80.608	82.627	84.801	7,1	7,5	7,7	10,0	+5,2	+2,6
Schleswig-Holstein	79.678	87.757	92.493	5,1	5,5	5,7	7,3	+16,1	+5,4
Thüringen	59.065	64.978	68.768	5,3	5,9	6,2	7,8	+16,4	+5,8
Deutschland	2.266.720	2.608.672	2.787.112	5,0	5,7	6,0	7,6	+23,0	+6,8

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit – Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg, 23.12.2024; Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, Jahreszahlen – Teil Arbeitsmarkt, Mai 2025

18. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (Jahresdurchschnitte)

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ¹⁾					Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen insgesamt	
				insgesamt		Männer ²⁾	Frauen ²⁾			
	2019	2023	2024	2019	2023	2024			2024/2019	2024/2023
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	17.909	20.219	23.311	2,5	2,9	3,3	3,8	2,8	+30,2	+15,3
Bayern	20.788	23.039	26.484	2,5	2,8	3,2	3,7	2,7	+27,4	+15,0
Berlin	12.468	14.716	15.922	8,0	8,7	9,0	10,2	7,6	+27,7	+8,2
Brandenburg	5.647	6.801	7.591	6,5	6,3	6,7	7,6	5,7	+34,4	+11,6
Bremen	3.492	3.341	3.611	9,1	8,3	8,9	9,7	8,0	+3,4	+8,1
Hamburg	5.203	5.895	6.621	5,1	5,7	6,2	7,0	5,3	+27,2	+12,3
Hessen	14.975	17.601	19.364	4,3	5,0	5,4	6,0	4,8	+29,3	+10,0
Mecklenburg-Vorpommern	5.171	6.261	6.782	8,5	8,5	8,9	9,8	7,8	+31,2	+8,3
Niedersachsen	22.447	24.215	25.886	4,7	5,0	5,3	6,0	4,6	+15,3	+6,9
Nordrhein-Westfalen	55.119	59.458	64.544	5,4	5,7	6,1	6,9	5,2	+17,1	+8,6
Rheinland-Pfalz	10.041	10.514	12.178	4,0	4,3	5,0	5,7	4,2	+21,3	+15,8
Saarland	2.771	2.513	2.979	5,2	5,0	5,8	6,7	4,7	+7,5	+18,5
Sachsen	9.540	12.237	13.789	6,1	6,5	6,9	7,5	6,2	+44,5	+12,7
Sachsen-Anhalt	6.956	7.629	8.260	8,7	8,1	8,4	8,9	7,7	+18,7	+8,3
Schleswig-Holstein	7.936	8.565	9.359	4,7	5,1	5,5	6,3	4,6	+17,9	+9,3
Thüringen	4.920	6.311	6.932	6,1	6,5	6,8	7,4	6,1	+40,9	+9,8
Deutschland	205.384	229.312	253.611	4,4	4,9	5,3	5,9	4,5	+23,5	+10,6

1) Der entsprechenden Altersgruppe.
2) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Auftragsnummer 389057) – Bestand Arbeitslose und Arbeitslosenquoten in der Altersgruppe 15 bis unter 25 Jahre nach Geschlecht, 24.3.2025

Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

Die wirtschaftliche Entwicklung Niedersachsens zeigte sich im Jahr 2024 eher unbeeindruckt vom Kriegsgeschehen in der Ukraine. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie scheinen weitgehend überwunden zu sein.

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg 2024 in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr real um 0,4 % (Deutschland -0,2 %).
- Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2024 pro Kopf rund 89.800 Euro und lag damit bei 96,2 % des Bundesdurchschnitts.
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, stieg 2024 marginal um 0,1 % auf rund 4,25 Mio. Personen (Deutschland: +0,2 %).
- Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) sank die Bruttowertschöpfung (BWS) in Niedersachsen 2024 um real 0,9 % (Bundesdurchschnitt -3,0 %).
- Im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereiche) nahm die BWS in Niedersachsen 2024 real um 0,9 % zu und entsprach damit dem Bundesdurchschnitt (+0,9 %).
- Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg in Niedersachsen im Jahr 2024 um ein Drittel (+33,5 %) und damit stärker als in Deutschland (+22,4 %).
- Die Zahl der Gästeübernachtungen stieg in Niedersachsen im Jahr 2024 um 1,0 % (Deutschland: +1,8 %) und hatte damit fast wieder das Vor-Corona-Niveau erreicht.
- Das verfügbare Einkommen pro Kopf lag 2023 in Niedersachsen bei rund 27.500 Euro, ein Plus von 5,7 % gegenüber dem Vorjahr (Deutschland: rund 28.500 Euro; +6,0 %).
- Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) der Vollzeitbeschäftigten in Niedersachsen stiegen 2024 gegenüber dem Vorjahr um 6,1 % (Deutschland +5,2 %).

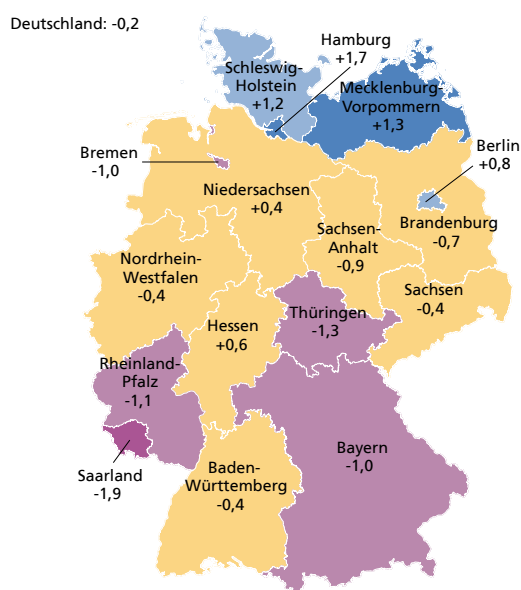
Wichtige Ergebnisse

Wirtschaftsleistung wächst leicht

Im Jahr 2024 wurde in Niedersachsen ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von über 381 Mrd. Euro erwirtschaftet. Dies waren real 0,4 % mehr als im Vorjahr. Die niedersächsische Wirtschaft entwickelte sich damit leicht positiv, wohingegen im Bundesdurchschnitt ein Rückgang um 0,2 % zu verzeichnen war. Das stärkste BIP-Wirtschaftswachstum wurde für Hamburg (+1,7 %) errechnet, der deutlichste Rückgang im Saarland (-1,9 %) verzeichnet.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) T19

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) 2024 gegenüber 2023 – Prozent



In den letzten 5 Jahren stieg das BIP in Niedersachsen nominal um rund 66,8 Mrd. Euro. Dies bedeutet jedoch einen Rückgang um real 1,3 %. Im selben Zeitraum wuchs das BIP

in Deutschland um 0,3 %, wobei die Veränderungsraten in den Ländern zwischen -6,4 % (Saarland) und +9,8 % (Berlin) lagen.

Das BIP für Deutschland lag 2024 bei rund 4,31 Billionen Euro. Der Anteil Niedersachsens an der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung betrug 8,9 %. Die höchsten Anteile am gesamtdeutschen BIP erwirtschafteten Nordrhein-Westfalen mit 20,3 %, gefolgt von Bayern (18,4 %) und Baden-Württemberg (15,1 %).

BIP je Erwerbstätigen T19

Die Wirtschaftsleistung der niedersächsischen Erwerbstätigen betrug 2024 pro Kopf rund 89.800 Euro und lag damit 3,8 % unter dem Bundesdurchschnitt (rund 93.400 Euro). Das höchste Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person erzielte Hamburg mit rund 118.800 Euro, das niedrigste Thüringen mit knapp 76.800 Euro.

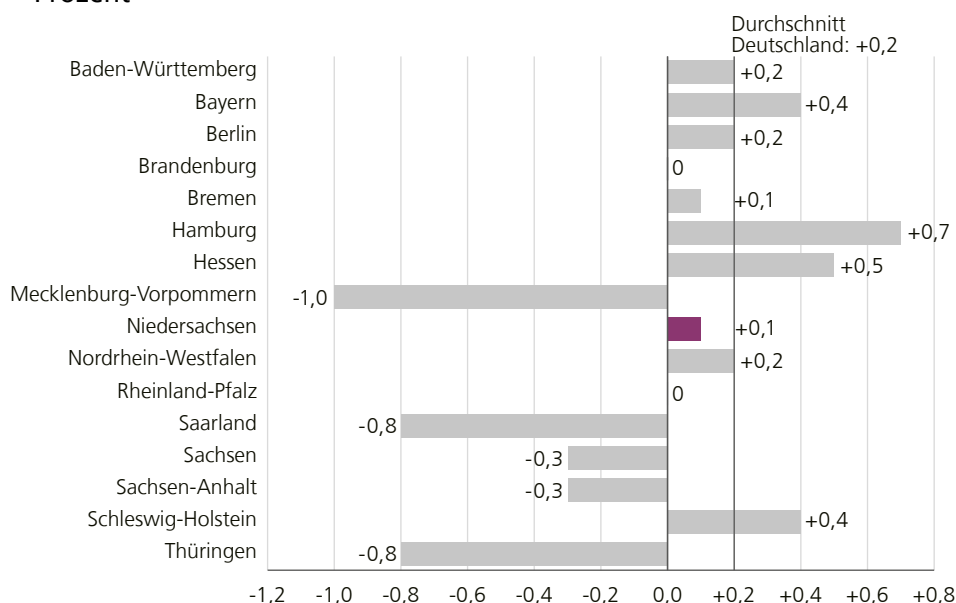
Erwerbstätige (Arbeitsort) T20

Zahl der Erwerbstätigen marginal gestiegen

Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ (AK ETR) berechnet die Zahl aller Erwerbstätigen am Arbeitsort im Jahresdurchschnitt auf Basis diverser Datenquellen.

Die Zahl der Erwerbstätigen, die in Niedersachsen arbeiteten, wuchs 2024 geringfügig um 0,1 % auf rund 4,25 Mio. Personen. Im Bundesdurchschnitt war der Anstieg ähnlich (+0,2 %). Im mittelfristigen Vergleich von 2024 zu 2019 stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Niedersachsen um 1,5 %, der bundesweite Durchschnitt lag bei +1,7 %. Die höchste Zuwachsrate in den letzten 5 Jahren hatte Berlin mit einem Plus von 5,9 %, hingegen sank die Zahl der Erwerbstätigen im selben Zeitraum in 4 Ländern, am stärksten in Thüringen und im Saarland (-2,6 % und -2,5 %).

■ Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2024 gegenüber 2023 – Prozent



Der Schwerpunkt der Erwerbstätigkeit lag sowohl in Niedersachsen als auch bundesweit im Dienstleistungssektor: 2024 waren hier 73,4 % der Erwerbstätigen in Niedersachsen tätig, 24,1 % arbeiteten im Produzierenden Gewerbe und 2,5 % im Sektor Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Dieser statistische Befund lässt sich im Wesentlichen auch auf die Anteile an der Bruttowertschöpfung übertragen.

Bruttowertschöpfung (BWS) T21–23

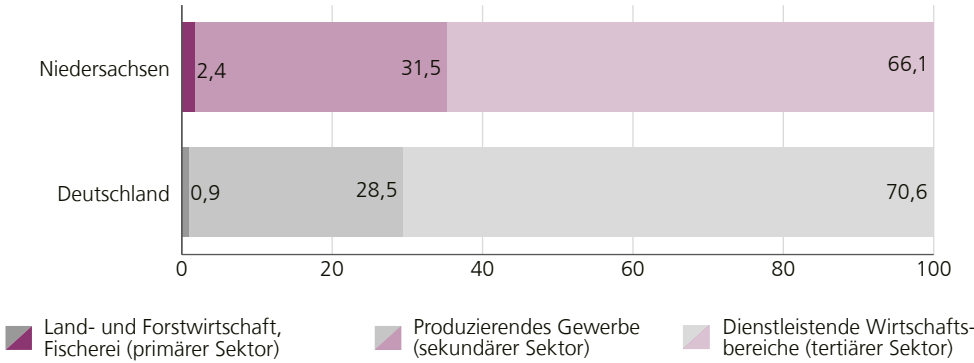
Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe nimmt leicht ab

Die Gesamt-Bruttowertschöpfung (BWS) Niedersachsens wurde auch im Jahr 2024 überwiegend im tertiären Sektor (Dienstleistungsbereich 66,1 %) und zu knapp einem Drittel

im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe 31,5 %) erzielt. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (primärer Sektor) betrug zwar nur 2,4 %, dennoch hatte Niedersachsen 2024 mit 23,0 % der gesamtdeutschen BWS in diesem Wirtschaftssektor im Ländervergleich den höchsten Anteil vor Bayern (17,6 %).

BWS Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei
T21

Anteile der Wirtschaftssektoren an der gesamten Bruttowertschöpfung 2024 – Prozent



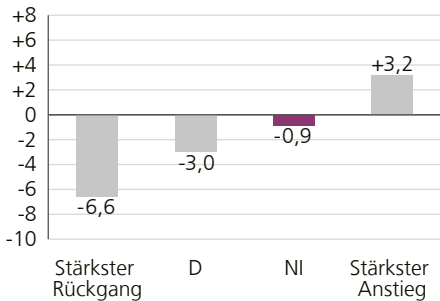
Im sekundären Sektor (Produzierendes Gewerbe) reduzierte sich die BWS in Niedersachsen 2024 gegenüber dem Vorjahr um real 0,9 % (Deutschland insgesamt: -3,0 %). Zur gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes trug Niedersachsen mit 9,8 % den viertgrößten Anteil hinter Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen bei. Lediglich 4 Länder wiesen eine positive Veränderungsrate der BWS auf, am stärksten legte die BWS im sekundären Sektor in Hamburg zu (+3,2 %). Die stärksten Rückgänge wurden im Saarland (-6,6 %), in Bremen (-5,2 %) und in Rheinland-Pfalz (-5,1 %) verzeichnet. Im mittelfristigen Vergleich 2024 gegenüber 2019 sank die BWS im Produzierenden Gewerbe in Niedersachsen real um 10,5 % und damit etwas mehr als im Bundesdurchschnitt (-8,2 %).

BWS Produzierendes Gewerbe
T22

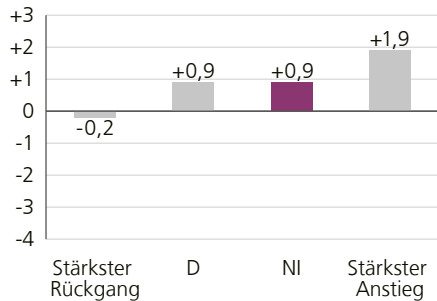
Im tertiären Sektor (dienstleistende Wirtschaftsbereiche) nahm die BWS 2024 in Niedersachsen real um 0,9 % zu; dies entsprach dem Bundesdurchschnitt (+0,9 %). Den größten Zuwachs erzielte Hessen (+1,9 %), lediglich ein Land verzeichnete einen Rückgang (Thüringen -0,2 %). Zur gesamtdeutschen BWS dieses Sektors trug Niedersachsen mit 8,3 % den fünftgrößten Anteil bei.

BWS dienstleistende Wirtschaftsbereiche
T23

Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Produzierenden Gewerbe 2024 gegenüber 2023 – Prozent



Veränderung der Bruttowertschöpfung (real) im Dienstleistungsbe- reich 2024 gegenüber 2023 – Prozent



Zahl der Unternehmensinsolvenzen deutlich gestiegen

Im Jahr 2024 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Niedersachsen um ein Drittel (+33,5%) auf 1.824 an. Im Bundesdurchschnitt war der Anstieg gegenüber dem Vorjahr nicht so stark wie in Niedersachsen (+22,4 %). Niedersachsen verzeichnete damit im Jahr 2024 im Ländervergleich den stärksten Anstieg bei den Unternehmensinsolven-

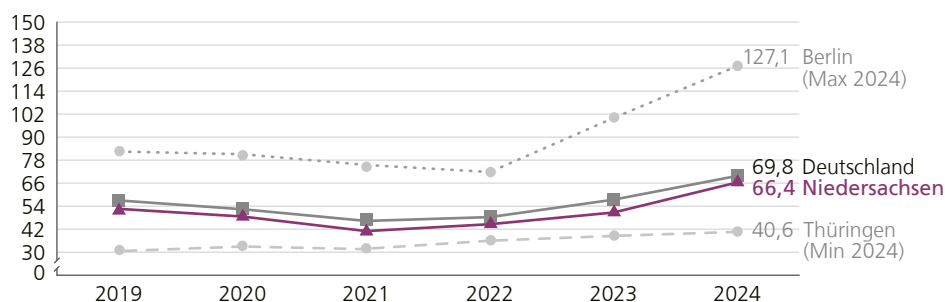
Unternehmens- insolvenzen
T24

zen gegenüber dem Vorjahr. Dahinter folgten Baden-Württemberg (+30,4 %) und Berlin (+27,0 %).

Im mittelfristigen Vergleich zu 2019 wurden 2024 in Niedersachsen 22,4 % mehr insolvente Unternehmen gezählt, im gesamten Bundesgebiet waren es 16,3 % mehr.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen je 10.000 steuerpflichtiger Unternehmen stieg 2024 gegenüber dem Vorjahr in 15 von 16 Ländern. In Niedersachsen lag dieser Wert 2024 mit 66,4 unter dem durchschnittlichen Wert für Deutschland (69,8). Im Ländervergleich reichte die Zahl von 40,6 (Thüringen) bis 127,1 (Berlin). In der mittelfristigen Betrachtung von 2019 bis 2024 lag der Indikator für Niedersachsen stets etwas unterhalb des Bundesdurchschnitts.

■ Unternehmensinsolvenzen je 10.000 steuerpflichtige Unternehmen¹⁾ 2019 bis 2024 – Anzahl



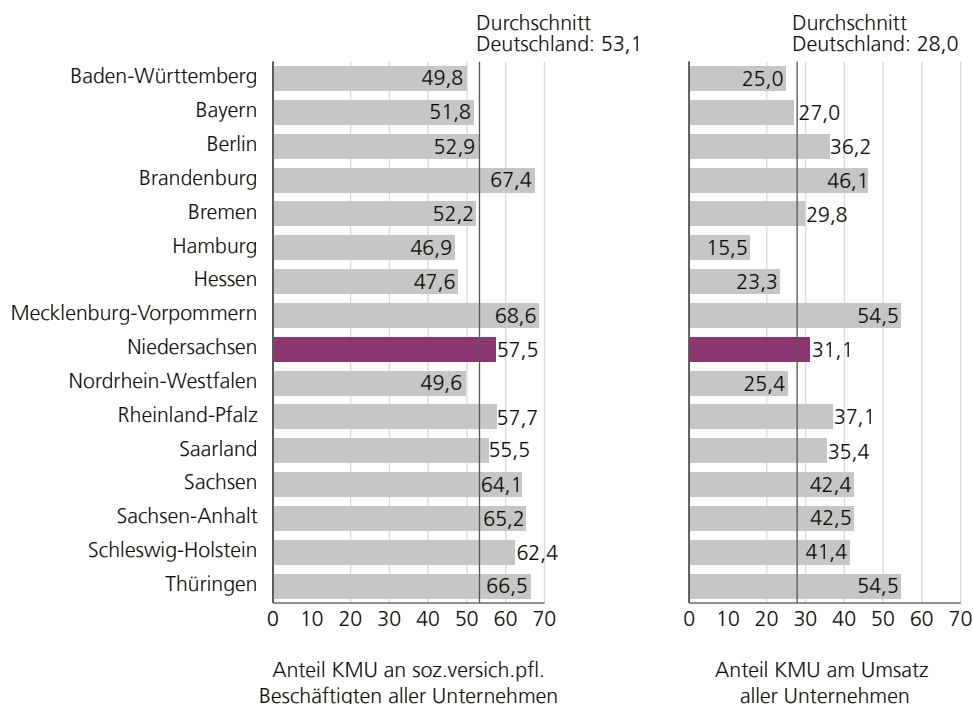
¹⁾ Steuerpflichtige Unternehmen: ab 2020 mit jährlichen Umsätzen über 22.000 Euro; bis 2019 Umsätze über 17.500 Euro; daher eingeschränkt vergleichbar.

Kleine und mittlere Unternehmen T25

Umsätze und Beschäftigung in kleinen und mittleren Unternehmen gesunken

Die Abgrenzung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie Kleinstunternehmen erfolgt an dieser Stelle auf Basis der Rechtlichen Einheiten, die im Statistischen Unternehmensregister geführt werden. Für die Abgrenzung kleiner und mittlerer Unternehmen nach EU-Unternehmensdefinition werden für die Definition der Größenklassen zusätzlich zum Umsatz auch die Zahl der tätigen Personen berücksichtigt.

■ Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) an allen Unternehmen (Rechtliche Einheiten) nach sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und Umsatz 2023 – Prozent



Die kleinen und mittleren Unternehmen (unter 250 Beschäftigte und bis 50 Mio. Euro Jahresumsatz) in Niedersachsen machten im Jahr 2023 einen Anteil von 99,2 % an allen Unternehmen aus.

Der Umsatz kleiner und mittlerer Unternehmen in Niedersachsen lag im Jahr 2023 bei rund 250 Mrd. Euro. Gegenüber dem Jahr 2022 wurde ein Rückgang von 0,2 Prozentpunkten verzeichnet (bundesweit: +0,7 Prozentpunkte). In diesen Unternehmen waren 1,8 Mio. abhängig Beschäftigte tätig und damit 0,7 % weniger als im Vorjahr (bundesweit: -0,5 %).

Der Umsatzanteil kleiner und mittlerer Unternehmen am Umsatz aller Unternehmen in Niedersachsen lag im Jahr 2023 bei 31,1 % und damit über dem Bundesdurchschnitt von 28,0 %. Dies lässt sich auch bei den Beschäftigten beobachten. 57,5 % aller abhängig Beschäftigten in Niedersachsen waren in KMU tätig, in Deutschland waren es 53,1 %.

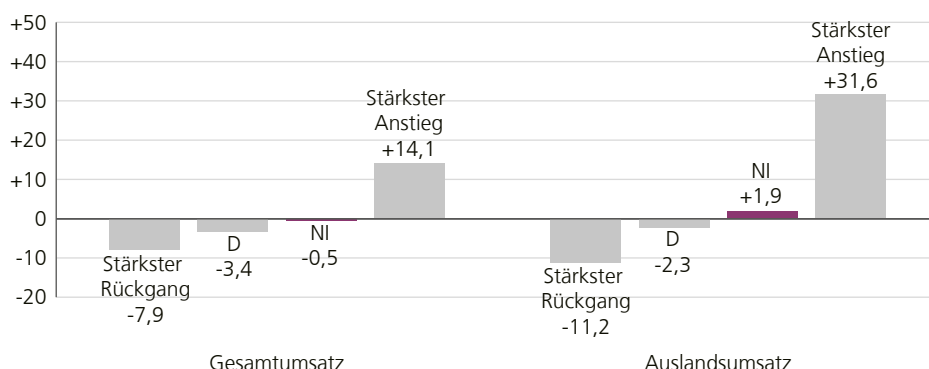
Die Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten und bis zu 2 Mio. Euro Jahresumsatz, worunter in Niedersachsen 83,5 % der kleinen und mittleren Unternehmen fielen, hatten am Umsatz aller Unternehmen einen Anteil von 21,3 % (Deutschland: 22,4 %). In Mecklenburg-Vorpommern war der Umsatzanteil der Kleinstunternehmen an allen KMU mit 25,4 % am höchsten, in Bremen mit 16,8 % am niedrigsten.

Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe entwickeln sich unterschiedlich

Umsatz Verarbeitendes Gewerbe
T26

Der Umsatz im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ging in Niedersachsen 2024 leicht um 0,5 % auf rund 246,6 Mrd. Euro zurück. Im Bundesdurchschnitt lag der Rückgang bei 3,4 %. Im mittelfristigen Vergleich zu 2019 nahm der Umsatz in Niedersachsen um 12,0 % und damit weniger stark als in Deutschland insgesamt (+17,9 %) zu. Das größte Plus, allerdings bei geringeren Absolutwerten, verzeichnete in der mittelfristigen Betrachtung Hamburg (+63,1 %), das geringste das Saarland (+1,7 %).

Veränderung des Gesamt- und Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2024 gegenüber 2023 – Prozent



Von den Gesamtumsätzen wurden 2024 im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 47,7 % im Auslandsgeschäft erzielt. Dieser Wert lag geringfügig unter dem bundesweiten Anteil von 50,5 %. Vor allem in Bremen (67,6 %), Baden-Württemberg (58,8 %) und Bayern (57,8 %) erwirtschaftete das Verarbeitende Gewerbe hohe Umsatzanteile im Ausland. In Hamburg belief sich der Auslandsumsatz auf nur 29,0 %. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Niedersachsen um 1,9 %, im 5-Jahres-Vergleich 2024 zu 2019 lag der Zuwachs bei 13,4 %. Im Bundesvergleich ging der Auslandsumsatz im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 2,3 % zurück, im Vergleich 2024/2019 wurde ein Plus von 21,9 % erzielt.

Der Wert für den Auslandsumsatz im niedersächsischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden ist deutlich höher als der Exportwert in der Außenhandelsstatistik. Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik, in der der Exportwert einer Ware dem Land zugerechnet wird, in dem sie die letzte wesentliche Bearbeitung erfahren hat, sind im oben genannten Auslandsumsatz auch Warenumsätze (z. B. Handelswaren) enthalten, deren Ursprungsland nicht Niedersachsen ist.

Umsatz Bauhauptgewerbe

T27

Im niedersächsischen Bauhauptgewerbe gab es beim baugewerblichen Umsatz 2024 im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 3,0 % (Bundesdurchschnitt: +0,7 %). Mit einem Anteil am Bundeswert von 12,8 % hatte Niedersachsen 2024 das viertstärkste Baugewerbe nach Bayern (19,5 %), Nordrhein-Westfalen (16,6 %) und Baden-Württemberg (14,1 %). Im Zeitraum 2019 bis 2024 stieg der Umsatz in Niedersachsen um 39,2 % und verzeichnete damit nach Hamburg (+52,2 %) die zweitstärkste Zuwachsrate aller Länder (Bundesdurchschnitt: +23,1 %).

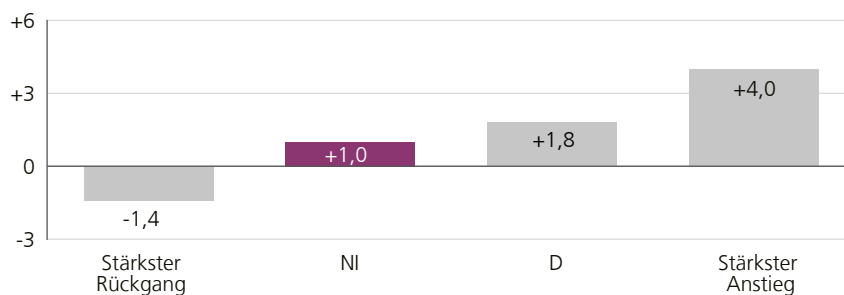
Gästeübernachtungen

T28

Zahl der Übernachtungen fast wieder auf dem Niveau wie vor der Pandemie

Im Jahr 2024 wurden nahezu wieder die Übernachtungszahlen wie vor der Corona-Pandemie erreicht. Insgesamt wurden 2024 in Niedersachsen über 46,1 Mio. Übernachtungen gebucht und damit 1,0 % mehr als 2023. Deutschlandweit lag das Plus bei 1,8 %. Die stärksten Zuwächse verzeichneten die Stadtstaaten Bremen (+4,0 %) und Berlin (+3,4 %), im Saarland gab es einen Rückgang um 1,4 %.

■ Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen 2024 gegenüber 2023 – Prozent



7 Länder verbuchten in 2024 mehr Übernachtungen als 2019, dem Jahr vor der Corona-Pandemie, darunter Schleswig-Holstein mit einem Plus von über 2 Mio. bzw. 5,9 % Übernachtungen. In Niedersachsen übernachteten 2024 noch geringfügig weniger Gäste (-0,2 %) als im Rekordjahr 2019 (Deutschland: +0,1 %).

Nur 8,2 % der Übernachtungen in Niedersachsen entfielen 2024 auf Gäste aus dem Ausland, im gesamten Bundesgebiet waren es hingegen 17,2 %. Den höchsten Anteil an ausländischen Gästeübernachtungen hatte wiederum Berlin mit 41,8 %.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Gästen in Niedersachsen blieb 2024 unverändert bei 3,0 Tagen. Damit stand Niedersachsen 2024 an dritter Stelle unter den Ländern, lediglich in den benachbarten Küstenländern Mecklenburg-Vorpommern (4,1 Tage) und Schleswig-Holstein (4,0 Tage) blieben die Gäste länger (Deutschland: 2,6 Tage).

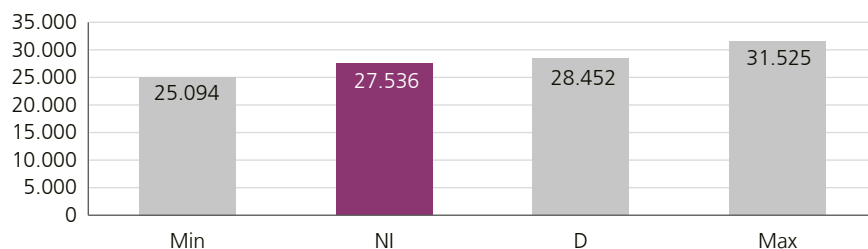
Verfügbares Einkommen

T29

Verfügbares Einkommen 2023 wiederum gestiegen

Die niedersächsischen Einwohnerinnen und Einwohner hatten 2023 pro Kopf durchschnittlich ein verfügbares Einkommen in Höhe von rund 27.500 Euro (Einkommen inklusive Sozialleistungen nach Abzug direkter Steuern und Sozialversicherungsabgaben). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein deutliches Plus von 5,7 %. Das verfügbare Einkommen in Deutschland lag etwas darüber bei rund 28.500 Euro pro Kopf (+6,0 %). Im Zeitraum 2018 bis 2023 lag der Anstieg in Niedersachsen mit 19,3 % ebenfalls leicht unter dem Bundesdurchschnitt (+19,5 %).

■ Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ je Einwohnerin und Einwohner 2023 – Euro



1) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Ausgehend vom Bundesschnitt (= 100) hatten die privaten Haushalte in Bayern (Messzahl = 110,8) das höchste verfügbare Einkommen, gefolgt von Baden-Württemberg (106,3) und Hamburg (104,1). Niedersachsen lag mit 96,8 unter dem Bundesdurchschnitt. Die niedrigsten Werte wurden für Sachsen-Anhalt (88,2) und Mecklenburg-Vorpommern (89,0) gemessen.

Bruttostundenverdienste gestiegen, Gender Pay Gap verringert

Verdienstabstand
(Gender Pay Gap) T30

Im Jahr 2024 verdienten in Niedersachsen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ohne die Berücksichtigung von Sonderzahlungen (gemäß der einheitlichen Definition des Gender Pay Gap nach Eurostat), im Durchschnitt 23,38 Euro brutto je Stunde. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Frauen lag bei 21,34 Euro und der der Männer bei 25,22 Euro. Im Vergleich zum Vorjahr 2023 sind die Bruttostundenverdienste insgesamt um 6,1 % gestiegen. Im Bundesdurchschnitt stiegen die Bruttostundenverdienste um 5,2 % von 23,20 Euro je Stunde im Jahr 2023 auf 24,41 Euro je Stunde im Jahr 2024.

Die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern lag in Niedersachsen im Jahr 2024 bei 15 %. Im Vergleich zum Vorjahr fiel der Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern, der sogenannte unbereinigte Gender Pay Gap, um 3 Prozentpunkte. Auch im langfristigen Vergleich verringerte sich der unbereinigte Gender Pay Gap deutlich. So verdienten Frauen im Jahr 2019 durchschnittlich 21 % weniger pro Stunde als Männer. In Deutschland lag der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied 2019 bei 19 % und ist im Jahr 2024 auf 16 % zurückgegangen.

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe gestiegen

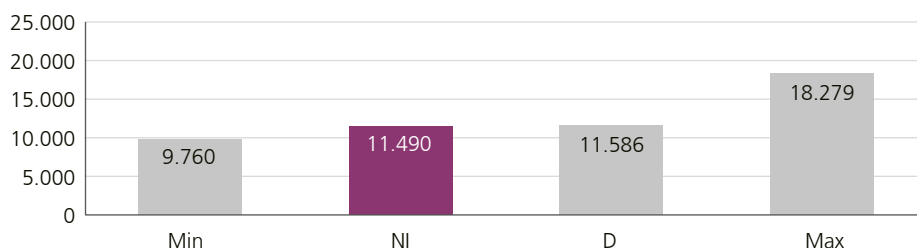
Investitionen Verarbeitendes Gewerbe
T31

Im Jahr 2023 stiegen die Investitionen in Niedersachsen um 4,3 %, im bundesweiten Durchschnitt um 7,5 %. Zwischen den Ländern gab es hier sehr große Unterschiede. So gab es die höchsten Zuwachsraten bei den Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern (+20,2 %), Berlin (+19,0 %) und Sachsen-Anhalt (+18,5 %), wohingegen in Bremen die Investitionen stark zurückgingen (-34,7 %).

In der mittelfristigen Betrachtung zwischen den Jahren 2018 und 2023 stiegen die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in Niedersachsen um 16,6 %; im Bundesdurchschnitt um 7,8 %. In der mittelfristigen Betrachtung lag Brandenburg mit einem Wachstum von 57,1 % an erster Stelle, hingegen verzeichnete das Saarland mit einem Minus von 36,4 % den stärksten Rückgang.

Auf die tätigen Personen bezogen wurden in Niedersachsen 2023 rund 11.500 Euro investiert. Damit lag das Land geringfügig unter dem Bundesschnitt von rund 11.600 Euro. Die höchsten Investitionen je tätiger Person wurden in Brandenburg (rund 18.300 Euro) getätigt, die geringsten in Schleswig-Holstein (knapp 9.800 Euro).

■ Investitionen je tätiger Person 2023 – Euro
– Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

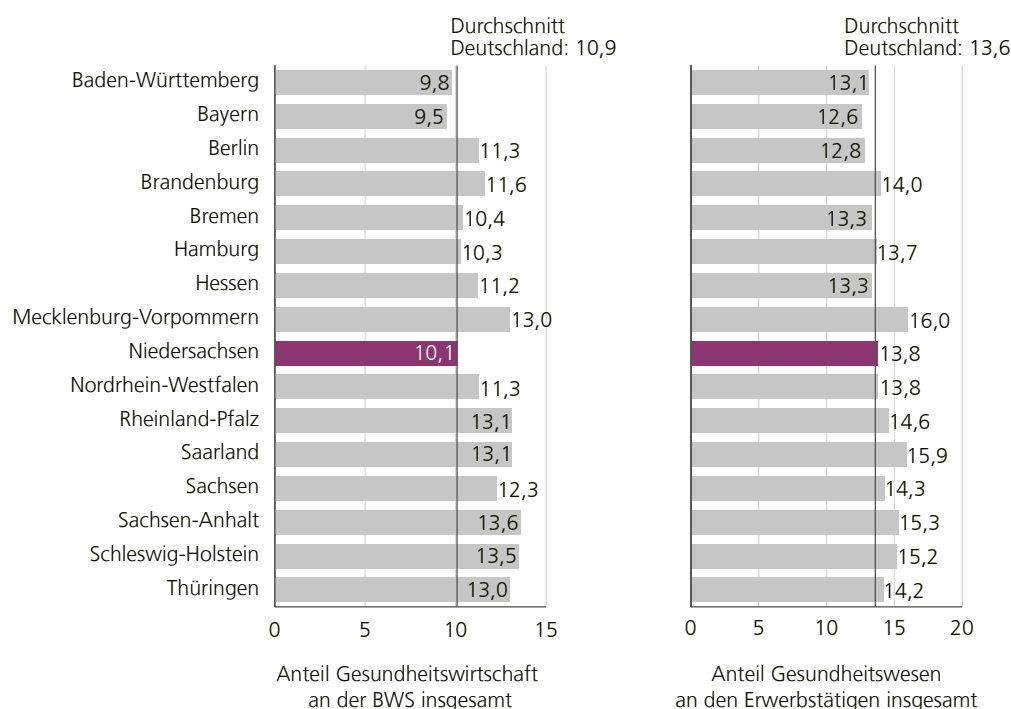


Gesundheitsökonomie
T32

Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft gestiegen

Die Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen erwirtschaftete 2024 eine Bruttowertschöpfung, die 10,1 % der gesamten hiesigen Wertschöpfung entsprach. Damit lag Niedersachsen unter dem Bundeswert von 10,9 %. Der Anteil der Gesundheitswirtschaft an der gesamten Bruttowertschöpfung war am höchsten in Sachsen-Anhalt (13,6 %) und am niedrigsten in Bayern (9,5 %). Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Bruttowertschöpfung in Niedersachsen real um 2,6 % (Deutschland insgesamt: +1,4 %). Die stärkste Zuwachsrates hatte Schleswig-Holstein mit 3,4 %, Rheinland-Pfalz verzeichnete dagegen ein Minus von 3,6 %.

■ Anteil der Gesundheitswirtschaft an der Bruttowertschöpfung (BWS) insgesamt sowie Gesundheitswesen an den Erwerbstätigen insgesamt 2024 – Prozent

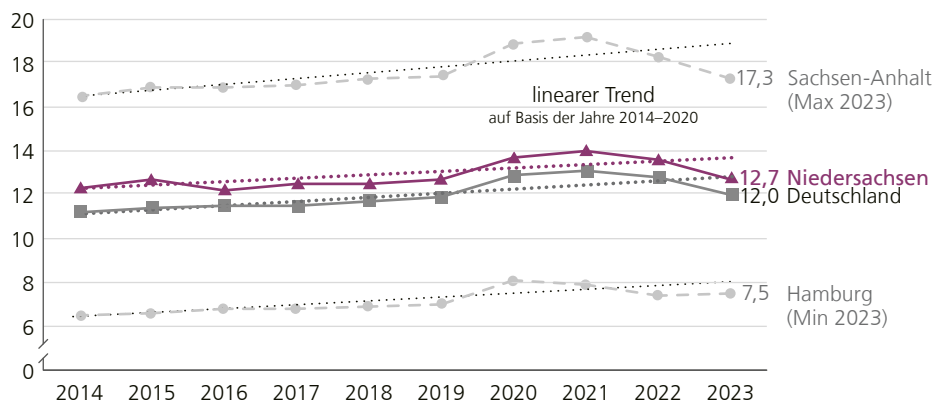


Im Jahr 2024 waren knapp 583.800 Personen im Gesundheitswesen Niedersachsens beschäftigt. Das entspricht einem Anteil von 13,8 % an allen Erwerbstätigen (Deutschland 6,3 Mio. Personen, 13,6 %). Die höchsten Anteile gab es in Mecklenburg-Vorpommern (16,0 %), die geringsten in Bayern (12,6 %).

In Niedersachsen wurden im Jahr 2023 pro Kopf 5.764 Euro für Gesundheitsleistungen ausgegeben, was bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) einem Anteil von 12,7 % entspricht (Deutschland: 5.925 Euro pro Kopf entsprechend 12,0 %). Die höchsten Gesundheitsausgaben pro Kopf wurden in Brandenburg mit 6.402 Euro getätigt, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 6.211 Euro. Die mit Abstand geringsten Ausgaben wurden in

Bremen (5.368 Euro pro Kopf) aufgewendet. Bezogen auf das BIP war der Anteil der Gesundheitsausgaben 2023 in Sachsen-Anhalt (17,3 %) am höchsten und in Hamburg (7,5 %) am niedrigsten. In den Corona-Jahren 2020 und 2021 lag der Anteil der Gesundheitsausgaben deutlich über dem linearen Trend auf Basis der Jahre 2014 bis 2020. In Niedersachsen und Deutschland insgesamt sank dieser Anteil 2023 leicht unter diesen Trend der Jahre 2014 bis 2020.

■ Anteil der Gesundheitsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2014 bis 2023 (mit linearem Trend auf Basis der Jahre 2014 bis 2020) – Prozent



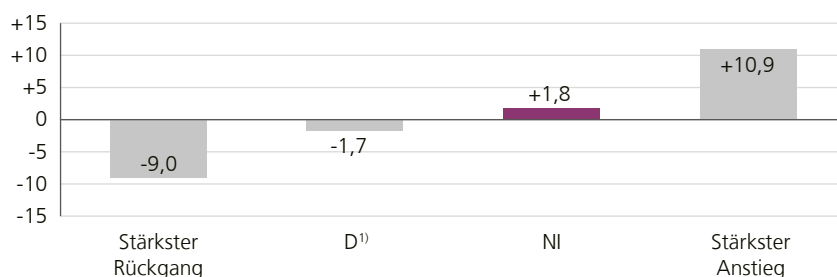
Zuwächse der Exporte über dem Bundesdurchschnitt

Der Wert der Ausfuhren aus Niedersachsen stieg 2024 auf 101,2 Mrd. Euro an. Das entspricht einem Anteil von 8,5 % an der deutschen Gesamtausfuhr. Die größten Anteile wurden durch Ausfuhren aus Baden-Württemberg (20,2 %), Bayern (18,9 %) und Nordrhein-Westfalen (18,6 %) erzielt.

Mit einem Plus von 1,8 % lag das Exportwachstum Niedersachsens über dem Bundesdurchschnitt, welcher ein Minus von 1,7 % verzeichnete. Die stärksten Zuwächse gab es in Bremen (+10,9 %). Im Saarland (-9,0 %), in Rheinland-Pfalz sowie in Mecklenburg-Vorpommern (-5,7 bzw. -5,6 %) wurden die stärksten Exportrückgänge verzeichnet.

Exporte
T33

■ Veränderung der Ausfuhren 2024 gegenüber 2023 – Prozent



1) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordenbarer Exporte.

Rückgang der Importe über dem Bundesdurchschnitt

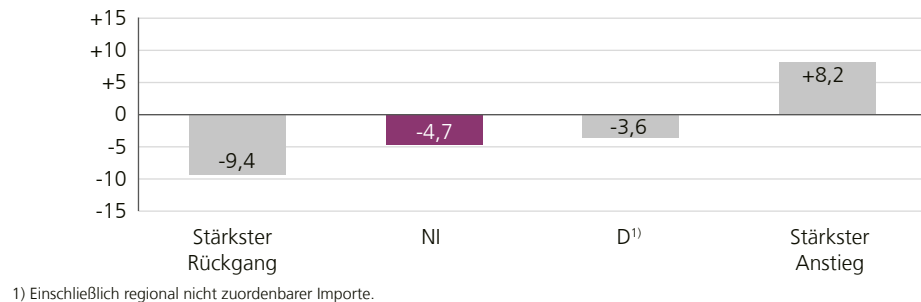
Beim Wert der Einfuhren verzeichnete Niedersachsen 2024 einen Rückgang von 4,7 %. Deutschlandweit waren die Einfuhren in 13 von 16 Ländern rückläufig (Bundesdurchschnitt: -3,6 %). Steigerungen der Importe gab es nur in Sachsen-Anhalt (+8,2 %), im Saarland (+7,4 %) und in Bremen (+1,0 %).

Der Wert der nach Niedersachsen importierten Waren betrug 2024 rund 124,0 Mrd. Euro, was einem Anteil von 9,7 % an der gesamtdeutschen Einfuhr entsprach. Die größ-

Importe
T34

ten Abnehmer der nach Deutschland importierten Güter waren Nordrhein-Westfalen (21,7 %), Bayern (17,7 %) und Baden-Württemberg (16,9 %).

■ Veränderung der Einfuhren 2024 gegenüber 2023 – Prozent



Informationen:

BIP, BWS und Einkommen:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal.de): Daten und Fakten > [Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder \(VGRdL\)](#)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal.de): Daten und Fakten > [Erwerbstätigenrechnung der Länder \(AK ETR\)](#)
- LSN: Themen > [Konjunktur: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen \(VGR\) Niedersachsen](#)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Wirtschaft > Bruttoinlandsprodukt/Bruttowertschöpfung/Arbeitnehmerentgelte und Einkommen
- Statistisch gesehen – Das Online-Magazin des LSN: [Beitragsserie Jahresrückblick Wirtschaft 2023](#)

Unternehmensinsolvenzen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 52 Unternehmen und Arbeitsstätten: [52411 Statistik über beantragte Insolvenzverfahren](#)
- LSN: Themen > Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen > Insolvenzen in Niedersachsen > Statistische Berichte > [D III 1 Insolvenzverfahren](#)

Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 42 Verarb. Gewerbe, Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden: [42271 Jahresbericht für Betriebe im Verarb. Gewerbe](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 44 Baugewerbe: [44111 Monatsbericht im Bauhauptgewerbe](#)

Gästeübernachtungen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 45 Handel und Instandhaltung, Gastgewerbe, Tourismus: [45412 Monaterhebung im Tourismus](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Branchen und Unternehmen: [Gastgewerbe, Tourismus: Publikationen](#) > Statistischer Bericht – Tourismus Monatergebnisse (bis 2022: Fachserie 6 Reihe 7.1)
- LSN: Datenangebote > [LSN-Online-Datenbank](#) > Direkt zur Datenbank > Statistische Erhebung > 736 Monaterhebung im Tourismus (ab 2009)
- [Regionalmonitoring Niedersachsen](#): Wirtschaft > Tourismus

Verdienste:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 62 Verdienste, Arbeitskosten: [62361 Verdiensterhebung](#) (bis 2021: [62321 Vierteljährliche Verdiensterhebung](#))
- LSN: Themen > Verdienste und Arbeitskosten > [Verdienste in Niedersachsen](#)

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal.de): Daten und Fakten > [Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder \(GGRdL\)](#)
- Regionaldatenbank Deutschland (Regionalstatistik.de): 8 Gesamtrechnungen > [88 Gesundheitsökonomische Gesamtrechnung der Länder \(GGRdL\)](#)

Ein- und Ausfuhren:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 51 Außenhandel > [51000 Außenhandel](#)

Autorin: Franziska Große

Tabellen Wirtschaft, Einkommen und internationale Verflechtungen

19. Bruttoinlandsprodukt¹⁾

Land	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen			Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024/2019 ²⁾	2024/2023
	in Mio. Euro			Euro			%	
Baden-Württemberg	536.086	631.540	650.225	84.517	98.349	101.064	+2,0	-0,4
Bayern	651.194	773.647	791.603	84.218	98.393	100.280	+1,9	-1,0
Berlin	159.591	197.924	207.058	77.033	90.348	94.239	+9,8	+0,8
Brandenburg	77.181	96.433	97.540	68.315	84.155	85.182	-2,7	-0,7
Bremen	33.433	40.338	41.357	76.176	90.784	93.134	+2,0	-1,0
Hamburg	129.913	153.737	161.856	100.102	113.838	118.823	-2,7	+1,7
Hessen	302.764	354.492	368.298	85.771	98.279	101.625	+2,1	+0,6
Mecklenburg-Vorpommern	48.230	59.168	61.245	63.333	77.607	80.904	+0,7	+1,3
Niedersachsen	314.460	369.147	381.267	75.175	87.055	89.834	-1,3	+0,4
Nordrhein-Westfalen	731.488	851.036	871.867	75.730	86.610	88.602	-2,9	-0,4
Rheinland-Pfalz	150.496	180.580	184.043	73.399	87.478	89.299	+1,3	-1,1
Saarland	37.007	42.073	42.589	69.040	79.889	81.517	-6,4	-1,9
Sachsen	132.564	157.889	161.910	64.207	76.129	78.303	+0,1	-0,4
Sachsen-Anhalt	65.330	78.537	79.421	64.874	79.050	80.291	-5,5	-0,9
Schleswig-Holstein	100.226	122.223	126.829	69.527	82.861	85.568	-0,9	+1,2
Thüringen	64.916	76.786	78.150	62.159	74.836	76.787	-1,1	-1,3
Deutschland	3.534.880	4.185.550	4.305.260	78.048	90.968	93.426	+0,3	-0,2

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2025; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.
2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

20. Erwerbstätigenrechnung der Länder¹⁾

Land	Erwerbstätige (am Arbeitsort) insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen insgesamt	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienst- leistungen		
	2019	2023	2024				2024/2019 ²⁾	2024/2023
	Anzahl in 1.000			%				
Baden-Württemberg	6.342,9	6.421,4	6.431,2	1,0	29,7	69,3	+1,4	+0,2
Bayern	7.732,3	7.862,8	7.892,0	1,4	26,3	72,3	+2,1	+0,4
Berlin	2.071,7	2.190,7	2.194,8	k	10,7	89,3	+5,9	+0,2
Brandenburg	1.129,8	1.145,9	1.146,1	2,2	21,8	76,0	+1,4	0
Bremen	438,9	444,3	444,6	0,1	17,7	82,2	+1,3	+0,1
Hamburg	1.297,8	1.350,5	1.359,5	0,1	13,1	86,8	+4,8	+0,7
Hessen	3.529,9	3.607,0	3.624,2	0,8	19,5	79,7	+2,7	+0,5
Mecklenburg-Vorpommern	761,5	762,4	754,7	2,7	18,9	78,4	-0,9	-1,0
Niedersachsen	4.183,0	4.240,4	4.246,6	2,5	24,1	73,4	+1,5	+0,1
Nordrhein-Westfalen	9.659,2	9.826,1	9.843,3	0,8	21,5	77,7	+1,9	+0,2
Rheinland-Pfalz	2.050,4	2.064,3	2.064,6	1,7	24,8	73,5	+0,7	0
Saarland	536,0	526,6	522,6	0,4	24,6	75,0	-2,5	-0,8
Sachsen	2.064,6	2.074,0	2.067,5	1,2	25,3	73,5	+0,1	-0,3
Sachsen-Anhalt	1.007,0	993,5	990,4	2,0	24,6	73,4	-1,7	-0,3
Schleswig-Holstein	1.441,5	1.475,0	1.481,2	2,4	19,4	78,1	+2,8	+0,4
Thüringen	1.044,3	1.026,1	1.017,7	1,6	28,8	69,5	-2,6	-0,8
Deutschland	45.291,0	46.011,0	46.081,0	1,2	23,2	75,5	+1,7	+0,2

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Mai 2025; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.
2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ (ETR).

21. Bruttowertschöpfung (BWS) der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2019	2023	2024	2019	2024			2024/2019 ²⁾	2024/2023
	in Mio. Euro			%			Euro	%	
Baden-Württemberg	2.650	2.862	2.902	0,6	0,5	8,2	44.498	+3,5	-0,5
Bayern	5.255	6.237	6.252	0,9	0,9	17,6	55.752	+13,1	-0,9
Berlin	9	5	5	k	k	k	9.957	-48,8	-0,5
Brandenburg	1.212	1.420	1.385	1,8	1,6	3,9	54.404	+12,4	-2,3
Bremen	28	20	21	0,1	0,1	0,1	62.209	-42,9	+1,9
Hamburg	90	79	80	0,1	0,1	0,2	43.625	-12,4	-0,4
Hessen	1.058	1.008	967	0,4	0,3	2,7	34.589	-12,2	-4,6
Mecklenburg-Vorpommern	1.399	1.759	1.833	3,2	3,3	5,2	87.380	+27,6	+4,3
Niedersachsen	6.220	7.850	8.190	2,2	2,4	23,0	78.537	+29,5	+2,6
Nordrhein-Westfalen	4.160	5.015	4.998	0,6	0,6	14,0	65.310	+18,0	-0,7
Rheinland-Pfalz	2.306	2.201	2.221	1,7	1,3	6,2	64.654	-6,6	-0,8
Saarland	57	73	71	0,2	0,2	0,2	34.668	+15,9	-4,1
Sachsen	1.282	1.659	1.649	1,1	1,1	4,6	66.598	+26,2	-1,6
Sachsen-Anhalt	1.302	1.810	1.781	2,2	2,5	5,0	92.064	+38,5	-0,6
Schleswig-Holstein	1.484	1.719	1.814	1,7	1,6	5,1	51.125	+17,8	+1,8
Thüringen	957	1.526	1.406	1,7	2,0	4,0	83.534	+44,6	-5,8
Deutschland	29.470	35.242	35.574	0,9	0,9	100	62.630	+17,4	-0,1

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2025; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

22. Bruttowertschöpfung (BWS) im Produzierenden Gewerbe¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2019	2023	2024	2019	2024			2024/2019 ²⁾	2024/2023
	in Mio. Euro			%			Euro	%	
Baden-Württemberg	180.165	225.792	224.163	37,6	38,1	20,2	117.115	+2,0	-2,6
Bayern	188.190	232.699	224.994	32,3	31,4	20,2	108.165	-5,0	-4,7
Berlin	18.567	24.299	24.977	13,0	13,3	2,2	106.684	-5,0	+1,7
Brandenburg	17.478	26.837	24.544	25,3	27,8	2,2	98.620	-19,0	-3,9
Bremen	7.389	10.173	9.791	24,7	26,1	0,9	123.959	+4,3	-5,2
Hamburg	19.330	23.962	25.059	16,6	17,1	2,3	140.799	-16,2	+3,2
Hessen	61.794	74.897	72.851	22,8	21,8	6,5	103.200	-9,7	-3,6
Mecklenburg-Vorpommern	9.298	13.785	13.616	21,6	24,5	1,2	95.643	-10,4	+2,9
Niedersachsen	88.952	110.078	108.879	31,7	31,5	9,8	106.287	-10,5	-0,9
Nordrhein-Westfalen	168.426	210.296	201.486	25,8	25,5	18,1	95.451	-16,4	-3,5
Rheinland-Pfalz	42.648	53.246	50.730	31,7	30,4	4,6	98.902	-8,8	-5,1
Saarland	10.070	12.662	11.858	30,4	30,7	1,1	92.797	-14,9	-6,6
Sachsen	34.852	44.928	43.452	29,4	29,6	3,9	82.825	-10,1	-2,9
Sachsen-Anhalt	18.322	24.589	23.208	31,4	32,3	2,1	94.859	-21,0	-2,9
Schleswig-Holstein	21.828	30.020	29.448	24,4	25,6	2,6	101.897	-11,1	+0,6
Thüringen	18.720	24.013	23.357	32,3	33,0	2,1	79.886	-6,9	-3,2
Deutschland	906.027	1.142.275	1.112.412	28,7	28,5	100	103.876	-8,2	-3,0

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2025; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

23. Bruttowertschöpfung (BWS) der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche¹⁾

Land	Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbs- tätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2019	2023	2024	2019	2024			2024/2019 ²⁾	2024/2023
	in Mio. Euro			%			Euro	%	
Baden-Württemberg	296.308	347.859	361.869	61,8	61,4	13,2	81.236	+3,3	+1,0
Bayern	388.555	467.301	485.740	66,8	67,7	17,7	85.192	+6,4	+0,8
Berlin	124.057	156.375	162.559	87,0	86,7	5,9	82.830	+12,9	+0,6
Brandenburg	50.290	59.774	62.417	72,9	70,7	2,3	71.681	+4,8	+0,7
Bremen	22.464	26.630	27.647	75,2	73,8	1,0	75.799	+2,4	+0,5
Hamburg	96.689	116.302	121.461	83,3	82,9	4,4	102.728	+0,8	+1,4
Hessen	207.742	247.700	259.764	76,8	77,9	9,4	89.876	+6,9	+1,9
Mecklenburg-Vorpommern	32.409	38.469	40.024	75,2	72,2	1,5	67.417	+3,9	+0,6
Niedersachsen	185.874	219.054	228.259	66,1	66,1	8,3	73.267	+3,4	+0,9
Nordrhein-Westfalen	481.177	561.572	583.200	73,6	73,9	21,2	76.207	+3,0	+0,7
Rheinland-Pfalz	89.550	109.399	113.744	66,6	68,2	4,1	75.143	+7,6	+0,8
Saarland	22.948	25.672	26.645	69,4	69,1	1,0	67.865	-1,0	+0,4
Sachsen	82.344	97.545	101.548	69,5	69,2	3,7	66.880	+5,4	+0,7
Sachsen-Anhalt	38.764	45.295	46.946	66,4	65,3	1,7	64.739	+2,5	+0,2
Schleswig-Holstein	66.264	79.834	83.612	74,0	72,8	3,0	72.222	+3,2	+1,3
Thüringen	38.341	44.556	46.020	66,1	65,0	1,7	64.951	+2,0	-0,2
Deutschland	2.223.776	2.643.337	2.751.456	70,4	70,6	100	79.053	+4,8	+0,9

1) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2025; die Daten sind nicht mit Ergebnissen früherer Veröffentlichungen vergleichbar.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

24. Unternehmensinsolvenzen

Land	Unternehmensinsolvenzen (beantragt)			Unternehmensinsolvenzen je 10.000 Unternehmen ¹⁾			Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen	
	2019	2023	2024	2019	2023	2024 ²⁾	2024/2019	2024/2023
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	1.819	1.875	2.445	40,2	43,8	57,2	+34,4	+30,4
Bayern	2.623	2.527	2.995	42,4	42,9	50,8	+14,2	+18,5
Berlin	1.382	1.647	2.092	82,5	100,0	127,1	+51,4	+27,0
Brandenburg	382	346	431	41,4	39,6	49,4	+12,8	+24,6
Bremen	186	228	197	82,6	105,4	91,1	+5,9	-13,6
Hamburg	746	679	849	79,7	77,0	96,2	+13,8	+25,0
Hessen	1.371	1.350	1.655	55,0	57,4	70,3	+20,7	+22,6
Mecklenburg-Vorpommern	263	254	273	47,3	48,5	52,1	+3,8	+7,5
Niedersachsen	1.490	1.366	1.824	52,6	49,7	66,4	+22,4	+33,5
Nordrhein-Westfalen	5.351	4.572	5.640	80,2	72,2	89,1	+5,4	+23,4
Rheinland-Pfalz	701	747	861	45,2	50,9	58,7	+22,8	+15,3
Saarland	285	216	234	83,0	66,8	72,4	-17,9	+8,3
Sachsen	685	747	867	47,0	55,7	64,6	+26,6	+16,1
Sachsen-Anhalt	457	323	352	72,0	55,3	60,3	-23,0	+9,0
Schleswig-Holstein	787	685	833	67,5	60,3	73,4	+5,8	+21,6
Thüringen	221	252	264	30,8	38,8	40,6	+19,5	+4,8
Deutschland	18.749	17.814	21.812	57,0	57,0	69,8	+16,3	+22,4

1) Steuerpflichtige Unternehmen: ab 2020 mit jährlichen Umsätzen über 22.000 Euro; bis 2019 Umsätze über 17.500 Euro; daher eingeschränkt vergleichbar.

2) Bezogen auf die Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen im Jahr 2023.

25. Kleine und mittlere Unternehmen: Rechtliche Einheiten¹⁾ nach der KMU-Definition²⁾ der Europäischen Kommission

Land	Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)			Anteil KMU an allen Unternehmen			Anteil der Kleinstunternehmen an KMU		Veränderung des Anteils KMU an den AB aller Unternehmen		Veränderung des Anteils KMU am Umsatz aller Unternehmen	
	Rechtliche Einheiten	abhängig Beschäftigte (AB) ³⁾	Umsatz ⁴⁾	Rechtliche Einheiten	AB	Umsatz	Rechtliche Einheiten	Umsatz				
	2023								2023/2018 ⁵⁾	2023/2022	2023/2018	2023/2022
	Anzahl	in Mio. Euro	%					Prozentpunkte				
Baden-Württemberg	461.659	2.600.957	400.258	99,2	49,8	25,0	85,5	21,7	x	-0,7	-5,4	+0,3
Bayern	625.118	3.191.689	512.351	99,3	51,8	27,0	86,3	23,3	x	+0,1	-4,7	-0,7
Berlin	185.225	925.718	122.812	99,4	52,9	36,2	87,3	24,5	x	-0,4	-3,4	-0,7
Brandenburg	96.120	489.419	65.628	99,5	67,4	46,1	87,3	25,2	x	-0,4	-8,1	-3,4
Bremen	25.705	179.430	25.982	98,8	52,2	29,8	82,1	16,8	x	-0,7	-6,5	+1,5
Hamburg	100.513	542.446	97.468	98,9	46,9	15,5	84,5	19,4	x	-0,5	-1,6	+2,0
Hessen	270.608	1.446.281	217.807	99,1	47,6	23,3	85,9	22,4	x	-0,7	-6,8	-0,0
Mecklenburg-Vorpommern	58.432	329.506	40.593	99,5	68,6	54,5	86,2	25,4	x	-0,6	-11,2	+0,1
Niedersachsen	289.147	1.801.202	249.958	99,2	57,5	31,1	83,5	21,3	x	-0,7	-3,9	-0,2
Nordrhein-Westfalen	717.160	4.120.956	610.672	99,1	49,6	25,4	85,0	21,2	x	-0,5	-5,6	+1,7
Rheinland-Pfalz	158.237	861.067	118.946	99,4	57,7	37,1	85,8	24,3	x	-0,5	-3,6	+1,8
Saarland	37.072	206.117	26.040	99,2	55,5	35,4	85,8	23,3	x	-0,4	-4,9	+0,0
Sachsen	153.966	863.595	109.129	99,4	64,1	42,4	86,7	23,8	x	-0,9	-11,1	+5,5
Sachsen-Anhalt	68.198	422.356	52.369	99,3	65,2	42,5	85,0	21,8	x	-0,5	-6,6	+0,9
Schleswig-Holstein	121.481	657.337	96.956	99,3	62,4	41,4	85,4	23,8	x	-0,7	-2,1	+0,7
Thüringen	74.393	438.085	55.934	99,4	66,5	54,5	86,3	22,9	x	-1,2	-9,0	-1,8
Deutschland	3.443.034	19.076.162	2.802.904	99,2	53,1	28,0	85,6	22,4	x	-0,5	-5,3	+0,7

1) Rechtliche Einheiten mit Umsatzsteuervoranmeldungen und/oder Beschäftigten im Berichtsjahr sowie Sitz im jeweiligen Land. Eine Rechtliche Einheit ist eine juristische Person, eine Personenvereinigung oder eine natürliche Person, die wirtschaftlich tätig ist (auch freiberufliche Tätigkeit und das Halten von Beteiligungen an anderen Rechtlichen Einheiten). Betrachtet werden also beispielsweise eine Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Offene Handelsgesellschaft oder Einzelunternehmer.

2) In Anlehnung an die EU-Unternehmensdefinition umfasst der Begriff „Kleine und mittlere Unternehmen“ in der KMU-Statistik 3 Größenklassen: „Kleinstunternehmen“ (unter 10 Beschäftigte und bis 2 Mio. Euro Umsatz), „kleine Unternehmen“ (unter 50 Beschäftigte und bis 10 Mio. Euro Umsatz, die kein Kleinstunternehmen sind) und „mittlere Unternehmen“ (unter 250 Beschäftigte und bis 50 Mio Euro Umsatz, die kein kleines Unternehmen oder Kleinstunternehmen sind). Verwendet werden Jahresdurchschnittswerte (bis einschließlich 2018 Werte zum Stichtag 31.12.).

3) Die abhängig Beschäftigten umfassen die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten. Kurzfristig Beschäftigte werden nicht nachgewiesen.

4) Hauptquelle sind Angaben aus Umsatzsteuervoranmeldungen (steuerbare Umsätze aus Lieferungen und Leistungen). Ergänzend werden die Umsätze für Mitglieder umsatzsteuerlicher Organkreise aus Erhebungen, Jahresabschlüssen und anderen Quellen übernommen oder geschätzt. (Näherungswerte gemäß EU-Empfehlungshandbuch für Statistische Unternehmensregister).

5) Für das Berichtsjahr 2018 werden keine abhängig Beschäftigten dargestellt.

Quelle: Statistisches Unternehmensregister; eigene Auswertungen für die Wirtschaftsabschnitte B–N und P–S der Wirtschaftszweig-Klassifikation 2008

26. Gesamt- und Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹⁾²⁾

Land	Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			Gesamtumsatz je tätiger Person	Anteil Auslands-umsatz am Gesamtumsatz	Veränderung des Auslandsumsatzes		Veränderung des Gesamtumsatzes	
	2019	2023	2024			2024/2019	2024/2023	2024/2019	2024/2023
	in Mio. Euro			Euro	%				
Baden-Württemberg	369.855	447.822	437.569	336.813	58,8	+26,0	-1,5	+18,3	-2,3
Bayern	381.868	502.583	474.932	360.111	57,8	+32,3	-6,0	+24,4	-5,5
Berlin	26.875	37.025	36.323	424.473	49,1	+19,2	+0,8	+35,2	-1,9
Brandenburg	27.271	41.212	39.546	374.807	45,6	+115,1	+0,2	+45,0	-4,0
Bremen	35.032	37.900	36.028	733.815	67,6	+10,0	-0,4	+2,8	-4,9
Hamburg	78.296	126.448	127.723	1.319.121	29,0	+48,9	+13,3	+63,1	+1,0
Hessen	123.633	135.443	129.390	339.608	53,8	+3,0	-4,3	+4,7	-4,5
Mecklenburg-Vorpommern	15.185	20.989	23.947	391.141	51,8	+132,8	+31,6	+57,7	+14,1
Niedersachsen	220.287	247.793	246.624	437.200	47,7	+13,4	+1,9	+12,0	-0,5
Nordrhein-Westfalen	351.895	401.989	384.913	317.973	45,4	+11,3	-3,5	+9,4	-4,2
Rheinland-Pfalz	98.286	111.921	103.043	348.033	53,1	+2,4	-7,8	+4,8	-7,9
Saarland	27.276	30.081	27.739	363.638	48,6	-0,2	-11,2	+1,7	-7,8
Sachsen	67.562	85.850	82.385	294.378	40,1	+33,4	+0,2	+21,9	-4,0
Sachsen-Anhalt	42.898	52.966	50.190	399.443	33,1	+28,6	-0,5	+17,0	-5,2
Schleswig-Holstein	37.419	46.371	46.934	342.785	39,6	+33,2	+3,0	+25,4	+1,2
Thüringen	36.162	42.162	40.163	241.609	35,5	+12,1	-2,1	+11,1	-4,7
Deutschland	1.939.801	2.368.556	2.287.449	365.825	50,5	+21,9	-2,3	+17,9	-3,4

1) Berichtskreis: Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen.

2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quelle: Jahresbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden

27. Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen)

Land	Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe			Anteil am Bundesgebiet		Baugew. Umsatz je tätiger Person im Baugewerbe	Veränderung baugewerblicher Umsatz	
	2019	2023	2024	2019	2024		2024/2019	2024/2023
	in Mio. Euro			%		Euro	%	
Baden-Württemberg	13.945	16.279	15.960	15,1	14,1	225.643	+14,5	-2,0
Bayern	18.362	21.601	22.079	19,9	19,5	205.591	+20,2	+2,2
Berlin	3.474	4.183	4.196	3,8	3,7	271.522	+20,8	+0,3
Brandenburg	3.241	3.983	4.159	3,5	3,7	226.582	+28,3	+4,4
Bremen	640	753	785	0,7	0,7	265.086	+22,7	+4,3
Hamburg	1.932	2.767	2.942	2,1	2,6	365.099	+52,2	+6,3
Hessen	5.286	6.084	6.102	5,7	5,4	185.310	+15,4	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	1.789	2.196	2.225	1,9	2,0	208.352	+24,4	+1,3
Niedersachsen	10.446	14.115	14.544	11,3	12,8	227.425	+39,2	+3,0
Nordrhein-Westfalen	14.169	18.780	18.812	15,4	16,6	210.420	+32,8	+0,2
Rheinland-Pfalz	4.068	4.964	5.041	4,4	4,4	202.713	+23,9	+1,6
Saarland	951	986	939	1,0	0,8	179.220	-1,3	-4,7
Sachsen	5.991	6.934	6.724	6,5	5,9	208.560	+12,2	-3,0
Sachsen-Anhalt	2.760	2.986	3.066	3,0	2,7	179.975	+11,1	+2,7
Schleswig-Holstein	2.817	3.574	3.464	3,1	3,1	197.235	+23,0	-3,1
Thüringen	2.327	2.480	2.447	2,5	2,2	173.331	+5,1	-1,3
Deutschland	92.198	112.665	113.483	100	100	213.729	+23,1	+0,7

28. Gästeübernachtungen (einschließlich Campingplätzen)¹⁾

Land	Gästeübernachtungen insgesamt			Darunter von Gästen aus dem Ausland	Übernachtungen insgesamt je Einwohner/-in	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ²⁾		Veränderung der Zahl der Gästeübernachtungen insgesamt	
	2019	2023	2024			2019	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl in 1.000			%	Anzahl	Tage		%	
Baden-Württemberg	57.187	57.517	58.863	20,6	5,2	2,5	2,5	+2,9	+2,3
Bayern	100.911	100.257	102.749	20,2	7,8	2,5	2,5	+1,8	+2,5
Berlin	34.124	29.589	30.607	41,8	8,3	2,4	2,4	-10,3	+3,4
Brandenburg	13.975	14.245	14.413	8,0	5,6	2,7	2,7	+3,1	+1,2
Bremen	2.816	2.807	2.918	18,5	4,2	1,9	1,9	+3,6	+4,0
Hamburg	15.427	15.943	16.120	23,4	8,7	2,0	2,1	+4,5	+1,1
Hessen	35.614	33.677	34.759	21,4	5,5	2,2	2,2	-2,4	+3,2
Mecklenburg-Vorpommern	34.117	32.156	32.896	3,0	20,9	4,1	4,1	-3,6	+2,3
Niedersachsen	46.228	45.680	46.128	8,2	5,8	3,0	3,0	-0,2	+1,0
Nordrhein-Westfalen	53.260	53.599	54.535	20,8	3,0	2,2	2,2	+2,4	+1,7
Rheinland-Pfalz	23.019	22.253	22.348	21,4	5,4	2,5	2,6	-2,9	+0,4
Saarland	3.217	3.250	3.203	16,1	3,2	2,9	2,9	-0,4	-1,4
Sachsen	20.751	19.856	19.982	10,9	4,9	2,4	2,5	-3,7	+0,6
Sachsen-Anhalt	8.645	8.357	8.353	6,8	3,9	2,4	2,5	-3,4	-0,0
Schleswig-Holstein	35.975	38.034	38.090	5,3	12,9	4,0	4,0	+5,9	+0,1
Thüringen	10.350	9.891	10.068	5,4	4,8	2,6	2,6	-2,7	+1,8
Deutschland	495.616	487.110	496.032	17,2	5,9	2,6	2,6	+0,1	+1,8

1) Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben mit 10 und mehr Schlafgelegenheiten bzw. auf Campingplätzen mit 10 und mehr Stellplätzen.

2) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

29. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohnerin und Einwohner¹⁾

Land	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in			Deutschland = 100 ²⁾			Veränderung je Einwohner/-in	
	2018	2022	2023	2018	2022	2023	2023/2018 ²⁾	2023/2022
	Euro			Messzahl			%	
Baden-Württemberg	25.809	28.520	30.242	108,4	106,2	106,3	+17,2	+6,0
Bayern	26.476	29.664	31.525	111,2	110,5	110,8	+19,1	+6,3
Berlin	21.469	24.548	26.209	90,2	91,4	92,1	+22,1	+6,8
Brandenburg	21.557	25.045	26.440	90,5	93,3	92,9	+22,7	+5,6
Bremen	21.971	24.759	26.048	92,3	92,2	91,6	+18,6	+5,2
Hamburg	25.784	27.980	29.620	108,3	104,2	104,1	+14,9	+5,9
Hessen	24.546	27.021	28.826	103,1	100,6	101,3	+17,4	+6,7
Mecklenburg-Vorpommern	20.468	24.188	25.321	86,0	90,1	89,0	+23,7	+4,7
Niedersachsen	23.088	26.043	27.536	97,0	97,0	96,8	+19,3	+5,7
Nordrhein-Westfalen	23.146	26.249	27.754	97,2	97,8	97,5	+19,9	+5,7
Rheinland-Pfalz	23.537	26.410	28.005	98,9	98,4	98,4	+19,0	+6,0
Saarland	22.032	24.619	26.168	92,5	91,7	92,0	+18,8	+6,3
Sachsen	21.061	24.307	25.746	88,5	90,5	90,5	+22,2	+5,9
Sachsen-Anhalt	20.379	23.820	25.094	85,6	88,7	88,2	+23,1	+5,3
Schleswig-Holstein	24.282	27.924	29.395	102,0	104,0	103,3	+21,1	+5,3
Thüringen	20.782	24.314	25.736	87,3	90,6	90,5	+23,8	+5,8
Deutschland	23.808	26.848	28.452	100	100	100	+19,5	+6,0

1) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck; Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

2) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

30. Bruttostundenverdienste und Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen (Gender Pay Gap)

Land	Bruttostundenverdienste ¹⁾ (ohne Sonderzahlungen)					Veränderung der Bruttostundenverdienste insgesamt		Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen gemessen am Bruttostundenverdienst (unbereinigter Gender Pay Gap) ³⁾		
	insgesamt			Männer ²⁾	Frauen ²⁾					
	2019	2023	2024			2024/2019	2024/2023	2019 ⁴⁾	2023	2024
	Euro					%				
Baden-Württemberg	x	24,17	25,70	28,20	22,80	x	+6,3	23	22	19
Bayern	x	24,23	25,58	27,88	22,94	x	+5,6	23	21	18
Berlin	x	24,49	25,78	27,12	24,33	x	+5,3	10	11	10
Brandenburg	x	20,36	21,63	21,79	21,46	x	+6,2	7	4	2
Bremen	x	23,94	24,50	26,56	21,96	x	+2,3	25	19	17
Hamburg	x	25,65	26,88	29,29	24,14	x	+4,8	21	18	18
Hessen	x	25,24	26,63	29,22	23,68	x	+5,5	19	20	19
Mecklenburg-Vorpommern	x	19,18	20,33	21,04	19,67	x	+6,0	6	7	7
Niedersachsen	x	22,04	23,38	25,22	21,34	x	+6,1	21	18	15
Nordrhein-Westfalen	x	23,08	24,05	25,93	21,89	x	+4,2	19	17	16
Rheinland-Pfalz	x	22,28	23,46	25,17	21,68	x	+5,3	17	15	14
Saarland	x	21,55	23,49	25,34	21,35	x	+9,0	22	18	16
Sachsen	x	20,33	21,26	21,96	20,46	x	+4,6	7	9	7
Sachsen-Anhalt	x	19,83	20,49	20,93	20,04	x	+3,3	7	5	4
Schleswig-Holstein	x	21,19	22,15	23,45	20,78	x	+4,5	13	12	11
Thüringen	x	19,92	20,90	21,52	20,23	x	+4,9	6	7	6
Deutschland	x	23,20	24,41	26,34	22,24	x	+5,2	19	18	16

1) Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) gemäß der einheitlichen Definition des Gender Pay Gap nach Eurostat. In die Berechnung einbezogen sind abhängige Beschäftigungsverhältnisse der Wirtschaftsabschnitte B–S (Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich), ausgenommen Abschnitt O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung); ausgenommen sind auch Kleinstbetriebe (weniger als 10 Beschäftigte); Ergebnisse aus der Verdiensterhebung sind ab Berichtsjahr 2022 verfügbar.

2) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „keine Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

3) Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern in Prozent des durchschnittlichen Bruttostundenverdiensts männlicher Beschäftigter.

4) Eingeschränkt vergleichbar, da berechnet mit Daten aus der Vierteljährlichen Verdiensterhebung (bis 2021), die ein anderes Erhebungskonzept aufwies.

Quellen: Verdiensterhebung; für Verdienstunterschiede: Statistisches Bundesamt (Destatis) unter Verdienste – Verdienstunterschiede, Tabelle Unbereinigter Gender Pay Gap nach Bundesländern ab 2014

31. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹⁾²⁾

Land	Investitionen in Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt			je tätiger Person		
	2018	2022	2023		2023/2018	2023/2022
	in Mio. Euro			Euro	%	
Baden-Württemberg	14.685	12.890	13.931		-5,1	+8,1
Bayern	14.967	14.098	15.700		+4,9	+11,4
Berlin	997	892	1.061		+6,5	+19,0
Brandenburg	1.224	2.208	1.923		+57,1	-12,9
Bremen	732	851	556		-24,1	-34,7
Hamburg	1.186	1.422	1.370		+15,5	-3,6
Hessen	3.738	3.868	4.412		+18,0	+14,0
Mecklenburg-Vorpommern	619	539	648		+4,7	+20,2
Niedersachsen	5.572	6.230	6.496		+16,6	+4,3
Nordrhein-Westfalen	11.584	11.524	12.844		+10,9	+11,5
Rheinland-Pfalz	3.575	3.386	3.809		+6,6	+12,5
Saarland	1.283	878	816		-36,4	-7,1
Sachsen	2.788	4.174	3.916		+40,4	-6,2
Sachsen-Anhalt	1.501	1.474	1.747		+16,4	+18,5
Schleswig-Holstein	1.254	1.206	1.319		+5,2	+9,4
Thüringen	1.726	1.955	2.146		+24,3	+9,8
Deutschland	67.432	67.594	72.694		+7,8	+7,5

1) Berichtskreis: Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen.

2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quelle: Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

32. Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen (GGR)¹⁾ – Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige, Gesundheitsausgaben

Land	Bruttowertschöpfung (BWS) der Gesundheitswirtschaft ²⁾						Erwerbstätige im Gesundheits- wesen		Gesundheitsausgaben	
	in jeweiligen Preisen			Anteil an der BWS insgesamt	Veränderung (real)		Personen	Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt	je Ein- wohner/-in ³⁾	Anteil am BIP ⁴⁾ in jeweiligen Preisen
	2019	2023	2024		2024/2019 ⁵⁾	2024/2023	2024		2023	
	in Mrd. Euro			%			Anzahl in 1.000	Prozent	Euro	%
Baden-Württemberg	46,5	54,1	57,9	9,8	+8,6	+2,0	843,4	13,1	5.597	10,0
Bayern	50,8	64,2	67,8	9,5	+15,1	+0,8	993,7	12,6	5.858	10,1
Berlin	17,0	19,9	21,1	11,3	+8,3	+1,3	280,7	12,8	6.151	11,7
Brandenburg	7,8	9,6	10,2	11,6	+13,7	+1,6	160,0	14,0	6.402	17,1
Bremen	3,0	3,6	3,9	10,4	+10,7	+2,7	59,2	13,3	5.368	9,2
Hamburg	11,4	14,1	15,1	10,3	+13,2	+2,7	186,7	13,7	6.051	7,5
Hessen	31,4	35,6	37,5	11,2	+5,8	+0,9	481,1	13,3	6.050	10,9
Mecklenburg-Vorpommern	5,3	6,8	7,2	13,0	+17,9	+1,6	121,2	16,0	6.151	16,9
Niedersachsen	27,1	32,3	34,8	10,1	+10,7	+2,6	583,8	13,8	5.764	12,7
Nordrhein-Westfalen	69,9	83,2	89,2	11,3	+10,1	+2,2	1.358,2	13,8	6.068	13,0
Rheinland-Pfalz	16,1	21,7	21,9	13,1	+39,3	-3,6	300,6	14,6	5.841	13,5
Saarland	4,5	4,8	5,1	13,1	-2,3	+1,3	83,3	15,9	6.086	14,4
Sachsen	13,8	17,1	18,1	12,3	+13,6	+0,3	295,6	14,3	5.763	14,9
Sachsen-Anhalt	7,5	9,2	9,8	13,6	+13,5	+1,2	151,4	15,3	6.211	17,3
Schleswig-Holstein	11,8	14,3	15,5	13,5	+14,1	+3,4	224,9	15,2	6.030	14,6
Thüringen	7,2	8,8	9,2	13,0	+11,3	-0,6	144,9	14,2	6.005	16,6
Deutschland	330,9	399,2	424,3	10,9	+11,2	+1,4	6.268,8	13,6	5.925	12,0

1) Dargestellt werden Ergebnisse aus 2 der 3 Komponenten der GGR: Wertschöpfung-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE) sowie Gesundheitsausgabenrechnung (GAR).

2) Die Gesundheitswirtschaft wird aus 37 Wirtschaftszweigen (Unterklassen, 5-Steller der WZ-Systematik 2008) gebildet, davon gehören 15 WZ zum Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ und 22 WZ zum „Verarbeitenden Gewerbe“, Handel sowie weiterer Wirtschaftszweige (9 Wirtschaftszweige werden nur teilweise berücksichtigt).

3) Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011.

4) Bruttoinlandsprodukt.

5) Eigene Berechnungen, beruhend auf den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL): Summe der jährlichen preisbereinigten Veränderungsraten.

Quellen: Arbeitsgruppe GGRdL: Wertschöpfung-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE, Berechnungsstand: Juni 2025) sowie Gesundheitsausgabenrechnung (GAR, Berechnungsstand: April 2025)

33. Ausfuhr

Land	Ausfuhr (Spezialhandel)			Anteil an der deut- schen Ausfuhr ¹⁾	Veränderung der Ausfuhren	
	2019	2023	2024 ²⁾		2024/2019	2024/2023
	in Mio. Euro				%	
Baden-Württemberg	204.895	250.348	240.262	20,2	+17,3	-4,0
Bayern	189.631	226.314	224.634	18,9	+18,5	-0,7
Berlin	15.173	16.701	17.245	1,4	+13,7	+3,3
Brandenburg	13.302	23.641	23.867	2,0	+79,4	+1,0
Bremen	20.261	22.044	24.455	2,1	+20,7	+10,9
Hamburg	53.376	56.166	55.800	4,7	+4,5	-0,7
Hessen	64.895	81.259	79.277	6,7	+22,2	-2,4
Mecklenburg-Vorpommern	7.320	9.801	9.251	0,8	+26,4	-5,6
Niedersachsen	85.293	99.372	101.165	8,5	+18,6	+1,8
Nordrhein-Westfalen	193.687	227.867	221.387	18,6	+14,3	-2,8
Rheinland-Pfalz	53.345	59.681	56.279	4,7	+5,5	-5,7
Saarland	15.380	18.716	17.027	1,4	+10,7	-9,0
Sachsen	40.252	49.948	51.136	4,3	+27,0	+2,4
Sachsen-Anhalt	16.568	21.608	21.631	1,8	+30,6	+0,1
Schleswig-Holstein	20.926	28.685	27.964	2,4	+33,6	-2,5
Thüringen	15.494	18.403	18.439	1,5	+19,0	+0,2
Deutschland ³⁾	1.328.152	1.575.209	1.548.622	100	+16,6	-1,7

1) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordenbaren Werte.

2) Vorläufige Werte, Stand: 18.6.2025.

3) Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordenbarer Exporte.

34. Einfuhr

Land	Einfuhr (Generalhandel)			Anteil an der deut- schen Einfuhr ¹⁾	Veränderung der Einfuhren	
	2019	2023	2024 ²⁾		2024/2019	2024/2023
	in Mio. Euro				%	
Baden-Württemberg	184.068	227.880	216.636	16,9	+17,7	-4,9
Bayern	192.841	238.217	226.868	17,7	+17,6	-4,8
Berlin	15.225	20.714	19.376	1,5	+27,3	-6,5
Brandenburg	18.614	25.279	25.142	2,0	+35,1	-0,5
Bremen	15.852	17.957	18.141	1,4	+14,4	+1,0
Hamburg	67.499	75.477	74.039	5,8	+9,7	-1,9
Hessen	102.956	122.550	118.906	9,3	+15,5	-3,0
Mecklenburg-Vorpommern	6.631	9.050	8.973	0,7	+35,3	-0,8
Niedersachsen	92.182	130.124	123.960	9,7	+34,5	-4,7
Nordrhein-Westfalen	244.771	285.808	277.947	21,7	+13,6	-2,8
Rheinland-Pfalz	39.269	45.954	43.515	3,4	+10,8	-5,3
Saarland	15.147	17.465	18.750	1,5	+23,8	+7,4
Sachsen	26.783	36.178	34.950	2,7	+30,5	-3,4
Sachsen-Anhalt	18.063	23.692	25.630	2,0	+41,9	+8,2
Schleswig-Holstein	23.081	34.276	31.041	2,4	+34,5	-9,4
Thüringen	11.540	18.927	17.624	1,4	+52,7	-6,9
Deutschland ³⁾	1.109.201	1.365.609	1.316.762	100	+18,7	-3,6

1) Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordenbaren Werte.

2) Vorläufige Werte, Stand: 18.6.2025.

3) Spezialhandel; einschließlich regional nicht zuordenbarer Importe.

Finanzen

Für den Ländervergleich werden die betrachteten Finanzgrößen der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (unter Aufsicht des jeweiligen Landes) zusammengefasst. Die Darstellung umfasst die öffentlichen Gesamthaushalte mit Kern- und Extrahaushalten.

Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), die gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Staatssektor gehören. Als FEU gelten Einheiten, an denen die öffentliche Hand zu mindestens 50 % über das Nennkapital oder das Stimmrecht beteiligt ist (öffentliche Kontrolle). FEU bilden jedoch keine Extrahaushalte, wenn sie sich zu mindestens 50 % durch eigene Gebühren, Beiträge u. ä. finanzieren, wie beispielsweise kommunale Versorgungsunternehmen. Diese sogenannten Marktproduzenten gehören gemäß ESVG nicht zum Staatssektor.

Kernhaushalte Unmittelbare Haushalte der Länder, Kommunen und Sozialversicherungen	Extrahaushalte Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU des Staatssektors)
Öffentlicher Gesamthaushalt	

In den Tabellen 35 bis 41 ist der öffentliche Gesamthaushalt zusammengefasst für die Länder und deren zugehörige Gemeinden/Gemeindeverbände dargestellt. Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin weisen keine kommunale Ebene auf, so dass hier die öffentlichen Gesamthaushalte der Länderebene ausgewiesen werden. Tabelle 42 bildet hingegen den Finanzausgleich zwischen den Ländern, respektive zwischen Bund und Ländern ab.

Im Folgenden werden für die Einnahmen und Ausgaben die sogenannten bereinigten Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben herangezogen. Diese enthalten keine besonderen Finanzierungsvorgänge wie beispielsweise Kreditaufnahmen und -tilgungen. Darüber hinaus werden die Zahlungen innerhalb der finanzstatistischen Aggregate (z. B. Zahlungen zwischen Land und Kommunen) herausgerechnet.

- Die Einnahmen des Landes und der Kommunen stiegen 2024 in Niedersachsen leicht um 0,8 % gegenüber dem Vorjahr auf 8.473 Euro pro Kopf (Deutschland: +3,5 % auf 9.145 Euro pro Kopf). Die Ausgaben in Niedersachsen stiegen wie auch im Bundesdurchschnitt um 8,3 % auf 8.906 Euro pro Kopf (Deutschland: 9.660 Euro pro Kopf).
- Die Personalausgaben stiegen in Niedersachsen im Jahr 2024 überdurchschnittlich stark um 9,6 % auf 3.562 Euro pro Kopf an (Bundesdurchschnitt: 3.660 Euro pro Kopf).
- Im Jahr 2024 betrug der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushaltes in Niedersachsen -3.472 Mio. Euro. 2023 bestand noch ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 1.405 Mio. Euro.
- Der Schuldenstand pro Kopf belief sich Ende 2024 in Niedersachsen auf 9.483 Euro und lag damit erneut über dem bundesweiten Durchschnitt von 9.314 Euro pro Kopf.

Wichtige Ergebnisse

Einnahmen der Länder insgesamt stiegen nur marginal

Nachdem die Einnahmen der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen im Jahr 2023 bundesweit nur geringfügig um 2,2 % gestiegen waren, verbesserte sich die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte im Jahr 2024 deutlicher. Die Einnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 %.

Niedersachsen verzeichnete dabei nur ein marginales Wachstum um 0,8 %. Die höchsten Einnahmesteigerungen meldeten Rheinland-Pfalz (+7,8 %), Sachsen (+7,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (+6,4 %). Einzig im Saarland (-4,2 %), in Schleswig-Holstein (-2,1 %) und in Sachsen-Anhalt (-0,4 %) gingen die Einnahmen der öffentlichen Hand zurück.

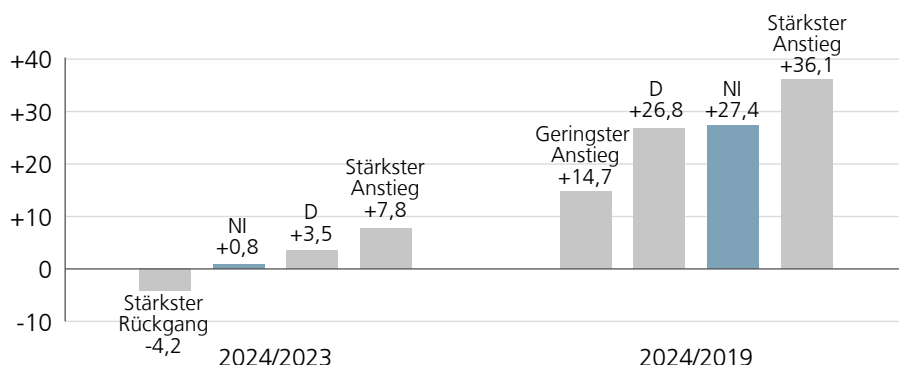
Im mittelfristigen Vergleich der Einnahmen 2024 gegenüber 2019 wiesen alle Länder positive Veränderungsraten von mehr als 14 % auf: Die höchsten Zuwächse verbuchten Mecklenburg-Vorpommern (+36,1 %), Hamburg (+32,3 %) und Rheinland-Pfalz (+30,8 %). An siebter Stelle rangiert Niedersachsen zusammen mit den Ländern Brandenburg und Schleswig-Holstein mit jeweils +27,4 % (Bundesdurchschnitt: +26,8 %).

Pro Kopf erzielten die öffentlichen Gesamthaushalte 2024 bundesweit durchschnittlich Einnahmen in Höhe von 9.145 Euro. Die höchsten Einnahmen pro Kopf fielen erneut in

Einnahmen der Gesamthaushalte T35

den Stadtstaaten Hamburg (14.732 Euro), Bremen (12.480 Euro) und Berlin (11.223 Euro) an. Die niedrigsten Einnahmen pro Einwohnerin und Einwohner verzeichnete Thüringen (8.269 Euro) gefolgt von Rheinland-Pfalz und dem Saarland mit jeweils 8.408 Euro sowie Niedersachsen mit 8.473 Euro.

■ Veränderung der Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2024 gegenüber 2023 und 2019 – Prozent

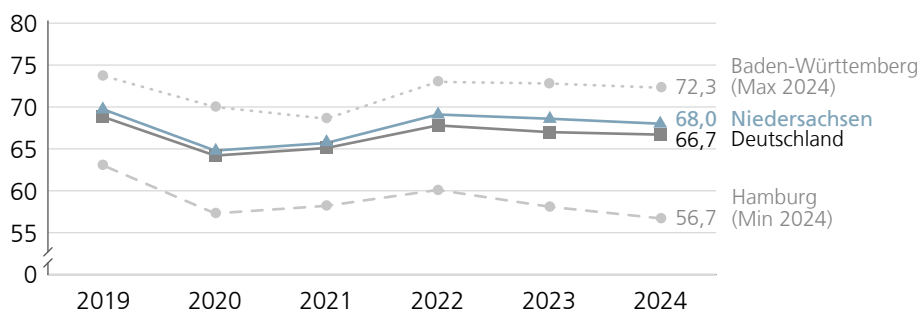


Steuereinnahmequote T35

In Tabelle 35 ist die Steuereinnahmequote als Quotient der kassenmäßigen Steuereinnahmen und der bereinigten Gesamteinnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes dargestellt. Demnach bezog 2024 der öffentliche Gesamthaushalt in Niedersachsen 68,0 % seiner Einnahmen aus Steuererträgen und lag damit 1,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 66,7 %.

■ Steuereinnahmequote 2019 bis 2024 – Prozent

– Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und bereinigten Gesamteinnahmen des öffentlichen Gesamthaushaltes



Steuereinnahmen T36

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen erhöhten sich bundesweit wieder stärker um 3,0 % auf 6.096 Euro pro Kopf. In 13 von 16 Ländern stiegen die Steuereinnahmen 2024 im Vergleich zum Jahr 2023 an. Rheinland-Pfalz wies mit 7,9 % den stärksten Anstieg auf, gefolgt von Sachsen mit 5,5 % und Mecklenburg-Vorpommern mit 4,6 %. Die 3 Länder mit Rückgängen der Steuereinnahmen waren das Saarland (-9,9 %), Hamburg (-1,8 %) und Niedersachsen (-0,1 %). Das Steueraufkommen in Niedersachsen reduzierte sich somit leicht im Vergleich zum Jahr 2023 um ca. 61 Mio. Euro auf 46,1 Mrd. Euro. Der leichte Rückgang der Steuereinnahmen um 0,1 % sowie die gestiegene Einwohnerzahl sorgten für leicht reduzierte Pro-Kopf-Einnahmen in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von 5.760 Euro (-20 Euro). Den höchsten Pro-Kopf-Betrag verzeichnete erneut Hamburg mit 8.347 Euro, den niedrigsten wiederum das Saarland mit 5.094 Euro. Im Vergleich zu 2019 ergibt sich für Niedersachsen ein mittelfristiger Anstieg der Steuereinnahmen um 24,2 % (Bund: +22,8 %).

Quotient Steuer- einnahmen/BIP T36

Der Quotient aus Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukt (BIP) vermittelt einen Überblick über das Volumen der Steuereinnahmen in Relation zur Wirtschaftsleistung. Die höchste Quote im Jahr 2024 entfiel auf Brandenburg mit 14,2 %, gefolgt von Mecklen-

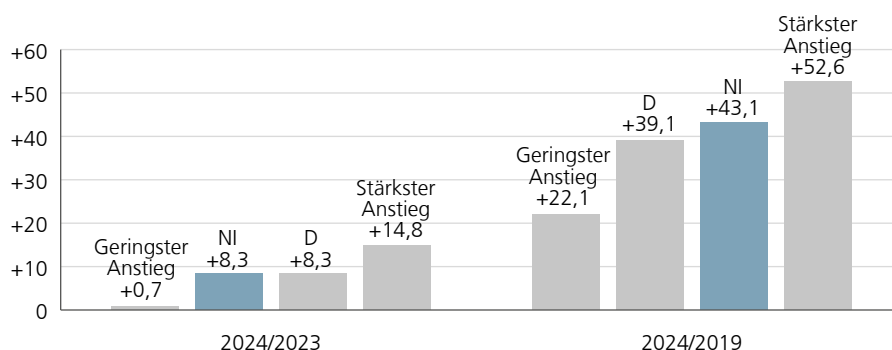
burg-Vorpommern (14,0 %) und Sachsen-Anhalt und Thüringen mit jeweils 13,9 %. Die eher wirtschaftsstarken Länder wie Hamburg (9,6 %), Bayern (10,5 %) und Baden-Württemberg (10,6 %) wiesen wie in den Vorjahren erneut die geringsten Quoten auf. Niedersachsen lag mit einem Wert von 12,1 % leicht über dem Bundesdurchschnitt von 11,8 %.

Länder mit deutlichen Ausgabensteigerungen – Niedersachsen im Bundesdurchschnitt

Die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte wuchsen 2024 gegenüber dem Vorjahr bundesweit deutlich um 8,3 %. Niedersachsen lag hier exakt im Bundesdurchschnitt. Insgesamt 5 Länder wiesen zweistellige Ausgabensteigerungen auf – angeführt von Hamburg mit +14,8 %, vor Berlin (+14,7 %), Bremen (+14,5 %), dem Saarland (+12,7 %) und Hessen (+12,4 %). Auch 2024 gelang es keinem Land, im Vergleich zum Vorjahr seine Ausgaben zu reduzieren.

Der mittelfristige Vergleich 2024 gegenüber 2019 zeigt bundesweit einen Anstieg der Ausgaben um mehr als ein Drittel (+39,1 %). Niedersachsen liegt mit +43,1 % über diesem Durchschnittswert.

Veränderung der Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2024 gegenüber 2023 und 2019 – Prozent



Die Ausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte beliefen sich 2024 im Bundesdurchschnitt auf 9.660 Euro pro Kopf. Die Stadtstaaten Hamburg (16.343 Euro), Bremen (14.374 Euro) und Berlin (12.693 Euro) wiesen erneut die höchsten Ausgaben pro Kopf auf. Niedersachsen hatte mit 8.906 Euro die fünftniedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben im Bundesgebiet.

Im Verhältnis der Ausgaben zur Wirtschaftsleistung (BIP) wiesen 2024 wie schon im Vorjahr Mecklenburg-Vorpommern (25,4 %), Brandenburg (25,1 %) und Sachsen-Anhalt (24,6 %) die höchsten Quoten auf. Die geringsten Quoten entfielen auf die wirtschaftsstarken Länder Baden-Württemberg (15,3 %), Bayern (15,4 %) und Hessen (18,2 %). Niedersachsen lag auch hier mit einem Wert von 18,7 % exakt im Bundesdurchschnitt.

Niedersachsen mit dritthöchster Personalausgabenquote

Die Personalausgaben der öffentlichen Gesamthaushalte stiegen 2024 bundesweit um 8,4 % gegenüber dem Vorjahr an. In Niedersachsen sind die Personalausgaben überdurchschnittlich stark um 9,6 % von 26.042 auf 28.534 Mio. Euro angewachsen. Die geringste Veränderungsquote wies Sachsen-Anhalt mit +6,2 % auf. Die höchsten Anstiege verzeichneten Brandenburg (+11,0 %), Bremen (+10,5 %) und Sachsen (+10,2 %). Im Vergleich 2024 zu 2019 ist bundesweit ein Anstieg der Personalausgaben um fast ein Drittel (+32,0 %) zu beobachten. Niedersachsen lag in diesem 5-Jahres-Vergleich mit einem Anstieg um 29,9 % unter dem bundesweiten Durchschnittswert.

Ausgaben der Gesamthaushalte T37

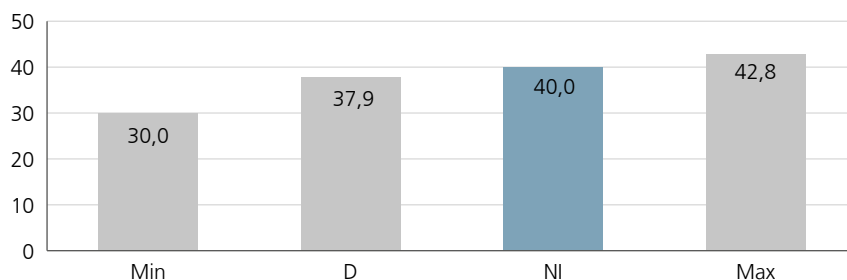
Quotient Ausgaben/BIP T37

Personalausgaben T38

Personalausgabenquote T38

Im gesamten Bundesgebiet verwendeten die Länder, Kommunen und Sozialversicherungen 2024 durchschnittlich 37,9 % ihrer Ausgaben für Personal. Niedersachsen lag mit 40,0 % erneut über dem Durchschnitt, legte leicht um 0,5 Prozentpunkte zu und belegte damit im Ländervergleich den dritten Platz. Nur in Baden-Württemberg (42,8 %) und Rheinland-Pfalz (42,7 %) wurde eine höhere Personalausgabenquote erreicht. Die niedrigsten Quoten entfielen wiederum auf die Hansestädte Hamburg (30,0 %) und Bremen (32,3 %) sowie auf Mecklenburg-Vorpommern (32,6 %).

■ Personalausgabenquote der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) 2024 – Prozent



Zinsausgaben T39

Niedersachsen mit zweithöchstem Anstieg der Zinsausgaben aller Länder im Vergleich zum Vorjahr

Die bundesweiten Zinsausgaben der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherungen am Kreditmarkt stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9,8 % an. Die stärkste Zunahme der Zinsausgaben verzeichnete Sachsen mit einem sehr hohen Anstieg um 60,2 % auf 162 Mio. Euro. Dahinter folgte bereits Niedersachsen mit einem Anstieg der Zinsausgaben um 30,7 % auf 1.125 Mio. Euro. An dritter Stelle rangierte Bayern mit einer Erhöhung der Zinsausgaben um 27,3 % auf 807 Mio. Euro.

In lediglich 5 von 16 Ländern gingen die Zinsausgaben am Kreditmarkt binnen Jahresfrist zurück, am stärksten in Baden-Württemberg mit 26,1 %, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (-23,6 %) und Hamburg (-3,1 %).

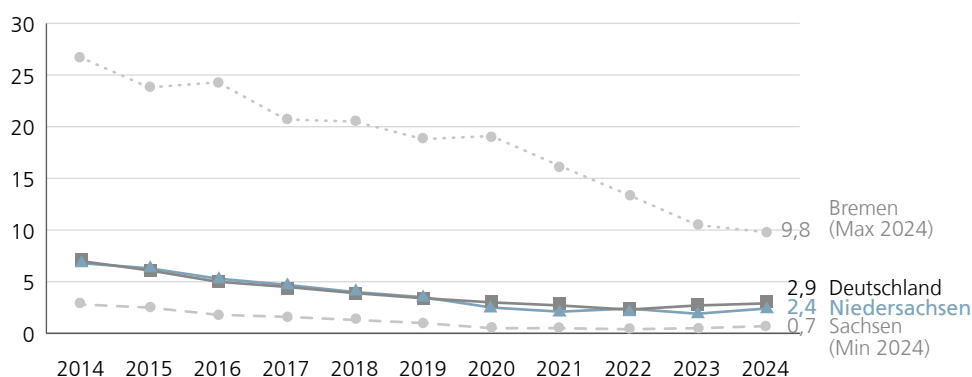
Im mittelfristigen Vergleich 2024 gegenüber 2019 zeigt sich bundesdurchschnittlich ein moderater Anstieg der Zinsausgaben um 2,9 %. In Niedersachsen entwickelten sich die Ausgaben genau gegenläufig und gingen in diesem Zeitraum um 13,9 % zurück.

Die Zinsausgaben pro Kopf lagen 2024 in Niedersachsen bei 140 Euro und damit leicht unter dem bundesweiten Durchschnitt von 175 Euro. Die Spannweite reichte hier in den Ländern von 40 Euro (Sachsen) bis 738 Euro (Bremen) pro Einwohnerin und Einwohner.

Zins-Steuer-Quote T39

Die Zins-Steuer-Quote als Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen wies über die Länder hinweg erneut eine große Streuung auf: Sachsen und Bayern verwendeten 2024

■ Zins-Steuer-Quote 2014 bis 2024 – Prozent – Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen



lediglich 0,7 % bzw. 1,0 % der Steuererträge für Zinszahlungen, Bremen und das Saarland hingegen 9,8 % bzw. 5,9 %. Bundesweit lag die Zins-Steuer-Quote zuletzt bei 2,9 %, in Niedersachsen etwas niedriger bei 2,4 %.

Nur 3 Länder mit positivem Finanzierungssaldo in 2024

Finanzierungssaldo
T40

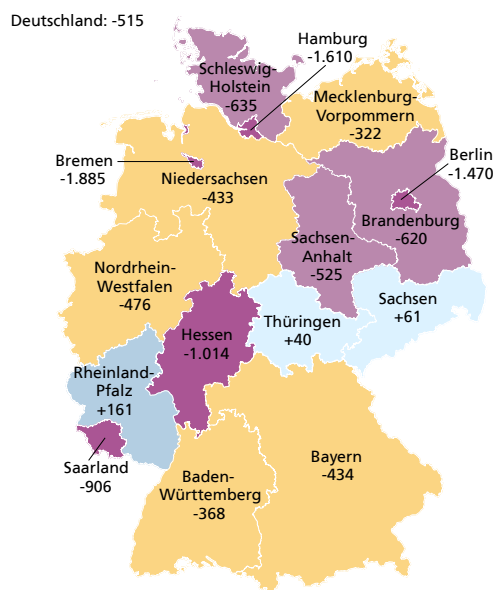
Der Finanzierungssaldo wird berechnet als Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“.

Im Jahr 2024 erzielten nur die Gesamthaushalte in Rheinland-Pfalz (+665 Mio. Euro), Sachsen (+245 Mio. Euro) und Thüringen (+84 Mio. Euro) einen Finanzierungsüberschuss. In allen anderen Ländern verzeichneten Land, Kommunen und Sozialversicherungen hingegen negative Finanzierungssaldi (mehr Ausgaben als Einnahmen), so dass insgesamt 2024 bundesweit ein Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts in Höhe von 43.026 Mio. Euro oder 515 Euro pro Kopf zu Buche stand.

Niedersachsen wies 2024 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 3.472 Mio. Euro auf und rangierte damit im Ländervergleich im unteren Mittelfeld. Die höchsten Defizite fanden sich in den öffentlichen Gesamthaushalten in Nordrhein-Westfalen (-8.588 Mio. Euro), Hessen (-6.367 Mio. Euro) und Bayern (-5.732 Mio. Euro). In der Darstellung je Einwohnerin und Einwohner sind es die Stadtstaaten, die hervorstechen. Hier stand 2024 in Bremen mit -1.885 Euro pro Kopf das höchste Defizit zu Buche; vor Hamburg (-1.610 Euro) und Berlin (-1.470 Euro).

Im Vergleich zum Jahr 2023 hat sich der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts lediglich in Rheinland-Pfalz positiv entwickelt; der Finanzierungsüberschuss wuchs hier um 624 Mio. Euro. Im Vorjahr hatte Niedersachsen mit +1.405 Mio. Euro noch einen positiven Finanzierungssaldo, der 2024 deutlich auf -4.876 Mio. Euro zurückging. Im Ländervergleich war das nach Hessen (-5.057 Mio. Euro) die zweithöchste negative Veränderung des Finanzierungssaldos. Mittelfristig seit 2019 hat sich der Finanzierungssaldo in allen Ländern stark negativ entwickelt.

Finanzierungssaldo der Länder und Kommunen (Kernhaushalte und Extrahaushalte) je Einwohnerin und Einwohner 2024 – Euro



Um einen weiteren Vergleich der Finanzierungssaldi zwischen den Ländern zu ermöglichen, kann der Quotient aus dem Finanzierungssaldo und der Wirtschaftsleistung (BIP) herangezogen werden. Bundesweit belief sich dieser Quotient auf -1,0 %. Negative Quoten zeigten sich bei den 13 Ländern mit Finanzierungsdefiziten, angeführt von Bremen (-3,2 %) und Berlin (-2,6 %). In Niedersachsen fiel die Quote mit -0,9 % noch vergleichs-

Quotient
Finanzierungssaldo/BIP
T40

weise moderat aus. Die höchste positive Quote wurde in Rheinland-Pfalz erreicht mit 0,4 %, gefolgt von Sachsen mit 0,2 % und Thüringen mit 0,1 %.

Schulden T41

Verschuldung in Niedersachsen 2024 leicht um 0,6 % angestiegen

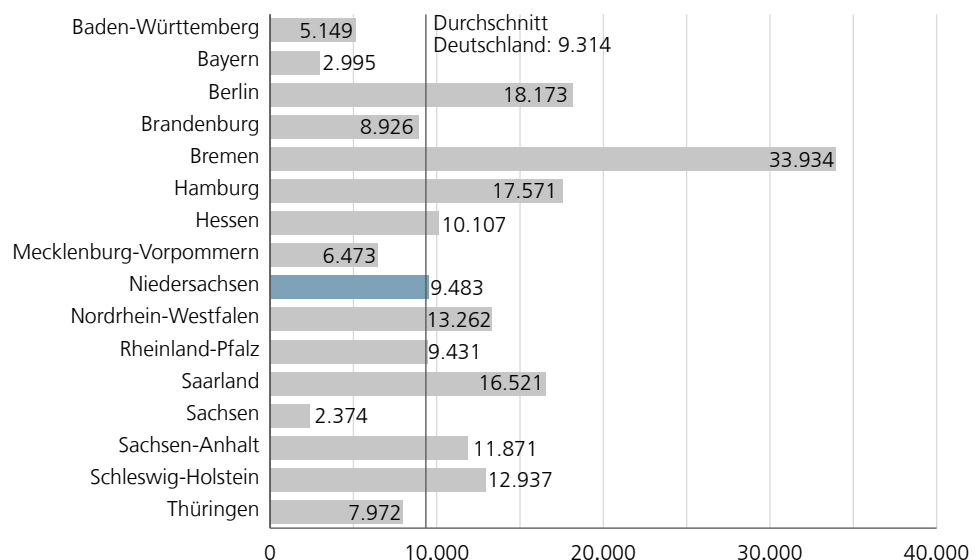
Im Jahr 2024 ist die Verschuldung der öffentlichen Gesamthaushalte von Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden und Sozialversicherungen beim sogenannten nicht-öffentlichen Bereich bundesweit deutlich um 3,8 % angestiegen. Damit belief sich der Schuldenstand am 31.12.2024 auf 777,8 Mrd. Euro. In Niedersachsen erhöhte sich die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts vergleichsweise gering um 0,6 % auf rund 76,0 Mrd. Euro. Insgesamt verzeichneten 13 Länder 2024 einen Anstieg der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich. Der höchste und einzige zweistellige Anstieg mit 12,2 % entfiel auf Mecklenburg-Vorpommern. Dahinter folgte Bayern (+9,3 %) vor Sachsen (+9,0 %). Im Vorjahr hatte Mecklenburg-Vorpommern mit -8,5 % noch den stärksten Rückgang der Verschuldung aufgewiesen. Dies trifft im Jahr 2024 nun auf Thüringen (-2,0 %), gefolgt von Sachsen-Anhalt (-1,1 %) und Rheinland-Pfalz (-0,6 %) zu.

Im mittelfristigen Vergleich der Jahre 2019 und 2024 ist nur bei 5 der 16 Länder eine Verringerung der Verschuldung beim nicht-öffentlichen Bereich zu erkennen. Bei zwei Dritteln der Länder ist hingegen der Schuldenstand mittelfristig angewachsen. In Sachsen hat sich die Verschuldung mit einem Anstieg um 155,0 % mehr als verdoppelt. Niedersachsen wies im 5-Jahres-Vergleich eine moderate Zunahme der Verschuldung um 6,8 % auf, die unter dem Bundesdurchschnitt (+9,5 %) lag.

Die höchsten Schuldenstände pro Kopf wiesen am 31.12.2024 erneut die Gesamthaushalte der Stadtstaaten Bremen (33.934 Euro), Berlin (18.173 Euro) und Hamburg (17.571 Euro) aus. Die geringsten Pro-Kopf-Verschuldungen zeigten sich in Sachsen (2.374 Euro), Bayern (2.995 Euro) und Baden-Württemberg (5.149 Euro). Mit 9.483 Euro pro Kopf lag Niedersachsen leicht über dem Bundesdurchschnitt (9.314 Euro).

■ Schulden je Einwohnerin und Einwohner 2024 – Euro

– Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (Kernhaushalte und Extrahaushalte)



Quotient Schulden/BIP T41

Ein weiteres Maß zur Darstellung der öffentlichen Verschuldung ist der Quotient aus Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich in Niedersachsen entsprachen demnach 2024 fast einem Fünftel des BIP (19,9 %), die Quote lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 18,1 %. Im Ländervergleich ergab sich ein ähnliches Ergebnis wie bei der Verschuldung pro Kopf. Bremen hatte mit 57,7 % den höchsten Anteil der Schulden gemessen am BIP, gefolgt vom Saarland

(39,3 %) und Berlin (32,2 %). Die geringsten Anteile wiesen wiederum Bayern (5,0 %), Sachsen (5,9 %) und Baden-Württemberg (8,9 %) auf.

Volumen des Finanzausgleichs deutlich verringert

Bei den Beträgen, die die Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einzahlen oder ausgezahlt bekommen, handelt es sich um die Summen des vertikalen und des horizontalen bundesstaatlichen Finanzausgleichs (für 2022 und 2023 sind die Werte noch vorläufig). Durch die Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ist die Struktur des Ausgleichssystems ab dem Jahr 2020 geändert worden. Der horizontale Ausgleich der Finanzkraft erfolgt nicht mehr durch den Länderfinanzausgleich (LFA), sondern durch finanzkraftabhängige Zu- und Abschläge bei der horizontalen Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer (sog. Finanzausgleich, FKA).

Nach der Hinzurechnung dieser Zu- und Abschläge wird der Länderanteil an der Umsatzsteuer vollständig nach der Einwohnerzahl auf die einzelnen Länder verteilt. Die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) bilden den vertikalen Finanzausgleich, bei welchem von einer übergeordneten Gebietskörperschaft (Bund) unter bestimmten Bedingungen Zahlungen an nachgeordnete Gebietskörperschaften (Länder) geleistet werden.

Das Volumen des Finanzausgleichs (FKA und BEZ) verringerte sich 2024 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 70 Mio. Euro auf 10,66 Mrd. Euro. Zu beachten ist, dass sich die Beträge des Finanzausgleichs (FKA) zwischen den Geber- und Nehmerländern saldieren. Niedersachsen erhielt 2024 aus dem Finanzausgleich rund 2.241 Mio. Euro (bzw. 280 Euro pro Kopf).

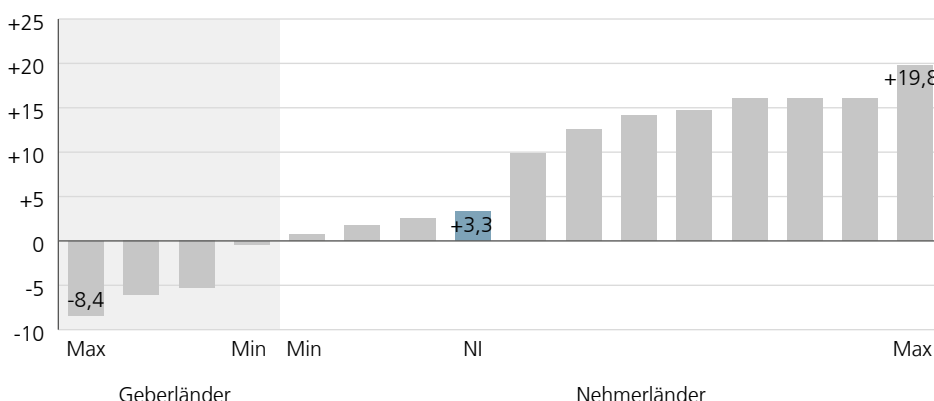
Die 4 Geberländer waren 2024 Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg. Rheinland-Pfalz schied als fünftes Geberland im Jahr 2024 aus. Unter den nun 12 Nehmerländern erhielten 6 Zuweisungen von über 1.300 Euro pro Kopf, darunter Bremen (2.007 Euro), Thüringen (1.634 Euro) und Berlin (1.580 Euro).

Der Quotient aus Finanzausgleich (FKA und BEZ) geteilt durch die bereinigten Einnahmen der Länder (bei Flächenländern einschließlich ihrer Gemeinden) zeigt das Gewicht des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für die Haushalte der Länder. Demnach mussten Bayern 8,4 %, Hessen 6,1 %, Baden-Württemberg 5,3 % und Hamburg 0,4 % ihrer Einnahmen an den bundesstaatlichen Finanzausgleich abführen. Auf Seiten der Nehmerländer hatte der Finanzausgleich vor allem für Thüringen (19,8 %), Bremen (16,1 %), Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (je 16,0 %) ein besonders hohes Gewicht. Für Nordrhein-Westfalen (0,7 %) und Schleswig-Holstein (1,8 %) hatte er derweil eine eher geringfügige Bedeutung. Auch für Niedersachsen war das Gewicht des Finanzausgleichs mit 3,3 % gemessen an den Einnahmen vergleichsweise gering.

Finanzkraftausgleich T42

Quotient Finanzausgleich/BIP T42

Anteil des Finanzausgleichs (FKA + BEZ) in den Geberländern und Nehmerländern an den bereinigten Gesamteinnahmen 2024 – Prozent



Informationen:

Einnahmen, Ausgaben und Schulden der öffentlichen Haushalte:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Staat: Öffentliche Finanzen > Ausgaben und Einnahmen > [Publikationen](#) > Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts > [Statistischer Bericht – Vierteljährliche Kassenergebnisse der Kern- und Extrahaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts, 1. bis 4. Vierteljahr 2024](#) (bis 2022: Fachserie 14 Reihe 2)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Staat: Öffentliche Finanzen > Schulden, Finanzvermögen > [Publikationen](#) > Schulden > [Statistischer Bericht – Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts 2024](#) (bis 2021: Fachserie 14 Reihe 5)
- LSN: Veröffentlichungen > [Statistische Berichte](#): Finanzen, Personal im öffentlichen Dienst, Steuern
- Statistisch gesehen – Das Online-Magazin des LSN:
 - [Ein- und Ausgaben der niedersächsischen Kommunen 2023](#) (9.7.2024)
 - [Staatsfinanzen des Landes Niedersachsen im Jahr 2023](#) (5.8.2024)
 - [Entwicklung der Verschuldung in Niedersachsen im Jahr 2023](#) (19.9.2024)
 - [Kommunalfinanzen 2024: Ein- und Auszahlungen der niedersächsischen Gemeinden und Gemeindeverbände](#) (9.7.2025)
 - [Staatsfinanzen des Landes Niedersachsen im Jahr 2024](#) (4.9.2025)
 - [Die Verschuldung in Niedersachsen im Jahr 2024](#) (8.10.2025)

Länderfinanzausgleich:

- Bundesministerium der Finanzen: Themen > Öffentliche Finanzen > Föderale Finanzbeziehungen > Länderfinanzausgleich: [Das System des Länderfinanzausgleichs](#) > Daten zum Länderfinanzausgleich: Detaillierte Abrechnungen nach Jahren
- Statistisch gesehen – Das Online-Magazin des LSN: [Der kommunale Finanzausgleich im Jahr 2025](#) (18.9.2025)

Autor: Dominik Kroll

Tabellen Finanzen

35. Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte

Land	Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Einnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Einnahmen		Steuer- einnahme- quote ²⁾ 2024
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023	
	in Mio. Euro			Euro			%		
Baden-Württemberg	78.469	92.456	95.292	7.077	8.254	8.477	+21,4	+3,1	72,3
Bayern	100.922	111.082	116.205	7.706	8.460	8.802	+15,1	+4,6	71,4
Berlin	31.942	39.862	41.220	8.745	10.924	11.223	+29,0	+3,4	66,3
Brandenburg	17.931	22.432	22.851	7.126	8.802	8.943	+27,4	+1,9	60,6
Bremen	6.834	8.293	8.771	10.002	11.859	12.480	+28,4	+5,8	60,5
Hamburg	20.684	27.140	27.363	11.222	14.737	14.732	+32,3	+0,8	56,7
Hessen	49.179	58.476	60.824	7.836	9.358	9.691	+23,7	+4,0	66,7
Mecklenburg-Vorpommern	11.052	14.139	15.039	6.868	8.967	9.545	+36,1	+6,4	56,9
Niedersachsen	53.279	67.302	67.866	6.667	8.420	8.473	+27,4	+0,8	68,0
Nordrhein-Westfalen	132.945	161.428	168.870	7.415	8.980	9.370	+27,0	+4,6	65,0
Rheinland-Pfalz	26.537	32.204	34.719	6.489	7.823	8.408	+30,8	+7,8	69,5
Saarland	6.710	8.890	8.517	6.790	8.782	8.408	+26,9	-4,2	60,6
Sachsen	27.815	33.593	35.992	6.830	8.292	8.894	+29,4	+7,1	60,8
Sachsen-Anhalt	16.039	18.476	18.399	7.290	8.613	8.601	+14,7	-0,4	60,2
Schleswig-Holstein	20.115	26.180	25.633	6.936	8.888	8.666	+27,4	-2,1	66,7
Thüringen	14.350	16.989	17.433	6.714	8.027	8.269	+21,5	+2,6	62,4
Deutschland	602.470	737.668	763.673	7.252	8.860	9.145	+26,8	+3,5	66,7

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamteinnahmen, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet.

2) Quotient aus kassenmäßigen Steuereinnahmen und bereinigten Gesamteinnahmen.

36. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte

Land	Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Steuereinnahmen		Quotient Steuerein- nahmen/BIP 2024
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023	
	in Mio. Euro			Euro			%		
Baden-Württemberg	57.869	67.350	68.853	5.219	6.013	6.125	+19,0	+2,2	10,6
Bayern	72.866	79.510	83.012	5.564	6.055	6.288	+13,9	+4,4	10,5
Berlin	17.569	26.410	27.347	4.810	7.237	7.446	+55,7	+3,6	13,2
Brandenburg	10.815	13.693	13.851	4.298	5.373	5.421	+28,1	+1,2	14,2
Bremen	3.382	5.087	5.308	4.950	7.275	7.553	+57,0	+4,3	12,8
Hamburg	13.022	15.780	15.503	7.065	8.569	8.347	+19,1	-1,8	9,6
Hessen	34.846	39.056	40.559	5.553	6.250	6.462	+16,4	+3,8	11,0
Mecklenburg-Vorpommern	6.724	8.185	8.557	4.179	5.191	5.431	+27,3	+4,6	14,0
Niedersachsen	37.145	46.200	46.139	4.648	5.780	5.760	+24,2	-0,1	12,1
Nordrhein-Westfalen	88.286	106.098	109.716	4.924	5.902	6.088	+24,3	+3,4	12,6
Rheinland-Pfalz	18.935	22.373	24.136	4.630	5.435	5.845	+27,5	+7,9	13,1
Saarland	4.367	5.730	5.160	4.419	5.660	5.094	+18,2	-9,9	12,1
Sachsen	17.135	20.751	21.885	4.207	5.122	5.408	+27,7	+5,5	13,5
Sachsen-Anhalt	9.199	11.058	11.073	4.181	5.155	5.176	+20,4	+0,1	13,9
Schleswig-Holstein	13.590	16.389	17.109	4.686	5.564	5.785	+25,9	+4,4	13,5
Thüringen	8.936	10.638	10.878	4.181	5.027	5.160	+21,7	+2,3	13,9
Deutschland	414.688	494.304	509.084	4.992	5.937	6.096	+22,8	+3,0	11,8

37. Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte

Land	Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾			Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Quotient Ausgaben/BIP 2024
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023	
	in Mio. Euro			Euro			%		
Baden-Württemberg	74.570	91.955	99.437	6.726	8.209	8.846	+33,3	+8,1	15,3
Bayern	99.870	113.421	121.937	7.625	8.638	9.236	+22,1	+7,5	15,4
Berlin	30.776	40.640	46.620	8.426	11.137	12.693	+51,5	+14,7	22,5
Brandenburg	18.533	22.554	24.441	7.366	8.850	9.566	+31,9	+8,4	25,1
Bremen	6.618	8.825	10.102	9.687	12.620	14.374	+52,6	+14,5	24,4
Hamburg	20.431	26.444	30.355	11.085	14.359	16.343	+48,6	+14,8	18,8
Hessen	47.329	59.778	67.180	7.542	9.566	10.704	+41,9	+12,4	18,2
Mecklenburg-Vorpommern	10.846	14.377	15.545	6.740	9.118	9.867	+43,3	+8,1	25,4
Niedersachsen	49.861	65.898	71.338	6.240	8.244	8.906	+43,1	+8,3	18,7
Nordrhein-Westfalen	126.135	165.753	177.457	7.035	9.220	9.846	+40,7	+7,1	20,4
Rheinland-Pfalz	24.979	32.163	34.054	6.108	7.813	8.247	+36,3	+5,9	18,5
Saarland	6.470	8.371	9.436	6.547	8.269	9.314	+45,8	+12,7	22,2
Sachsen	26.984	33.240	35.747	6.626	8.205	8.833	+32,5	+7,5	22,1
Sachsen-Anhalt	15.517	18.448	19.523	7.052	8.600	9.127	+25,8	+5,8	24,6
Schleswig-Holstein	20.035	27.331	27.512	6.909	9.279	9.302	+37,3	+0,7	21,7
Thüringen	13.514	16.740	17.350	6.323	7.910	8.229	+28,4	+3,6	22,2
Deutschland	580.134	744.661	806.710	6.983	8.944	9.660	+39,1	+8,3	18,7

1) Dargestellt sind hier die bereinigten Gesamtausgaben, dabei werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gemeindeverbände) herausgerechnet.

38. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte

Land	Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Personalausgaben		Personal- ausgaben- quote ¹⁾ 2024
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023	
	in Mio. Euro			Euro			%		
Baden-Württemberg	31.974	39.549	42.571	2.884	3.531	3.787	+33,1	+7,6	42,8
Bayern	35.708	42.920	46.047	2.726	3.269	3.488	+29,0	+7,3	37,8
Berlin	11.400	14.335	15.457	3.121	3.928	4.208	+35,6	+7,8	33,2
Brandenburg	6.455	7.951	8.827	2.565	3.120	3.455	+36,7	+11,0	36,1
Bremen	2.416	2.950	3.260	3.536	4.219	4.639	+34,9	+10,5	32,3
Hamburg	6.810	8.331	9.099	3.695	4.524	4.899	+33,6	+9,2	30,0
Hessen	18.436	23.033	25.274	2.938	3.686	4.027	+37,1	+9,7	37,6
Mecklenburg-Vorpommern	3.914	4.614	5.073	2.433	2.926	3.220	+29,6	+9,9	32,6
Niedersachsen	21.973	26.042	28.534	2.750	3.258	3.562	+29,9	+9,6	40,0
Nordrhein-Westfalen	49.717	60.909	65.846	2.773	3.388	3.653	+32,4	+8,1	37,1
Rheinland-Pfalz	11.342	13.508	14.547	2.773	3.281	3.523	+28,3	+7,7	42,7
Saarland	2.915	3.379	3.658	2.950	3.338	3.611	+25,5	+8,3	38,8
Sachsen	10.263	12.432	13.700	2.520	3.068	3.385	+33,5	+10,2	38,3
Sachsen-Anhalt	5.517	6.517	6.919	2.507	3.038	3.235	+25,4	+6,2	35,4
Schleswig-Holstein	7.505	9.085	9.943	2.588	3.084	3.362	+32,5	+9,4	36,1
Thüringen	5.224	6.488	6.923	2.444	3.065	3.284	+32,5	+6,7	39,9
Deutschland	231.569	282.042	305.676	2.788	3.388	3.660	+32,0	+8,4	37,9

1) Quotient aus Personalausgaben und bereinigten Gesamtausgaben.

39. Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte

Land	Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Zinsausgaben an den Kreditmarkt der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben		Zins-Steuer- Quote ¹⁾ 2024
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023	
	in Mio. Euro			Euro			%		
Baden-Württemberg	1.521	1.483	1.096	137	132	97	-28,0	-26,1	1,6
Bayern	804	634	807	61	48	61	+0,3	+27,3	1,0
Berlin	1.164	777	815	319	213	222	-29,9	+4,9	3,0
Brandenburg	319	247	280	127	97	109	-12,2	+13,2	2,0
Bremen	646	533	519	946	762	738	-19,8	-2,7	9,8
Hamburg	739	620	601	401	337	324	-18,7	-3,1	3,9
Hessen	1.349	1.187	1.398	215	190	223	+3,6	+17,7	3,4
Mecklenburg-Vorpommern	230	221	169	143	140	107	-26,6	-23,6	2,0
Niedersachsen	1.307	861	1.125	164	108	140	-13,9	+30,7	2,4
Nordrhein-Westfalen	3.568	4.539	5.297	199	252	294	+48,5	+16,7	4,8
Rheinland-Pfalz	727	591	630	178	144	153	-13,3	+6,5	2,6
Saarland	387	283	306	392	280	302	-21,0	+8,0	5,9
Sachsen	173	101	162	43	25	40	-6,5	+60,2	0,7
Sachsen-Anhalt	391	430	478	178	201	224	+22,2	+11,2	4,3
Schleswig-Holstein	545	551	696	188	187	235	+27,8	+26,4	4,1
Thüringen	367	276	268	172	130	127	-27,0	-2,9	2,5
Deutschland	14.237	13.335	14.646	171	160	175	+2,9	+9,8	2,9

1) Quotient aus Zinsausgaben und Steuereinnahmen.

40. Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte

Land	Finanzierungssaldo ¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände			Finanzierungssaldo der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung des Finanzierungssaldos		Quotient Finanzierungs- saldo/BIP 2024
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023	
	in Mio. Euro			Euro			in Mio. Euro		%
Baden-Württemberg	+3.942	+533	-4.137	+356	+48	-368	-8.079	-4.670	-0,6
Bayern	+945	-2.337	-5.732	+72	-178	-434	-6.677	-3.395	-0,7
Berlin	+1.170	-774	-5.400	+320	-212	-1.470	-6.570	-4.626	-2,6
Brandenburg	-597	-118	-1.584	-237	-46	-620	-987	-1.465	-1,6
Bremen	+215	-534	-1.325	+314	-764	-1.885	-1.539	-790	-3,2
Hamburg	+252	+696	-2.991	+137	+378	-1.610	-3.243	-3.688	-1,8
Hessen	+1.834	-1.310	-6.367	+292	-210	-1.014	-8.200	-5.057	-1,7
Mecklenburg-Vorpommern	+206	-238	-507	+128	-151	-322	-713	-269	-0,8
Niedersachsen	+3.380	+1.405	-3.472	+423	+176	-433	-6.851	-4.876	-0,9
Nordrhein-Westfalen	+6.808	-4.325	-8.588	+380	-241	-476	-15.396	-4.263	-1,0
Rheinland-Pfalz	+1.558	+41	+665	+381	+10	+161	-893	+624	+0,4
Saarland	+240	+506	-918	+243	+500	-906	-1.158	-1.424	-2,2
Sachsen	+831	+353	+245	+204	+87	+61	-586	-108	+0,2
Sachsen-Anhalt	+521	+29	-1.123	+237	+13	-525	-1.644	-1.152	-1,4
Schleswig-Holstein	+79	-1.151	-1.879	+27	-391	-635	-1.958	-728	-1,5
Thüringen	+835	+250	+84	+391	+118	+40	-751	-166	+0,1
Deutschland	+22.220	-6.972	-43.026	+267	-84	-515	-65.246	-36.054	-1,0

1) Differenz der bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben zuzüglich des „Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen“.

41. Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich¹⁾ der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände und Sozialversicherungen – Kernhaushalte und Extrahaushalte

Land	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (31.12.)			Anteil der Kassen- kredite	Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner/-in			Veränderung der Schulden		Quotient Schulden/ BIP 2024
	2019	2023	2024		2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023	
	in Mio. Euro				%	Euro			%	
Baden-Württemberg	53.061	53.135 ²⁾	57.878	1,9	4.786	4.744	5.149	+9,1	+8,9	8,9
Bayern	25.719	36.158 ²⁾	39.534	2,4	1.964	2.754	2.995	+53,7	+9,3	5,0
Berlin	53.959	62.601	66.747	0	14.773	17.155	18.173	+23,7	+6,6	32,2
Brandenburg	18.376	21.006	22.807	0,4	7.303	8.242	8.926	+24,1	+8,6	23,4
Bremen	30.006	23.415	23.848	0,2	43.921	33.483	33.934	-20,5	+1,8	57,7
Hamburg	33.691	32.489	32.636	0,5	18.279	17.642	17.571	-3,1	+0,5	20,2
Hessen	53.821	58.222	63.432	0,6	8.576	9.317	10.107	+17,9	+8,9	17,2
Mecklenburg-Vorpommern	9.257	9.087	10.199	2,2	5.753	5.763	6.473	+10,2	+12,2	16,7
Niedersachsen	71.126	75.490	75.959	2,3	8.901	9.444	9.483	+6,8	+0,6	19,9
Nordrhein-Westfalen	221.794	233.956 ²⁾	239.021	9,5	12.370	13.014	13.262	+7,8	+2,2	27,4
Rheinland-Pfalz	42.929	39.175	38.946	6,6	10.497	9.517	9.431	-9,3	-0,6	21,2
Saarland	17.427	15.924	16.736	5,7	17.635	15.730	16.521	-4,0	+5,1	39,3
Sachsen	3.769	8.813	9.609	3,9	925	2.175	2.374	+155,0	+9,0	5,9
Sachsen-Anhalt	23.492	25.686 ²⁾	25.394	7,0	10.677	11.974	11.871	+8,1	-1,1	32,0
Schleswig-Holstein	35.098	37.110	38.264	3,7	12.103	12.600	12.937	+9,0	+3,1	30,2
Thüringen	16.896	17.153	16.807	0,2	7.906	8.105	7.972	-0,5	-2,0	21,5
Deutschland	710.421	749.418 ²⁾	777.817	4,5	8.552	9.002	9.314	+9,5	+3,8	18,1

1) Die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich beinhalten Kassenkredite (Kredite zur Liquiditätssicherung), Wertpapierschulden und Kredite.

2) Revidiert.

42. Finanzkraftausgleich (FKA) und Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) der Länder

Land	FKA und BEZ der Länder insgesamt ¹⁾			FKA und BEZ der Länder je Einwohner/-in			Veränderung insgesamt		Quotient (FKA + BEZ)/ Einnahmen ²⁾ 2024
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023	
	in Mio. Euro			Euro			in Mio. Euro		%
Baden-Württemberg	-2.436	-4.495	-5.038	-220	-401	-448	-2.602	-543	-5,3
Bayern	-6.701	-9.130	-9.774	-512	-695	-740	-3.073	-644	-8,4
Berlin	6.164	5.597	5.803	1.688	1.534	1.580	-361	+206	14,1
Brandenburg	1.260	2.378	2.271	501	933	889	+1.011	-107	9,9
Bremen	1.082	1.184	1.411	1.584	1.693	2.007	+329	+227	16,1
Hamburg	-120	-934	-106	-65	-507	-57	+14	+828	-0,4
Hessen	-1.905	-3.444	-3.736	-304	-551	-595	-1.831	-292	-6,1
Mecklenburg-Vorpommern	1.077	2.398	2.409	669	1.521	1.529	+1.332	+11	16,0
Niedersachsen	1.197	2.274	2.241	150	284	280	+1.044	-33	3,3
Nordrhein-Westfalen	1.574	1.679	1.136	88	93	63	-438	-543	0,7
Rheinland-Pfalz	520	-272	855	127	-66	207	+335	+1.127	2,5
Saarland	329	988	1.069	333	976	1.055	+740	+81	12,6
Sachsen	2.407	5.606	5.279	591	1.384	1.304	+2.872	-327	14,7
Sachsen-Anhalt	1.403	3.058	2.945	638	1.426	1.377	+1.542	-113	16,0
Schleswig-Holstein	408	584	450	141	198	152	+42	-134	1,8
Thüringen	1.334	3.260	3.445	624	1.540	1.634	+2.111	+185	19,8
Deutschland ³⁾	7.593	10.730	10.660	91	129	128	+3.067	-70	1,4

1) Vorläufige Angaben.

2) Bereinigte Gesamteinnahmen.

3) Volumen der Bundesergänzungszuweisungen (BEZ); die Abschläge und Zuschläge im Finanzkraftausgleich (FKA) saldieren sich zwischen den Geber- und Nehmerländern. Das Volumen des Finanzausgleichs (FKA und BEZ) betrug 2023 rund 29,1 Mrd. Euro, 2022 rund 29,3 Mrd. Euro und 2018 rund 19,5 Mrd. Euro.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Schulische und berufliche Qualifikation

- Die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger lag 2024 in Niedersachsen mit 14,0 % (Bundesdurchschnitt: 12,5 %) noch deutlich über der Zielmarke von 9,5 %.
- In der beruflichen Bildung in Niedersachsen sank 2024 gegenüber 2019 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung um 13,1 % (Deutschland: -11,5 %) und bei den Aufstiegsfortbildungen um 19,2 % (Deutschland: -11,3 %).

Wichtige Ergebnisse

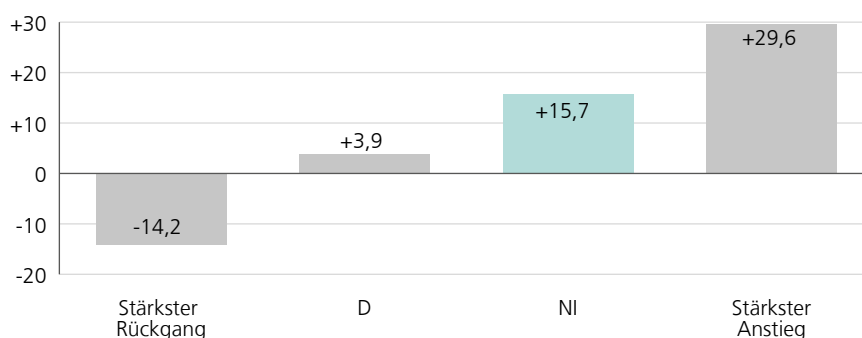
Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss gegenüber Vorjahr gestiegen

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss T43

Ein Teil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss hat einen festgestellten Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot im Förderschwerpunkt Lernen bzw. Geistige Entwicklung und schließt die allgemeinbildende Schulzeit mit dem Abschluss des entsprechenden Bildungsgangs ab, der Hauptschulabschluss ist nicht das Ziel (s. Informationen KMK Dokumentation Nr. 235).

Im Jahr 2023 verließen in Niedersachsen insgesamt 5.895 Jugendliche die Schule, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben; darunter 1.602 Jugendliche aus Förderschulklassen (27,2 %) und 25,4 % mit dem Abschluss Förderschwerpunkt Lernen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss in Niedersachsen um 809 Personen bzw. 15,9 %. In fast allen anderen Ländern stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss ebenfalls, ausgenommen Mecklenburg-Vorpommern (-0,4 %), Sachsen (-0,2 %) und Hessen (-0,1 %). Die größten Anstiege gab es im Saarland (+29,2 %) und Berlin (+20,9 %). Im bundesweiten Durchschnitt stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss gegenüber dem Vorjahr um 6,6 % auf 55.711 Personen, darunter gab es 23.322 Schulentlassene aus Förderschulklassen (41,9 %).

Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss 2023 gegenüber 2018 – Prozent



Im Vergleich 2023 zu 2018 stieg die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss in Niedersachsen um 15,7 %. Im bundesweiten Vergleich stieg in weiteren 11 der 16 Länder die Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss. Den höchsten Anstieg verzeichnete das Saarland (+29,6 %). Hingegen erzielten Berlin (-14,2 %) und Bayern (-12,6 %) in diesem 5-Jahres-Zeitraum deutliche Rückgänge. (Angaben zu den Anteilen weiblicher Schulentlassener nach Abschlussart an allgemeinbildenden Schulen 2023 sind im Kapitel Gleichstellung aufgeführt.)

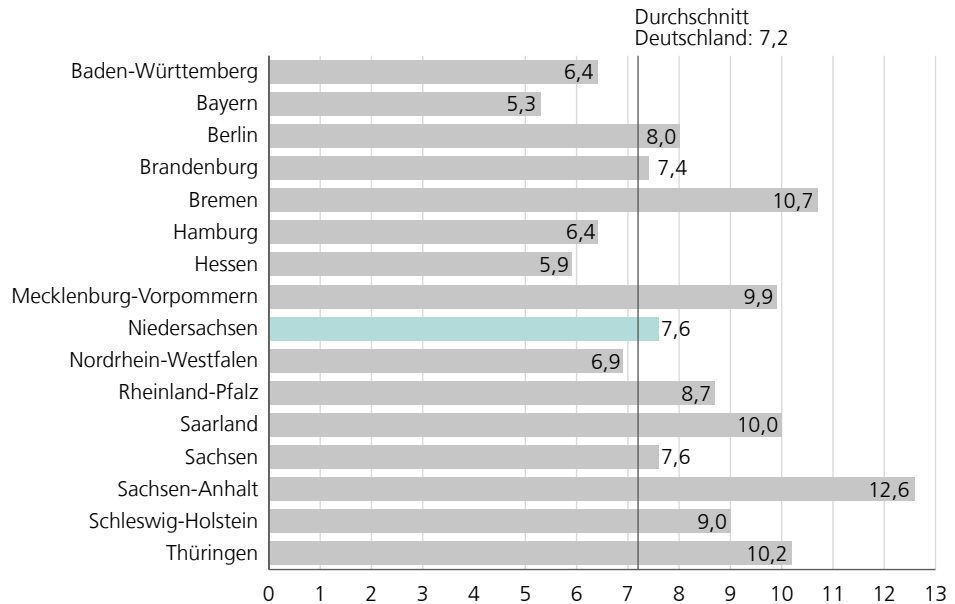
Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss

T43

Die Berechnung der Quoten der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss (T43), der Abiturientinnen und Abiturienten, der Studienberechtigten (T45) sowie der Studienanfängerinnen und Studienanfänger (T49) (im Kapitel Wissenschaft und Kultur) erfolgt nach dem sogenannten „Quotensummenverfahren“. Bei dem Verfahren, das vor allem im internationalen Vergleich benutzt wird, wird der Anteil der betrachteten Personen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres ermittelt. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert.

Die Quote der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss lag 2023 in Niedersachsen bei 7,6 % und stieg damit im Vergleich zu 2022 um 0,9 Prozentpunkte an (Deutschland: +0,4 Prozentpunkte auf 7,2 %). Die niedrigste Quote unter den Ländern gab es 2023 in Bayern (5,3 %) und die höchste in Sachsen-Anhalt (12,6 %).

■ Anteil Schulentlassener ohne Hauptschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung 2023 – Prozent



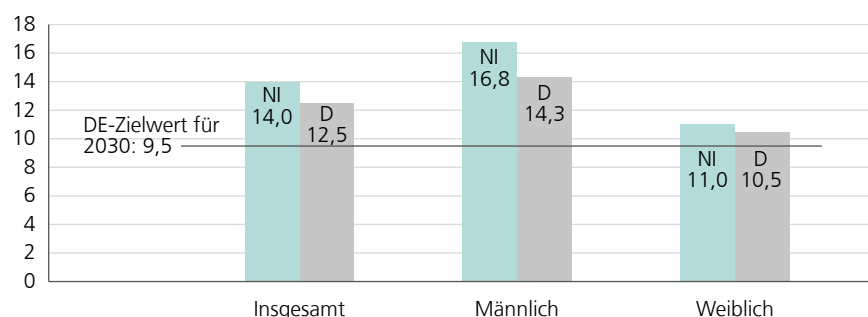
Quote der frühen Schulabgängerinnen/ Schulabgänger T44

Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger leicht gesunken

Der internationale Indikator der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger fasst Personen im Alter zwischen 18 bis unter 25 Jahre zusammen, die maximal die Sekundarstufe I abgeschlossen haben und ohne Berufsausbildung sind oder sich nicht in einer solchen befinden und auch nicht an einer Weiterbildung teilnehmen. Die Quote wird auf Basis des Mikrozensus in Bezug auf die gleichaltrige Bevölkerung berechnet. Aufgrund der umfassenden methodischen Umstellung des Mikrozensus 2020 ist die Vergleichbarkeit der Quoten mit den Vorjahren eingeschränkt.

In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist das Ziel formuliert, die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger bis 2030 auf 9,5 % zu verringern. Im Jahr 2024 lag die Quote in Niedersachsen mit 14,0 % noch deutlich über dieser Zielmarke, gegenüber 2023 (14,3 %) ist die Quote der frühen Schulabgängerinnen und Schulabgänger jedoch leicht gesunken. Im Bundesdurchschnitt sank die Quote im selben Zeitraum (-0,2 Prozentpunkte) auf 12,5 %. Im Vergleich 2024 zu 2019 zeigt sich sowohl für Niedersachsen (+2,1 Prozentpunkte) als auch für Deutschland insgesamt (+2,2 Prozentpunkte) ein Anstieg.

■ Anteil früher Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige) insgesamt sowie nach Geschlecht 2024 – Prozent



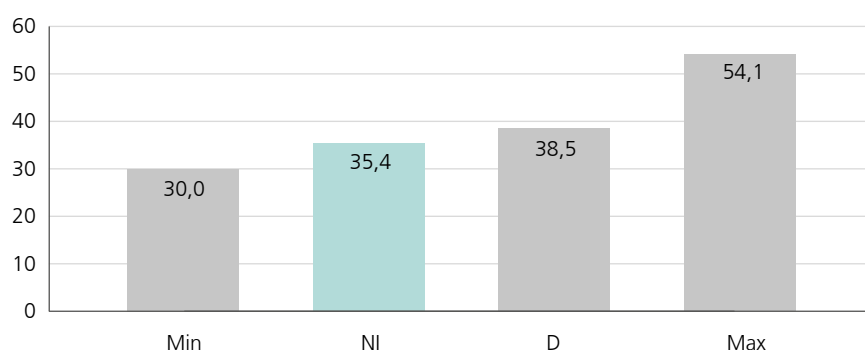
Soweit Werte nach Geschlecht vorlagen, fiel die Quote der männlichen frühen Schulabgänger in nahezu allen Ländern (ausgenommen Sachsen) höher aus als die der frühen Schulabgängerinnen. In Niedersachsen lag die Quote der frühen Schulabgänger im Jahr 2024 bei 16,8 % und die der frühen Schulabgängerinnen bei 11,0 %, im Bundesdurchschnitt bei 14,3 % bzw. 10,5 %.

Abiturientenquote unter Bundesniveau

Abiturientenquote
T45

Im Jahr 2023 erlangten 28.929 Schülerinnen und Schüler an niedersächsischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen die allgemeine Hochschulreife. Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in Niedersachsen um 0,1 %. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife ging in 11 der 16 Länder zurück. In Hamburg (+0,2 %), Berlin (+0,5 %), Sachsen-Anhalt (+0,6 %) und Brandenburg (+0,8 %) stiegen die Zahlen dagegen an. Den größten Anstieg gab es in Hessen (+14,0 %). Bundesweit sank die Zahl zum Vorjahr um 0,4 % auf 306.299 Personen.

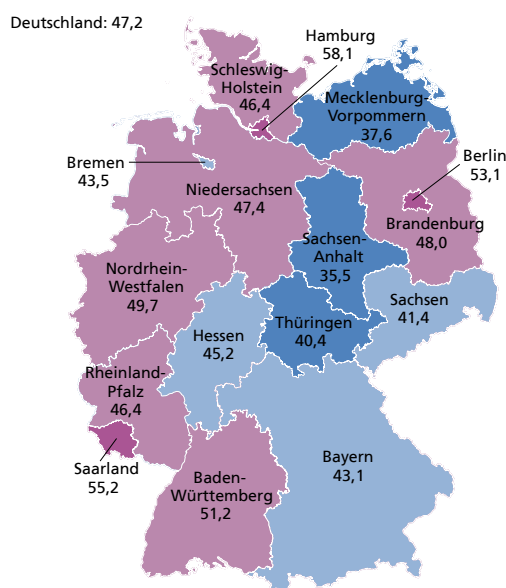
Abiturientenquote 2023 – Prozent



Die Abiturientenquote lag 2023 in Niedersachsen bei 35,4 % und war somit um 0,5 Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr und 3,1 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt (-0,9 Prozentpunkte auf 38,5 %). Im Vergleich 2018 zu 2023 sank die Abiturientenquote in Niedersachsen um 2,1 Prozentpunkte und bundesweit um 1,5 Prozentpunkte. Die Spannweite der Abiturientenquote reichte bundesweit von 30,0 % in Sachsen-Anhalt bis zum Höchstwert von 54,1 % in Hamburg.

Studienberechtigtenquote 2023 – Prozent

Studienberechtigtenquote
T45



Die Studienberechtigtenquote, also der Anteil der Absolvierenden mit Hochschulreife und Fachhochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung, lag 2023 in Niedersachsen bei 47,4 % und damit geringfügig über dem Bundesniveau von 47,2 %. Die höchsten Studienberechtigtenquoten wiesen Hamburg (58,1 %), das Saarland (55,2 %) und Berlin (53,1 %) auf. Vergleichsweise niedrig fielen die Studienberechtigtenquoten 2023 hingegen in Sachsen-Anhalt (35,5 %) und Mecklenburg-Vorpommern (37,6 %) aus.

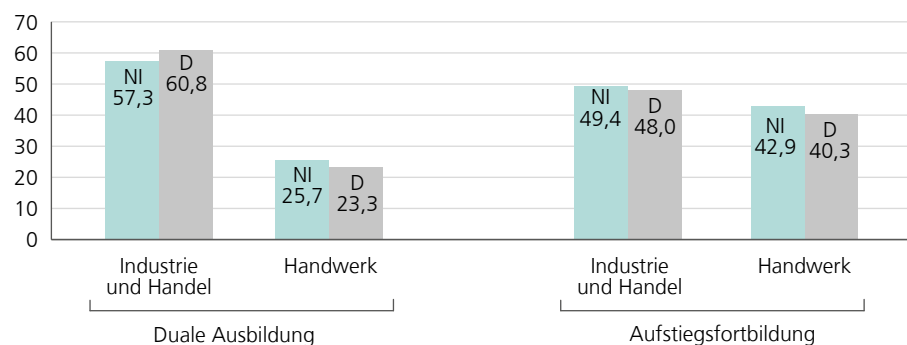
Duale Berufsausbildung: Abschlussprüfungen T47

Duale Berufsausbildung: Anteil bestandener Abschlussprüfungen im Ausbildungsbereich Handwerk über Bundesdurchschnitt

In Niedersachsen haben im Jahr 2024 insgesamt 35.448 Auszubildende eine Berufsausbildung im dualen System erfolgreich abgeschlossen. Mit 35,8 % lag der Anteil der Frauen in Niedersachsen etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 36,3 %. Die höchsten Frauenanteile wiesen Berlin (40,5 %) und Hamburg (39,9 %) auf, die niedrigsten hingegen Sachsen-Anhalt (30,9 %) und Thüringen (32,5 %). Mehr als die Hälfte (57,3 %) der abgeschlossenen Ausbildungen in Niedersachsen entfiel auf den Bereich Industrie und Handel, wobei der bundesweite Wert in diesem Bereich mit 60,8 % noch höher ausfiel. Der Anteil der bestandenen Abschlussprüfungen im Handwerk lag in Niedersachsen mit 25,7 % über dem Bundesdurchschnitt (23,3 %). Im Ländervergleich wies Schleswig-Holstein (29,3 %) den höchsten Anteil auf.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigte sich mit Blick auf die Zahl der in Niedersachsen bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung ein Rückgang um 495 bzw. 1,4 % (Deutschland: -2,4 %). Auch im mittelfristigen Vergleich zwischen 2019 und 2024 ging die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung zurück; in Niedersachsen um 13,1 %. Der Rückgang im bundesweiten Durchschnitt betrug 11,5 %. Diese Entwicklung stellt die Bewältigung des Fachkräftemangels weiterhin in den Fokus.

■ Anteile der Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk an bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung sowie in der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2024 – Prozent



Aufstiegsfortbildung: Abschlussprüfungen/ Meisterprüfungen T48

Zahl der bestandenen Aufstiegsfortbildungen rückläufig

Die Zulassung zu einer Fortbildungs- oder Meisterprüfung (Aufstiegsfortbildung) setzt in der Regel einen Berufsbildungsabschluss und/oder eine Mindestdauer praktischer Berufstätigkeit voraus. Fortbildungsprüfungen mit der längsten Tradition sind Meisterprüfungen im Handwerk. Sie werden in der Regel mit dem Ziel durchgeführt, festzustellen, ob der Prüfling befähigt ist, einen Betrieb selbstständig zu führen und Auszubildende ordnungsgemäß auszubilden (Handwerksordnung: §§ 45 bzw. 122 Abs. 2 HwO).

Mit einer Fortbildungs- bzw. Meisterprüfung wird in Deutschland eine Aufstiegsfortbildung abgeschlossen z. B. als Geprüfte Berufsspezialistin/Geprüfter Berufsspezialist oder Meisterin/Meister, Staatlich geprüfte Technikerin/Staatlich geprüfter Techniker, Geprüfte Fachwirtin/Geprüfter Fachwirt. Eine erfolgreiche Fortbildungs- bzw. Meisterprüfung legten 2024 in Niedersachsen 7.056 Personen ab, mehr als ein Viertel davon waren Frauen (27,6 %). Der Frauenanteil in Niedersachsen liegt damit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 31,7 %. Die Frauenanteile variieren hierbei deutlich zwischen den Ländern. Die

Spannweite reicht von 25,7 % in Sachsen bis 40,6 % in Berlin. Etwa die Hälfte (49,4 %) der niedersächsischen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung wurden im Ausbildungsbereich Industrie und Handel bestanden und damit etwas mehr als in Deutschland insgesamt (48,0 %). Auch der Anteil der bestandenen Meisterprüfungen im Handwerk lag in Niedersachsen mit 42,9 % über dem Bundesdurchschnitt (40,3 %).

Im Vergleich zum Vorjahr sank 2024 die Zahl der bestandenen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung in Niedersachsen mit -4,5 % mehr als im Bundesdurchschnitt (-1,0 %). In der mittelfristigen Betrachtung zeigt sich zwischen 2019 und 2024 ein deutlicher Rückgang der bestandenen Abschlussprüfungen in der beruflichen Aufstiegsfortbildung, in Niedersachsen um 19,2 % und bundesweit um 11,3 %.

Informationen:

Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss sowie Abiturienten- und Studienberechtigtenquoten:

- Kultusministerkonferenz (KMK): Dokumentation/Statistik > Statistik > Schulstatistik > Periodika: [Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolvierende](#) > Teil C – Absolvierende der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (korrigierte Fassung vom 29.02.2024) > Tabellen C.I.1.1 und C.I.1.1.3 sowie C.III.1.3.2, C.III.1.3.2a und C.III.1.3a
- Niedersächsisches Kultusministerium: Service > Statistik > Allgemeinbildende Schulen > Übersicht > [Die niedersächsischen allgemeinbildenden Schulen – Zahlen und Grafiken](#) –
- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 21 Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung: [21111 Statistik der allgemeinbildenden Schulen](#)

Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal.de): Daten und Fakten > Soziales > Sozialberichterstattung > Qualifikationsniveau > [C.1 Frühe Schulabgänger, Bundesländer nach Geschlecht](#)

Berufliche Bildung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Bildung, Forschung und Kultur > Berufliche Bildung > Publikationen > Berufliche Bildung > [Statistischer Bericht – Berufsbildungsstatistik 2024](#): Tabelle 21211-37 Abschlussprüfungen, Tabelle 21211-39 Fortbildungs-/Meisterprüfungen (bis 2021: Fachserie 11 Reihe 3)
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Bildung > Ausbildung > [Berufsbildungsbericht](#)
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB): Die Themen > Daten | Bildungsberichterstattung > [Datenreport zum Berufsbildungsbericht](#)

Autorin: Katja Zielinsky

Tabellen Schulische und berufliche Qualifikation

43. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss an allgemeinbildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss insgesamt			Darunter aus Förderschul- klassen ¹⁾	Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss insgesamt an der gleichaltrigen Bevölkerung ²⁾			Veränderung der Zahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2018	2022	2023		2018	2022	2023	2023/2018	2023/2022
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	6.951	6.919	6.920	3.758	6,3	6,6	6,4	-0,4	+0,0
Bayern	7.414	6.205	6.477	3.069	5,9	5,3	5,3	-12,6	+4,4
Berlin	2.955	2.096	2.535	512	10,4	7,0	8,0	-14,2	+20,9
Brandenburg	1.628	1.549	1.710	846	7,8	7,1	7,4	+5,0	+10,4
Bremen ³⁾	564	632	682	30	9,1	10,5	10,7	+20,9	+7,9
Hamburg	1.090	1.043	1.061	373	7,0	6,6	6,4	-2,7	+1,7
Hessen	3.011	3.561	3.557	1.605	5,0	6,1	5,9	+18,1	-0,1
Mecklenburg-Vorpommern	1.194	1.407	1.401	723	9,2	10,6	9,9	+17,3	-0,4
Niedersachsen	5.093	5.086	5.895	1.602	6,4	6,7	7,6	+15,7	+15,9
Nordrhein-Westfalen	11.522	11.387	11.835	5.248	6,1	6,7	6,9	+2,7	+3,9
Rheinland-Pfalz ⁴⁾	2.811	2.881	3.318	1.448	7,2	7,8	8,7	+18,0	+15,2
Saarland	656	658	850	281	7,8	6,5 ⁴⁾	10,0	+29,6	+29,2
Sachsen	2.637	2.775	2.769	1.599	8,2	8,1	7,6	+5,0	-0,2
Sachsen-Anhalt	2.004	2.067	2.346	1.029	11,5	11,8	12,6	+17,1	+13,5
Schleswig-Holstein	2.453	2.333	2.499	638	8,5	8,6	9,0	+1,9	+7,1
Thüringen	1.620	1.660	1.856	561	9,4	9,5	10,2	+14,6	+11,8
Deutschland	53.603	52.259	55.711	23.322	6,8	6,8	7,2	+3,9	+6,6

1) Abgängerinnen und Abgänger aus Förderschulklassen (Förderschwerpunkte „Lernen“, „Geistige Entwicklung“ und „sonstige“) nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht.
2) Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. „Quotensummenverfahren“).
3) In Bremen absolvieren im Rahmen der Inklusion Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Wahrnehmung- und Entwicklungsförderung „Geistige Entwicklung“ ihre Werkstufe von Klasse 10 bis 12 im beruflichen Bereich. Die Daten für Bremen sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.
4) 2021 Vorjahreswerte.
Quelle: Statistische Veröffentlichung der Bildungsministerkonferenz, Dokumentation Nr. 1, Januar 2025: Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolvierende der Schulen 2014 bis 2023

44. Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger (18- bis unter 25-Jährige)¹⁾

Land	Anteil „Frühe Schulabgänger/-innen“ insgesamt an der gleichaltrigen Bevölkerung			Männlich ²⁾	Weiblich ²⁾	Veränderung insgesamt	
	2019	2023	2024 ³⁾			2024/2019 ⁴⁾	2024/2023
	%					Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	9,2	11,9	12,0	14,1	9,7	+2,8	+0,1
Bayern	7,6	10,1	10,0	11,6	8,4	+2,4	-0,1
Berlin	11,6	14,5	15,7	17,2	14,2	+4,1	+1,3
Brandenburg	10,8	11,3	12,2	13,0	u	+1,4	+1,0
Bremen	16,0	21,6	17,6	u	u	+1,6	-4,0
Hamburg	13,2	14,4	13,5	15,4	u	+0,3	-0,9
Hessen	10,3	13,4	12,7	15,5	11,4	+2,4	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	11,5	14,3	12,7	u	u	+1,2	-1,6
Niedersachsen	11,9	14,3	14,0	16,8	11,0	+2,1	-0,4
Nordrhein-Westfalen	11,2	12,5	12,2	14,1	10,2	+1,0	-0,3
Rheinland-Pfalz	11,6	14,1	14,5	16,9	11,9	+2,9	+0,4
Saarland	11,7	13,3	14,8	u	u	+3,1	+1,5
Sachsen	8,3	10,3	9,3	9,1	9,5	+1,0	-1,0
Sachsen-Anhalt	12,7	12,6	12,9	15,5	u	+0,2	+0,3
Schleswig-Holstein	10,8	16,1	14,8	16,1	13,3	+4,0	-1,4
Thüringen	9,6	12,1	13,8	15,2	12,4	+4,2	+1,7
Deutschland	10,3	12,7	12,5	14,3	10,5	+2,2	-0,2

1) Als „Frühe Schulabgängerinnen und Schulabgänger“ werden 18- bis unter 25-Jährige bezeichnet, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung wie Abitur oder Fachhochschulreife noch über eine Berufsausbildung verfügen, sich nicht im Grund- und Zivildienst befinden und auch nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen.
2) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.
3) Mikrozensus Erstergebnis 2024 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
4) 2020 umfassende methodische Umstellung der Erhebung. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den Vorjahren eingeschränkt.
Quelle: Mikrozensus; eigene Berechnungen

45. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Studien- berechtigten- quote ²⁾	Veränderung der Abiturientenquoten	
	Absolventinnen und Absolventen			Abiturientenquote ¹⁾					
	2018	2022	2023	2018	2022	2023		2023/2018	2023/2022
	Anzahl			%				Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	51.199	44.123	43.731	42,4	40,2	39,1	51,2	-3,3	-1,1
Bayern	43.498	39.687	38.725	32,1	32,2	31,1	43,1	-1,0	-1,1
Berlin	15.619	14.780	14.856	51,0	49,0	47,6	53,1	-3,4	-1,4
Brandenburg	9.885	9.323	9.400	47,0	43,9	42,9	48,0	-4,0	-0,9
Bremen	2.827	2.749	2.550	39,4	42,4	38,4	43,5	-0,9	-3,9
Hamburg	9.389	9.256	9.270	54,8	56,5	54,1	58,1	-0,8	-2,4
Hessen	24.450	18.912	21.559	37,6	31,1	34,4	45,2	-3,2	+3,3
Mecklenburg-Vorpommern	5.381	5.014	4.854	40,9	37,4	35,1	37,6	-5,8	-2,3
Niedersachsen	32.088	28.958	28.929	37,4	35,8	35,4	47,4	-2,1	-0,5
Nordrhein-Westfalen	84.994	79.318	78.805	42,8	45,4	44,5	49,7	+1,7	-0,9
Rheinland-Pfalz	17.584	15.755	15.052	40,0	40,6	38,3	46,4	-1,8	-2,4
Saarland	3.643	3.394	3.327	38,1	39,2 ³⁾	37,9	55,2	-0,2	-1,3 ³⁾
Sachsen	12.357	12.875	12.298	37,1	37,9	34,5	41,4	-2,6	-3,4
Sachsen-Anhalt	6.018	5.424	5.454	33,5	31,3	30,0	35,5	-3,6	-1,4
Schleswig-Holstein	13.145	11.758	11.435	41,6	41,7	40,2	46,4	-1,4	-1,5
Thüringen	6.611	6.279	6.054	37,9	35,9	33,4	40,4	-4,5	-2,5
Deutschland	338.688	307.605	306.299	39,9	39,4	38,5	47,2	-1,5	-0,9

1) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife (Abitur; ohne Nichtschülerprüfungen) an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. „Quotensummenverfahren“).

2) Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife zusammen an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres („Quotensummenverfahren“).

3) 2022 Vorjahreswerte.

Quelle: Statistische Veröffentlichung der Bildungsministerkonferenz, Dokumentation Nr. 1, Januar 2025: Schüler/-innen, Klassen, Lehrkräfte und Absolvierende der Schulen 2014 bis 2023

46. Frauenanteil¹⁾ der Schulentlassenen nach Abschlussart an allgemeinbildenden Schulen

Land	Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss weiblich		Schulentlassene mit Hauptschulabschluss weiblich		Schulentlassene mit mittlerem Schulabschluss ²⁾ weiblich		Schulentlassene mit allgemeiner Hochschulreife weiblich	
	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung	Anteil	Veränderung
	2023	2023/2018	2023	2023/2018	2023	2023/2018	2023	2023/2018
	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte	%	Prozentpunkte
Baden-Württemberg	39,3	+1,0	40,6	+0,7	48,7	+1,3	54,6	+0,9
Bayern	38,2	+2,9	41,5	+2,6	50,1	-0,1	54,5	+0,1
Berlin	43,5	+3,7	44,1	-1,1	46,7	+1,0	53,0	-0,7
Brandenburg	38,0	+0,6	40,0	+2,7	48,5	+1,4	53,8	-0,2
Bremen	36,1	-4,4	41,9	+1,5	49,1	+3,8	54,9	+2,1
Hamburg	37,4	-2,1	40,9	+0,4	45,7	+1,4	53,3	+0,1
Hessen	39,8	+2,2	40,6	+1,4	48,5	-0,0	54,8	-1,2
Mecklenburg-Vorpommern	39,8	+6,9	41,0	+2,4	48,3	+0,9	56,4	-0,1
Niedersachsen	39,3	+2,3	39,4	+1,3	47,8	+0,6	56,0	+0,3
Nordrhein-Westfalen	40,3	+2,0	41,9	+2,1	48,2	+0,2	54,4	-0,5
Rheinland-Pfalz	39,4	+3,8	39,7	+2,1	49,5	+0,9	55,3	-0,2
Saarland	44,2	+9,2	42,6	+2,1	48,7	-0,4	54,9	-0,9
Sachsen	39,5	+2,5	38,4	+2,4	49,0	+0,4	54,3	-0,8
Sachsen-Anhalt	38,7	+1,5	39,6	+3,0	48,5	+1,3	55,8	+1,4
Schleswig-Holstein	40,1	+1,4	42,4	+1,3	49,6	+0,4	54,2	+1,0
Thüringen	38,0	+2,4	41,3	+1,7	48,5	+1,1	56,2	+1,7
Deutschland	39,6	+2,2	41,1	+1,7	48,7	+0,5	54,6	-0,1

1) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind in Geheimhaltungsfällen entweder der Kategorie „männlich“ oder den Kategorien „männlich“ und „weiblich“ per Zufallsprinzip zugeordnet (ab Schuljahr 2019/2020).

2) Mittlerer Schulabschluss einschließlich des schulischen Teils der Fachhochschulreife.

47. Duale Berufsausbildung – bestandene Abschlussprüfungen

Land	Bestandene Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen ¹⁾							Veränderung bestandene Abschlussprüfungen insgesamt	
	insgesamt ²⁾			darunter Anteil von Frauen ³⁾	darunter Anteil ohne Hauptschulabschluss	darunter Anteil in Industrie und Handel ⁴⁾	darunter Anteil im Handwerk		
	2019	2023	2024					2024/2019	2024/2023
	Anzahl			%					
Baden-Württemberg	57.945	53.055	49.632	36,3	2,0	62,7	23,6	-14,3	-6,5
Bayern	71.355	63.573	61.101	37,1	2,7	58,3	26,0	-14,4	-3,9
Berlin	10.275	9.357	9.306	40,5	2,3	58,7	18,8	-9,4	-0,5
Brandenburg	6.828	6.858	7.077	33,4	4,1	60,0	23,1	+3,6	+3,2
Bremen	4.221	3.684	3.633	37,9	1,9	69,4	16,8	-13,9	-1,4
Hamburg	9.750	8.316	8.217	39,9	2,4	69,9	16,2	-15,7	-1,2
Hessen	26.610	24.294	23.178	37,3	2,3	62,5	20,8	-12,9	-4,6
Mecklenburg-Vorpommern	5.004	5.076	5.313	35,7	2,0	61,0	20,8	+6,2	+4,7
Niedersachsen	40.776	35.943	35.448	35,8	1,8	57,3	25,7	-13,1	-1,4
Nordrhein-Westfalen	85.560	78.150	75.543	36,2	1,8	62,6	21,1	-11,7	-3,3
Rheinland-Pfalz	18.381	16.941	16.368	36,7	1,5	59,5	24,6	-11,0	-3,4
Saarland	4.608	3.876	3.999	34,9	3,6	61,7	24,1	-13,2	+3,2
Sachsen	13.422	13.647	13.638	33,3	1,9	62,5	23,8	+1,6	-0,1
Sachsen-Anhalt	7.140	6.852	6.813	30,9	2,9	65,5	20,1	-4,6	-0,6
Schleswig-Holstein	14.433	11.715	12.798	36,6	1,9	52,8	29,3	-11,3	+9,2
Thüringen	6.987	6.228	7.146	32,5	2,4	60,7	25,4	+2,3	+14,7
Deutschland	383.292	347.565	339.213	36,3	2,1	60,8	23,3	-11,5	-2,4

1) Alle Ausbildungsbereiche; ohne sogenannte „externe“ Prüfungsteilnehmende, die die Abschlussprüfung ohne ordnungsgemäße Berufsausbildung bestanden haben.

2) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Wert für Deutschland kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

4) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

48. Berufliche Aufstiegsfortbildung – bestandene Abschlussprüfungen (Fortbildungs-/Meisterprüfungen)

Land	Bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen ¹⁾						Veränderung bestandene Fortbildungs-/Meisterprüfungen insgesamt	
	insgesamt ²⁾			darunter Anteil von Frauen ³⁾	darunter Anteil in Industrie und Handel ⁴⁾	darunter Anteil im Handwerk		
	2019	2023	2024				2024/2019	2024/2023
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	16.062	13.116	13.170	35,3	55,4	34,3	-18,0	+0,4
Bayern	23.436	19.830	19.299	37,0	52,6	30,3	-17,7	-2,7
Berlin	1.761	1.545	1.707	40,6	46,6	29,3	-3,1	+10,5
Brandenburg	1.692	1.320	1.284	39,0	25,7	41,8	-24,1	-2,7
Bremen	894	777	804	31,3	57,8	28,0	-10,1	+3,5
Hamburg	2.073	1.956	1.755	26,7	49,6	48,9	-15,3	-10,3
Hessen	5.466	5.025	5.097	30,3	51,3	40,7	-6,8	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	1.059	1.053	1.059	28,3	49,0	33,1	0	+0,6
Niedersachsen	8.733	7.386	7.056	27,6	49,4	42,9	-19,2	-4,5
Nordrhein-Westfalen	17.049	16.824	16.503	26,9	39,5	50,2	-3,2	-1,9
Rheinland-Pfalz	3.720	3.924	3.909	29,5	41,4	50,0	+5,1	-0,4
Saarland	828	801	753	29,9	61,0	28,7	-9,1	-6,0
Sachsen	3.789	3.168	3.453	25,7	52,0	43,5	-8,9	+9,0
Sachsen-Anhalt	750	756	873	29,2	52,2	41,2	+16,4	+15,5
Schleswig-Holstein	1.443	1.407	1.056	29,3	39,2	47,2	-26,8	-24,9
Thüringen	1.524	2.043	2.301	26,5	27,8	65,2	+51,0	+12,6
Deutschland	90.276	80.937	80.088	31,7	48,0	40,3	-11,3	-1,0

1) Nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO).

2) Aus Datenschutzgründen sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Wert für Deutschland kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

4) Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

Wissenschaft und Kultur

- Die Studienanfängerquote stieg 2023 in Niedersachsen leicht (+1,6 Prozentpunkte), lag aber mit 37,2 % weiterhin deutlich unter der bundesweiten Quote von 58,0 %.
- Die Studierendenzahl in Niedersachsen ging erneut zurück, im Jahr 2023 um -3,0 % (Deutschland: -1,8 %).
- Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums sank um 6,0 % (Deutschland: -1,3 %).

Wichtige Ergebnisse

Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger nahezu unverändert

Im Studienjahr 2023 nahmen insgesamt gut 30.500 Hochschulzugangsberechtigte ein Studium in Niedersachsen auf. Das waren 6,3 % der bundesweit rund 482.000 Erstsemester. Damit stieg die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger in Niedersachsen minimal um 1,0 % im Vergleich zum Vorjahr an (Deutschland: +1,8 %).

Studienanfängerinnen/ Studienanfänger

T49

Die Studienanfängerquote, die die Zahl der Erstsemester in Bezug zur gleichaltrigen Bevölkerung setzt, stieg in Niedersachsen von 2022 zu 2023 um 1,6 Prozentpunkte auf 37,2 %. Bundesweit stieg die Quote in gleicher Höhe (+1,6 Prozentpunkte), lag jedoch mit 58,0 % deutlich darüber. Die Strukturen blieben im Ländervergleich grundsätzlich unverändert: In den Stadtstaaten mit ihren zentralörtlichen Funktionen waren die Quoten im Durchschnitt höher als in den Flächenländern. So war auch die Studienanfängerquote nur in Schleswig-Holstein (35,9 %) niedriger als in Niedersachsen. In Thüringen ist die außergewöhnlich hohe Quote von 110,2 % wie in den Vorjahren auf den Umzug des Hauptsitzes einer privaten Hochschule mit umfangreichem Fernstudienangebot von Nordrhein-Westfalen nach Thüringen zum Wintersemester 2019/2020 zu erklären.

Studienanfängerquote

T49

Studierendenzahl weiter rückläufig

Im Wintersemester 2023/2024 waren rund 190.700 Studierende an niedersächsischen Hochschulen eingeschrieben. Das waren 3,0 % weniger als im Vorjahr und 9,3 % weniger als im Wintersemester 2018/2019. Gleichzeitig stellte dies auch den niedrigsten Wert seit 10 Jahren dar. Bundesweit lag die Zahl der Studierenden im Wintersemester 2023/2024 bei knapp 2,9 Mio. Gegenüber dem Vorjahr gab es einen geringen Rückgang um 1,8 %. Im Vergleich zum Wintersemester 2018/2019 blieb die Zahl dagegen nahezu unverändert (+0,0 %). Im mittelfristigen Ländervergleich zeigt sich, dass die Zahl der Studierenden in Niedersachsen prozentual am stärksten gesunken ist, gefolgt von Rheinland-Pfalz (-9,2 %) und Nordrhein-Westfalen (-8,3 %). Demgegenüber gab es in 7 Ländern Anstiege.

Studierende

T50

Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer nimmt weiter zu

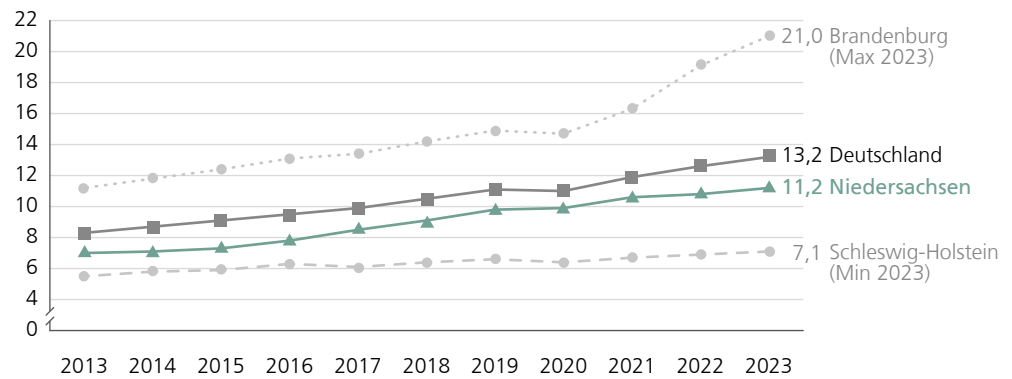
Zu den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern werden Studierende gezählt, die ihre (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung im Ausland bzw. an einem ausländischen Studienkolleg erworben haben. Der Anteil an allen Studierenden kann als Gradmesser der Internationalisierung und Attraktivität von Hochschulstandorten herangezogen werden.

Bildungsausländerin- nen/Bildungsausländer

T50

Der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an allen Studierenden nahm außer in Baden-Württemberg in allen Ländern mittelfristig zu. In Niedersachsen vergrößerte sich der Anteil 2023 gegenüber 2018 um 2,0 Prozentpunkte auf 11,2 %. Im kurzfristigen Vergleich 2023 zu 2022 nahm der Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer ebenfalls in fast allen Ländern zu, in Niedersachsen um 0,4 Prozentpunkte (Deutschland: +0,7 Prozentpunkte). Einzige Ausnahme stellte Mecklenburg-Vorpommern mit einem Rückgang von 0,1 Prozentpunkten dar. Im gesamten Bundesgebiet gehörte 2023 nun mehr als jede bzw. jeder Achte zu dieser Gruppe (13,2 %). Insbesondere in der Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften liegt der Anteil durchschnittlich in allen Ländern noch einmal deutlich höher.

■ Anteil der Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer an den Studierenden 2013 bis 2023 – Prozent



Im Ländervergleich wies erstmals Brandenburg mit 21,0 % den höchsten Anteil an Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern auf, gefolgt von Berlin (20,7 %), Sachsen und Sachsen-Anhalt (jeweils 17,2 %). Den niedrigsten Anteil verzeichnete Schleswig-Holstein (7,1 %).

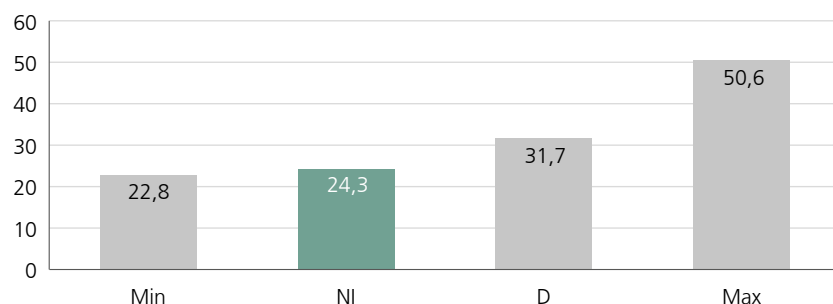
Absolventinnen/Absolventen T51

Rückgang von Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums

Im Wintersemester 2023/2024 beendeten knapp 22.000 Studentinnen und Studenten ihr Erststudium (ohne Masterabschlüsse) an niedersächsischen Hochschulen. Das waren 6,0 % weniger als im Vorjahr. Bundesweit verringerte sich die Zahl im selben Zeitraum um 1,3 %. Mittelfristig gegenüber dem Wintersemester 2018/2019 sank die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in Niedersachsen um 7,7 %, in Deutschland insgesamt um 2,0 %.

Die Absolventenquote betrug im Wintersemester 2023/2024 in Niedersachsen 24,3 %. Die Quote gibt an, wie hoch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums in einem Prüfungsjahr an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Sie sank in Niedersachsen sowohl gegenüber dem Vorjahr (-0,9 Prozentpunkte) als auch mittelfristig gegenüber dem Wintersemester 2018/2019 (-1,2 Prozentpunkte). Bundesweit betrug die Quote 31,7 %. In Berlin, Hamburg und Bremen waren die Quoten am höchsten (50,6 % bis 41,6 %). Generell profitierten die Stadtstaaten mit ihrer vielfältigen Hochschullandschaft durch Zuwanderung von Studierenden aus dem Umland. So waren die Quoten in den an die Stadtstaaten angrenzenden Ländern Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein am niedrigsten (22,8 % bis 24,6 %).

■ Absolventenquote (Erststudium) 2023 – Prozent



Promotionen T52

Zahl der Promotionen gesunken

Der akademische Grad des „Doktors“ bzw. der „Doktorin“ wurde 2023 in Niedersachsen 2.171 Mal vergeben, das waren 3,0 % Promotionen weniger als im Vorjahr. Bundesweit erlangten knapp 26.600 Personen einen Dokortitel und damit 4,1 % weniger als 2022. Die Zahl der Promotionen schwankt in einzelnen Ländern von Jahr zu Jahr etwas, war aber im mittelfristigen Vergleich 2023 zu 2018 in Deutschland ebenfalls etwas geringer (-4,6 %).

Etwas weniger Studierende je Betreuungsperson als im Bundesdurchschnitt

Die Zahl der besetzten Professuren sank 2023 in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,6 % auf 3.776 (Deutschland: +1,4 %). Gegenüber 2018 stieg ihre Zahl in allen Ländern (Bundesdurchschnitt: +7,8 %). In Niedersachsen betrug der Anstieg 1,9 %, was den geringsten Wert unter allen Ländern darstellte. Die höchsten mittelfristigen Zunahmen von mehr als 16 % gab es dagegen in Bayern, Hamburg und Brandenburg.

Betreuungsverhältnisse können als ein Gradmesser für die Qualität der akademischen Ausbildung gesehen werden. Allerdings werden diese auch von den Strukturen der Studiengänge an den jeweiligen Hochschulen beeinflusst. So sind Betreuungsrelationen in medizinischen Studiengängen meist geringer, in den Sprach- und Sozial- sowie Geisteswissenschaften dagegen höher.

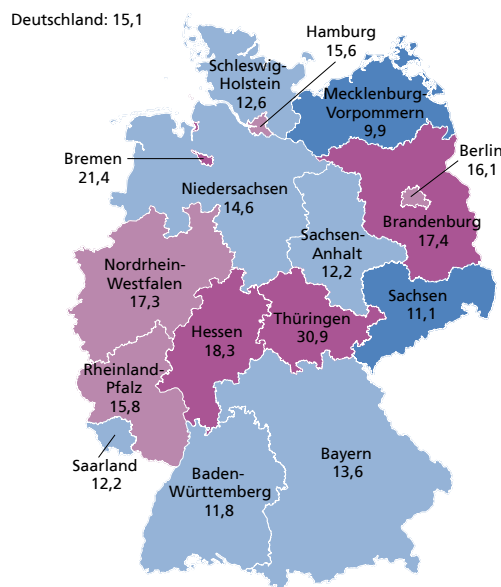
In Deutschland wurden 2023 durchschnittlich 60,0 Studierende von einer Professur betreut (Personal in Vollzeitäquivalenten). In Niedersachsen waren es mit 55,6 etwas weniger. Am höchsten war die Betreuungsrelation mit 119,7 Studierenden je Professur in Thüringen. Dieser hohe Wert dürfte jedoch mit der dort seit dem Wintersemester 2019/2020 ansässigen Fernuniversität zusammenhängen. Am niedrigsten war die Betreuungsrelation mit 43,0 Studierenden je Professur in Mecklenburg-Vorpommern.

Auch bezogen auf das gesamte wissenschaftliche und künstlerische Personal (Betreuungspersonen in Vollzeitäquivalenten) an Hochschulen hatte Mecklenburg-Vorpommern wie in den Vorjahren den geringsten Wert (9,9). In Bremen war der Wert dagegen mehr als doppelt so hoch (21,4) und in Thüringen mit 30,9 am höchsten. In Niedersachsen lag der rechnerische Wert mit 14,6 Studierenden je Betreuungsperson leicht unter dem Bundesdurchschnitt (15,1). Mittelfristig gegenüber 2018 sank die Verhältniszahl zwischen Studierenden und Betreuungspersonen in fast allen Ländern, so auch in Niedersachsen um -1,7 (Deutschland: -1,5).

Professuren
T53

Studierende je VZÄ
wissenschaftliches und
künstlerisches Personal
T53

Studierende je Vollzeitäquivalent wissenschaftliches und künstlerisches Personal 2023 (ohne drittmittelfinanziertes Personal) – Anzahl



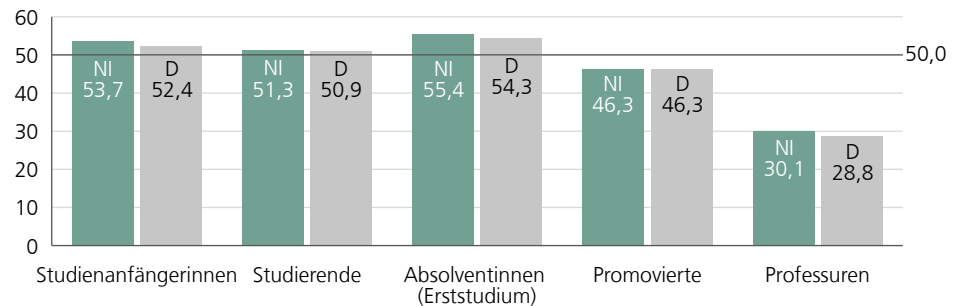
Geschlechterverhältnis im Hochschulbereich: je höher der akademische Grad, desto niedriger der Frauenanteil

Unter den Erstsemestern, die 2023 an niedersächsischen Hochschulen ein Studium begannen, waren Frauen mit 53,7 % leicht überrepräsentiert (Deutschland: 52,4 %). Der Anteil der Studentinnen an allen Studierenden betrug 51,3 % (Deutschland: 50,9 %). Der Frauenanteil an allen Absolventinnen und Absolventen, die erfolgreich ein Erststudium abgeschlossen haben, liegt in allen Ländern seit mehreren Jahren ebenfalls teils noch etwas

Studienanfängerinnen/
Studentinnen/Absolven-
tinnen/Promotionen von
Frauen/Professorinnen
T49, T50, T51, T52, T53

deutlicher über der 50-Prozent-Marke. In Niedersachsen betrug er 55,4 % und bundesweit 54,3 %. Im Ländervergleich variieren die Anteile in Abhängigkeit der dortigen Hochschul-landschaft mit unterschiedlichem Fächerangebot etwas, von 50,8 % in Schleswig-Holstein bis 61,9 % in Thüringen.

■ **Anteile der Frauen an Studienanfängerinnen/Studienanfängern, Studierenden, Absolventinnen/Absolventen, Promovierten und Professuren 2023 – Prozent**



Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse sind Frauen jedoch nach wie vor unterrepräsentiert. Der Anteil der Promotionen, die 2023 in Niedersachsen von Frauen abgelegt wurden, betrug 46,3 % und entsprach damit exakt dem Bundesdurchschnitt. Im Ländervergleich wurden in 3 Ländern mindestens die Hälfte aller Promotionen von Frauen abgelegt, ein Jahr zuvor war dies in 5 Ländern der Fall. Den höchsten Frauenanteil gab es in Schleswig-Holstein (51,5 %), den niedrigsten im Saarland (28,2 %). Der Anteil der von Frauen besetzten Professuren hat sich in den vergangenen Jahren zwar kontinuierlich erhöht. So betrug der Anstieg mittelfristig von 2018 zu 2023 in Niedersachsen 3,5 Prozentpunkte und im Bundesdurchschnitt 4,1 Prozentpunkte. Trotz der Entwicklung blieben die Anteile deutlich unter der 50-Prozent-Marke, in Niedersachsen bei 30,1 % und in Deutschland insgesamt mit 28,8 % noch darunter. Im Ländervergleich war der Anteil von mit Frauen besetzten Professuren 2023 in Berlin mit 36,0 % am höchsten und im Saarland mit 23,4 % am niedrigsten.

Ausgaben für Hochschulen

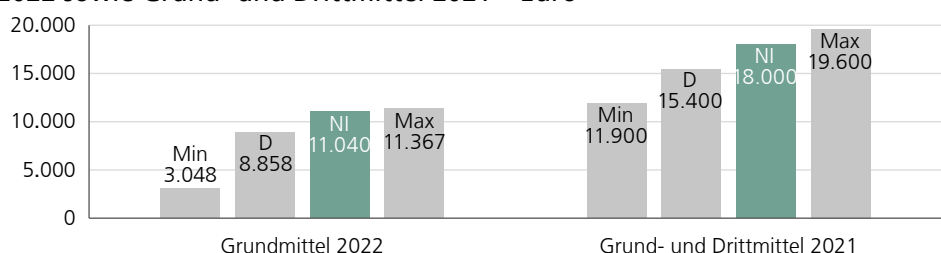
T54

Leichter Rückgang der laufenden Ausgaben für Hochschulen bei weiterhin hohem Niveau

Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Hochschulen umfassen Ausgaben für Forschung und Lehre. Sie sind der Teil der Hochschulausgaben, den der jeweilige Hochschulträger und der Bund (ab dem Berichtsjahr 2019) den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellen (z. B. Personal- und laufende Sachausgaben, ohne Investitionsausgaben). Drittmittel werden zusätzlich zum regulären Hochschulhaushalt von öffentlichen oder privaten Stellen eingeworben – zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre.

Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Hochschulen beliefen sich im Jahr 2022 in Niedersachsen auf etwa 2,14 Mrd. Euro. Das waren 0,9 % weniger als im Jahr zuvor und 4,2 % mehr als 2017. Nur in Thüringen war die Veränderung im mittelfristigen Vergleich geringer (-0,0 %). Bundesweit stiegen die laufenden Ausgaben dagegen um durchschnittlich 24,8 % gegenüber 2017.

■ **Öffentliche Ausgaben für Hochschulen je studierender Person: Grundmittel 2022 sowie Grund- und Drittmittel 2021 – Euro**



Auch in Relation zur Zahl der Studierenden (einschließlich Promovierenden) sanken die laufenden Ausgaben (Grundmittel) in Niedersachsen gegenüber 2021 marginal (-0,2 %), stiegen jedoch mittelfristig gegenüber 2017 (+11,5 % bzw. +1.136 Euro) auf 11.040 Euro an. Niedersachsen tätigte damit 2022 im Ländervergleich die dritthöchsten Ausgaben je studierende Person (Höchstwert Mecklenburg-Vorpommern: 11.367 Euro; Bundesdurchschnitt: 8.858 Euro).

Bei den durchschnittlichen Grund- und Drittmittelausgaben hatte Niedersachsen 2021 mit 18.000 Euro die zweithöchsten Ausgaben je studierende Person. Nur in Sachsen (19.600 Euro) waren die Ausgaben höher, in Thüringen (11.900 Euro), Hessen und Rheinland-Pfalz (beide 13.300 Euro) waren sie am niedrigsten (Deutschland: 15.400 Euro).

Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) unterdurchschnittlich

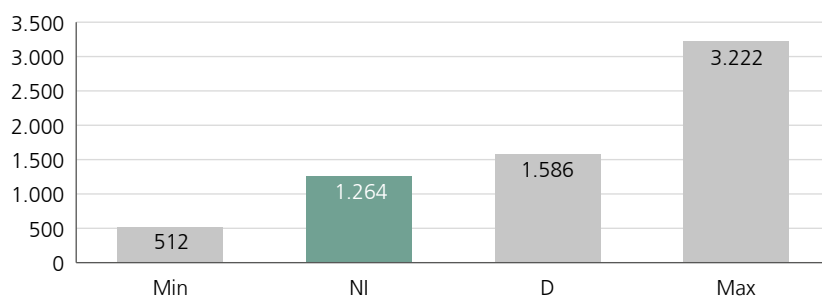
Ausgaben für FuE
T55

Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) leisten einen relevanten Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Höhe der Ausgaben stellt eine Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft dar. Die FuE-Ausgaben umfassen Ausgaben des Staates, privater Institutionen ohne Erwerbszweck, der Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) sowie der Wirtschaft.

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) betrugen im Jahr 2023 in Niedersachsen gut 10,1 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausgaben damit in Niedersachsen um 10,4 %. Im Ländervergleich war eine höhere Volatilität der Ausgabenveränderung von 2022 zu 2023 zu verzeichnen: die Spanne reichte von -19,1 % (Sachsen) bis +33,3 % (Rheinland-Pfalz).

Je Einwohnerin und Einwohner sind die Ausgaben im FuE-Bereich von 2022 zu 2023 in Niedersachsen um 113 Euro bzw. 9,8 % gestiegen und lagen bei 1.264 Euro. Trotz dieser Zunahme war dies weiterhin weniger als der Bundesdurchschnitt (1.586 Euro; +8,1 %). Die höchsten Ausgaben pro Kopf tätigte 2023 Baden-Württemberg (3.222 Euro), mit größerem Abstand gefolgt von Hamburg (2.211 Euro) und Bayern (2.011 Euro).

Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) je Einwohnerin und Einwohner 2023 – Euro

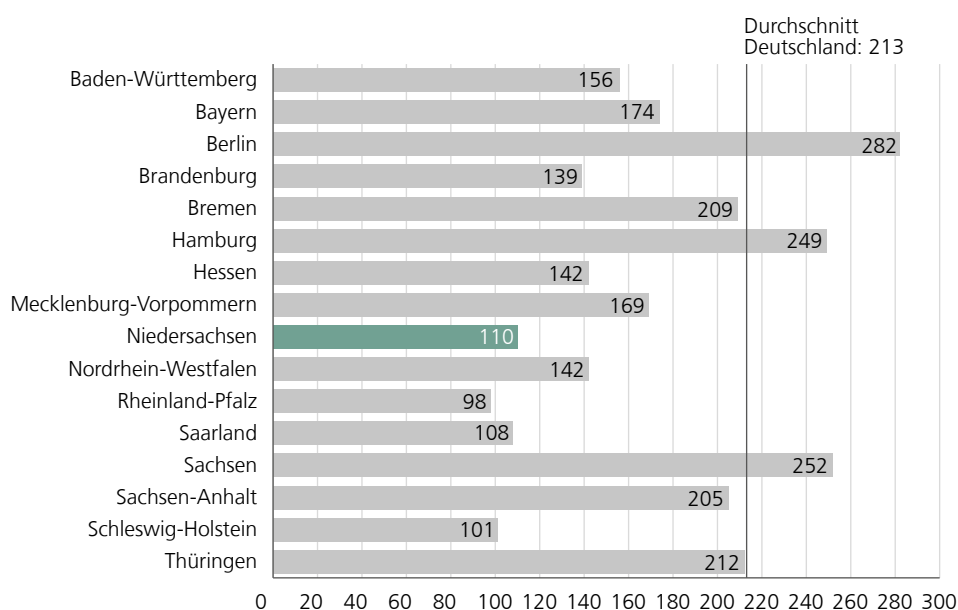


Öffentliche Ausgaben für Kultur deutlich unter dem Bundesdurchschnitt

Ausgaben für Kultur
T56

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche von Land und Kommunen (Grundmittel) beliefen sich im Jahr 2021 in Niedersachsen auf rund 878 Mio. Euro. Dies entsprach rund 110 Euro je Einwohnerin und Einwohner (vorläufige Ist-Werte). Im Bundesdurchschnitt wurden rund 213 Euro pro Kopf verausgabt, wobei in diesem Wert zusätzlich auch die Ausgaben des Bundes enthalten sind. Niedriger als in Niedersachsen waren die Pro-Kopf-Ausgaben nur in 3 Ländern. Überdurchschnittlich hoch waren sie mit Werten zwischen 249 Euro bis 282 Euro pro Kopf in Hamburg, Sachsen und Berlin. Typischerweise beeinflussen kulturelle Angebote mit überregionaler Strahlkraft die Ausgaben. So besuchen viele Niedersächssinnen und Niedersachsen auch kulturelle Veranstaltungen in Hamburg oder Bremen.

■ Ausgaben für Kultur und kulturelle Bereiche je Einwohnerin und Einwohner 2021 – Euro



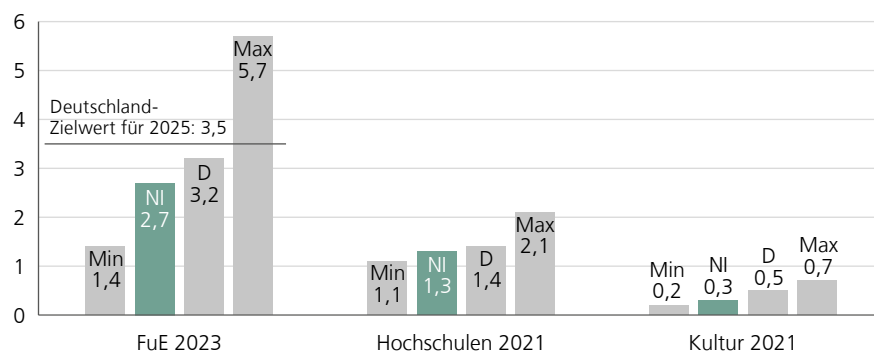
Gegenüber 2016 stiegen die öffentlichen Ausgaben für Kultur bis 2021 in Niedersachsen um 18,7 %. Bundesdurchschnittlich war der Zuwachs jedoch mehr als doppelt so hoch (+38,0 %).

Quotienten
Ausgaben/BIP: FuE,
Hochschulen, Kultur
T54, T55, T56

Ausgaben für Forschung und Entwicklung, für Hochschulen und für Kultur gemessen am BIP unter Bundesdurchschnitt

In der im Januar 2025 zuletzt weiterentwickelten deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist das Ziel formuliert, dass die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen am BIP (FuE-Quote) jährlich mindestens 3,5 % betragen sollen. Für Niedersachsen lag die FuE-Quote 2023 mit 2,7 % noch unter dieser Zielmarke. Die Quote ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und lag zudem unter dem Bundesdurchschnitt (3,2 %). Für Kultur und kulturelle Bereiche wurden in Niedersachsen 2021 mit 0,3 % gemessen am BIP weniger Ausgaben getätigt als im Bundesdurchschnitt (0,5 %). Auch die Ausgaben für Hochschulen lagen 2022 mit 1,3 % gemessen am BIP leicht unter dem Bundesniveau (1,4 %).

■ Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) 2023 sowie für Hochschulen und für Kultur 2021 (gemessen am BIP) – Prozent



Informationen:

Studierende, Absolventinnen/Absolventen, Promotionen, Professuren:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Bildung, Forschung und Kultur > [Hochschulen](#) > [Publikationen](#) > hochschulstatistische Kennzahlen > Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen (bis 2021: Fachserie 11 Reihe 4.3.1)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Bildung, Forschung und Kultur > Hochschulen > Publikationen > Prüfungen an Hochschulen > [Statistischer Bericht – Statistik der Prüfungen – Prüfungsjahr 2024](#) (bis 2021: Fachserie 11 Reihe 4.2)
- LSN: Datenangebote > [LSN-Online-Datenbank](#) > Direkt zur Datenbank > Statistische Erhebung > 310 Hochschulstatistik/312 Hochschulpersonal

Ausgaben für Hochschulen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Bildung, Forschung und Kultur > [Hochschulen](#) > [Publikationen](#) > hochschulstatistische Kennzahlen > Statistischer Bericht – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen (bis 2021: Fachserie 11 Reihe 4.3.2)

Ausgaben für Forschung und Entwicklung:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 21 Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung: [21821 Berichterstattung über Forschung und Entwicklung](#)

Ausgaben für Kultur:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal.de): Daten und Fakten: Öffentliche Finanzen und Steuern > Veröffentlichungen > [Kulturfinanzbericht, Ausgabe 2024](#)

Autorin: Rita Skorka

Tabellen Wissenschaft und Kultur

49. Studienanfängerinnen und Studienanfänger nach Land des Studienortes

Land	Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester ¹⁾			Frauenanteil ²⁾	Studienanfängerquote ³⁾			Veränderung der Studienanfängerquote	
	2018	2022	2023		2018	2022	2023 ⁴⁾	2023/2018	2023/2022
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	74.138	67.174	68.364	50,7	57,8	57,3	57,9	+0,2	+0,6
Bayern	77.404	74.771	77.998	50,3	53,5	55,8	59,5	+6,0	+3,7
Berlin	36.496	36.620	36.180	53,6	99,9	103,2	102,6	+2,7	-0,5
Brandenburg	8.433	8.986	9.583	50,4	43,1	44,0	46,4	+3,3	+2,3
Bremen	6.721	6.632	6.336	52,0	83,6	89,7	82,9	-0,7	-6,8
Hamburg	17.881	18.189	18.784	55,5	87,0	92,4	95,9	+8,9	+3,5
Hessen	44.911	37.682	40.291	52,8	64,4	57,7	62,5	-1,9	+4,9
Mecklenburg-Vorpommern	6.925	5.829	5.622	57,6	52,4	42,8	42,3	-10,1	-0,4
Niedersachsen	36.319	30.254	30.546	53,7	39,9	35,6	37,2	-2,7	+1,6
Nordrhein-Westfalen	121.799	103.637	105.947	52,2	60,0	55,4	57,3	-2,7	+1,9
Rheinland-Pfalz	23.058	18.081	18.453	54,8	50,8	43,9	45,5	-5,3	+1,6
Saarland	6.176	5.704	5.530	49,4	60,2	62,3	58,7	-1,5	-3,5
Sachsen	20.275	17.652	18.922	50,5	59,8	50,1	52,3	-7,4	+2,3
Sachsen-Anhalt	10.049	8.069	8.460	51,4	55,9	45,1	47,0	-8,9	+1,9
Schleswig-Holstein	11.556	10.167	10.435	50,5	36,3	34,6	35,9	-0,4	+1,3
Thüringen	9.856	24.218	20.511	61,6	56,4	133,1	110,2	+53,7	-22,9
Deutschland	511.997	473.665	481.962	52,4	57,3	56,4	58,0	+0,6	+1,6

1) Jeweiliges Studienjahr: Sommer- und nachfolgendes Wintersemester.

2) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

3) Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. „Quotensummenverfahren“).

4) Berechnung der Studienanfängerquote mit Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus 2022.

50. Studierende sowie Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer

Land	Studierende im Wintersemester			Frauenanteil ¹⁾	Anteil der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden			Veränderung des Anteils der Bildungsausländer/-innen an den Studierenden	
	2018	2022	2023		2018	2022	2023	2023/2018	2023/2022
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	359.824	354.699	351.259	49,8	10,4	10,1	10,3	-0,1	+0,2
Bayern	392.297	403.435	405.492	49,6	10,9	15,2	16,6	+5,7	+1,4
Berlin	192.129	199.593	200.440	51,9	17,4	20,5	20,7	+3,3	+0,3
Brandenburg	49.551	50.427	51.468	51,4	14,2	19,1	21,0	+6,9	+1,9
Bremen	37.440	37.608	37.509	51,9	12,6	15,3	16,0	+3,4	+0,8
Hamburg	109.843	119.425	119.245	54,2	9,3	10,8	11,2	+1,9	+0,4
Hessen	262.362	256.216	245.590	50,3	9,5	11,5	12,3	+2,8	+0,8
Mecklenburg-Vorpommern	38.347	38.380	37.081	53,9	9,1	9,5	9,4	+0,3	-0,1
Niedersachsen	210.114	196.665	190.674	51,3	9,1	10,8	11,2	+2,0	+0,4
Nordrhein-Westfalen	783.208	750.420	717.963	49,4	8,8	10,5	10,9	+2,1	+0,4
Rheinland-Pfalz	123.993	117.024	112.550	53,2	9,4	11,9	12,2	+2,8	+0,3
Saarland	31.455	31.053	30.450	48,3	12,1	13,6	14,0	+1,9	+0,4
Sachsen	108.858	104.875	103.444	49,6	15,1	16,3	17,2	+2,1	+0,9
Sachsen-Anhalt	54.914	58.338	56.631	50,8	12,5	16,2	17,2	+4,7	+1,0
Schleswig-Holstein	64.377	66.131	64.129	50,1	6,4	6,9	7,1	+0,7	+0,2
Thüringen	49.510	135.974	144.386	60,4	14,3	14,0	14,6	+0,3	+0,6
Deutschland	2.868.222	2.920.263	2.868.311	50,9	10,5	12,6	13,2	+2,7	+0,7

1) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

51. Absolventinnen und Absolventen (Erststudium)¹⁾

Land	Absolventinnen und Absolventen (Erststudium) insgesamt ²⁾			Frauenanteil ³⁾	Absolventenquote ⁴⁾			Veränderung der Absolventenquote	
	2018	2022	2023		2018	2022	2023 ⁵⁾	2023/2018	2023/2022
	Anzahl				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	50.956	49.010	47.095	51,7	36,4	36,5	35,3	-1,0	-1,2
Bayern	47.882	42.961	42.810	53,6	29,8	27,2	28,1	-1,7	+0,9
Berlin	17.073	18.951	17.974	55,7	35,1	40,4	50,6	+15,5	+10,2
Brandenburg	4.715	4.511	4.476	52,9	25,3	23,3	22,8	-2,5	-0,5
Bremen	3.971	4.228	3.946	53,8	42,5	46,0	41,6	-0,9	-4,4
Hamburg	10.104	11.657	11.340	56,8	38,7	45,2	44,9	+6,1	-0,3
Hessen	26.110	27.101	27.339	55,0	34,1	35,8	37,2	+3,1	+1,4
Mecklenburg-Vorpommern	3.934	3.945	3.997	57,7	28,2	29,1	30,7	+2,5	+1,6
Niedersachsen	23.777	23.351	21.950	55,4	25,5	25,2	24,3	-1,2	-0,9
Nordrhein-Westfalen	67.657	67.547	67.626	54,5	30,8	31,6	32,1	+1,2	+0,5
Rheinland-Pfalz	13.628	13.165	12.852	56,9	28,3	28,3	28,2	-0,1	-0,1
Saarland	2.931	4.053	3.699	51,0	25,7	37,8	34,1	+8,4	-3,7
Sachsen	12.980	11.507	11.290	53,8	35,7	31,3	30,1	-5,7	-1,2
Sachsen-Anhalt	5.144	4.945	5.490	54,8	27,3	27,0	30,1	+2,8	+3,1
Schleswig-Holstein	6.369	7.826	7.732	50,8	19,9	24,5	24,6	+4,7	+0,1
Thüringen	5.924	6.501	7.607	61,9	33,9	35,8	40,4	+6,5	+4,6
Deutschland	303.155	301.259	297.223	54,3	31,2	31,6	31,7	+0,5	+0,1

1) Erststudium oder weiteres grundständiges Studium, für das ein früherer Studienabschluss keine Zugangsvoraussetzung darstellt (ohne Master-, Promotions-, Aufbau-, Ergänzung-, Zusatzstudium).

2) Einschließlich Weiterstudium zur Verbesserung der Prüfungsnote.

3) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

4) Anteil der Absolvierenden (nur Erststudium) an der Bevölkerung des entsprechenden Alters. Es werden Quoten für einzelne Geburtsjahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sogenanntes „Quotensummenverfahren“).

5) Berechnung der Absolventenquote mit Bevölkerungszahlen auf Basis des Zensus 2022.

52. Promotionen

Land	Bestandene Promotionen insgesamt			Darunter von Frauen ¹⁾ bestandene Promotionen				Veränderung der Zahl der Promotionen insgesamt	
	2018	2022	2023	2018	2023	Anteil		2023/2018	2023/2022
	Anzahl						%		
Baden-Württemberg	4.351	4.153	4.200	1.847	1.858	42,5	44,2	-3,5	+1,1
Bayern	4.731	4.910	4.843	2.202	2.224	46,5	45,9	+2,4	-1,4
Berlin	2.202	1.987	1.685	1.100	823	50,0	48,8	-23,5	-15,2
Brandenburg	379	382	386	162	178	42,7	46,1	+1,8	+1,0
Bremen	391	323	254	170	109	43,5	42,9	-35,0	-21,4
Hamburg	982	960	965	465	477	47,4	49,4	-1,7	+0,5
Hessen	2.358	2.042	2.170	1.082	1.043	45,9	48,1	-8,0	+6,3
Mecklenburg-Vorpommern	485	518	489	218	248	44,9	50,7	+0,8	-5,6
Niedersachsen	2.122	2.239	2.171	958	1.006	45,1	46,3	+2,3	-3,0
Nordrhein-Westfalen	5.448	5.641	5.521	2.360	2.480	43,3	44,9	+1,3	-2,1
Rheinland-Pfalz	930	740	812	455	407	48,9	50,1	-12,7	+9,7
Saarland	271	444	71	140	20	51,7	28,2	-73,8	-84,0
Sachsen	1.489	1.553	1.483	626	686	42,0	46,3	-0,4	-4,5
Sachsen-Anhalt	520	530	462	228	210	43,8	45,5	-11,2	-12,8
Schleswig-Holstein	452	634	435	232	224	51,3	51,5	-3,8	-31,4
Thüringen	727	636	623	332	299	45,7	48,0	-14,3	-2,0
Deutschland	27.838	27.692	26.570	12.577	12.292	45,2	46,3	-4,6	-4,1

1) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

53. Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen – Professuren

Land	Professuren ¹⁾ insgesamt			Frauenanteil ²⁾ an Professuren insgesamt		Studierende je VZÄ wissenschaftliches und künstlerisches Personal ³⁾		Veränderung der Zahl der Professuren insgesamt	
						insgesamt	je Professur		
	2018	2022	2023	2018	2023			2023/2018	2023/2022
	Anzahl			%		Anzahl		%	
Baden-Württemberg	7.584	7.721	7.825	22,2	26,0	11,8	47,8	+3,2	+1,3
Bayern	6.884	7.843	8.025	20,5	25,2	13,6	53,4	+16,6	+2,3
Berlin	3.621	3.861	3.957	32,3	36,0	16,1	57,3	+9,3	+2,5
Brandenburg	917	1.043	1.065	29,6	33,7	17,4	54,6	+16,1	+2,1
Bremen	681	712	728	28,9	32,3	21,4	56,4	+6,9	+2,2
Hamburg	1.702	1.938	1.978	29,1	32,7	15,6	67,1	+16,2	+2,1
Hessen	3.770	3.970	4.074	26,0	30,3	18,3	65,3	+8,1	+2,6
Mecklenburg-Vorpommern	819	888	897	22,0	28,1	9,9	43,0	+9,5	+1,0
Niedersachsen	3.706	3.800	3.776	26,6	30,1	14,6	55,6	+1,9	-0,6
Nordrhein-Westfalen	10.221	10.639	10.704	26,3	30,1	17,3	73,2	+4,7	+0,6
Rheinland-Pfalz	2.136	2.202	2.239	22,6	28,2	15,8	53,9	+4,8	+1,7
Saarland	504	523	522	21,0	23,4	12,2	61,9	+3,6	-0,2
Sachsen	2.264	2.398	2.420	22,5	26,2	11,1	46,1	+6,9	+0,9
Sachsen-Anhalt	1.012	1.084	1.083	22,9	25,0	12,2	55,7	+7,0	-0,1
Schleswig-Holstein	1.098	1.239	1.240	22,6	26,2	12,6	57,2	+12,9	+0,1
Thüringen	1.192	1.300	1.340	22,7	29,2	30,9	119,7	+12,4	+3,1
Deutschland	48.111	51.161	51.873	24,7	28,8	15,1	60,0	+7,8	+1,4

1) Professuren an Hochschulen insgesamt: ohne nebenberufliche Gastprofessuren und Emeriti; einschließlich zentraler Einrichtungen.

2) Personen mit den Geschlechtsangaben „divers“ und „ohne Angabe“ (nach § 22 Absatz 3 PStG) sind in Geheimhaltungsfällen per Zufallsprinzip dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugeordnet.

3) Wissenschaftliches und künstlerisches Personal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal); Berechnung der Vollzeitäquivalente (VZÄ) anhand der Angaben zum tatsächlichen Arbeitszeitanteil des hauptberuflichen Personals.

54. Öffentliche Ausgaben für Hochschulen (finanzstatistische Daten und Kennzahlen)

Land	Laufende Ausgaben (Grundmittel) ¹⁾ der Hochschulen ²⁾ insgesamt für Lehre und Forschung			Laufende Ausgaben (Grundmittel) je studierender Person ³⁾			Veränderung der laufenden Ausgaben (Grundmittel) für Hochschulen		Ausgaben für Hochschu- len (ISCED 5 bis 8) ⁴⁾ je studierender Person	Quotient Ausgaben für Hochschulen (ISCED 5 bis 8)/BIP ⁵⁾
	2017	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021	2021	
	in Mio. Euro			Euro			%		Euro	%
Baden-Württemberg	2.936	3.545	3.545	8.227	10.106	10.082	+20,8	-0,0	16.800	1,3
Bayern	3.254	4.010	4.287	8.538	10.181	11.007	+31,7	+6,9	16.300	1,1
Berlin	1.200	1.484	1.554	6.519	7.531	8.074	+29,5	+4,7	15.100	1,9
Brandenburg	409	476	499	8.279	8.869	9.248	+22,0	+5,0	16.000	1,2
Bremen	171	224	251	4.693	6.231	6.959	+46,7	+12,0	16.400	1,9
Hamburg	692	902	944	6.765	8.280	8.582	+36,4	+4,6	15.900	1,4
Hessen	1.620	1.966	1.959	6.319	7.718	7.885	+20,9	-0,3	13.300	1,3
Mecklenburg-Vorpommern	340	380	418	9.007	10.212	11.367	+22,7	+9,9	17.400	1,4
Niedersachsen	2.053	2.159	2.139	9.904	11.066	11.040	+4,2	-0,9	18.000	1,3
Nordrhein-Westfalen	4.505	5.636	5.855	5.634	7.116	7.577	+30,0	+3,9	14.100	1,5
Rheinland-Pfalz	873	992	1.083	7.108	8.222	9.312	+24,1	+9,1	13.300	1,2
Saarland	227	303	319	7.245	9.549	10.295	+40,2	+5,1	15.200	1,5
Sachsen	936	1.144	1.159	8.624	10.927	11.315	+23,9	+1,4	19.600	1,8
Sachsen-Anhalt	500	659	624	9.160	12.012	10.632	+24,8	-5,2	17.300	1,6
Schleswig-Holstein	500	676	709	8.094	10.019	10.757	+41,7	+4,9	16.000	1,2
Thüringen	473	464	473	9.492	3.362	3.048	-0,0	+1,9	11.900	2,1
Deutschland	20.689	25.019	25.817	7.285	8.520	8.858	+24,8	+3,2	15.400	1,4

1) Grundmittel sind der Teil der Hochschuleausgaben, den der jeweilige Hochschulträger und der Bund (ab dem Berichtsjahr 2019) den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellten.

2) Ausgaben in einem Land (nicht des Landes).

3) Laufende Ausgaben (Grundmittel) je im Wintersemester in einem Fachstudium immatrikulierten Studierenden, ohne Beurlaubte, Studienkollegiaten und Gasthörer/-innen (nationale Kennzahlen).

4) Grund- und Drittmittel (internationale Kennzahlen): Ausgaben für Forschung, Lehre und zusätzliche Dienstleistungen (z. B. Studierendenwerke) insgesamt für alle Abschlusslevel im Hochschulbereich nach dem International Standard Classification of Education (ISCED-2011 Level 5 bis 8); Ausgaben gerundet auf volle 100 Euro.

5) Bruttoinlandsprodukt.

55. Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE)

Land	Ausgaben für Forschung und Entwicklung ¹⁾			Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Einwohner/-in			Veränderung der Ausgaben für FuE		Quotient Ausgaben für FuE/BIP ²⁾ 2023
	2018	2022	2023	2018	2022	2023	2023/2018	2023/2022	
	in Mio. Euro			Euro			%		
Baden-Württemberg	29.179	32.526	36.092	2.640	2.926	3.222	+23,7	+11,0	5,7
Bayern	19.689	24.388	26.406	1.510	1.868	2.011	+34,1	+8,3	3,4
Berlin	5.111	5.771	6.079	1.410	1.602	1.666	+18,9	+5,3	3,1
Brandenburg	1.220	1.495	1.426	487	589	560	+16,9	-4,6	1,5
Bremen	947	1.183	1.145	1.391	1.707	1.637	+20,9	-3,2	2,8
Hamburg	2.635	3.089	4.072	1.437	1.702	2.211	+54,5	+31,8	2,6
Hessen	8.622	10.105	10.684	1.379	1.626	1.710	+23,9	+5,7	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	810	942	808	503	598	512	-0,2	-14,2	1,4
Niedersachsen	9.316	9.153	10.102	1.168	1.151	1.264	+8,4	+10,4	2,7
Nordrhein-Westfalen	15.189	17.628	19.386	848	985	1.078	+27,6	+10,0	2,3
Rheinland-Pfalz	3.680	4.826	6.434	902	1.178	1.563	+74,8	+33,3	3,6
Saarland	624	745	688	629	739	680	+10,3	-7,7	1,6
Sachsen	3.595	4.412	3.569	882	1.091	881	-0,7	-19,1	2,3
Sachsen-Anhalt	980	1.176	1.135	443	547	529	+15,8	-3,5	1,4
Schleswig-Holstein	1.556	1.913	1.870	538	653	635	+20,2	-2,2	1,5
Thüringen	1.424	1.960	1.993	664	928	942	+40,0	+1,7	2,6
Deutschland ³⁾	104.669	121.421	132.008	1.263	1.466	1.586	+26,1	+8,7	3,2

1) Interne Ausgaben der Sektoren Staat und private Institutionen ohne Erwerbszweck sowie Hochschulen (interne FuE-Aufwendungen) und Wirtschaft.

2) Bruttoinlandsprodukt.

3) Einschließlich nicht auf die Länder aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

56. Öffentliche Ausgaben für Kultur – Grundmittel

Land	Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche ¹⁾			Öffentliche Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche je Einwohner/-in			Veränderung der öffentlichen Ausgaben		Quotient Ausgaben für Kultur/BIP ⁴⁾ 2021
	2016 ²⁾	2020 ³⁾	2021 ³⁾	2016	2020	2021	2021/2016	2021/2020	
	in Mio. Euro			Euro			%		
Baden-Württemberg	1.450	1.722	1.728	133	155	156	+19,2	+0,4	0,3
Bayern	1.733	2.297	2.284	135	175	174	+31,8	-0,6	0,3
Berlin	719	983	1.035	203	268	282	+43,9	+5,3	0,6
Brandenburg	269	352	353	108	139	139	+30,8	+0,2	0,4
Bremen	118	141	141	174	207	209	+19,9	+0,3	0,4
Hamburg	473	449	461	263	243	249	-2,7	+2,6	0,3
Hessen	765	883	889	124	140	142	+16,2	+0,7	0,3
Mecklenburg-Vorpommern	188	247	272	117	154	169	+44,3	+9,9	0,5
Niedersachsen	740	908	878	93	114	110	+18,7	-3,3	0,3
Nordrhein-Westfalen	1.877	2.450	2.551	105	137	142	+35,9	+4,1	0,3
Rheinland-Pfalz	356	388	402	88	95	98	+12,9	+3,7	0,2
Saarland	87	101	106	87	102	108	+22,2	+5,3	0,3
Sachsen	888	1.050	1.021	218	259	252	+14,9	-2,8	0,7
Sachsen-Anhalt	356	449	445	159	205	205	+25,0	-0,8	0,7
Schleswig-Holstein	228	304	294	79	105	101	+28,7	-3,4	0,3
Thüringen	353	423	448	164	199	212	+26,8	+6,0	0,7
Deutschland ⁵⁾	12.846	17.132	17.724	156	206	213	+38,0	+3,5	0,5

1) Revidierte Zeitreihe, Daten weichen daher von den Angaben früherer Kulturfinanzberichte ab. Zu den kulturnahen Bereichen gehören Ausgaben für Volkshochschulen und sonstige Weiterbildung, kirchliche Angelegenheiten sowie Rundfunkanstalten und Fernsehen.

2) Vorläufige IST-Werte, Stand Dezember 2020.

3) Vorläufige IST-Werte, Stand Dezember 2024.

4) Bruttoinlandsprodukt.

5) Summe der Grundmittel der Länder plus Bundesmittel in Höhe von 2.244 Mio. Euro im Jahr 2016, 3.986 Mio. Euro im Jahr 2020 und 4.416 Mio. Euro im Jahr 2021.

Umwelt und Energie

- Das durchschnittliche Pro-Kopf-Aufkommen an Haushaltsabfällen übertraf das deutschlandweite Aufkommen um 45 kg.
- Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in Niedersachsen kletterte 2022 auf 61,6 % (+10 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr). Aus erneuerbaren Energien wurden im Vergleich zum Vorjahr 5,0 % mehr Strom erzeugt.
- Der Anteil reiner Elektro-Pkw am Pkw-Bestand insgesamt betrug Ende 2024 in Niedersachsen 3,5 % und war damit etwas höher als im Bundesdurchschnitt (3,3 %).
- Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2020 bis 2023 bei 5,8 ha pro Tag und damit über dem ab 2030 angestrebten Ziel von 4 ha pro Tag.

Wichtige Ergebnisse

Aufkommen an Haushaltsabfällen im Jahr 2023 leicht rückläufig

Haushaltsabfälle T58

Zum Haushaltsabfall gehören Haus- und Sperrmüll, Bioabfälle sowie getrennt gesammelte Abfälle zur Verwertung (Wertstoffe), z. B. Verpackungen, Glas und Papier, Pappe und Karton.

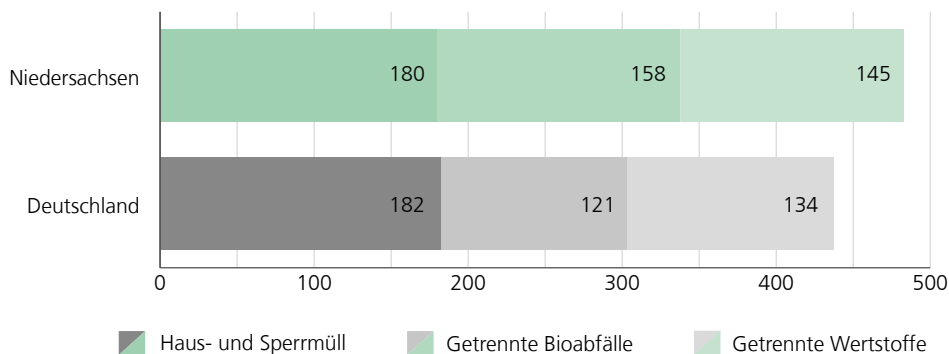
Die öffentlich-rechtliche Abfallentsorgung ist bundesweit unterschiedlich gut ausgebaut und verschieden über Holsysteme und Sammelstellen organisiert. Aus diesem Grund gibt es zum Teil große Unterschiede bei dem erfassten Aufkommen an Haushaltsabfällen, die u. a. verschiedene Anteile hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle enthalten.

Das Haushaltsabfallaufkommen, hauptsächlich bestehend aus Haus- und Sperrmüll, Bioabfällen und sonstigen getrennten Wertstoffen, sank in Niedersachsen 2023 gegenüber 2022 um 1,0 % auf 3,89 Mio. Tonnen. Das durchschnittliche Haushaltsabfallaufkommen je Einwohnerin und Einwohner in Niedersachsen lag 2023 mit 485 kg etwa auf dem Niveau von 2021 (482 kg). Bundesweit stieg das Pro-Kopf-Aufkommen um 2 Kilogramm auf 440 kg im Jahr 2023. Im Ländervergleich sammelte Niedersachsen 2023 pro Kopf die zweithöchste Abfallmenge (485 kg) nach Rheinland-Pfalz (489 kg); die niedrigste Menge verzeichnete Berlin (364 kg).

Im Jahr 2023 wurden in Niedersachsen 45 kg mehr Haushaltsabfälle pro Kopf registriert als im Bundesdurchschnitt. Ein wichtiger Grund für das hohe Haushaltsabfallaufkommen in Niedersachsen ist die stark ausgeprägte Erfassung der Bioabfallaufkommen. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz verpflichtet die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger dazu, biologisch abbaubare Garten-, Park- und Friedhofsabfälle sowie Nahrungs- und Küchenabfälle aus Haushaltungen getrennt zu sammeln und zu verwerten.

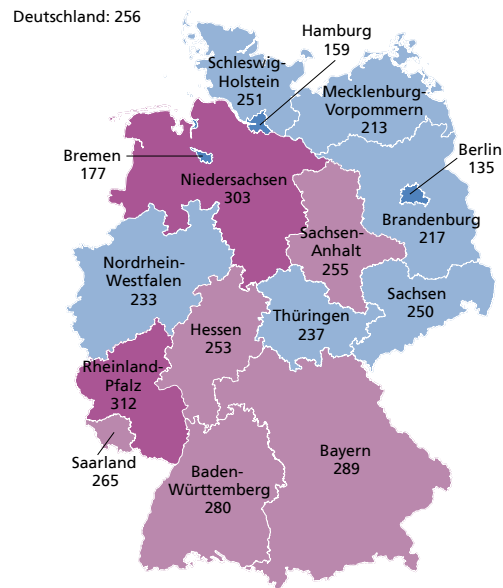
Haushaltsabfälle – getrennte Wertstoffe pro Kopf T58

Aufkommen Haushaltsabfälle je Einwohnerin und Einwohner (31.12.) 2023 – Haus- und Sperrmüll, getrennte Bioabfälle, getrennte Wertstoffe – Kilogramm



Die zusammengefasste Menge der getrennt gesammelten Bioabfälle und Wertstoffe je Einwohnerin und Einwohner lag in Niedersachsen im Jahr 2023 bei 303 kg (2022: 302 kg) und übertraf deutlich den Bundesdurchschnitt von 256 kg; am niedrigsten war diese Menge in Berlin (135 kg je Einwohnerin und Einwohner) und am höchsten in Rheinland-Pfalz (312 kg je Einwohnerin und Einwohner).

■ **Aufkommen an Haushaltsabfällen: getrennt gesammelte Bioabfälle und Wertstoffe je Einwohnerin und Einwohner 2023 – Kilogramm**



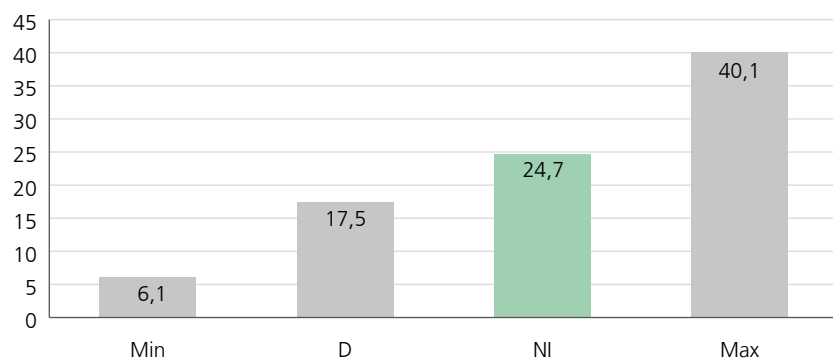
Primärenergieverbrauch: erneuerbare Energien
T59

Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch 2022 gestiegen

Der Primärenergieverbrauch ist der Einsatz der ursprünglichen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas, Windkraft, Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft) vor der Umwandlung beispielsweise in Strom oder Wärme. Durch Verluste bei ihrer Umwandlung (z. B. in Kraftwerken, Heizwerken, Raffinerien) in Sekundärenergieträger (z. B. Strom, Wärme, Kraftstoffe) ist der Primärenergieverbrauch größer als der Endenergieverbrauch.

Der Primärenergieverbrauch in Niedersachsen sank 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 9,3 % auf 329.544 Mio. kWh. Ein wichtiger Grund für den Rückgang war die Einstellung des Leistungsbetriebs im Kernkraftwerk Grohnde zum 31.12.2021. Die verbrauchten erneuerbaren Energien stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,7 % auf 81.507 Mio. kWh, bundesweit lag der Verbrauch erneuerbarer Energien nur in Bayern höher (111.095 Mio. kWh). In Niedersachsen wurden 2022 damit 24,7 % des Primärenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energieträgern gedeckt, das waren 3,3 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2021 und 7,2 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt (17,5 %). Die wesentlichen Beiträge dazu leisteten in Niedersachsen Windkraft (Onshore und Offshore), gefolgt von Biomasse und Solarenergie.

■ **Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch 2022¹⁾ – Prozent**



1) Soweit Werte verfügbar.

Stromerzeugung: erneuerbare Energien
T60

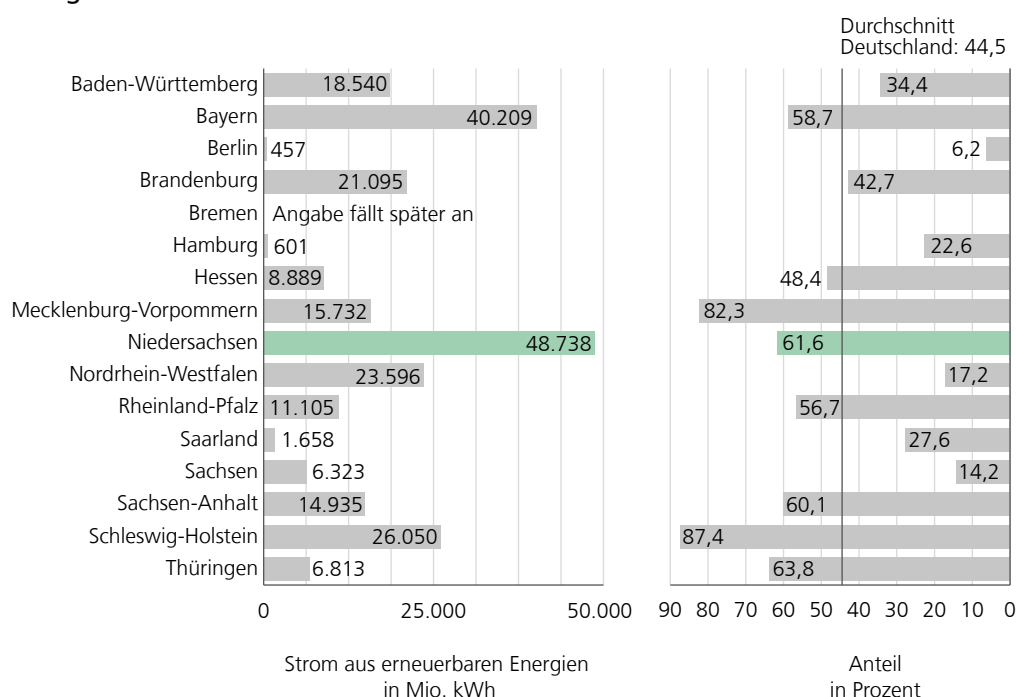
Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung 2022 bei 61,6 %

Im Jahr 2022 wurden in Niedersachsen insgesamt rund 79.100 Mio. kWh Strom erzeugt. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Rückgang der Stromerzeugung insgesamt von 12,0 %

(2023: 89.900 Mio. kWh). Dagegen stieg die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien (Windkraft, Biomasse, Photovoltaik, Wasserkraft) 2022 gegenüber 2021 um 5,0 %. Mit gut 48.700 Mio. kWh belegte Niedersachsen auch 2022 den ersten Platz bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, vor Bayern (rund 40.200 Mio. kWh), Schleswig-Holstein (rund 26.100 Mio. kWh) und Nordrhein-Westfalen (rund 23.600 Mio. kWh).

Der hohe Anstieg bei dem Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromerzeugung in Niedersachsen von 2021 (51,6 %) auf 2022 (61,6 %) ist mit dem Rückgang der Kernenergie und somit der Gesamtstromerzeugung 2022 zu erklären. Höhere Anteile als Niedersachsen erreichten 2022 nach den vorliegenden Daten die Länder Schleswig-Holstein (87,4 %), Mecklenburg-Vorpommern (82,3 %) und Thüringen (63,8 %).

■ Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie Anteil an Stromerzeugung insgesamt 2022 – Mio. kWh bzw. Prozent



Energiebedingte CO₂-Emissionen 2022: Ein Viertel Einsparung verglichen mit 1990

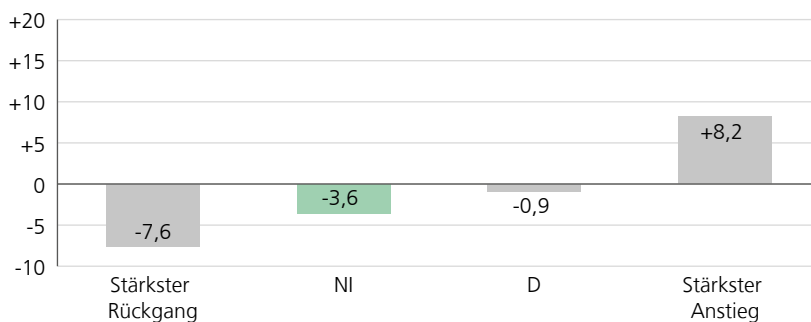
Energiebedingte CO₂-Emissionen T61

Grundlage der Berechnungen sind die Verbrauchsmengen je eingesetztem fossilen Energieträger und ihr jeweiliger Kohlenstoffgehalt. Die Entwicklung der CO₂-Emissionen ist vor dem Hintergrund internationaler Vereinbarungen zum Klimaschutz (Kyoto- und Folge-Abkommen) zu sehen. Die Höhe der Emissionen hängt unmittelbar von der Entwicklung des Energieverbrauchs und damit von Konjunktur und Witterungsverhältnissen ab.

Aus der Energiebereitstellung der Kraftwerke (Energieumwandlung) und dem Endenergieverbrauch in den Verbrauchssektoren Wirtschaft, Verkehr und Haushalte resultierten insgesamt rund 57,1 Mio. Tonnen energiebedingtes CO₂. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr (rund 59,2 Mio. Tonnen) betrug 3,6 % (Deutschland: -0,9 %). Das rechnerische CO₂-Aufkommen je Einwohnerin und Einwohner 2022 in Niedersachsen ging im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Tonnen auf 7,1 Tonnen zurück, damit lag Niedersachsen 0,4 Tonnen unter dem Bundesdurchschnitt von 7,5 Tonnen.

Der Rückgang der energiebedingten CO₂-Emissionen in Niedersachsen im Zeitraum 2017 bis 2022 betrug 11,5 %. Gegenüber dem im Kyoto-Protokoll festgelegten Referenzjahr 1990 (76,8 Mio. Tonnen) sanken in Niedersachsen die energiebedingten CO₂-Emissionen bis 2022 um 25,7 %.

■ Veränderung der CO₂-Emissionen aus Primärenergieverbrauch 2022 gegenüber 2021¹⁾ – Prozent



1) Soweit Werte verfügbar.

Elektro-Pkw (BEV)
T62

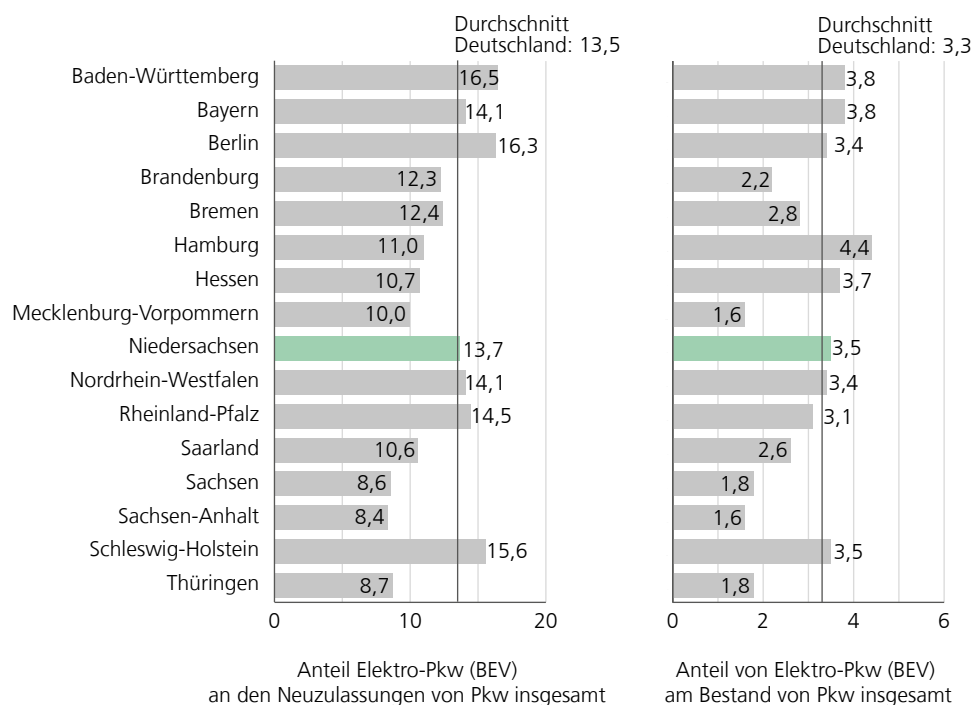
Weniger Neuzulassungen von Elektro-Pkw

Der Bestand und die Neuzulassungen von Pkw beziehen sich auf die für den Straßenverkehr zugelassenen Fahrzeuge laut Zentralem Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamtes (ausschließlich der außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge).

Personenkraftwagen mit ausschließlich elektrischer Energiequelle (BEV = Battery Electric Vehicle) werden im Folgenden auch als „reine Elektro-Pkw“ bezeichnet. Dagegen haben Pkw Plug-in-Hybride (PHEV = Plug-in-Hybrid Electric Vehicle) mindestens 2 unterschiedliche Energiewandler (Elektro- und Verbrennungsmotor) und 2 unterschiedliche Energiespeichersysteme, so dass der Akku selbstladend betrieben, aber auch extern über eine Steckdose aufgeladen werden kann.

Ende des Jahres 2024 waren in Deutschland gut 49,3 Mio. Personenkraftwagen (Pkw) zugelassen. Das waren 0,5 % mehr als Ende 2023. Darunter befanden sich 1,65 Mio. reine Elektro-Pkw (BEV) und gut 967.000 sogenannte Pkw Plug-In-Hybride (PHEV) mit Verbrennungsmotor, bei denen die Batterie auch über eine Steckdose aufgeladen werden kann. Da Hybrid-Modelle aus dem Kraftstoffanteil weiterhin CO₂ ausstoßen, besitzen reine Elektrofahrzeuge eine bessere Klimabilanz, wenn sie zumindest teilweise mit grünem Strom angetrieben werden. Der Anteil der Elektro-Pkw am gesamten Fahrzeugbestand betrug deutschlandweit Ende 2024 rund 3,3 %, das waren 0,4 Prozentpunkte mehr als Ende 2023. In Niedersachsen war der Anteil mit 3,5 % etwas höher (+0,5 Prozentpunkte).

■ Anteil reiner Elektro-Pkw (BEV) an den Neuzulassungen von Pkw insgesamt 2024 sowie am Bestand von Pkw insgesamt am 1.1.2025 – Prozent



In Deutschland wurden 2024 rund 380.000 Neuzulassungen reiner Elektro-Pkw (BEV) registriert, im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 27,4 %. In Niedersachsen sank die Zahl der neu zugelassenen reinen Elektro-Fahrzeuge im Jahr 2024 um 29,4 % auf rund 39.000 Pkw. Damit gab es Ende 2024 in Niedersachsen einen Bestand von knapp 176.800 reinen Elektro-Pkw; das entsprach einem Anteil von 10,7 % am deutschen Gesamtbestand.

Im Bundesdurchschnitt kamen Ende 2024 auf 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner 20 reine Elektro-Pkw. Im Ländervergleich gab es in Baden-Württemberg und Bayern (jeweils 24), Hessen (23) sowie Niedersachsen (22) die meisten Elektro-Pkw je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner und die wenigsten in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (jeweils 9).

Der Anteil der Neuzulassungen von reinen Elektro-Pkw in Niedersachsen an den Neuzulassungen von Pkw insgesamt lag Ende 2024 bei 13,7 % und damit 6,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert (20,3 %).

Waldzustand: jeder vierte Baum geschädigt

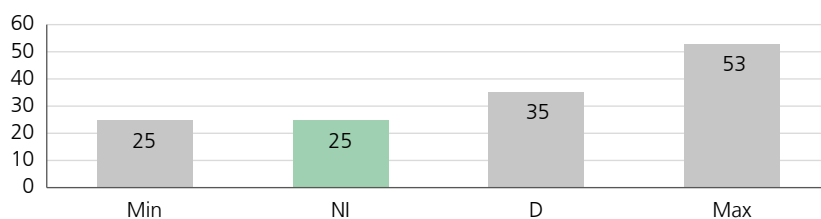
Waldzustand T63

Die Waldzustandserhebung nach dem Bundeswaldgesetz ist Teil des Umweltmonitorings. Die Daten der Länder für die Berichterstattung des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat, BMLEH, (Ergebnisse der Waldzustandserhebung) gewährleisteten bundesweit abgestimmte Erhebungsmethoden und Auswertungsansätze.

Die Erhebung erfolgt anhand einer Stichprobe von Baumgruppen. Dabei wird unterschieden in 4 Schadstufen: 1 schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2 mittelstarke und 3 starke Kronenverlichtung und 4 abgestorben. Die Schädigungen werden hauptsächlich am Blattverlust sowie an der Vergilbung der Blätter der Baumkronen festgemacht. Nadel- und Laubbäume sind – je nach Baumart – in unterschiedlichem Maße von Schäden betroffen, sodass die Zusammensetzung des gesamten Waldbestandes Einfluss auf den Anteil der Schädigungen haben kann. Auch die Lage hat – je nach Höhe – Einfluss auf den Eintrag der Schadstoffe. Fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit und Spätfrostschäden in Jungbeständen können zu Belastungen der Wälder führen.

Nach den Kriterien der Waldzustandserhebung hatten 2024 in Niedersachsen 25 % aller Waldbäume eine deutliche Kronenverlichtung (Schadstufen 2 bis 4), das war 1 Prozentpunkt mehr als 2023. Bundesweit blieb der Anteil der Bäume mit deutlicher Kronenverlichtung im Jahr 2024 mit 35 % im Vergleich zum Vorjahr konstant. Unter allen Ländern wies Niedersachsen den niedrigsten Anteil deutlich geschädigter oder abgestorbener Bäume aus. Die höchsten Anteile deutlich geschädigter oder abgestorbener Waldbäume am Bestand hatten 2024 die Flächenländer Rheinland-Pfalz (53 %), Thüringen (48 %), Baden-Württemberg (40 %) und Hessen (40 %). Der Anteil der Länder mit einem Anteil von 40 und mehr Prozent deutlich geschädigter oder abgestorbener Waldbäume, gemessen am Bestand der Waldfläche in Deutschland insgesamt, machte 2024 rund 35 % aus.

■ Waldzustand: Anteil der Bäume mit deutlicher Kronenverlichtung (alle Baumarten) 2024¹⁾ – Prozent



1) Ohne Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern.

Flächenverbrauch weiterhin zu hoch

Flächenverbrauch T64

Die Umnutzung landwirtschaftlicher oder naturbelassener Flächen in Siedlungs- und Verkehrsfläche wird als Flächenverbrauch bezeichnet. In der Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen (Juni 2017) wird angestrebt,

den mittleren Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf maximal 4 Hektar (ha) pro Tag zu begrenzen. Bundesweit soll gemäß Nationaler Nachhaltigkeitsstrategie (Weiterentwicklung 2021) der Flächenverbrauch bis dahin unter 30 ha pro Tag liegen.

Grundlage für die Ermittlung des Flächenverbrauchs ist die amtliche Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung. Seit dem 1.1.2016 basiert diese Statistik in allen Ländern auf dem Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®).

Mit der Umstellung vom Automatisierten Liegenschaftsbuch (ALB) auf ALKIS® sind Änderungen verbunden, die sich auf die Flächenerhebung und damit auf die Berechnungsgrundlage des Indikators Flächenverbrauch auswirken. Die räumliche Zuordnung der Nutzungsarten erfolgte beim ALB über Flurstücke, beim ALKIS® werden hingegen überwiegend Luftbilder ausgewertet. Die neue ALKIS®-Systematik orientiert sich stärker an der realen Bodennutzung. Außerdem sind die Nutzungsarten im ALKIS® nicht identisch mit denen aus dem ALB. Die Vermessungsverwaltungen haben deshalb im Rahmen des Umstellungsprozesses Flächen neu zugeordnet. Diese Neuzuordnungen waren bis 2016 noch nicht in allen Ländern abgeschlossen und wurden von 2017 bis 2019 weiter fortgesetzt. Seit 2019 sind alle Länder vollständig auf ALKIS® umgestellt. Wegen der auf die Umstellung zurückzuführenden Effekte sind Zeitvergleiche vor und nach 2016 nur eingeschränkt möglich.

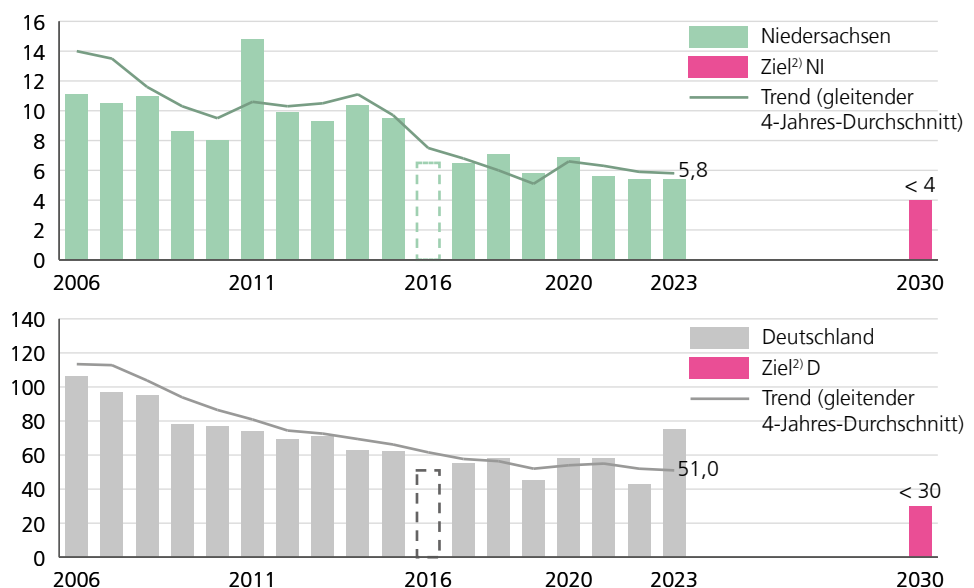
Mit dem Stichtag 31.12.2023 änderte sich das Lieferdatenformat seitens der Vermessungsverwaltungen der Länder. Die Katasterverwaltungen haben Ende 2023 zudem ihre Daten von Version 6.0 der Dokumentation zur Modellierung der Geoinformationen des amtlichen Vermessungswesens (GeoInfoDok) in das Anwendungsschema 7.1.2 der GeoInfoDok-NEU migriert. Die Daten ab 2023 sind mit den ALKIS®-Daten der Vorjahre aus methodischen Gründen daher nur eingeschränkt vergleichbar.

Der tägliche Flächenverbrauch wird deshalb wie auch zur Umstellung von ALB auf ALKIS® als gleitender 4-Jahres-Durchschnitt nachgewiesen. Auf Bundesebene wurden zusätzlich größere Neuzuordnungen weitestgehend herausgerechnet.

Ende 2023 wurden in Deutschland 14,2 % der gesamten Bodenfläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt. In Niedersachsen lag dieser Nutzungsanteil mit 14,3 % geringfügig über dem Bundeswert. Die niedersächsische Siedlungs- und Verkehrsfläche (6.819 km²) bestand ungefähr zu je einem Drittel aus Verkehrsfläche (37 %) und Wohnbaufläche (31 %) sowie sonstigen Siedlungsflächen (32 %), darunter fallen z. B. Industrie- und Gewerbeflächen, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen oder auch Friedhöfe.

Der Flächenverbrauch lag in Niedersachsen im vierjährigen Mittel von 2020 bis 2023 bei 5,8 ha pro Tag; bundesweit nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche im 4-Jahres-Durchschnitt täglich um rund 51 ha zu. Damit war der Flächenverbrauch weiterhin deutlich höher als die ab 2030 angestrebten Ziele von weniger als 4 ha pro Tag in Niedersachsen bzw. 30 ha pro Tag bundesweit.

■ Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche (Flächenverbrauch) in Niedersachsen und Deutschland 2023 sowie Vorjahre¹⁾ – Hektar pro Tag



1) Datenumstellung: Datenbasis ab Berichtsjahr 2016 ist das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS®).

2) Nachhaltigkeitsstrategie Niedersachsen, Juni 2017; Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Weiterentwicklung 2021.

Im Vergleich 2023 gegenüber 2022 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Niedersachsen um 0,3 % zu. Der Anstieg lag damit unter dem Bundesdurchschnitt (+0,5 %). Im Ländervergleich hatten Rheinland-Pfalz (+1,3 %) und Brandenburg (+1,1 %) den höchsten Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu wiesen mit Bremen (-0,2 %) und dem Saarland (-0,3 %) nur 2 Länder einen Rückgang aus.

Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche gering

Ökologischer Landbau
T65

Die Fläche von Betrieben mit ökologischer Wirtschaftsweise stieg in Niedersachsen von etwa 145.600 ha im Jahr 2020 auf rund 146.800 ha im Jahr 2023 (+0,8 %). Damit wurden 2023 insgesamt 5,7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) in Niedersachsen von Betrieben mit ökologischer Wirtschaftsweise bewirtschaftet. Im Vergleich der Länder war dies weiterhin der geringste Anteil, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 6,1 % der LF. Beide Länder sind geprägt von einer stark konventionell ausgerichteten Erzeugungsstruktur, hohen Viehdichten und überdurchschnittlich hohen Pachtpreisen. Hohe Anteile ökologisch bewirtschafteter Flächen waren aufgrund der guten Absatzmöglichkeiten in den Stadtstaaten Bremen (33,3 %) und Berlin (15,8 %) zu finden. Von den Flächenländern ragten das Saarland mit 19,4 % und Brandenburg mit 17,6 % ökologisch bewirtschafteter LF heraus. Bundesweit wurden 11,2 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Regelungen der EU-Öko-Verordnung oder weitergehenden Vorschriften (Demeter, Bioland etc.) bewirtschaftet.

Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche stieg 2023 gegenüber 2020 in 14 der 16 Länder, bundesdurchschnittlich um 1,3 Prozentpunkte. Der Anstieg war in Bremen (+10,5 Prozentpunkte) und Brandenburg (+4,2 Prozentpunkte) am stärksten. In Niedersachsen und dem Stadtstaat Berlin blieb die Fläche nahezu unverändert.

86,9 % der niedersächsischen Betriebe mit ökologisch bewirtschafteter landwirtschaftlich genutzter Fläche betrieben diese 2023 vollständig ökologisch. In der Viehhaltung waren es 90,1 % der ökologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe, die ihre Tiere vollständig ökologisch hielten.

Informationen:

Aufkommen an Haushaltsabfällen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Umwelt, Umweltökonomische Gesamtrechnungen > [Abfallwirtschaft > Publikationen](#) > Abfallentsorgung > Statistischer Bericht – Abfallentsorgung
- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 32 Umwelt: [32121 Erhebung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung](#)

Primärenergieverbrauch, Stromerzeugung, energiebedingte CO₂-Emissionen:

- [Länderarbeitskreis Energiebilanzen](#)
- Veröffentlichungen anderer Länder:
 - Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern: Zahlen & Fakten > [Energie](#)
 - Thüringer Landesamt für Statistik: Informationen nach Themen > [Energie- und Wasserversorgung](#)
- Umweltbundesamt: Themen > Klima | Energie > [Treibhausgas-Emissionen](#) > Berichte und Daten

Elektro-Pkw:

- Kraftfahrt-Bundesamt: Statistik > Produkte der Statistik > Fahrzeuge > Neuzulassungen > [Kraftfahrzeuge nach Umwelt-Merkmalen \(FZ 14\)](#)
- Kraftfahrt-Bundesamt: Statistik > Produkte der Statistik > Fahrzeuge > Bestand > [Kraftfahrzeuge nach Umwelt-Merkmalen \(FZ 13\)](#)

Waldzustand:

- Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat: Themen > Wald > Wald in Deutschland > [Ergebnisse der Waldzustandserhebung 2024](#)
- Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt: Veröffentlichen > [Waldzustandsberichte](#)

Flächenverbrauch:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 33 Flächennutzung: [33111 Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung](#)
- LSN: Themen > Gebiet, Flächennutzung > Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung in Niedersachsen > [Statistische Berichte](#)

Ökologischer Landbau:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 41 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: 41141 Landwirtschaftszählung: Hauptehebung: [41141-0107: Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau, Fläche, Ökologisch bewirtschaftete Fläche: Bundesländer, Jahre, Bodennutzungsarten](#)

Autor und Autorin: Uwe Mahnecke, Karina Krampf

Tabellen Umwelt und Energie

57. Wasserverbrauch der öffentlichen Wasserversorgung

Land	Wasserabgabe ¹⁾ zum Letztverbrauch insgesamt		Darunter an Haushalte und Kleingewerbe ²⁾						
			Verbrauch		täglicher Pro-Kopf-Verbrauch der versorgten Einwohner/-innen			Veränderung des Pro-Kopf-Verbrauchs	
	2016	2022	2016	2022	2016	2019	2022	2022/2016	2022/2019
	in Mio. m³				Liter			%	
Baden-Württemberg	582	600	476	500	119	124	123	+3,6	-0,8
Bayern	758	780	609	657	131	134	136	+4,1	+1,5
Berlin	206	210	152	153	117	119	114	-2,7	-4,2
Brandenburg	117	126	100	108	111	120	118	+5,9	-1,7
Bremen	38	37	31	30	121	119	120	-0,8	+0,8
Hamburg	108	108	101	84	140	140	112	-19,9	-20,0
Hessen	320	323	283	288	127	129	127	+0,2	-1,6
Mecklenburg-Vorpommern	89	91	63	67	108	117	115	+7,0	-1,7
Niedersachsen	479	491	367	390	127	138	134	+5,6	-2,9
Nordrhein-Westfalen	1.077	1.034	861	867	133	138	135	+1,4	-2,2
Rheinland-Pfalz	224	234	179	196	119	126	129	+8,0	+2,4
Saarland	52	51	42	43	115	118	121	+5,4	+2,5
Sachsen	199	203	134	140	90	97	96	+6,6	-1,0
Sachsen-Anhalt	110	116	79	81	97	105	103	+6,4	-1,9
Schleswig-Holstein	166	169	126	127	129	129	129	+0,0	0
Thüringen	95	94	73	74	92	94	96	+4,1	+2,1
Deutschland	4.622	4.666	3.676	3.805	123	128	126	+2,7	-1,6

1) Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Sitz des Wasserversorgungsunternehmens.

2) Zum Kleingewerbe zählen z. B. Bäckereien, Friseursalons, Metzgereien, Arztpraxen.

58. Aufkommen an Haushaltsabfällen

Land	Aufkommen an Haushaltsabfällen ¹⁾				Darunter			Veränderung des Aufkommens an Haushaltsabfällen	
					Haus- und Sperrmüll	getrennte Bioabfälle ²⁾	getrennte Wertstoffe ³⁾		
	2018	2022	2023					2023/2018	2023/2022
	in 1.000 Tonnen		kg je Einwohner/-in am 31.12.				%		
Baden-Württemberg	4.869	4.713	4.654	414	133	137	143	-4,4	-1,2
Bayern	6.230	6.067	6.046	459	165	147	142	-2,9	-0,3
Berlin	1.358	1.340	1.333	364	229	36	98	-1,8	-0,5
Brandenburg	1.057	1.098	1.088	426	207	88	129	+3,0	-0,9
Bremen	289	280	280	398	220	74	103	-3,1	-0,3
Hamburg	788	749	750	405	244	52	107	-4,7	+0,2
Hessen	2.783	2.622	2.639	421	166	130	122	-5,2	+0,7
Mecklenburg-Vorpommern	704	694	693	439	226	82	130	-1,7	-0,3
Niedersachsen	4.087	3.925	3.886	485	180	158	145	-4,9	-1,0
Nordrhein-Westfalen	8.290	8.000	8.025	445	211	110	123	-3,2	+0,3
Rheinland-Pfalz	2.137	2.176	2.016	489	171	165	147	-5,7	-7,3
Saarland	473	444	447	441	175	121	143	-5,6	+0,6
Sachsen	1.362	1.611	1.612	398	146	75	175	+18,4	+0,1
Sachsen-Anhalt	994	971	971	453	197	120	135	-2,4	+0,0
Schleswig-Holstein	1.421	1.397	1.389	470	218	117	134	-2,3	-0,6
Thüringen	916	872	874	413	175	110	127	-4,6	+0,2
Deutschland	37.759	36.960	36.703	440	182	121	134	-2,8	-0,7

1) Ohne Elektro-/Elektronikaltgeräte.

2) Biotonne; biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle einschließlich Friedhofsabfällen.

3) Papier, Pappe, Karton (PPK); Kunststoffe; Holz; Metalle; gemischte Wertstoffe/Verpackungen (inkl. Leichtverpackungen), Verbunde; Glas; Textilien.

59. Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch

Land	Primärenergieverbrauch			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2017 ¹⁾	2021	2022		2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	in Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	396.087	364.995	359.507	64.006	13,0	17,2	17,8	+4,8	+0,6
Bayern	540.547	506.063	476.897	111.095	18,5	21,7	23,3	t	t
Berlin	74.734	66.045	62.764	3.889	4,2	5,8	6,2	+2,0	+0,4
Brandenburg	187.645	169.128	160.882	36.460	19,9	20,8	22,7	+2,7	+1,9
Bremen	44.919	36.811	t	t	6,0	7,7	t	t	t
Hamburg	75.118	64.284	59.665	3.618	4,1	5,9	6,1	+1,9	+0,2
Hessen	243.400	213.561	221.455	26.808	9,9	12,6	12,1	+2,2	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	49.940	t	t	t	38,4	t	t	t	t
Niedersachsen	367.566	363.280	329.544	81.507	19,0	21,4	24,7	+5,7	+3,3
Nordrhein-Westfalen	1.100.909	982.120	905.969	62.290	5,1	6,2	6,9	+1,8	+0,7
Rheinland-Pfalz	182.571	179.552	165.305	24.934	12,9	14,1	15,1	+2,2	+1,0
Saarland	t	55.099	52.265	3.667	t	6,8	7,0	t	+0,2
Sachsen	182.034	181.242	181.316	17.358	9,1	9,2	9,6	+0,5	+0,4
Sachsen-Anhalt	138.494	135.472	132.091	g	21,6	g	g	g	g
Schleswig-Holstein	106.285	122.188	92.057	36.903	29,9	28,0	40,1	+10,2	+12,1
Thüringen	67.698	65.214	64.021	16.662	26,3	22,5	26,0	-0,3	+3,5
Deutschland ²⁾	3.756.386	3.456.389	3.243.056	567.778	13,3	15,7	17,5	+4,2	+1,8

1) Revision ab 2022 bis Berichtsjahr 2018 aufgrund neuer Erkenntnisse zur Methodik, geänderter Datenlage durch Erschließung neuer Datenquellen sowie notwendiger Fehlerbereinigungen.

2) Die Absolutwerte für den Primärenergieverbrauch Deutschlands (AG Energiebilanzen) weichen aufgrund einer veränderten Berechnungsmethodik von der Summe der Länder ab.

Quellen (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Mai 2025; für Deutschland: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V., Stand Februar 2025

60. Stromerzeugung¹⁾ aus erneuerbaren Energien

Land	Stromerzeugung			Darunter aus erneuerbaren Energien	Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien			Veränderung des Anteils erneuerbarer Energien	
	2017	2021	2022		2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	in Mio. kWh				%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	60.444	50.590	53.899	18.540	27,1	35,8	34,4	+7,3	-1,4
Bayern	84.782	80.112	68.524	40.209	44,1	47,9	58,7	+14,6	+10,7
Berlin	7.835	8.168	7.411	457	4,9	5,5	6,2	+1,3	+0,6
Brandenburg	56.721	50.081	49.436	21.095	32,4	38,5	42,7	+10,3	+4,1
Bremen	8.763	4.734	t	t	9,2	18,1	t	t	t
Hamburg	10.938	2.815	2.657	601	4,8	21,1	22,6	+17,8	+1,5
Hessen	16.897	16.364	18.374	8.889	43,3	49,6	48,4	+5,1	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	15.834	18.843	19.113	15.732	71,9	77,8	82,3	+10,4	+4,6
Niedersachsen	86.802	89.906	79.131	48.738	45,6	51,6	61,6	+16,0	+10,0
Nordrhein-Westfalen	157.272	134.205	137.066	23.596	12,6	16,8	17,2	+4,6	+0,5
Rheinland-Pfalz	20.676	21.357	19.577	11.105	48,1	51,0	56,7	+8,6	+5,7
Saarland	7.180	4.519	6.011	1.658	19,2	32,7	27,6	+8,4	-5,1
Sachsen	43.591	40.010	44.413	6.323	13,6	15,2	14,2	+0,7	-1,0
Sachsen-Anhalt	26.801	24.973	24.843	14.935	53,3	56,6	60,1	+6,8	+3,6
Schleswig-Holstein	32.618	39.305	29.791	26.050	69,3	59,1	87,4	+18,2	+28,3
Thüringen	10.331	10.032	10.674	6.813	59,0	59,6	63,8	+4,8	+4,2
Deutschland	646.300	581.800	571.900	254.600	33,4	40,2	44,5	+11,1	+4,3

1) Einschließlich Eigenverbrauch der Anlagen.

Quellen (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand August 2025, Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern; Thüringer Landesamt für Statistik, für Deutschland: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V., Stand August 2025

61. Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz)¹⁾

Land	Energiebedingte CO ₂ -Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch insgesamt			Energiebedingte CO ₂ -Emissionen je Einwohner/-in (durchschnittliche Jahresbevölkerung)			Veränderung der CO ₂ -Emissionen aus Primärenergieverbrauch	
	2017 ²⁾	2021	2022	2017	2021	2022	2022/2017	2022/2021
	in 1.000 Tonnen (Gigagramm)			Tonnen			%	
Baden-Württemberg	69.888	62.399	63.064	6,4	5,6	5,7	-9,8	+1,1
Bayern	78.592	71.678	71.740	6,1	5,5	5,5	-8,7	+0,1
Berlin	16.707	13.496	12.838	4,6	3,7	3,5	-23,2	-4,9
Brandenburg	56.431	47.067	45.111	22,6	18,6	17,7	-20,1	-4,2
Bremen	13.443	g	t	19,8	g	t	t	t
Hamburg	16.634	10.367	9.768	9,1	5,6	5,3	-41,3	-5,8
Hessen	49.603	40.445	43.769	8,0	6,4	7,0	-11,8	+8,2
Mecklenburg-Vorpommern	9.797	t	t	6,1	t	t	t	t
Niedersachsen	64.492	59.190	57.074	8,1	7,4	7,1	-11,5	-3,6
Nordrhein-Westfalen	242.776	205.804	193.577	13,6	11,5	10,8	-20,3	-5,9
Rheinland-Pfalz	26.976	26.361	24.450	6,6	6,4	6,0	-9,4	-7,3
Saarland	g	13.792	13.779	g	14,0	13,8	t	-0,1
Sachsen	50.817	47.105	50.966	12,5	11,6	12,6	+0,3	+8,2
Sachsen-Anhalt	25.567	24.041	22.219	11,5	11,0	10,3	-13,1	-7,6
Schleswig-Holstein	18.079	16.672	16.160	6,3	5,7	5,5	-10,6	-3,1
Thüringen	10.420	10.348	9.880	4,8	4,9	4,7	-5,2	-4,5
Deutschland³⁾	732.494	630.475	624.690	8,9	7,6	7,5	-14,7	-0,9

1) Einschließlich Emissionen für ausgeführten Strom, ohne Emissionen für eingeführten Strom.

2) Revision ab 2022 bis Berichtsjahr 2018 aufgrund neuer Erkenntnisse zur Methodik, geänderter Datenlage durch Erschließung neuer Datenquellen sowie notwendiger Fehlerbereinigungen.

3) In Teilen abweichende Berechnungsmethodik der AG Energiebilanzen für Deutschland, daher weichen die Werte von der Summe der Länder ab.

Quellen (Absolutwerte): für die Länder: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, Stand Mai 2025; für Deutschland: Umweltbundesamt, Nationale Trendtabellen für die deutsche Berichterstattung atmosphärischer Emissionen 1990–2023, Januar 2025

62. Neuzulassungen und Bestand von Pkw mit ausschließlich elektrischer Energiequelle (BEV)

Land	Neuzulassungen von Elektro-Pkw (BEV) ¹⁾			Bestand ²⁾ Elektro-Pkw (BEV) je 1.000 Einwohner/-innen	Nachrichtlich: Bestand Pkw Plug-in Hybrid (PHEV) ³⁾ je 1.000 Einwohner/-innen	Anteil der Elektro-Pkw (BEV) an den Neuzulassungen von Pkw insgesamt			Anteil Elektro-Pkw (BEV) am Bestand Pkw insgesamt	Veränderung der Zahl der Neuzulassungen von Elektro-Pkw (BEV)	
	2019	2023	2024	1.1.2025	2019	2023	2024	1.1.2025	2024/2019	2024/2023	
	Anzahl					%					
Baden-Württemberg	10.223	84.491	66.479	24	14	2,0	20,8	16,5	3,8	+550,3	-21,3
Bayern	14.532	105.666	81.054	24	13	2,0	17,9	14,1	3,8	+457,8	-23,3
Berlin	2.588	14.710	10.247	11	8	3,0	17,9	16,3	3,4	+295,9	-30,3
Brandenburg	889	8.484	5.957	13	9	1,4	17,3	12,3	2,2	+570,1	-29,8
Bremen	380	2.835	2.302	12	9	1,8	16,1	12,4	2,8	+505,8	-18,8
Hamburg	1.395	13.186	10.077	19	13	1,0	14,0	11,0	4,4	+622,4	-23,6
Hessen	4.885	59.615	35.839	23	15	1,3	17,6	10,7	3,7	+633,7	-39,9
Mecklenburg-Vorpommern	388	3.986	2.866	9	6	1,0	14,3	10,0	1,6	+638,7	-28,1
Niedersachsen	6.347	55.518	39.179	22	10	1,7	20,3	13,7	3,5	+517,3	-29,4
Nordrhein-Westfalen	12.377	107.853	81.010	20	13	1,7	18,7	14,1	3,4	+554,5	-24,9
Rheinland-Pfalz	2.489	23.501	15.734	20	11	1,8	21,7	14,5	3,1	+532,1	-33,0
Saarland	412	4.577	3.006	17	11	1,0	16,3	10,6	2,6	+629,6	-34,3
Sachsen	1.298	11.889	7.801	10	7	1,1	13,3	8,6	1,8	+501,0	-34,4
Sachsen-Anhalt	630	5.683	3.869	9	7	1,1	13,0	8,4	1,6	+514,1	-31,9
Schleswig-Holstein	2.081	15.645	10.767	20	9	2,3	22,2	15,6	3,5	+417,4	-31,2
Thüringen	2.339	6.328	4.118	10	7	3,4	13,3	8,7	1,8	+76,1	-34,9
Deutschland	63.281	524.219	380.609	20	12	1,8	18,4	13,5	3,3	+501,5	-27,4

1) Fahrzeuge mit ausschließlich elektrischer Energiequelle: BEV = Battery Electric Vehicle.

2) Zum angegebenen Zeitzeitpunkt für den Straßenverkehr zugelassene Personenkraftwagen laut Zentralem Fahrzeugregister (ausschließlich der außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge).

3) PHEV = Plug-in-Hybrid Electric Vehicle. Hybrid-Fahrzeug mit mindestens 2 unterschiedlichen Energiewandlern und 2 unterschiedlichen Energiespeichersystemen, dessen Energiespeicher (Akku) extern aufgeladen werden kann.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg: Statistiken Fahrzeugzulassungen – Bestand an Kraftfahrzeugen nach Umwelt-Merkmalen (FZ 13), Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen nach Umwelt-Merkmalen (FZ 14); eigene Berechnungen

63. Waldzustand

Land	Anteile der Schadstufen 2 bis 4 (Kronenverlichtung 26 bis 100 %)¹)			Nachrichtlich: Waldfläche	Veränderung der Anteile der Schadstufen 2 bis 4		
	2019	2023	2024		2022	2024/2019	2024/2023
	%				km²	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	43	44	40	13.523	-3	-4	
Bayern	35	38	37	25.047	+2	-1	
Berlin	36	30	27	330	-9	-3	
Brandenburg	37	16	32	8.634	-5	+16	
Bremen	g	x	x	4	x	x	
Hamburg	x	x	x	56	x	x	
Hessen	38	40	40	8.483	+2	0	
Mecklenburg-Vorpommern	33	23	x	4.559	x	x	
Niedersachsen	27	24	25	9.391	-2	+1	
Nordrhein-Westfalen	42	39	39	8.161	-3	0	
Rheinland-Pfalz	37	46	53	7.553	+16	+7	
Saarland	39	51	45	806	+6	-6	
Sachsen	30	35	34	4.543	+4	-1	
Sachsen-Anhalt	28	29	27	4.287	-1	-2	
Schleswig-Holstein	30	24	33	1.651	+3	+9	
Thüringen	53	53	48	4.793	-5	-5	
Deutschland	36	35	35	101.820	-1	0	

1) Schadstufen: 1 schwache Kronenverlichtung (Warnstufe) sowie 2 mittelstarke und 3 starke Kronenverlichtung und 4 abgestorben (2 bis 4: deutliche Kronenverlichtung).

Quellen: Anteile der Schadstufen: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ergebnisse der Waldzustandserhebung; Waldfläche: Statistisches Bundesamt (Destatis), GENESIS-Online: Statistik (41161 Strukturhebung der Forstbetriebe)

64. Flächenverbrauch: Siedlungs- und Verkehrsfläche

Land	Siedlungs- und Verkehrsfläche am 31.12. ¹⁾			Anteil an Bodenfläche insgesamt	Flächen- verbrauch	Flächenverbrauch (gleitender 4-Jahres- Durchschnitt) ²⁾	Zu- und Abnahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche			
	2018	2022					2023	2020–2023	2023/2022	
	km²						%	ha pro Tag		km²
Baden-Württemberg	5.220	5.296	5.315	14,9	5,1	5,3	+18,7	+0,4		
Bayern	8.512	8.658	8.703	12,3	12,4	10,3	+45,2	+0,5		
Berlin	629	629	629	70,6	k	k	+0,1	+0,0		
Brandenburg	2.818	2.894	2.925	9,9	8,4	7,1	+30,6	+1,1		
Bremen	237	239	238	56,7	-0,2	0,1	-0,6	-0,2		
Hamburg	445	442	442	58,6	0,3	-0,2	+1,0	+0,2		
Hessen	3.366	3.375	3.374	16,0	-0,4	-0,1	-1,4	-0,0		
Mecklenburg-Vorpommern	1.940	1.950	1.952	8,4	0,7	1,0	+2,5	+0,1		
Niedersachsen	6.713	6.799	6.819	14,3	5,4	5,8	+19,6	+0,3		
Nordrhein-Westfalen	7.840	7.931	7.969	23,4	10,3	6,8	+37,4	+0,5		
Rheinland-Pfalz	2.848	2.931	2.971	15,0	10,8	7,8	+39,5	+1,3		
Saarland	550	557	555	21,6	-0,4	0,3	-1,5	-0,3		
Sachsen	2.478	2.557	2.568	13,9	2,8	4,8	+10,3	+0,4		
Sachsen-Anhalt	2.256	2.272	2.283	11,1	3,1	1,4	+11,3	+0,5		
Schleswig-Holstein	2.069	2.121	2.128	13,5	1,9	3,6	+6,8	+0,3		
Thüringen	1.897	1.912	1.918	11,8	1,6	0,9	+5,8	+0,3		
Deutschland	49.819	50.563	50.838	14,2	75,4	51,0	+275,2	+0,5		

1) Berechnet als Summe der Fläche für Siedlung ohne Abbauland (Nutzungsarten Bergbaubetrieb und Tagebau, Grube, Steinbruch) und Fläche für Verkehr; Ergebnisse der Flächenerhebungen nach Art der tatsächlichen Nutzung (Stichtag 31.12.) auf Basis des Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssystem ALKIS®.

2) Der „tägliche Flächenverbrauch“ wird als gleitender 4-Jahres-Mittelwert für die Länder angegeben. Das Statistische Bundesamt (Destatis) berechnet diese für Deutschland mit methodisch bereinigten Werten der Siedlungs- und Verkehrsflächen. Stand: August 2025.

Quellen: Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder (UGRdL); Statistisches Bundesamt (Destatis), GENESIS-Online: Statistik (33111 tatsächliche Nutzungsarten)

65. Ökologischer Landbau

Land	Ökologisch bewirtschaftete Fläche ¹⁾			Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche an landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) insgesamt			Veränderung des Anteils der ökologisch bewirtschafteten Fläche	
	2016	2020	2023	2016	2020	2023	2023/2016	2023/2020
	in 1.000 ha			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	138,5	182,1	196,0	9,8	12,9	14,0	+4,2	+1,0
Bayern	261,0	376,4	423,0	8,4	12,1	13,7	+5,4	+1,6
Berlin	0,3	0,3	0,3	15,6	15,8	15,8	+0,2	-0,0
Brandenburg	137,6	175,2	228,4	10,5	13,4	17,6	+7,1	+4,2
Bremen	1,4	1,8	2,6	17,7	22,8	33,3	+15,7	+10,5
Hamburg	1,2	1,3	1,4	8,1	8,9	10,0	+1,9	+1,1
Hessen	89,7	116,0	118,1	11,7	15,2	15,4	+3,7	+0,2
Mecklenburg-Vorpommern	126,3	164,3	199,7	9,4	12,2	14,8	+5,5	+2,6
Niedersachsen	90,5	145,6	146,8	3,5	5,7	5,7	+2,2	+0,0
Nordrhein-Westfalen	61,9	84,8	91,2	4,3	5,8	6,1	+1,8	+0,4
Rheinland-Pfalz	61,3	82,2	88,3	8,8	11,8	12,4	+3,6	+0,6
Saarland	11,8	13,4	14,1	15,1	18,1	19,4	+4,3	+1,3
Sachsen	42,3	71,6	85,4	4,7	8,0	9,5	+4,8	+1,5
Sachsen-Anhalt	60,1	106,1	117,1	5,1	9,1	10,2	+5,0	+1,0
Schleswig-Holstein	41,4	65,4	77,2	4,2	6,7	7,9	+3,7	+1,2
Thüringen	36,7	51,0	63,0	4,7	6,6	8,2	+3,5	+1,6
Deutschland	1.161,9	1.637,5	1.852,7	7,0	9,9	11,2	+4,2	+1,3

1) Nachgewiesen wird die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) der ökologisch wirtschaftenden Betriebe, unabhängig davon, ob sie bereits umgestellt ist oder sich in Umstellung befindet.

Soziales, Sicherheit

- Die Armutsgefährdungsquote Niedersachsens lag 2024 mit 16,6 % geringfügig über dem Vorjahreswert (+0,2 Prozentpunkte).
- Im Dezember 2024 lebten in Niedersachsen rund 546.400 Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, ein Rückgang um 3,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat (Deutschland: -0,6 % auf 5,69 Mio.).
- Die Zahl der Pflegebedürftigen stieg in Niedersachsen von 2021 zu 2023 um 14,8 % auf 623.000 Personen (Deutschland: +14,7 % auf 5,7 Mio.).
- Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr ging in Niedersachsen 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 % zurück auf rund 41.400 (Deutschland: -0,4 % auf knapp 367.800).

Wichtige Ergebnisse

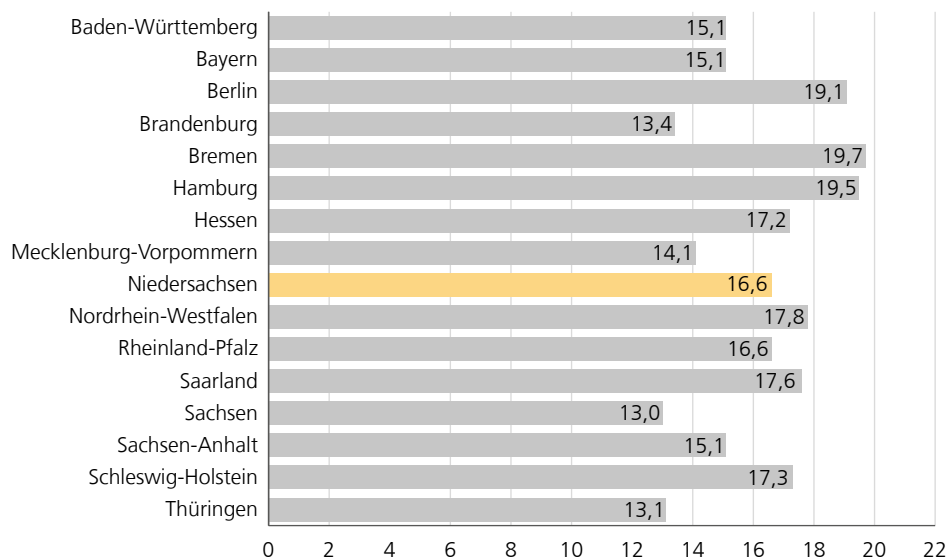
Armutsgefährdung 2024 in Niedersachsen gegenüber Vorjahr kaum verändert

Armutsgefährdungsquote T66

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren monatliches Nettoeinkommen auch nach Erhalt von Transferzahlungen weniger als 60 % des Median-Einkommens beträgt (hier gemessen am jeweiligen Landeswert). Der entsprechende Wert wird als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Das Median-Einkommen ist das Einkommen, das sich genau in der Mitte der betrachteten und nach Größe sortierten Einkommen befindet. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2024 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 1.284 Euro, für einen Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren bei 2.697 Euro. Bei Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren waren es 1.669 Euro.

2024 galten in Niedersachsen 1,3 Mio. Menschen als armutsgefährdet, was einer Armutsgefährdungsquote von 16,6 % entsprach (Frauen: 17,7 %, Männer: 15,4 %). Im Jahr zuvor lag die Quote nach den Endergebnissen des Mikrozensus mit 16,4 % leicht darunter. Auf Länderebene reichte die Spanne 2024 von 13,0 % in Sachsen bis 19,7 % in Bremen. Auch die anderen Stadtstaaten Hamburg (19,5 %) und Berlin (19,1 %) wiesen, wie in den Jahren zuvor, mit die höchsten Quoten auf. Dagegen war die Armutsgefährdung in den ostdeutschen Ländern neben Bayern und Baden-Württemberg mit Quoten bis 15,1 % auch 2024 mit am niedrigsten.

Armutsgefährdungsquoten 2024 – Prozent

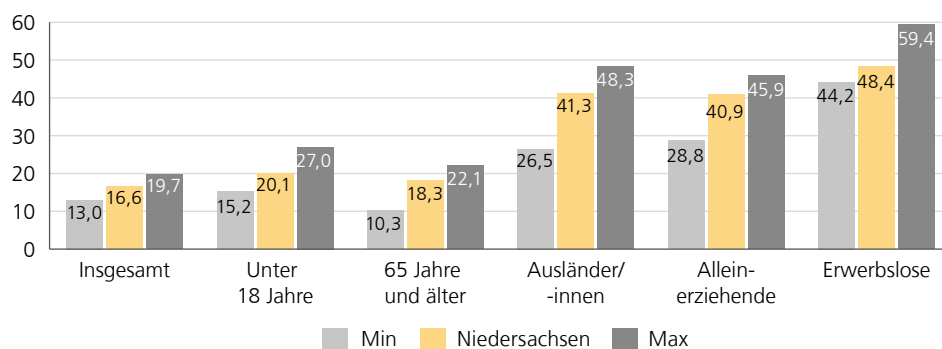


Die Armutsgefährdung der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren war in Niedersachsen mit 20,1 % niedriger als in den 3 Jahren zuvor, gegenüber 2023 waren es 0,3 Prozentpunkte weniger. Sachsen (15,2 %), Mecklenburg-Vorpommern (15,3 %) und Bayern (16,2 %) wiesen hier die niedrigsten Quoten auf. Die höchste Armutsgefährdung unter Minderjährigen verzeichnete Bremen mit einer Quote von 27,0 %, gefolgt vom Saarland (25,0 %) und Hamburg (24,9 %).

Die Armutsgefährdung im Alter ab 65 Jahren erreichte in Niedersachsen mit 18,3 % einen Höchstwert, der Anstieg gegenüber 2023 war mit 0,4 Prozentpunkten zudem überdurchschnittlich hoch. Bayern wies in dieser Altersgruppe mit 22,1 % die höchste Armutsgefährdung auf und Sachsen mit 10,3 % die niedrigste.

2024 waren Alleinerziehende weiterhin in besonderem Maße armutsgefährdet. In Niedersachsen betrug ihre Armutsgefährdungsquote 40,9 %. Ein ähnlich hohes Risiko bestand bei ausländischen Staatsangehörigen mit einer Quote von 41,3 %. Unter den Erwerbslosen war in Niedersachsen nahezu jede zweite Person (48,4 %) armutsgefährdet.

■ Armutsgefährdungsquoten 2024 insgesamt sowie nach ausgewählten Merkmalen – Prozent

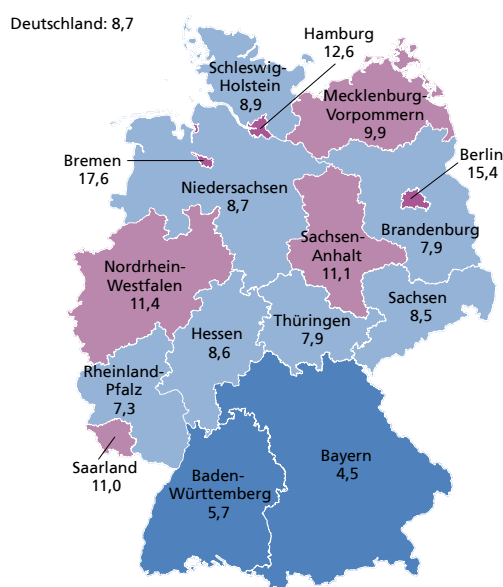


Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften T67

Rückgang der Zahl der SGB II-Beziehenden

Im Dezember 2024 lebten in Niedersachsen rund 546.400 Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, also in Haushalten mit Empfängerinnen und Empfängern von Bürgergeld. Das waren knapp 16.900 beziehungsweise 3,0 % weniger als im Vorjahresmonat und zugleich der stärkste Rückgang im Ländervergleich. Bundesweit betrug der Rückgang 0,6 %, damit erhielten 2024 insgesamt 5,69 Mio. Personen Bürgergeld. Einen Anstieg bei der Zahl der Leistungsbeziehenden von bis zu 1,1 % verzeichneten die 4 Länder Saarland, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern.

■ Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften je 100 Einwohnerinnen und Einwohner 2024 – Anzahl



Der Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften unterhalb der Renten-Regelaltersgrenze an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung lag in Niedersachsen im Dezem-

ber 2024 mit 8,7 % um 0,3 Prozentpunkte unter dem zensusrevidierten Vorjahreswert (Deutschland unverändert bei 8,7 %). Der Anteil der minderjährigen Kinder in Bedarfsgemeinschaften an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung verringerte sich im selben Zeitraum um 0,7 Prozentpunkte auf 13,1 % (Deutschland: -0,4 Prozentpunkte auf 13,0 %).

Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger 2023 leicht gestiegen

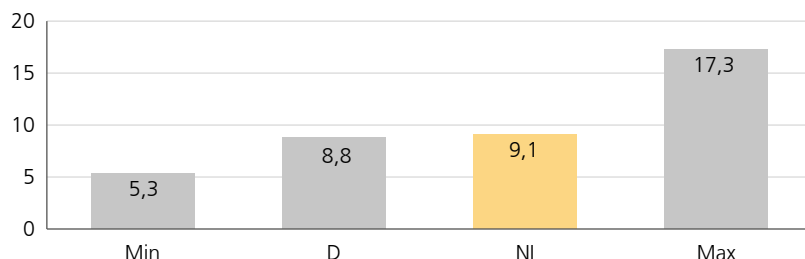
Soziale Mindestsicherung
T68

Die Zahl der Mindestsicherungsempfängerinnen und -empfänger umfasst neben den SGB II-Leistungen (Grundsicherung für Arbeitsuchende: ALG II und Sozialgeld; ab 2023 Bürgergeld), die Sozialhilfeleistungen nach SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Mindestsicherungszahlen geben Auskunft darüber, wie viele Menschen insgesamt auf existenzsichernde staatliche Hilfen angewiesen sind. In Niedersachsen haben Ende 2023 rund 726.400 Menschen Mindestsicherungsleistungen erhalten. Das waren 0,7 % mehr als im Jahr zuvor. Damit fiel der Anstieg deutlich moderater aus als von 2021 auf 2022, als die Zahl der Leistungsbeziehenden infolge der Fluchtbewegungen aus der Ukraine um etwa 10 Prozent gestiegen war. Der aktuelle Zuwachs geht vor allem auf höhere Empfängerinnen- und Empfängerzahlen bei den Asylbewerberleistungen sowie bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurück.

Die Mindestsicherungsquote, der Anteil der Leistungsbeziehenden an der Gesamtbevölkerung, lag Ende 2023 mit 9,1 % leicht über dem zensusrevidierten Vorjahreswert (9,0 %; Deutschland: 8,8 %; +0,1 Prozentpunkte). Die Spannweite der Mindestsicherungsquote reichte in den Ländern von 5,3 % in Bayern bis 17,3 % in Bremen.

Mindestsicherungsquote (Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.) 2023 – Prozent



Für 2024 lagen bei Redaktionsschluss aus der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder noch keine Zahlen für alle Länder zu den Empfängerinnen und Empfängern von Mindestsicherungsleistungen vor. Für Niedersachsen ergaben sich 709.140 Leistungsbeziehende. Die Zahl sank damit gegenüber dem Vorjahr um 2,4 %. Die Zahl der SGB II-Beziehenden nahm um 3,1 % weiter ab und die Zahl der Personen, die auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen sind, sank um 2,4 %. Ebenso zurück ging die Zahl derjenigen, die Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen haben (-7,7 %). Dagegen stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um 2,7 %.

Anstieg der Verbraucherinsolvenzen setzt sich fort

Verbraucherinsolvenzen
T69

Im Jahr 2024 gab es in Niedersachsen 10.551 Verbraucherinsolvenzen, was gegenüber 2023 einem Anstieg um 5,2 % entsprach. Bundesweit stieg die Zahl mit 6,5 % stärker an. Die Quote der Verbraucherinsolvenzen bezogen auf 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner fällt in Niedersachsen generell deutlich höher aus als im Bundesdurchschnitt. Je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es 2024 in Niedersachsen 13,2 Insolvenzen; wie in den Vorjahren war das hinter Bremen (16,5) abermals der zweithöchste Wert im Ländervergleich (Bundesdurchschnitt: 8,5).

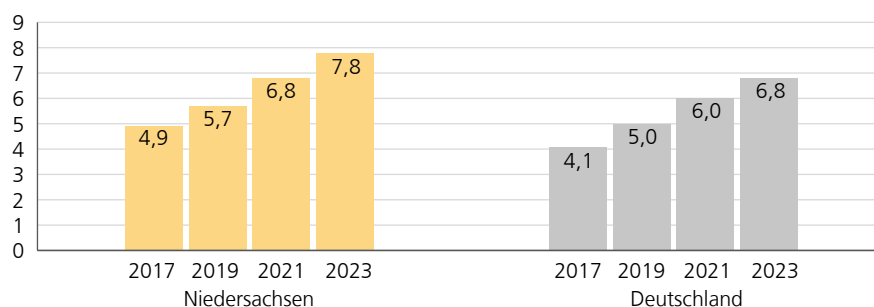
Stark steigende Zahl der pflegebedürftigen Bevölkerung

In der zweijährlichen Erhebung der Pflegestatistik werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2 bis 5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI). Zudem gilt seit 2017 ein neues Begutachtungsverfahren, bei dem der Grad der Selbstständigkeit eines Menschen Maßstab für die Pflegebedürftigkeit ist. Seither führt u. a. auch das Krankheitsbild der Demenz zur Zuerkennung eines Pflegegrades. Durch beide Erweiterungen werden seit 2017 deutlich mehr Pflegebedürftige in der Pflegestatistik ausgewiesen.

Im Jahr 2023 waren in Niedersachsen rund 623.000 Menschen pflegebedürftig. Das waren 14,8 % mehr als 2021 (zweijährliche Statistik) und 60,9 % mehr als 2017. Bundesweit stieg die Zahl im selben Zeitraum ähnlich stark an (+14,7 % und +66,6 %) auf rund 5,7 Mio. Pflegebedürftige.

In Niedersachsen wurde 2023 der größte Teil der Pflegebedürftigen (55,4 %; Deutschland: 54,5 %) zu Hause von Angehörigen oder von privat organisierter Hilfe versorgt. 18,6 % (Deutschland: 19,3 %) lebten mit Unterstützung eines ambulanten Pflegedienstes in den eigenen 4 Wänden und 15,0 % (Deutschland: 14,1 %) wurden in vollstationären Pflegeeinrichtungen betreut und versorgt.

■ Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern 2017, 2019, 2021 und 2023 – Prozent



Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Einwohnerinnen und Einwohnern erhöhte sich 2023 gegenüber 2021 in Niedersachsen um 1,0 Prozentpunkte auf 7,8 % (2017: 4,9 %). Im Ländervergleich war dies der siebthöchste Wert. Die Spanne reichte von 4,8 % in Bayern bis 9,5 % in Sachsen-Anhalt. Die ostdeutschen Flächenländer wiesen auch 2023 die höchsten Quoten auf. Grund dafür dürfte vor allem die demografische Zusammensetzung der Bevölkerung sein. Deutschlandweit lag die Pflegequote 2023 bei 6,8 % und damit 0,8 Prozentpunkte über dem Wert von 2021.

Anstieg der Zahl vorläufiger Schutzmaßnahmen setzt sich weiter deutlich fort

Bei einer vorläufigen Schutzmaßnahme ist das Jugendamt verpflichtet, Kinder und Jugendliche in Obhut zu nehmen, wenn sie darum bitten oder eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt ist zudem verpflichtet, ausländische Kinder oder Jugendliche in Obhut zu nehmen, die unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder deren Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.

Im Jahr 2023 wurden in Niedersachsen 6.398 Kinder und Jugendliche von den Jugendämtern in Obhut genommen. Das entspricht einem Anstieg um 15,9 % gegenüber 2022. Bundesweit stieg die Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen um 12,3 % auf 74.590. Je 10.000 Minderjährige wurden in Niedersachsen 47 Schutzmaßnahmen ergriffen, der Bundesdurchschnitt lag bei 53. Am niedrigsten war der Wert in Bayern (25), am höchsten in Bremen (130).

Am deutlichsten nahmen wie schon im Vorjahr die Fälle unbegleiteter Einreisen aus dem Ausland zu – um 80,5 % auf 2.688 Maßnahmen. Dieser Anlass war zugleich der häufigste

Grund für eine vorläufige Schutzmaßnahme. Dahinter folgten „Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils“ sowie „Sonstige Probleme“. An vierter Stelle standen zusammengefasst Fälle körperlicher und psychischer Misshandlung. Dabei können für eine Maßnahme mehrere Anlässe angegeben werden.

Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zurückgegangen

Bei Frauen aus Niedersachsen wurden 2024 mit 8.760 Schwangerschaftsabbrüchen 2,4 % weniger vorgenommen als im Vorjahr. Bundesweit lag die Zahl der Abbrüche bei 106.455 und damit 0,2 % geringfügig höher als 2023.

Bezogen auf 1.000 Geborene blieb die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Niedersachsen unverändert bei 133; 5 Jahre zuvor waren es 112. Bundesweit wurden 157 Abbrüche je 1.000 Geborene vorgenommen, 4 mehr als 2023. Die Spanne dieser Kennziffer reichte von 110 in Bayern bis 286 in Berlin. Wie in den Vorjahren wurde gut jeder fünfte Eingriff (20,2 %) von Frauen aus Niedersachsen in einem anderen Land vorgenommen, im Durchschnitt aller Länder war es nur etwa jeder 13. Eingriff (7,8 %).

Schwangerschaftsabbrüche

T72

Zahl der Straftaten zurückgegangen – weniger Wohnungseinbruchdiebstähle

Im Jahr 2024 erfasste die Polizei in Niedersachsen 529.264 Straftaten – das entspricht einem Rückgang von 4,3 % gegenüber dem Vorjahr. Bundesweit fiel der Rückgang mit 1,7 % geringer aus; insgesamt wurden 5,84 Mio. Straftaten registriert. Bezogen auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Niedersachsen etwa 6.600 Delikte verzeichnet. In 5 Ländern lag diese Häufigkeitszahl niedriger, während der Bundesdurchschnitt bei knapp 7.000 lag. Die Aufklärungsquote verbesserte sich in Niedersachsen gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 62,8 %. Sie lag zudem über der Quote im Bundesdurchschnitt von 58,0 %, die gegenüber 2023 um 0,4 Prozentpunkte zurückging.

Straftaten

T73

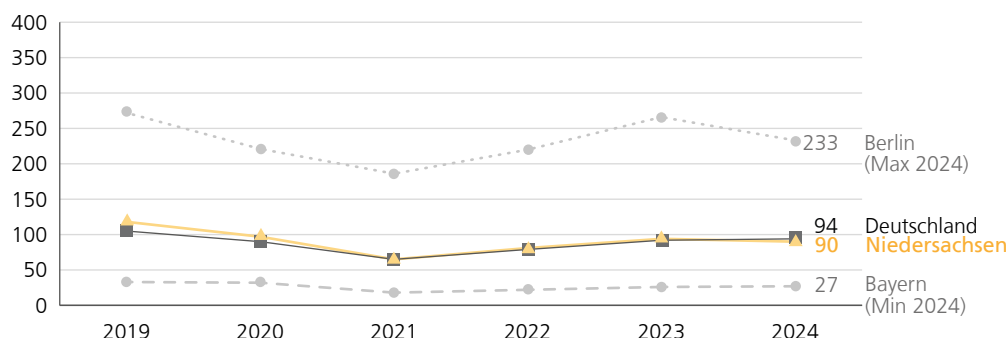
Besonders aussagekräftig ist die Häufigkeitszahl für den Wohnungseinbruchdiebstahl. Hier dürfte die „Dunkelziffer“ relativ gering sein. Zugleich ist ein Wohnungseinbruch ein Ereignis, das das Sicherheitsgefühl der Einbruchsopfer und deren Nachbarschaft tief beeinträchtigt. Die Zahl der Straftaten geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) hervor, die von den jeweiligen Landeskriminalämtern erhoben wird. In der PKS werden nur die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert. Die Erfassung erfolgt nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Abgabe der Anzeigen an die Staatsanwaltschaft.

Wohnungseinbruchdiebstahl

T73

In Niedersachsen wurden 2024 insgesamt 7.203 Wohnungseinbrüche registriert – ein Rückgang um 5,8 % gegenüber dem Vorjahr (2023: 7.646 Fälle). Bundesweit nahm die Zahl dagegen leicht zu: Sie stieg um 0,8 % auf rund 78.440 Fälle.

Wohnungseinbruchdiebstähle je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner 2019 bis 2024 – Anzahl



Rechnet man die Delikte auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner um, ergeben sich für Niedersachsen 90 Wohnungseinbrüche und für Deutschland 94. Im Vorjahr lagen die Werte bei 94 bzw. 92. Am häufigsten wurde 2024 in den Stadtstaaten eingebrochen,

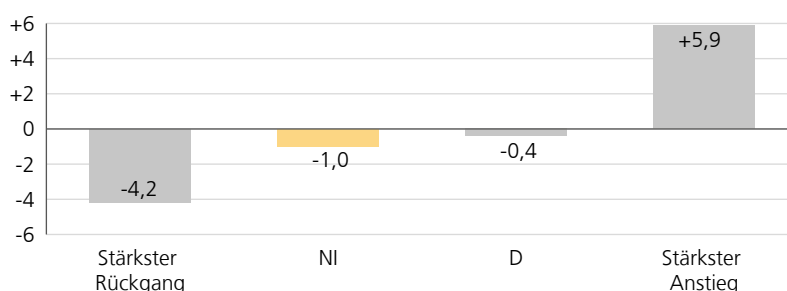
bzw. versucht einzubrechen: Berlin kam auf 233 Fälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner, Bremen auf 222 und Hamburg auf 162. Die niedrigsten Werte verzeichneten Bayern (27) und Baden-Württemberg (47).

Verunglückte im Straßenverkehr T74

Straßenverkehrsunfälle: Weniger Verunglückte als im Vorjahr

In Niedersachsen ist die Zahl der im Straßenverkehr Verunglückten (Verletzte und Getötete) 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 % zurückgegangen – auf knapp 41.400 Personen. Deutschlandweit wurden knapp 367.800 Verunglückte gezählt, das waren 0,4 % weniger als 2023.

■ Veränderung der Zahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen 2024 gegenüber 2023 – Prozent



Im mittelfristigen Vergleich zu 2019 sank die Zahl der Betroffenen in Niedersachsen um 2,3 %, bundesweit sogar um 5,0 %.

Auch 2024 stellten Fahrradfahrende (einschließlich Pedelecs) in Niedersachsen rund ein Viertel aller Verunglückten im Straßenverkehr (25,2 %). Ihre Zahl ging leicht zurück und lag bei 10.428 Personen (Deutschland: 93.606).

Dagegen stieg erneut die Zahl der Verunglückten mit Elektrokraftfahrzeugen, zu denen vor allem seit 2019 die zugelassenen E-Scooter zählen. In Deutschland wurden 2024 insgesamt 10.886 Verunglückte registriert (2023: 8.425; 2022: 7.427), was einem Zuwachs von 29,2 % entsprach. In Niedersachsen stieg die Zahl auf 1.307 Personen – ein Plus von 44,3 % gegenüber 2023 (906). In den Jahren davor waren es 737 (2022) bzw. 442 (2021).

Rechnet man alle Verunglückten im Straßenverkehr auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner um, kam Niedersachsen 2024 auf 517 Fälle. Nur Schleswig-Holstein lag mit 527 Fällen noch höher; der Bundesdurchschnitt betrug 440 Fälle. Gegenüber dem Vorjahr sank der Wert in Niedersachsen um 5, im Vergleich zu 2019 um 13 (Deutschland: -3 bzw. -26).

Die Zahl der tödlich Verunglückten ging ebenfalls zurück. In Niedersachsen starben 2024 insgesamt 348 Menschen im Straßenverkehr – 17,7 % weniger als im Vorjahr (2023: 423). Bundesweit wurden 2.770 Todesopfer gezählt, ein Rückgang um 2,4 %.

Informationen:

Armutsgefährdungsquoten, soziale Mindestsicherung:

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal.de): Daten und Fakten > Gesellschaft und Staat: Soziales und Armut > [Sozialberichterstattung](#)

SGB II-Leistungen:

- Bundesagentur für Arbeit: Statistiken > Fachstatistiken > Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) > Produkte > Personen/Bedarfsgemeinschaften > [Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder \(Monatszahlen\)/Kinder in Bedarfsgemeinschaften \(Monatszahlen\)](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Soziales und Inklusion > Soziales > [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)

Verbraucherinsolvenzen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Branchen und Unternehmen > Unternehmen > [Gewerbemeldungen und Insolvenzen](#)
- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 52 Unternehmen und Arbeitsstätten: [52411 Statistik über beantragte Insolvenzverfahren](#)
- LSN: Themen > Unternehmen, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen > Insolvenzen in Niedersachsen > [Statistische Berichte](#) > D III 1 Insolvenzverfahren

Pflegebedürftige:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Gesundheit > [Pflege](#) > [Publikationen](#) > Pflegebedürftige, Ländervergleich

Vorläufige Schutzmaßnahmen:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): GENESIS-Online Datenbank > Statistiken > 22 Öffentliche Sozialleistungen: [22523 Vorläufige Schutzmaßnahmen](#)
- LSN: Themen > Soziales > Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen > [Erzieherische Hilfen, Adoptionen, Pflegschaften, vorl. Schutzmaßnahmen und Gefährdungseinschätzungen](#)

Schwangerschaftsabbrüche:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt: Gesundheit > [Schwangerschaftsabbrüche](#) > [Publikationen](#)

Straftaten:

- Bundeskriminalamt (BKA): Aktuelles > Statistiken und Lagebilder > [Polizeiliche Kriminalstatistik \(PKS\)](#) > PKS 2024 > PKS-Tabellen > Räumliche Gliederung (Bund/Länder/Kreise/Städte) > Tabellen auf Länderebene > Länder – Falltabellen > [T01 Grundtabelle – Fälle – Länder \(V1.0\)](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung: Aktuelles > Presseinformationen > Presseinformation vom 13.3.2025: [Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 Niedersachsen: Weniger Taten – geringere Häufigkeitszahl – höhere Aufklärungsquote](#)

Verunglückte im Straßenverkehr:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Gesellschaft und Umwelt > Verkehrsunfälle > [Publikationen](#) > Verkehrsunfälle jährlich > [Statistischer Bericht – Verkehrsunfälle Zeitreihen 2015–2024](#) (Tab. 46241-03 sowie 46241-10/-11/-12)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal.de): Produkte > Karten > [Unfallatlas](#)
- LSN: Themen > Verkehrsunfälle und Verkehr > Straßenverkehrsunfälle in Niedersachsen > [Tabellen](#) > Straßenverkehrsunfallstatistik

Autor: Arne Lehmann

Tabellen Soziales und Sicherheit

66. Armutsgefährdung

Land	Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Medians der jeweiligen Regionaleinheit ¹⁾			In der Altersgruppe		Von Ausländern/-innen	Von Allein-erziehenden	Von Erwerbs-losen	Armutsge-fährdungs-schwelle Einpersonen-haushalt	Veränderung der Armuts-gefährdungsquoten	
				unter 18 Jahre	65 Jahre u. älter						
	2019 ²⁾	2023 ³⁾	2024 ⁴⁾							2024/2019	2024/2023
	%								Euro	Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	15,6	15,3	15,1	17,4	19,7	28,9	44,4	44,2	1.377	x	-0,2
Bayern	14,7	14,8	15,1	16,2	22,1	26,5	35,6	44,6	1.397	x	+0,3
Berlin	17,8	19,7	19,1	23,1	18,6	32,3	34,3	47,9	1.281	x	-0,6
Brandenburg	13,3	14,9	13,4	16,6	13,0	36,0	34,5	51,8	1.271	x	-1,5
Bremen	18,5	20,4	19,7	27,0	16,7	35,2	44,2	56,4	1.136	x	-0,7
Hamburg	17,9	19,2	19,5	24,9	20,8	37,8	45,7	50,9	1.329	x	+0,3
Hessen	17,0	17,8	17,2	21,9	18,7	33,5	38,4	48,2	1.327	x	-0,6
Mecklenburg-Vorpommern	13,4	14,1	14,1	15,3	13,2	44,3	31,3	52,9	1.209	x	0
Niedersachsen	16,0	16,4	16,6	20,1	18,3	41,3	40,9	48,4	1.284	x	+0,2
Nordrhein-Westfalen	17,0	18,2	17,8	23,3	18,9	37,7	45,9	48,9	1.290	x	-0,4
Rheinland-Pfalz	16,5	17,1	16,6	21,2	20,2	35,3	44,6	45,7	1.298	x	-0,5
Saarland	17,1	18,0	17,6	25,0	18,3	41,9	33,5	50,0u	1.230	x	-0,4
Sachsen	12,5	13,1	13,0	15,2	10,3	45,9	28,8	59,4	1.212	x	-0,1
Sachsen-Anhalt	14,8	15,1	15,1	19,4	12,6	48,3	36,4	56,6	1.200	x	0
Schleswig-Holstein	15,9	16,7	17,3	21,5	18,5	45,0	43,1	47,8	1.316	x	+0,6
Thüringen	12,4	13,4	13,1	16,6	10,9	39,7	32,3	54,6	1.196	x	-0,3
Deutschland ⁵⁾	15,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x

1) Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.
2) Die Ergebnisse des Mikrozensus 2019 sind hier nur nachrichtlich aufgeführt.
3) Endergebnis 2023; Die Ergebnisse des Mikrozensus ab dem Erhebungsjahr 2020 sind durch methodische Veränderungen nur eingeschränkt mit den früheren Erhebungsjahren vergleichbar. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Informationsseite des Statistischen Bundesamtes.
4) Erstergebnis 2024 – Bevölkerung in Hauptwohnsitzhaushalten.
5) Ab 2024 und rückwirkend für die Jahre 2020 bis 2023 wird in der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder grundsätzlich nur noch die EU-weit vergleichbare Quelle MZ-SILC als Grundlage zur Errechnung von Einkommensindikatoren wie der Armutsgefährdung auf Basis des Bundesmedians herangezogen. Die Vergleichbarkeit mit den Daten aus dem Mikrozensuskernprogramm auf Basis des jeweiligen Landesmedians ist nicht gegeben. Die Deutschlandwerte sind daher hier nicht aufgeführt. Weitere methodische Hinweise: www.statistikportal.de > Daten und Fakten > Soziales und Armut > Sozialberichterstattung > Einkommen, Armutsgefährdung und soziale Lebensbedingungen.
Quelle: Mikrozensus, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2025

67. Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften¹⁾

Land	Personen in SGB II-Bedarfs- gemeinschaften insgesamt (Dezember)			Darunter sonstige Personen ²⁾	Personen in SGB II-Bedarfs- gemeinschaften je 100 Einwohner/-innen ³⁾			Anteil minder- jähriger Kinder in BG an der Bevölkerung ⁴⁾	Veränderung der Zahl der Personen in SGB II-Bedarfs- gemeinschaften insgesamt	
	2019	2023	2024		2019	2023	2024		2024/2019	2024/2023
	Anzahl						%			
Baden-Württemberg	431.803	509.884	513.396	18.221	4,8	5,7	5,7	8,8	+18,9	+0,7
Bayern	395.354	469.508	474.666	20.909	3,8	4,5	4,5	6,9	+20,1	+1,1
Berlin	486.091	468.643	464.230	12.593	16,3	15,6	15,4	23,1	-4,5	-0,9
Brandenburg	164.761	154.151	151.715	7.059	8,6	8,0	7,9	10,7	-7,9	-1,6
Bremen	99.964	100.336	99.492	4.059	18,4	17,8	17,6	28,8	-0,5	-0,8
Hamburg	181.266	196.318	195.098	6.731	11,9	12,8	12,6	19,5	+7,6	-0,6
Hessen	401.546	429.548	428.714	14.576	8,0	8,6	8,6	13,3	+6,8	-0,2
Mecklenburg-Vorpommern	125.765	116.399	114.653	5.449	10,3	9,9	9,9	13,2	-8,8	-1,5
Niedersachsen	548.510	563.288	546.411	22.755	8,7	9,0	8,7	13,1	-0,4	-3,0
Nordrhein-Westfalen	1.614.332	1.631.609	1.625.519	54.168	11,3	11,4	11,4	17,2	+0,7	-0,4
Rheinland-Pfalz	220.285	233.136	235.004	10.420	6,8	7,2	7,3	11,3	+6,7	+0,8
Saarland	83.171	84.017	84.516	2.886	11,0	10,8	11,0	18,0	+1,6	+0,6
Sachsen	259.523	259.875	256.788	10.260	8,6	8,6	8,5	11,5	-1,1	-1,2
Sachsen-Anhalt	198.259	178.640	173.369	8.295	12,2	11,4	11,1	15,7	-12,6	-3,0
Schleswig-Holstein	208.868	204.376	204.042	7.038	9,3	8,9	8,9	13,7	-2,3	-0,2
Thüringen	127.975	125.006	122.039	5.566	8,0	8,0	7,9	11,6	-4,6	-2,4
Deutschland	5.547.473	5.724.734	5.689.652	210.985	8,4	8,7	8,7	13,0	+2,6	-0,6

1) Darunter fallen Regelleistungsberechtigte (erwerbsfähig und nicht erwerbsfähig) sowie sonstige Leistungsberechtigte, vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.
2) Sonstige Leistungsberechtigte sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen und Kinder ohne Leistungsanspruch.
3) Bevölkerung im Alter von 0 bis zur Regelaltersgrenze nach § 7a SGB II am 31.12. des jeweiligen Jahres.
4) Minderjährige Kinder (mit und ohne Leistungsanspruch sowie vom Leistungsanspruch ausgeschlossene Personen) in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (BG) bezogen auf die Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12.2024.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung (Monatszahlen), März 2025; Kinder in Bedarfsgemeinschaften (Monatszahlen), Nürnberg, Dez. 2024

68. Soziale Mindestsicherung am Jahresende

Land	Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung ¹⁾ insgesamt			Mindestsicherungsquote (Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung je 100 Einwohner/-innen 31.12.)					Veränderung der Zahl der Empfänger/-innen insgesamt	
				insgesamt			männlich	weiblich		
	2018	2022	2023	2018	2022	2023		2023/2018	2023/2022	
	Anzahl			%						
Baden-Württemberg	586.407	655.707	677.807	5,3	5,9	6,0	6,0	6,1	+15,6	+3,4
Bayern	600.409	658.509	691.839	4,6	5,0	5,3	5,3	5,2	+15,2	+5,1
Berlin	612.398	578.227	579.323	16,8	15,9	15,8	16,6	15,1	-5,4	+0,2
Brandenburg	217.825	194.149	193.981	8,7	7,6	7,6	8,3	6,9	-10,9	-0,1
Bremen	119.168	120.296	121.448	17,4	17,3	17,3	17,4	17,2	+1,9	+1,0
Hamburg	239.065	252.297	257.210	13,0	13,8	13,9	14,1	13,7	+7,6	+1,9
Hessen	543.127	558.582	567.807	8,7	9,0	9,1	9,1	9,0	+4,5	+1,7
Mecklenburg-Vorpommern	162.912	142.807	143.248	10,1	9,1	9,1	10,0	8,2	-12,1	+0,3
Niedersachsen	714.194	721.570	726.399	8,9	9,0	9,1	9,2	9,0	+1,7	+0,7
Nordrhein-Westfalen	2.017.535	1.997.409	2.006.772	11,3	11,1	11,1	11,3	11,0	-0,5	+0,5
Rheinland-Pfalz	287.580	291.783	300.933	7,0	7,1	7,3	7,4	7,2	+4,6	+3,1
Saarland	102.085	102.351	104.332	10,3	10,1	10,3	10,5	10,1	+2,2	+1,9
Sachsen	327.263	307.105	321.277	8,0	7,6	7,9	8,5	7,4	-1,8	+4,6
Sachsen-Anhalt	238.823	211.878	209.146	10,8	9,9	9,8	10,6	9,0	-12,4	-1,3
Schleswig-Holstein	275.913	260.279	266.700	9,5	8,9	9,0	9,3	8,7	-3,3	+2,5
Thüringen	159.013	148.676	150.150	7,4	7,0	7,1	7,5	6,7	-5,6	+1,0
Deutschland	7.203.717	7.201.635	7.318.372	8,7	8,7	8,8	9,0	8,6	+1,6	+1,6

1) Gesamtregelleistung nach dem SGB II: „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, Leistungen nach dem SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in und außerhalb von Einrichtungen sowie Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ab 2020 Anwendung von Geheimhaltungsregeln (Ser-Rundung) bei 3 der 4 einfließenden Statistiken (außer SGB II); dadurch beträgt die jeweils mögliche Abweichung der Anzahl von Empfängerinnen und Empfängern sozialer Mindestsicherungsleistungen insgesamt vom Originalwert maximal 6.

Quellen: Leistungen nach SGB II: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, alle weiteren Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

69. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Verbraucherinsolvenzen je 10.000 Einwohner/-innen			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2019	2023	2024	2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	5.234	5.865	6.874	4,7	5,2	6,1	+31,3	+17,2
Bayern	5.381	5.747	6.489	4,1	4,4	4,9	+20,6	+12,9
Berlin	3.129	3.055	3.210	8,6	8,4	8,7	+2,6	+5,1
Brandenburg	2.481	2.321	2.437	9,9	9,1	9,5	-1,8	+5,0
Bremen	822	992	1.159	12,0	14,2	16,5	+41,0	+16,8
Hamburg	1.612	2.125	2.300	8,7	11,5	12,4	+42,7	+8,2
Hessen	3.684	4.275	4.696	5,9	6,8	7,5	+27,5	+9,8
Mecklenburg-Vorpommern	1.550	1.719	1.787	9,6	10,9	11,3	+15,3	+4,0
Niedersachsen	9.247	10.031	10.551	11,6	12,5	13,2	+14,1	+5,2
Nordrhein-Westfalen	15.797	17.186	17.285	8,8	9,6	9,6	+9,4	+0,6
Rheinland-Pfalz	2.742	2.801	3.109	6,7	6,8	7,5	+13,4	+11,0
Saarland	1.103	1.135	1.126	11,2	11,2	11,1	+2,1	-0,8
Sachsen	2.982	2.944	3.130	7,3	7,3	7,7	+5,0	+6,3
Sachsen-Anhalt	2.355	2.147	2.324	10,7	10,0	10,9	-1,3	+8,2
Schleswig-Holstein	3.073	3.068	3.300	10,6	10,4	11,2	+7,4	+7,6
Thüringen	1.440	1.476	1.430	6,7	7,0	6,8	-0,7	-3,1
Deutschland	62.632	66.887	71.207	7,5	8,0	8,5	+13,7	+6,5

70. Pflegebedürftige

Land	Pflegebedürftige insgesamt ¹⁾			Anteil weiblich	Anteil der Pflegebedürftigen insgesamt an der Bevölkerung insgesamt			Veränderung der Zahl der Pflegebedürftigen	
	2017	2021	2023		2017	2021	2023	2023/2017	2023/2021
	Anzahl				%				
Baden-Württemberg	398.612	540.401	624.831	61,3	3,6	4,9	5,6	+56,8	+15,6
Bayern	399.357	578.147	631.273	61,6	3,1	4,4	4,8	+58,1	+9,2
Berlin	135.680	185.528	211.999	61,1	3,8	5,0	5,8	+56,2	+14,3
Brandenburg	132.426	184.646	214.072	60,8	5,3	7,3	8,4	+61,7	+15,9
Bremen	28.998	42.048	47.628	62,5	4,3	6,2	6,8	+64,2	+13,3
Hamburg	63.145	90.288	96.606	60,9	3,4	4,9	5,2	+53,0	+7,0
Hessen	261.757	368.396	423.378	61,2	4,2	5,9	6,8	+61,7	+14,9
Mecklenburg-Vorpommern	91.029	122.866	139.872	60,0	5,7	7,6	8,9	+53,7	+13,8
Niedersachsen	387.293	542.904	623.071	61,2	4,9	6,8	7,8	+60,9	+14,8
Nordrhein-Westfalen	769.132	1.191.981	1.387.134	60,9	4,3	6,6	7,7	+80,4	+16,4
Rheinland-Pfalz	161.164	241.364	271.519	61,1	4,0	5,9	6,6	+68,5	+12,5
Saarland	45.582	70.556	80.351	62,2	4,6	7,2	7,9	+76,3	+13,9
Sachsen	204.797	310.674	363.243	61,6	5,0	7,7	9,0	+77,4	+16,9
Sachsen-Anhalt	110.624	166.348	204.236	61,7	5,0	7,7	9,5	+84,6	+22,8
Schleswig-Holstein	109.162	158.546	175.323	59,8	3,8	5,4	5,9	+60,6	+10,6
Thüringen	115.620	166.453	193.937	60,9	5,4	7,9	9,2	+67,7	+16,5
Deutschland	3.414.378	4.961.146	5.688.473	61,1	4,1	6,0	6,8	+66,6	+14,7

1) In die zweijährliche Erhebung werden nur die Personen einbezogen, die entweder Pflegegeld erhalten oder die von einem Pflegedienst ambulant oder in einem Pflegeheim stationär versorgt werden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Berücksichtigt werden ab 2017 zusätzlich die teilstationär versorgten Pflegebedürftigen des Pflegegrades 1, da diese abweichend von den Pflegegraden 2 bis 5 kein Pflegegeld erhalten (§ 28a SGB XI).

71. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche ¹⁾			Schutzmaßnahmen je 10.000 Kinder und Jugendliche ²⁾			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2018	2022	2023	2018	2022	2023	2023/2018	2023/2022
	Anzahl			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	4.949	7.702	10.828	26	40	56	+118,8	+40,6
Bayern	3.944	4.917	5.545	18	22	25	+40,6	+12,8
Berlin	2.621	4.454	4.068	44	73	67	+55,2	-8,7
Brandenburg	2.059	2.177	2.649	52	53	64	+28,7	+21,7
Bremen	1.006	1.123	1.587	91	94	130	+57,8	+41,3
Hamburg	1.506	2.376	2.550	49	76	81	+69,3	+7,3
Hessen	4.181	6.483	7.635	40	61	72	+82,6	+17,8
Mecklenburg-Vorpommern	1.113	1.432	1.617	46	59	67	+45,3	+12,9
Niedersachsen	5.288	5.518	6.398	40	41	47	+21,0	+15,9
Nordrhein-Westfalen	14.502	16.546	16.306	48	54	53	+12,4	-1,5
Rheinland-Pfalz	1.897	2.667	2.881	29	39	42	+51,9	+8,0
Saarland	624	457	599	43	30	38	-4,0	+31,1
Sachsen	3.502	4.186	5.040	55	64	77	+43,9	+20,4
Sachsen-Anhalt	1.489	1.700	2.042	46	53	63	+37,1	+20,1
Schleswig-Holstein	2.554	3.014	2.905	54	63	60	+13,7	-3,6
Thüringen	1.355	1.692	1.940	42	52	59	+43,2	+14,7
Deutschland	52.590	66.444	74.590	39	48	53	+41,8	+12,3

1) Ab 2017 sind Doppelzählungen von Kindern/Jugendlichen möglich, wenn diese zum Beispiel zunächst vorläufig nach § 42a SGB VIII und im Anschluss noch einmal regulär nach § 42 Absatz 1 Nummer 3 SGB VIII in Obhut genommen wurden.

2) Bevölkerung unter 18 Jahren am 31.12. des gleichen Jahres.

72. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Darunter im Wohnland	Häufigkeitszahl je 1.000 Geborene (Lebend- und Totgeborene)			Veränderung der Häufigkeitszahl	
	2019	2023	2024		2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl			%	Anzahl			%	
Baden-Württemberg	10.145	11.424	11.715	90,9	93	116	120	+29,1	+3,5
Bayern	12.131	12.947	12.635	93,1	94	111	110	+16,7	-0,6
Berlin	9.645	9.332	9.690	99,5	243	272	286	+17,6	+5,0
Brandenburg	3.352	3.341	3.240	84,6	173	209	213	+23,3	+1,8
Bremen	1.219	1.540	1.580	87,3	170	232	251	+48,0	+8,3
Hamburg	3.573	2.930	3.515	96,9	170	160	199	+17,3	+24,8
Hessen	8.122	8.994	8.570	96,1	135	167	161	+19,3	-3,6
Mecklenburg-Vorpommern	2.309	2.291	2.200	96,4	182	236	239	+31,6	+1,5
Niedersachsen	8.220	8.975	8.760	79,8	112	133	133	+19,0	-0,1
Nordrhein-Westfalen	21.552	23.246	23.445	98,2	126	149	153	+21,4	+2,7
Rheinland-Pfalz	3.592	4.006	3.990	61,0	96	116	118	+23,0	+2,3
Saarland	1.242	1.440	1.455	98,6	154	184	192	+24,1	+3,9
Sachsen	5.160	5.582	5.385	97,8	149	212	217	+45,8	+2,3
Sachsen-Anhalt	3.346	3.205	3.215	93,6	200	236	255	+27,6	+8,4
Schleswig-Holstein	3.261	3.504	3.635	91,1	132	157	166	+26,2	+5,6
Thüringen	2.935	3.005	2.870	94,1	176	231	242	+37,8	+4,9
Deutschland ¹⁾	100.893	106.218	106.455 ¹⁾	92,2	129	153	157	+21,2	+2,6

1) Inklusive nicht zuzuordnender Wohnsitze und Auslandswohnsitze.

73. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten, Wohnungseinbruchdiebstahl und Aufklärungsquote

Land	Polizeilich bekannt gewordene Straftaten insgesamt					Darunter Wohnungseinbruchdiebstahl ¹⁾		Veränderung der Zahl der Straftaten insgesamt	
	erfasste Fälle			Häufigkeitszahl ²⁾	Aufklärungsquote	erfasste Fälle	Häufigkeitszahl ²⁾		
	2019	2023	2024					2024/2019	2024/2023
	Anzahl			%	Anzahl		%		
Baden-Württemberg	573.813	594.657	587.330	5.230	62,6	5.286	47	+2,4	-1,2
Bayern	603.464	651.519	622.762	4.726	67,9	3.605	27	+3,2	-4,4
Berlin	513.426	536.697	539.049	14.719	45,5	8.529	233	+5,0	+0,4
Brandenburg	171.828	186.242	176.641	6.915	58,4	2.557	100	+2,8	-5,2
Bremen	78.228	97.112	105.384	14.998	45,5	1.561	222	+34,7	+8,5
Hamburg	210.832	234.241	224.913	12.147	47,9	3.008	162	+6,7	-4,0
Hessen	364.833	397.512	388.226	6.194	61,9	5.867	94	+6,4	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	111.329	111.571	108.544	6.878	64,4	939	60	-2,5	-2,7
Niedersachsen	506.582	553.202	529.264	6.609	62,8	7.203	90	+4,5	-4,3
Nordrhein-Westfalen	1.227.929	1.412.806	1.398.652	7.763	53,5	28.464	158	+13,9	-1,0
Rheinland-Pfalz	241.529	255.972	239.388	5.803	64,3	2.626	64	-0,9	-6,5
Saarland	74.719	72.155	65.607	6.470	61,2	842	83	-12,2	-9,1
Sachsen	271.796	296.421	297.985	7.349	60,5	2.243	55	+9,6	+0,5
Sachsen-Anhalt	173.347	193.814	184.183	8.588	55,3	1.696	79	+6,3	-5,0
Schleswig-Holstein	183.445	196.289	213.417	7.227	60,6	2.957	100	+16,3	+8,7
Thüringen	129.301	150.457	156.100	7.381	60,9	1.053	50	+20,7	+3,8
Deutschland	5.436.401	5.940.667	5.837.445	6.995	58,0	78.436	94	+7,4	-1,7

1) Wohnungseinbruchdiebstahl nach § 244 Abs. 1 Nr. 3, 244a StGB (seit 2016 erweitert um die bandenmäßige Begehung).

2) Anzahl je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12.2023.

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Grundtabelle V1.0 Stand 13.2.2025

74. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Darunter Getötete	Verunglückte je 100.000 Einwohner/-innen (31.12.)			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2019	2023	2024		2019	2023	2024	2024/2019	2024/2023
	Anzahl							%	
Baden-Württemberg	47.240	42.594	42.109	340	426	379	374	-10,9	-1,1
Bayern	67.620	62.858	62.686	495	515	477	473	-7,3	-0,3
Berlin	17.811	16.245	16.481	55	485	444	447	-7,5	+1,5
Brandenburg	11.979	11.056	11.112	114	475	433	435	-7,2	+0,5
Bremen	3.852	3.530	3.403	12	565	502	483	-11,7	-3,6
Hamburg	9.296	9.331	8.941	39	503	504	480	-3,8	-4,2
Hessen	27.497	25.429	25.104	198	437	406	400	-8,7	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	7.001	6.257	6.313	93	435	397	401	-9,8	+0,9
Niedersachsen	42.348	41.792	41.364	348	530	522	517	-2,3	-1,0
Nordrhein-Westfalen	78.268	79.622	78.888	485	436	442	437	+0,8	-0,9
Rheinland-Pfalz	18.710	17.583	17.086	130	457	426	414	-8,7	-2,8
Saarland	4.761	4.232	4.194	24	482	417	414	-11,9	-0,9
Sachsen	17.124	16.384	16.865	144	421	404	417	-1,5	+2,9
Sachsen-Anhalt	10.207	9.909	9.969	111	465	462	467	-2,3	+0,6
Schleswig-Holstein	15.945	15.355	15.608	86	549	520	527	-2,1	+1,6
Thüringen	7.617	7.219	7.645	96	357	341	364	+0,4	+5,9
Deutschland	387.276	369.396	367.768	2.770	466	443	440	-5,0	-0,4

Gleichstellung von Frauen und Männern

Ergänzend zu den vorangegangenen Kapiteln werden nachfolgend einige wichtige Indikatoren aus den Themenfeldern Beruf und Familie (T5 bis T9), Erwerbstätigkeit (T15, T16), Schulische und berufliche Qualifikation (T46 bis T48) sowie Verdienste (Wirtschaft: T30) differenziert nach Geschlecht dargestellt.

Geschlechterspezifische Erwerbstätigenquoten (T14) und Arbeitslosenquoten Jugendlicher (T18) werden außerdem im Kapitel Erwerbstätigkeit beschrieben. Angaben zu den Quoten der Schulabgängerinnen und Schulabgänger (T44) sowie bei beruflichen Abschlussprüfungen (T47, T48) stehen im Kapitel Schulische und berufliche Qualifikation. Eine Zusammenstellung zu den Geschlechterverhältnissen an Hochschulen enthält das Kapitel Wissenschaft und Kultur (T49 bis T53).

- Der Frauenanteil bei Personen mit Minijobs lag in Niedersachsen zum 30.6.2024 bei 59,1 % (Deutschland: 58,9 %) und damit 2,8 Prozentpunkte niedriger als 2019.
- Die durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes der Mütter für 2022 geborene Kinder war mit 14,3 Monaten weiterhin deutlich länger als die der Väter mit 3,2 Monaten (Deutschland: 14,0 bzw. 3,3 Monate).
- Frauen in Niedersachsen verdienten 2024 im Durchschnitt pro Stunde etwa 15 % weniger als Männer (Deutschland: 16 %). Der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) lag damit 6 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2019 (21 %).

Wichtige Ergebnisse

Bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung höherer Männeranteil – bei Minijobs deutlich größerer Frauenanteil

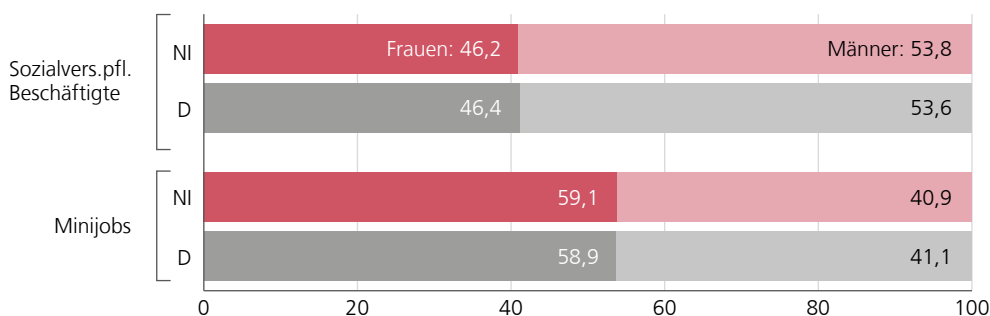
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Arbeitsort) T15

Von den zum 30.6.2024 gut 3,1 Mio. in Niedersachsen arbeitenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren 46,2 % Frauen. Der Anteil lag damit annähernd auf dem Bundesniveau (46,4 %).

Insgesamt 59,1 % der gut 446.300 geringfügig entlohnten Beschäftigten in Niedersachsen waren Frauen. Dies entsprach etwa dem Bundesdurchschnitt von 58,9 %. Mittelfristig 2024 gegenüber 2019 (jeweils 30.6.) sank der Frauenanteil in Niedersachsen überdurchschnittlich um 2,8 Prozentpunkte (Deutschland: -2,4 Prozentpunkte).

Minijobs T16

Anteil Frauen und Männer an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie an Minijobs (ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte) 2024 – Prozent



Dreiviertel der Teilzeittätigen sind Frauen – nur jeder fünfte Alleinerziehende ein Mann

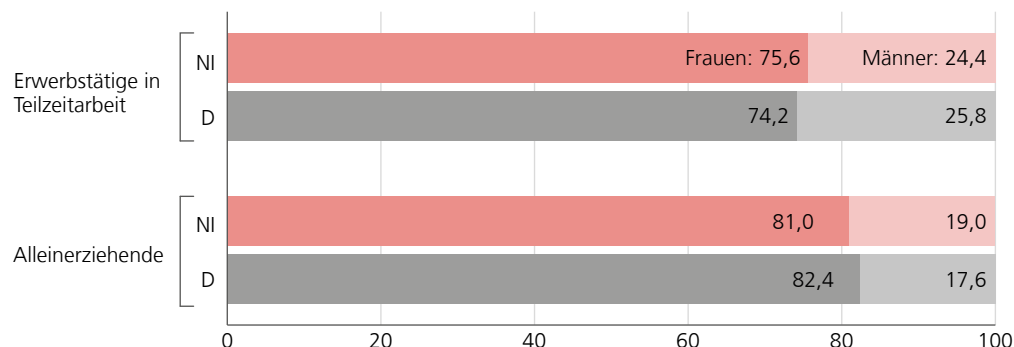
Teilzeittätige (Wohnort) T8

In Teilzeit bis zu 29 Wochenstunden arbeiteten 2024 in Niedersachsen rund 1,04 Mio. Erwerbstätige, darunter 75,6 % Frauen. Im Bundesdurchschnitt waren es 74,2 %.

In Niedersachsen gab es 2024 rund 249.000 Alleinerziehende, darunter 81,0 % Frauen. Das entsprach etwa der bundesweiten geschlechterspezifischen Verteilung (82,4 % und 17,6 %).

Alleinerziehende T9

■ Anteil Frauen und Männer an Erwerbstätigen in Teilzeit sowie Alleinerziehenden 2024¹⁾ – Prozent



1) Erstergebnis Mikrozensus 2024.

Elterngeld T7

Mütter beziehen deutlich länger Elterngeld als Väter

Eine Ungleichheit zeigte sich auch bei den bis März 2025 beendeten Bezügen von Elterngeld für 2022 geborene Kinder: Die Väterbeteiligung am Elterngeldbezug betrug in Niedersachsen 45,6 % (2020: 38,4 %) und lag damit leicht unter dem bundesweiten Durchschnitt von 46,3 % (2020: 40,4 %). Hingegen erhalten seit vielen Jahren fast alle bezugsberechtigten Mütter Elterngeld. Zusätzlich war die durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes der Mütter für 2022 geborene Kinder in Niedersachsen mit 14,3 Monaten weiterhin deutlich länger als die der Väter mit 3,2 Monaten (Deutschland: 14,0 bzw. 3,3 Monate).

Ganztagsbetreuung für Kinder T5, T6

Eltern können ihre Erwerbstätigkeit und Erziehungsarbeit nicht immer nach ihren Vorstellungen gestalten. Neben anderem tragen dazu auch nicht immer dem tatsächlichen Betreuungsbedarf entsprechende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sowie unflexible Arbeitszeitmodelle bei. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung und besonders der Ganztagsbetreuung unterstützt die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren sowie Nachteile bei Verdienst und Karriere durch familienbedingte Erwerbsunterbrechungen zu reduzieren.

In Niedersachsen lag die Quote der Ganztagsbetreuung bei den unter 3-Jährigen 2024 bei 14,8 % und die Quote bei den 3- bis unter 6-Jährigen bei 39,0 %. Im bundesweiten Durchschnitt wurden bei den unter 3-Jährigen Quoten von 20,0 % und bei den 3- bis unter 6-Jährigen von 47,0 % erreicht.

Schulentlassene T46

Bei Schulentlassenen mit Hochschulreife hoher Frauenanteil – in der dualen Berufsausbildung und beruflichen Aufstiegsfortbildung größerer Männeranteil

Im Jahr 2023 waren Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss sowie mit Hauptschulabschluss überwiegend männlich. Der Anteil der weiblichen Schulentlassenen lag in Niedersachsen bei 39,3 % bzw. 39,4 % und damit leicht unter den bundesweiten Werten von 39,6 % bzw. 41,1 %. Beim mittleren Schulabschluss zeigte sich in Niedersachsen ein nahezu ausgeglichenes Geschlechterverhältnis. Der Anteil der Frauen betrug 47,8 %, während er bundesweit bei 48,7 % lag. Deutlich anders stellt sich die Situation bei der allgemeinen Hochschulreife dar: In Niedersachsen lag der Frauenanteil bei 56,0 %, auch im Bundesvergleich zeigte sich mit 54,6 % ein höherer Anteil.

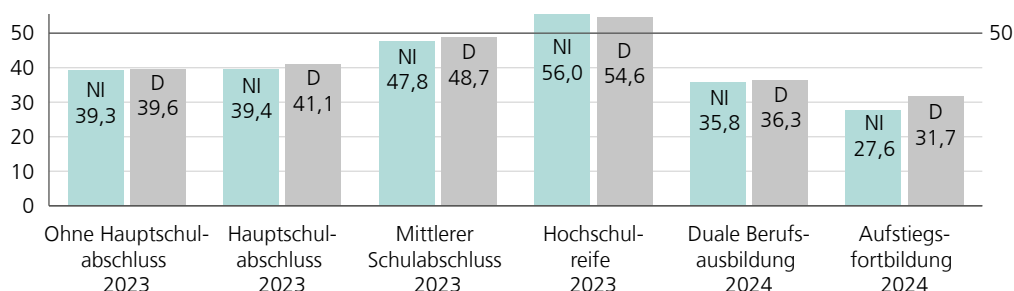
Duale Ausbildung/ Aufstiegsfortbildung T47, T48

Bei den bestandenen Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung und der beruflichen Aufstiegsfortbildung sind Männer deutlich stärker vertreten als Frauen. Im Jahr 2024 lag der Anteil der Frauen an den bestandenen Abschlussprüfungen in anerkannten Ausbildungsberufen in Niedersachsen bei 35,8 %; bundesweit betrug dieser Anteil 36,3 %. Noch geringer war der Frauenanteil bei den bestandenen Fortbildungs- und Meisterprüfungen. In Niedersachsen lag er 2024 bei lediglich 27,6 %, während er bundesweit 31,7 % erreichte.

Studierende/ Professuren T49, T50, T51, T52, T53

Das Geschlechterverhältnis zwischen Studentinnen und Studenten war 2023 sowohl bundesweit als auch in Niedersachsen nahezu ausgeglichen. Im Bereich der höheren akademischen Abschlüsse waren Frauen jedoch noch unterrepräsentiert (siehe Kapitel Wissenschaft und Kultur).

Frauenanteile der Schulentlassen nach Abschlussart an allgemeinbildenden Schulen 2023 sowie bei Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung und der beruflichen Aufstiegsfortbildung 2024 – Prozent



Unbereinigter Gender Pay Gap: Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen 2024 um 3 Prozentpunkte geschrumpft

Unbereinigter Gender Pay Gap
T30

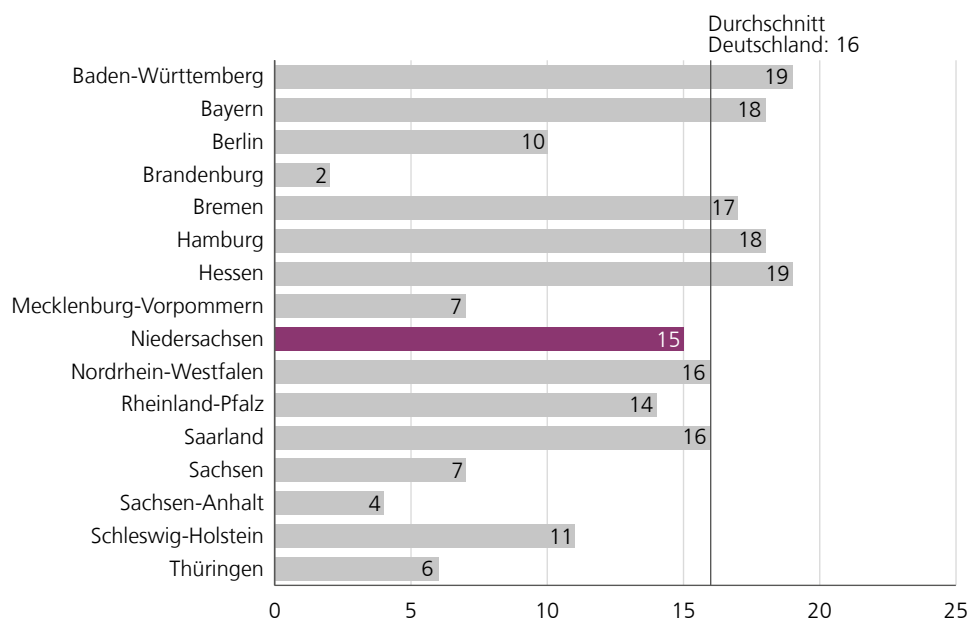
Entsprechend internationaler Konventionen ist der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) definiert als Differenz des durchschnittlichen Bruttostundenverdienstes der Frauen und Männer im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttostundenverdienst der Männer (jeweils ohne Sonderzahlungen). Die Angaben beziehen sich auf die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung).

Der unbereinigte GPG ist eine wichtige Maßzahl zur Beschreibung der Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen, der jedoch nicht gleichzusetzen ist mit verschiedenen Verdiensten bei prinzipiell gleicher Tätigkeit. Der unbereinigte GPG misst die konkreten Einkommensunterschiede, die sowohl strukturelle Unterschiede als auch Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern beinhalten. Dabei entstehen strukturelle Unterschiede (Hierarchiestufen, Tätigkeiten, Branchen) auch durch ein gesellschaftlich geprägtes, geschlechterspezifisches Verhalten bei der Berufswahl, der Karrieregestaltung und bei familienbedingten Erwerbsunterbrechungen. Der Gender Pay Gap wird im Folgenden entsprechend der EU-Abgrenzung ausgewiesen.

Frauen in Niedersachsen verdienten 2024 im Durchschnitt pro Stunde etwa 15 % weniger als Männer (Deutschland: 16 %). Gegenüber dem Vorjahr (18 %) ging damit der unbereinigte Gender Pay Gap überdurchschnittlich stark um 3,0 Prozentpunkte zurück. Mittelfristig gegenüber 2019 (21 %) betrug der Rückgang 6 Prozentpunkte und langfristig gegenüber 2006 (25 %) insgesamt 10 Prozentpunkte. Deutschlandweit war die Entwicklung ähnlich (2006: 23 %).

Unbereinigter Gender Pay Gap 2024 – Prozent

– Verdienstabstand von Frauen zu Männern im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich gemessen am Bruttostundenverdienst



Im Ländervergleich zeigen sich große Unterschiede: 2024 war der unbereinigte GPG in Brandenburg (2 %) und Sachsen-Anhalt (4 %) am niedrigsten und in Baden-Württemberg und Hessen (jeweils 19 %) am höchsten.

Bereinigter Gender Pay Gap

keine Tabelle

Bereinigter Gender Pay Gap zurückgegangen

Der bereinigte Gender Pay Gap zeigt auf, wie groß der Verdienstabstand von Männern und Frauen mit vergleichbaren Qualifikationen, Tätigkeiten und Erwerbsbiografien ist (siehe Informationen: Destatis: Gender Pay Gap). Allerdings wird gegen den bereinigten GPG eingewandt, dass er die Verdienstunterschiede um Faktoren bereinigt, die ihrerseits bereits Ausdruck von Benachteiligungen sind.

Der bereinigte Gender Pay Gap auf Basis der neuen Verdiensterhebung lag 2024 in Niedersachsen bei 5 % und ist damit 2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr gefallen (Deutschland: unverändert 6 %).

Gender Gap Arbeitsmarkt

keine Tabelle

Gender Gap Arbeitsmarkt etwa auf Bundesniveau

Der „Gender Gap Arbeitsmarkt“ wird seit 2023 als EU-(Eurostat)-Indikator zur mehrdimensionalen Betrachtung der Verdienstungleichheit aus 3 Komponenten berechnet:

1. dem Gender Pay Gap, der als zentraler Indikator für die Verdienstungleichheit zwischen Männern und Frauen gilt,
2. der so genannte Gender Hours Gap, der die Unterschiede in der bezahlten monatlichen Arbeitszeit betrachtet und
3. der Gender Employment Gap, der die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in den Blick nimmt.

Grundsätzlich gilt dabei: Je höher der Wert des Gender Gap Arbeitsmarkt ausfällt, desto stärker ist die Verdienstungleichheit auf dem Arbeitsmarkt ausgeprägt (siehe Informationen: Gender-Gap-Simulator).

In Niedersachsen lag der unbereinigte Gender Pay Gap bei 15 %, der Gender Hours Gap bei 21 % und der Gender Employment Gap bei 9 %, daraus errechnete sich 2024 ein Gender Gap Arbeitsmarkt von 39 %. Demnach war die niedersächsische Verdienstungleichheit auf dem Arbeitsmarkt etwas größer als der bundesweite Durchschnitt mit einem Gender Gap Arbeitsmarkt von 37 %.

Informationen:

Gleichstellung:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Themen > Gleichstellung > [Digitaler Gleichstellungsatlas](#)
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Frauen und Gleichstellung > [Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern](#)

Sozialberichterstattung:

- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung: Soziales und Inklusion > Soziales > [Handlungsorientierte Sozialberichterstattung Niedersachsen \(HSBN\)](#)

Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern:

- Statistisches Bundesamt (Destatis): Themen > Arbeit > Verdienste > [Gender Pay Gap](#) > Statistik visualisiert > [Gender-Gap-Simulator](#)
- Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Themen > Politik > Innen- & Sozialpolitik: Arbeit > Arbeitsmarktpolitik > Inhalt > Lohnpolitik in Deutschland und Europa: Gender Pay Gap > [Geschlechterungleichheiten: Gender Pay Gap](#)
- LSN: Themen > Verdienste und Arbeitskosten > Verdienste in Niedersachsen > [Gender Pay Gap in Niedersachsen](#)

Autorin: Nina Rybarczyk

Ansicht:
Deutschland und seine Länder





Niedersachsen-Monitor **2025**

www.statistik.niedersachsen.de